

PROTOKOLL 23. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS

15.–16. NOVEMBER 2010 | MESSE KARLSRUHE

CDU

Protokoll

**23. Parteitag der CDU Deutschlands
15. – 16. November 2010, Karlsruhe**

INHALT	Seite
Eröffnung: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, Vorsitzende der CDU Deutschlands	7
Wahl des Tagungspräsidiums	10
Beschlussfassung über die Tagesordnung	11
Bestätigung der Antragskommission	11
Wahl der Mandatsprüfungskommission	11
Wahl der Stimmzählkommission	12
Grußworte	13
■ Stefan Mappus MdL, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg	13
■ Wilfried Martens MdEP, Präsident der Europäischen Volkspartei	17
■ Heinz Fenrich, Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe	19
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB	22
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	44
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Herman Gröhe MdB	56
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs	62
Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Eckart von Klaeden MdB	67
Bericht der Rechnungsprüfer	70
Bericht der Mandatsprüfungskommission	72
Entlastung des Bundesvorstandes	72
Wahl des Bundesvorstandes	78
Wahl des Vorsitzenden	79
Wahl des Generalsekretärs	80
Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden	82

Wahl des Bundesschatzmeisters	90
Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums	91
Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes	100
Wahl der CDU-Mitglieder und Stellvertreter für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)	123
Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die EVP-Kongresse	123
Nachwahl zum Bundesparteigericht der CDU	123
Wahl der Rechnungsprüfer	124
Antrag des Bundesvorstandes „Zukunft der Bundeswehr“; Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg MdB	
Beratung und Beschlussfassung	125
Sonstige Anträge	
Beratung und Beschlussfassung	165
Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Ministerpräsident Horst Seehofer MdL	233
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder MdB	252
Antrag des Bundesvorstandes „Faire Chancen – für jedes Kind!“, Einführung durch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder MdB	
Beratung und Beschlussfassung	254
Antrag des Bundesvorstandes „Verantwortung Zukunft“, Einführung durch den Generalsekretär der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe MdB	
Beratung und Beschlussfassung	260
Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB	265
ANHANG	268
Beschlussprotokoll	270
Rednerverzeichnis	338

Montag, 15. November 2010
Erste Plenarsitzung

(Beginn: 10.43 Uhr)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 23. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 1 auf:

ERÖFFNUNG

Ich begrüße Sie alle ganz herzlich hier in Karlsruhe. Mein erster Gruß gilt selbstverständlich Ihnen allen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei aus ganz Deutschland. Sie sind die Vertreter für viele Hunderttausende unserer Mitglieder. Herzlich willkommen zu diesem Parteitag!

(Beifall)

Ganz herzlich begrüße ich den Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe Heinz Fenrich – er wird gleich ein Grußwort zu uns sprechen – sowie natürlich den Oberbürgermeister von Rheinstetten, der kommunalen Heimat der Messe Karlsruhe.

(Beifall)

Wir waren 1995 beim letzten Mal in Karlsruhe in der Schwarzwaldhalle. Heute freuen wir uns, dass wir in der neuen Messe tagen dürfen.

Ich begrüße ganz herzlich den Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg, unseren Freund und Ministerpräsidenten Stefan Mappus. Herzlich willkommen.

(Anhaltender Beifall)

Weil es gerade mit dem Klatschen so schön ist, begrüße ich auch noch drei ehemalige Ministerpräsidenten aus Baden-Württemberg: Günther Oettinger, Lothar Späth und Erwin Teufel. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Morgen Vormittag wird unsere bayerische Schwesterpartei mit ihrem Vorsitzenden bei uns sein. Horst Seehofer wird sein Grußwort sprechen. Wir freuen uns darauf.

Ich freue mich, dass Wilfried Martens, der Chef der Europäischen Volkspartei, schon heute hier ist. Lieber Wilfried, herzlich willkommen.

(Beifall)

Mit ihm begrüße ich viele Freunde und internationale Gäste aus den Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei, der Internationalen Demokratischen Union und der Christlich Demokratischen Internationale. Wir freuen uns auch, dass viele Botschafter, Vertreter der Botschaften und der diplomatischen Missionen heute bei uns sind. Herzlich willkommen.

Ich begrüße ganz herzlich Dr. Karl Jüsten und den Prälaten Bernhard Felmberg als Repräsentanten unserer beiden großen Kirchen.

(Beifall)

Ich danke dem Erzbischof von Freiburg, Robert Zollitsch, und dem evangelischen Landesbischof in Baden, Ulrich Fischer, ganz herzlich für den beeindruckenden ökumenischen Gottesdienst. Das hohe C wird uns nicht mehr aus dem Sinn gehen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter der sozialen Verbände, stellvertretend den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Kinderhilfe e.V., Herrn Georg Ehrmann, und den Vorsitzenden des Vorstandes „Die Tafel“, Herrn Gerd Häuser.

(Beifall)

Ich begrüße die zahlreichen Vertreter von Wirtschaftsorganisationen, Gewerkschaften und Verbänden. Ich habe Herrn Hundt schon gesehen. Die Vertreter der Gewerkschaften kommen, so glaube ich, vorzugsweise morgen. Herr Hundt, erst einmal Ihnen ein herzliches Willkommen.

(Beifall)

Ist der Herr Freiberg schon da, der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei? – Wenn er da sein sollte: Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Werner Schnappauf vom BDI. Morgen sind noch, wie gesagt, Michael Sommer und Frank Bsirske bei uns.

Auch die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen begrüße ich ganz herzlich. Unsere Erwartungen an Sie sind klar: Fühlen Sie sich bei uns wohl. Wir erbitten eine objektive Berichterstattung.

(Beifall)

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unseres Parteitages jener gedenken, die seit dem 22. Parteitag im Dezember 2008 in Stuttgart von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Lassen Sie mich anfangen mit Peter Wagner, geboren am 5. September 1946, gestorben am 25. Januar 2009. Er war seit 1980 Mitglied der CDU. Von 1994 bis 2004 gehörte er der Landtagsfraktion in Brandenburg an. Von 1994 bis 1997 hatte er den Vorsitz der Fraktion inne. Von 1997 bis 1999 war er Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg.

Ich nenne Ernst Benda, geboren am 15. Januar 1925, gestorben am 2. März 2009. Er war seit 1946 Mitglied der CDU. 1951 war er Mitbegründer des RCDS an der Freien Universität Berlin. Von 1954 bis 1957 gehörte er dem Abgeordnetenhaus von Berlin an, von 1957 bis 1971 dem Deutschen Bundestag. Von 1968 bis 1969 war er Bundesinnenminister, und als Präsident des Bundesverfassungsgerichts von 1971 bis 1983 fand er parteiübergreifend höchste Anerkennung.

Ich erinnere an Udo Haschke, geboren am 16. Juni 1944, gestorben am 4. März 2009. Er war seit 1969 Mitglied der CDU. Er gehörte der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an, und er war bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. In seiner Heimatstadt Jena war er von 1990 bis 1993 Vorsitzender des Kreisverbandes und von 1995 bis 1997 Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion.

Ich denke an Reinhard Metz, geboren am 18. August 1937, gestorben am 9. Dezember 2009. Er war seit 1961 Mitglied der CDU. Von 1974 bis 1992 war er stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Bremen. Viele Jahre, und zwar von 1971 bis 1976 und von 1987 bis 1999, gehörte er der Bremischen Bürgerschaft an, deren Präsident er von 1995 bis 1999 war. Er war von 1976 bis 1978 auch Mitglied des Deutschen Bundestages. Er arbeitete von 1999 bis 2003 als Staatsrat beim Senator für Finanzen in Bremen. Von 2004 bis zuletzt war er Vorsitzender der Senioren-Union Bremen.

Ich nenne Walter Link, geboren am 21. Juli 1937, gestorben am 15. Januar 2010. Er war seit 1956 Mitglied der CDU, von 1973 bis 1999 war er Vorsitzender des Kreisverbandes Diepholz und von 1990 bis 1998 stellvertretender Vorsitzender der CDU in Niedersachsen. Von 1978 bis 1983 gehörte er dem Niedersächsischen Landtag und von 1983 bis 2005 dem Deutschen Bundestag an. Von 1989 bis 2003 war er stellvertretender Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft.

Ich erinnere an Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, geboren am 8. Januar 1945, gestorben am 3. März 2010. Er war seit 1972 Mitglied der CDU, und von 1974 bis 1994 hatte er den Vorsitz des Kreisverbandes Helmstedt inne. Als Vorsitzender des Landesverbandes Braunschweig von 1994 bis 2006 war er gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender der CDU in Niedersachsen sowie Mitglied des CDU-Bundesvorstandes. Von 1986 bis 1994 gehörte er dem Niedersächsischen Landtag und von 1994 bis 2005 dem Deutschen Bundestag an.

Ich nenne Hanna-Renate Laurien, geboren am 15. April 1928, gestorben am 12. März 2010. Sie war seit 1966 Mitglied der CDU. Als Mitglied des CDU-Bundesvorstandes von 1977 bis 1996 war sie

zugleich von 1977 bis 1989 Mitglied des CDU-Präsidiums. Von 1977 bis 1994 gehörte sie dem Bundesvorstand der Frauen-Union an. Als Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz von 1975 bis 1981 war sie von 1976 bis 1981 Kultusministerin dieses Landes. Von 1981 bis 1995 war sie Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, von 1986 bis 1989 Bürgermeisterin des Landes Berlin und von 1991 bis 1995 Präsidentin des Abgeordnetenhauses. 1996 erhielt sie den Titel „Stadtälteste von Berlin“.

Ich denke an Günter Volmer, geboren am 17. Juli 1922, gestorben am 30. Juli 2010. Er war seit 1951 Mitglied der CDU und von 1968 bis 1983 Vorsitzender des Kreisverbandes Gelsenkirchen. 1966 wurde er in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt; bis 1969 war er dort Abgeordneter und dann von 1969 bis 1983 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Er gehörte von 1973 bis 1983 dem Bundesvorstand der CDA an. 1955 war er Mitbegründer des Christlichen Gewerkschaftsbundes und von 1973 bis 1986 dessen Vorsitzender.

Ich denke an Egon Alfred Klepsch, geboren am 30. Januar 1930, gestorben am 18. September 2010. Er war seit 1951 Mitglied der CDU und von 1963 bis 1969 war er Bundesvorsitzender der Jungen Union. Von 1968 bis 1988 leitete er den Kreisverband Koblenz. Seitdem war er der Ehrenvorsitzende. Von 1965 bis 1980 gehörte er dem Deutschen Bundestag an, und als Mitglied des Europäischen Parlaments von 1973 bis 1994 war er zweimal Vorsitzender der EVP-Fraktion und von 1992 bis 1994 Präsident des Europäischen Parlaments. Zugleich war er von 1989 bis 1997 Präsident der Europa-Union und seit 1997 deren Ehrenpräsident.

Ich erinnere an Hanna Neumeister, geboren am 6. Juli 1920, gestorben am 1. Oktober 2010. Seit 1968 war sie Mitglied der CDU. Von 1968 bis 1977 hatte sie den Vorsitz im damaligen Kreisverband Gandersheim inne, von 1969 bis 1972 den Vorsitz der CDU-Fraktion im Kreistag Gandersheim. Von 1972 bis 1987 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich bitte Sie um eine Schweigeminute. – Herzlichen Dank.

Liebe Freunde, wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Der Vorschlag für das Tagungspräsidium liegt in den Tagungsunterlagen. Die Abstimmung – das können wir jetzt gleich einmal ausprobieren – erfolgt mit dem Zeigen der Stimmkarte. Wer mit den Vorschlägen zum Tagungspräsidium einverstanden ist, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Da ist wenig zu sehen. Enthaltungen? – Auch wenig zu sehen. Der Vorschlag ist mit größter Mehrheit, wenn nicht einstimmig angenommen.

Ich danke für die Wahl des Tagungspräsidiums und bitte die gewählten Mitglieder jetzt, hier auf der Bühne Platz zu nehmen.

Zur Fortführung der Tagungsgeschäfte übergebe ich nun an den Tagungspräsidenten, den Vorsitzenden der CDU Baden-Württembergs, Herrn Ministerpräsidenten Stefan Mappus.

(Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie alle nun sehr herzlich begrüßen, die Delegierten und die Gäste, und darf mich für das Vertrauen für die Tagungspräsidentschaft für diesen 23. Parteitag der CDU Deutschlands bedanken. Wir werden uns bemühen, das alles so flott und reibungslos wie möglich entsprechend abzuarbeiten.

Als Nächstes möchte ich Ihnen einige zeitliche und organisatorische Hinweise für den Parteitag geben.

Da wir heute entsprechend unserer Tagesordnung den Bundesvorstand der CDU Deutschlands neu wählen, werden wir nach unserer Geschäftsordnung eine Meldefrist für weitere Kandidaturen festlegen und beschließen. Wir schlagen vor, die Frist auf 12.30 Uhr festzulegen.

Die Vorschläge müssen schriftlich im Tagungsbüro im Bereich der Aktionshalle beim Haupteingang eingereicht werden. Eine Liste mit den bisher vorliegenden Kandidatenvorschlägen befindet sich in Ihren Tagungsunterlagen. Für diese Kandidaten erübrigt sich selbstverständlich eine weitere Nominierung.

Wenn Sie mit der vorgeschlagenen Frist einverstanden sind, so zeigen Sie dies bitte jetzt mit Ihrer Stimmkarte an. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Somit ist dies beschlossen, und wir haben die Meldefrist für die Kandidaten – das darf ich nochmals erwähnen – auf 12.30 Uhr festgesetzt.

Meine Damen und Herren, gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge von 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, geben Sie diesen bitte im Büro der Antragskommission ab. Das Büro befindet sich in dem ausgeschilderten Sitzungsraum der Antragskommission im Konferenz-Center, 2. OG, Raum 7.

Damit diese Anträge von der Antragskommission auch ordnungsgemäß beraten werden können, muss der Parteitag eine Frist für deren Einbringung setzen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, den Antragsschluss auf 12.30 Uhr festzusetzen. Wenn Sie damit einverstanden sind, so bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Somit ist auch dies so beschlossen.

Die Antragskommission wird sich um 15 Uhr zu einer Sitzung im Sitzungsraum der Antragskommission – Konferenz-Center, 2. OG, Raum 7 – zusammenfinden. Die Mitteilung über den Beginn der Sitzung erfolgt nochmals rechtzeitig durch das Tagungspräsidium.

Meine Damen und Herren, ich weise Sie an dieser Stelle auf Folgendes hin. Die Antragsbroschüren sind Ihnen rechtzeitig per Post zugesandt worden. Wer die Antragsbroschüren dennoch nicht dabei haben sollte, kann diese noch hier im Saal erhalten. Es sind an jeder Seite des Saales zwei Tische aufgebaut, auf denen sich noch Exemplare befinden.

Für die allgemeine Aussprache und die Aussprache zu den Anträgen bitte ich Sie, die Wortmeldezettel aus Ihren Tagungsunterlagen zu benutzen. Auf der von uns aus gesehen rechten Seite vor der Bühne befindet sich eine Mitarbeiterin, die Ihre Wortmeldezettel entgegennimmt. Bitte füllen Sie diese vollständig aus mit Name und Thema und geben Sie an, welches der im Saal aufgestellten Mikrofone Sie benutzen werden, damit wir das Ganze problemlos abarbeiten können.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die vorläufige Tagesordnung für diesen Parteitag wurde Ihnen mit der Einladung fristgemäß zugesandt. Sie liegt Ihnen nochmals in aktualisierter Form in den Tagungsunterlagen vor. Wenn Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind, so zeigen Sie dies jetzt bitte mit der Stimmkarte an. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist diese Tagesordnung für unseren Parteitag so beschlossen.

Ich komme zum TAGESORDNUNGSPUNKT 4:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. Eine Namensliste finden Sie in den Unterlagen. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, so darf ich Sie jetzt um Ihr Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Somit haben wir die Antragskommission durch den Parteitag bestätigt; ich bedanke mich.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat ebenfalls einen Vorschlag für die Mandatsprüfungskommission bestätigt. Die Namensliste befindet sich in Ihren Unterlagen. Wenn Sie dem Vorschlag zustimmen wollen, so darf ich Sie jetzt um Ihr Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Somit haben wir auch diesen mit großer Mehrheit angenommen.

Vorschlag: Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich nach dem Bericht der Vorsitzenden am Tisch zur Abgabe der Wortmeldungen auf der von mir aus gesehen rechten Seite vor der Bühne einzufinden.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

WAHL DER STIMMZAHLKOMMISSION

Erfreulicherweise haben sich viele Damen und Herren bereit erklärt, in der Stimmzählkommission für diesen Parteitag mitzuarbeiten. Die Namen der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Personen können Sie Ihren Unterlagen entnehmen. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag durch Kartenzeichen zu unterstützen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Somit ist der Vorschlag einstimmig angenommen. Ich danke für die Bestätigung.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich ebenfalls nach dem Bericht der Vorsitzenden zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission, dm-Arena, Backstage. – Vielen herzlichen Dank.

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRUSSWORTE

Gleich wird zu Ihnen der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg sprechen und Sie herzlich willkommen heißen. Lieber Stefan Mappus, wir wünschen dir viel Kraft, viel Ausdauer sowie Glück und Erfolg für das, was am 27. März 2011 ansteht. Nicht nur die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind der Meinung, dass dieses Land weiterhin unionsregiert bleiben soll und muss. Genau deshalb freuen wir uns jetzt auf dein Grußwort.

(Beifall)

Ich übergebe nun das Wort an den Vorsitzenden der CDU-Baden-Württemberg, Herrn Ministerpräsidenten Stefan Mappus.

Stefan Mappus, Ministerpräsident von Baden-Württemberg: Liebe Angela Merkel! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde in der CDU Deutschlands! Die CDU Baden-Württemberg ist froh und stolz, dass unser Landesverband Gastgeber des 23. Bundesparteitages sein darf. Ich heiße Sie alle hier in der badischen Residenz, in Karlsruhe, sehr herzlich willkommen. Ich freue mich mit Ihnen auf zwei erfolgreiche Tage und auf ein spannendes Parteitagsgeschehen.

(Beifall)

Wenn tausend Delegierte der größten Regierungspartei zusammentreffen, um über ihre Politik und ihr Personal für die nächsten Jahre zu entscheiden, dann ist klar, dass sich national und international große Aufmerksamkeit auf uns richtet. Deshalb begrüße ich auch sehr herzlich alle Vertreter der Medien und unsere anderen Gäste. Seien Sie herzlich willkommen in Baden-Württemberg!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dieser Parteitag findet mitten in einem wirtschaftlichen Aufschwung statt, den mit diesem Tempo und vor allen Dingen mit dieser Kraft noch vor Monaten kaum jemand erwartet hätte. Deutschland ist zurück als Europas Wachstumsmotor. Unser Land ist weltweit das Vorbild für ein gelungenes und erfolgreiches Krisenmanagement. Die deutsche Wirtschaft wächst wieder, hier in Baden-Württemberg sogar um glatte 5 Prozent alleine im ersten Halbjahr.

(Beifall)

Während andere Industrieländer mit Entlassungswellen kämpfen, sinkt bei uns die Arbeitslosigkeit auf den tiefsten Stand seit 20 Jahren. Hier im Landkreis Karlsruhe, in der Stadt Karlsruhe, im Agenturbezirk Karlsruhe, in dem wir uns gerade befinden, haben wir mit einer aktuellen Arbeitslosenquote von 3,6 Prozent schon jetzt so gut wie Vollbeschäftigung erreicht.

(Beifall)

Aber all diese guten Zahlen sind keine Selbstverständlichkeit. Sie sind auch kein deutsches Wunder, wie es in der internationalen Presse heißt. Vielmehr sind sie Ergebnis einer klaren, einer klugen und vor allem einer kraftvollen Politik im Kampf gegen die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie sind der Erfolg der Politik in der Verantwortung der CDU mit Angela Merkel, liebe Freunde. Auch das darf man an einem solchen Tag klar und deutlich sagen.

(Beifall)

Wir haben deshalb in der CDU bei aller Bescheidenheit allen Grund, selbstbewusst zu sein. Dass unser Land in der Zeit der tiefsten Krise von der Union geführt wurde, hat Deutschland gut getan. Das können wir voller Überzeugung sagen. Deshalb ist Deutschland bei der CDU und vor allem bei unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel in besten Händen. Das muss die Botschaft sein, die von diesem Parteitag ausgeht.

(Beifall)

Ich bin überzeugt: Deutschland braucht mehr denn je eine starke CDU, eine CDU mit ihren drei gesunden und vitalen Wurzeln im liberalen, christlich-sozialen und konservativen Denken, eine CDU, die für Freiheit und Selbstbestimmung genauso steht wie für Verantwortung und Zusammenhalt in der sozialen Marktwirtschaft. Eine CDU, die auch in Zukunft Politik auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes macht. Diese starke CDU ist heute in dieser Halle versammelt. Sie lebt und wirkt jeden Tag draußen im Land mit über 10 000 Ortsverbänden. Das ist es, worum es gehen muss. Wir müssen die CDU als echte Volkspartei mit ihrer breiten Verankerung erhalten. Wir müssen sie stärken. Wir müssen ihr Selbstbewusstsein geben in Zeiten schneller Veränderungen. Wir müssen deutlich machen, dass in Deutschland nur die Union

Wohlstand sichert und die Chancen schafft, die dieses Land benötigt, um in eine gute Zukunft zu gehen. Das muss die Botschaft dieses Parteitages sein, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Sie alle haben in den letzten Wochen die eine oder andere bemerkenswerte Diskussion verfolgt. Die Debatte über Stuttgart 21 beschäftigt uns bundesweit. Viele von Ihnen fragen sich vielleicht: Was ist eigentlich bei den Schwaben los? Stuttgart 21 ist eine Jahrhundertchance für Baden-Württemberg und für den Schienenverkehr insgesamt. Wir stehen zu diesem Projekt. Ich freue mich, dass die gesamte CDU Deutschlands und vor allem die Bundeskanzlerin uns dabei unterstützen.

(Beifall)

Wahrscheinlich haben Sie alle schon irgendwo gehört oder gelesen, dass die Parole der Stuttgart 21-Gegner lautet: Oben bleiben! Meine Damen und Herren, auch ich möchte, dass wir oben bleiben. Ich möchte, dass wir, wie bisher, bei Innovation und Technologie an der Spitze bleiben. Ich möchte, dass wir bei Bildung und Forschung oben bleiben. Ich möchte, dass wir bei Wachstum und Beschäftigung oben bleiben. Deshalb sage ich: Bei Stuttgart 21 geht es längst nicht mehr allein um ein Eisenbahnprojekt in Baden-Württemberg, sondern es geht um ganz Deutschland. Es geht darum, ob wir dieses großartige Land in Zukunft von Verhinderern und Blockierern regieren lassen wollen, ob wir es ihnen überlassen wollen.

(Anhaltender Beifall)

Das werden wir in Baden-Württemberg nicht zulassen. Deutschland darf nicht zur Dagegenrepublik werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, vor allem die Grünen saugen zurzeit förmlich jeden Protest auf. Sie laufen durchs Land, greifen Stimmungen auf und sammeln überall die Stimmen von Unzufriedenen ein. Sie sind fast immer nur dagegen. Sie machen nicht nur gegen Stuttgart 21 mobil. In Thüringen sind die Grünen gegen eine neue Hochspannungsleitung, die regenerativen Windstrom von den Küsten ins Land bringen soll. In Nordrhein-Westfalen könnte in Datteln ein modernes Kraftwerk fertiggestellt werden, das gegenüber Altkraftwerken monatlich 100.000 Tonnen CO₂ einspart. In Altdorf in Baden-Württemberg sind die Grünen – man höre und staune – gegen ein Pumpspeicherkraftwerk. Dabei geht es um erneuerbare Energie in höchster Vollendung. Wahrscheinlich sind sie ab morgen auch noch gegen Radwege irgendwo in Deutschland. Mein Damen und Herren, das ist das Politikmodell der grünen Stimmungsdemokraten. Das wollen wir nicht, nicht in Deutschland und nicht in Baden-Württemberg.

(Beifall)

Deutschland und Baden-Württemberg leben von der Innovationskraft und dem Erfindungsreichtum. Wir brauchen niemanden, der nur dann erfindungsreich ist, wenn es darum geht, Dinge zu entdecken, gegen die man sein kann. Wenn wir zukunftsweisende Infrastrukturprojekte nicht mehr angehen, wenn wir bei Neuem immer nur dagegen sind, wenn wir sogar unseren Ingenieuren und Technikern nur noch misstrauen, dann werden wir als Hightechnation unglaubwürdig. Man kann nicht in China den ICE und den Transrapid verkaufen wollen, wenn man in Baden-Württemberg mit der Bimmelbahn durch die Gegend fahren will. Das funktioniert nicht.

(Beifall)

Wir sind eben nicht nur dagegen. Wir haben den Mut zum Dafür, den Mut zur Verantwortung. Wir haben diesen Mut, obwohl wir damit nicht immer den leichtesten Weg gehen, etwa beim Energiekonzept oder beim Sparpaket. Politik in der Verantwortung der CDU heißt eben: Wir machen nicht einfach, was ankommt, sondern wir machen, worauf es ankommt, was für dieses Land gut ist. Das ist die Botschaft der CDU.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir stehen mitten im Herbst der Entscheidungen. In der Tat entscheidet sich, ob wir unsere Chancen auch zukünftig nutzen, ob wir den technologischen Wandel kreativ und erfolgreich bestreiten, ob wir gute Antworten auf die demografischen Veränderungen in diesem Land haben oder ob in Deutschland Stillstand und Rückschritt um sich greifen.

Hier, in Baden-Württemberg, wollen wir auch in diesem Jahrzehnt zu den attraktivsten und führenden Wirtschafts- und Innovationsregionen in Europa gehören. Das ist unser Anspruch. Deshalb setzen wir bewusst und gezielt auf die großen Wachstumsbranchen der nächsten Jahre. Im Autoland Baden-Württemberg ist dabei natürlich die Mobilität von morgen von ganz besonderer Bedeutung. Hier kommt nicht weniger als eine technische und wirtschaftliche Revolution auf uns zu. Wir wollen aber Gestalter und vor allem Gewinner dieser Revolution sein. Deshalb hat der Landesverband Baden-Württemberg vorgeschlagen, dass sich die CDU in einer neuen Fachkommission zur Zukunft der Mobilität umfassend und fundiert mit dieser Sachlage beschäftigt.

Liebe Angela Merkel, Baden-Württemberg hat den Ehrgeiz, weiterhin an der Spitze aller Bundesländer zu stehen, wie es in den letzten Jahren und Jahrzehnten der Fall war: mit der niedrigsten Arbeitslosenquote, mit momentan der niedrigsten Jugendarbeitslosenquote in ganz Europa, mit einer guten Entwicklung, einer tollen Bildungspolitik und vielen Vorteilen in allen Zukunftsbereichen dieses Landes. Deshalb freue ich mich sehr, dass der Bundesparteitag in Baden-Württemberg stattfindet und wir dadurch unterstützt werden. Herzlich willkommen in Baden-Württemberg! Viel Erfolg und von Herzen alles Gute!

(Anhaltender Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Wir bedanken uns bei dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. Lieber Stefan, wir in Rheinland-Pfalz wünschen uns einen Doppelsieg am 27. März des kommenden Jahres. Wir wollen das nachmachen, was ihr schon geschafft habt. – Danke.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, nun spricht ein großer Europäer zu uns, ein Mitgestalter des Vertrages von Maastricht. Er war über ein Jahrzehnt lang Premierminister von Belgien. Nun ist er Präsident der größten europäischen Partei mit der stärksten Fraktion. Er ist Präsident der Europäischen Volkspartei. Ich begrüße herzlich Wilfried Martens bei uns.

(Beifall)

Dr. Wilfried Martens, Präsident der Europäischen Volkspartei: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Liebe Angela Merkel! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Mappus! Liebe Freunde von der CDU Deutschlands! Herzlichen Dank für die Gelegenheit, wie in jedem Jahr auch dieses Mal am Parteitag unserer größten EVP-Mitgliedspartei teilnehmen zu können.

Unsere politische Familie steht vor großen Herausforderungen. Auch mitten in der weltweiten Finanzkrise haben uns die Wähler 2009 wieder zur größten politischen Kraft in Europa gemacht.

Das ist für uns eine große Chance. Aber es bedeutet auch viel Verantwortung. Noch im Mai stand unser Finanzsystem kurz vor dem Zusammenbruch. Die Europäische Union hat daraufhin gemeinsam gehandelt und den Euro durch einen Rettungsschirm vor den Attacken allzu nervöser Finanzmärkte bewahrt. Seitdem ist klar: Wir dürfen niemals wieder in eine solche Situation kommen.

(Beifall)

Wir müssen daher überall in Europa unsere Haushalte konsolidieren. Wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern und unsere Wirtschaftspolitik koordinieren. Die Verhandlungen im Rahmen der G 20 sind schwierig, wie der Gipfel in Seoul gezeigt hat. Aber wir brauchen sie, weil wir einen Rückfall in Nationalismus und Protektionismus verhindern müssen.

(Beifall)

Die Finanzmärkte sollen wieder stärker dem Gemeinwohl und der realen Wirtschaft dienen. Deshalb brauchen wir bessere Regulierungen. Wir benötigen auch einen dauerhaften Krisenmechanismus, der den Euro zum einen widerstandsfähig gegen zukünftige Krisen macht und den Staaten zum anderen klare Anreize zum nachhaltigen Wirtschaften gibt. Daher möchte ich Angela Merkel ausdrücklich zu der klugen und weitsichtigen Art gratulieren, mit der sie den Rettungsschirm für den Euro durchgesetzt hat.

(Beifall)

Überall in Europa haben wir in der Krise mit Steuergeldern die Wirtschaft gestützt. Jetzt dürfen die Schulden nicht ausufern. Wir können unseren Wohlstand nicht von zukünftigen Generationen bezahlen lassen.

(Beifall)

Deutschland hat in den letzten Jahren vorgemacht, wie man Wettbewerbsfähigkeit erhöht, wie man weitsichtige Lohnpolitik macht und wie man damit neue Arbeitsplätze schafft.

(Beifall)

Aber als Lokomotive der europäischen Wirtschaft hat Ihr Land auch eine besondere Verantwortung für Europa und für unsere gemeinsame Währung. Ohne den Euro wäre gerade Deutschland in den letzten zehn Jahren nicht so erfolgreich gewesen. Wir müssen den Menschen auch in Zukunft klar sagen, wofür wir stehen: für die Soziale Marktwirtschaft, die Freiheit mit Verantwortung verbindet ebenso wie Erfolg mit Solidarität. Das ist unser Gegenkonzept zur Staatsgläubigkeit der politischen Linken und zum Marktfundamentalismus. Der Staat kann nicht alles besser, aber er muss einen Rahmen setzen, damit die Wirtschaft der Gesellschaft dient und nicht umgekehrt.

(Beifall)

Liebe Freunde von der CDU, in Europa entwickelt sich in den letzten Jahren eine neue Protestkultur. Ein Beispiel ist das Projekt Stuttgart 21 hier in Baden-Württemberg. Über Jahre hinweg wurden demokratisch Entscheidungen getroffen, die Bürger wurden beteiligt, die Planungsverfahren wurden ordentlich abgeschlossen, und jetzt kommen die Neinsager. Sind wir in Zukunft überhaupt noch in der Lage, Großprojekte zu planen? Grüne und Linke setzen sich sonst immer für öffentliche Verkehrsmittel ein. Hier sind sie gegen ein Verkehrsprojekt von enormer europäischer Bedeutung.

(Beifall)

Wenn wir in Zukunft ernste Alternativen anbieten wollen, dann brauchen wir auch den Mut zu Großprojekten und transeuropäischen Netzen. Ich wünsche Ministerpräsident Mappus und der CDU Baden-Württemberg viel Erfolg, damit sie auch weiter für die Menschen in diesem Land zukunftsorientierte Politik machen können.

(Beifall)

Liebe Angela, dein Verhandlungsgeschick und deine Durchsetzungskraft werden auch in den kommenden Monaten in Europa gebraucht werden. Du hast gemeinsam mit Peter Hintze als EVP-Vizepräsident und mit vielen anderen dafür gesorgt, dass die CDU wieder als die deutsche

Europapartei gesehen werden kann. Diese Europapartei, eine starke CDU brauchen wir auch als Motor in der EVP. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Lieber Wilfried Martens, Sie sind ein Freund Deutschlands. Sie sind ein Freund der CDU. Die Delegierten, die schon länger Parteitage besuchen – ich tue das schon mehr als ein Vierteljahrhundert –, wissen: Manches kommt, manches geht, aber der Präsident der Europäischen Volkspartei, Wilfried Martens, ist immer wieder bei uns. Dafür einen herzlichen Dank.

(Beifall)

Wir freuen uns, da wir gerade beim Thema Europa sind, dass in unserer Mitte auch der ehemalige Präsident des Europäischen Parlamentes und jetzige Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Gert Pöttering, unter uns ist. Herzlich willkommen Professor Pöttering.

(Beifall)

Stefan Mappus, Ministerpräsident von Baden-Württemberg: Meine Damen und Herren! Bevor wir mit den Grußworten fortfahren, darf ich jemanden, einen gebürtigen Baden-Württemberger, sehr herzlich begrüßen. Er war lange Zeit ein genialer Generalsekretär unserer Partei und ist jetzt gerade – sagen wir einmal – in neuer Funktion aktiv. Herzlich Willkommen, Dr. Heiner Geißler.

(Beifall)

Als Nächster spricht nun zu uns der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, unser Freund Heinz Fenrich.

(Beifall)

Heinz Fenrich, Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe: Hochverehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel! Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Lieber Landesvorsitzender und Ministerpräsident Stefan Mappus! Meine Damen und Herren Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages und der Parlamente der Länder! Meine sehr verehrten Damen und Herren Minister des Bundes und der Länder! Verehrter Herr Präsident Martens! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Man sagt zwar: Aller guten Dinge sind drei. Doch wenn etwas wirklich gut ist, dann darf es gerne auch ein bisschen mehr sein. So ist es auch mit den Bundesparteitagen der CDU in unserer Stadt: Nach 1951, 1960 und 1995 findet der Bundesparteitag bereits zum vierten Male in Karlsruhe statt.

Auch 2010 gilt mein herzlicher Willkommensgruß, den ich als Oberbürgermeister namens unserer Bürger und des Gemeinderates, aber auch ganz persönlich überbringen darf. Ich tue dies

auch für meinen Kollegen aus Rheinstetten, der Nachbarstadt von Karlsruhe, Sebastian Schrempf. In dessen Gemarkung liegt unsere Karlsruher Messe. Dies ist ein Zeichen dafür, wie wir in unserer Region gut nachbarschaftlich zusammenarbeiten und große Projekte gemeinsam auf den Weg bringen. Lieber Sebastian, an dieser Stelle herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Wenn ich das aus gegebenem Anlass hinzufügen darf: Wir sind bereit, die gute Zusammenarbeit auf die große Messe in Stuttgart auszuweiten, wenn sie gegenseitig fruchtet. Das erhoffe ich mir sehr, weil das dem Land Baden-Württemberg in der Tat sehr nutzen könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, die Ausrichtung des Bundesparteitages ist für Karlsruhe eine große Ehre. Sie gestatten mir die Feststellung: Karlsruhe ist die ideale Stadt für eine solche Tagung. Ich will damit keinesfalls überheblich klingen. Natürlich will sich das nicht einmal 300 Jahre junge Karlsruhe nicht mit der langen Tradition vorangegangener Parteitagstädte messen. Aber die jugendliche Dynamik passt dazu. Wir haben manches zu bieten. Ich wurde gebeten, im Rahmen meines Grußwortes die Stadt kurz vorzustellen.

Karlsruhe ist eine Stadt der Wissenschaft und der Forschung. Hier hatte die älteste technische Hochschule Deutschlands ihren Sitz. Daraus ist die Universität Karlsruhe hervorgegangen. Sie ist eine der ersten drei Eliteuniversitäten unseres Landes. Das Karlsruher Institut für Technologie, kurz KIT, der Zusammenschluss der Universität Karlsruhe – einer Landesuniversität – und des Forschungszentrums Karlsruhe – einer Großforschungseinrichtung der Helmholtz-Gemeinschaft –, ist ein bundespolitisches Modellprojekt, das international Maßstäbe setzt.

Forschung und Innovationsgeist sind in Karlsruhe zu Hause. Der Erfinder des Fahrrades, Karl Drais, war ebenso ein Karlsruher wie der Erfinder des Automobils, Carl Benz. Als kleine Erinnerung an unsere Stadt haben Sie einen Patentmotorwagen von Carl Benz en miniature auf Ihren Plätzen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Karlsruhe ist die Residenz des Rechts: Das Bundesverfassungsgericht, der Bundesgerichtshof und die Bundesanwaltschaft sitzen hier in Karlsruhe, ebenso Gerichte aller Instanzen.

Karlsruhe ist die Internethauptstadt Deutschlands. Hier ging vor 26 Jahren die erste E-Mail Deutschlands ein. Hier ist heute der Knotenpunkt der deutschen Internetnutzung.

Aus aktuellem Anlass füge ich hinzu: Karlsruhe ist UNICEF-Kinderstadt 2010. Sie präsentiert sich als diese hier auf dem Bundesparteitag außerhalb der dm-Arena. Wir sind stolz darauf. Wir erhoffen uns, dass wir Spenden für UNICEF in einer Größenordnung von 300.000 Euro zusammenbekommen werden; das ist rund 1 Euro pro Einwohner.

(Beifall)

Karlsruhe ist eine Kulturstadt. Das Zentrum für Kunst und Medientechnologie, ZKM, hat eine weltweit einzigartige Verbindung von Kunst und Technologie geschaffen. Manche nennen es auch das Centre Pompidou Deutschlands.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, dass ich dieses kurze Grußwort auch für einen allgemeinen kommunalpolitischen Hinweis nutze. Wir Städte, auch die Stadt Karlsruhe, sind außerordentlich dankbar dafür, dass es immer wieder gelingt, größere Maßnahmen mit Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland, der Bundesregierung und den Landesregierungen durchführen zu können, so auch ein Vorhaben, dass wir Kombilösung nennen. Dabei geht es um eine Tieferlegung der Straßenbahn bei gleichzeitiger Tieferlegung des Autoverkehrs auf einer anderen Straße; obendrauf wird eine Straßenbahnstrecke gelegt. Die Grünen in dieser Stadt waren aber auch gegen dieses Vorhaben und sind es noch heute. Deshalb gebe ich unserem Ministerpräsidenten hundertprozentig recht, der vorhin gesagt hat, dass wir daran arbeiten müssen, dass wir auch in unseren Städten vorwärts kommen und uns bei dieser Entwicklung der Zukunft nicht behindern lassen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Städte sind im Sinne unserer Gesamtverantwortung bereit, staatliche Aufgaben zu übernehmen. Wir brauchen dafür aber nicht nur die Aufgabenzuweisung, sondern auch die finanzielle Unterstützung des Bundes und der Länder, um diese Aufgaben im notwendigen Umfang schultern zu können.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Parteifreunde, einseitige Aufgabenzuweisungen ohne entsprechende finanzielle Ausstattung führen uns Kommunen an den Rand unserer Handlungsfähigkeit. Deshalb bauen wir auch in der Zukunft auf die praktische Umsetzung der Konnexität.

(Beifall)

Hochverehrte Frau Bundeskanzlerin, unsere Stadt ist auch die Heimat des weltberühmten zeitgenössischen Komponisten Professor Wolfgang Rihm. Sie haben, wie ich weiß, eine besondere Beziehung zu seiner Musik. Deshalb darf ich Ihnen jetzt zur Erinnerung an diesen Parteitag einen MP3-Player mit einer unveröffentlichten Aufnahme von Professor Rihm und eine DVD mit einem extra angefertigten und vom Künstler handsignierten Booklet überreichen.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, für Ihre Beratungen wünsche ich Ihnen viel Erfolg bei den personellen und inhaltlichen Weichenstellungen, um den momentanen Gegenwind für den Start in einen erfolgreichen Steigflug auszunutzen. Ich hoffe, dass es Ihnen in unserer Stadt so gut gefällt, dass Sie noch viele weitere Bundesparteitage der CDU hier stattfin-

den lassen; denn aller wirklichen Dinge können es mehr als vier sein. In diesem Sinne: Ihnen allen ein herzliches Willkommen und gute Beratungen und viel Erfolg für unsere gemeinsame CDU.

(Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Ein herzliches Dankeschön an den Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe. Vielen herzlichen Dank für das Grußwort. Bei dieser Gelegenheit danke ich auch für die exzellente Arbeit, die Sie hier leisten.

Bevor wir zum Höhepunkt des Parteitages kommen, darf ich noch eine Begrüßung vornehmen. Ich darf die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, die sich für die Menschen einsetzt, die ihre Heimat verloren haben, und diesbezüglich sehr viel für die Versöhnung tut, herzlich begrüßen. Ich begrüße herzlich Erika Steinbach.

(Beifall)

Jetzt kommen wir zum Höhepunkt des Bundesparteitages, zum Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands. Ich darf das Wort an unsere Vorsitzende und Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, geben.

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Lieber Stefan Mappus, liebe Delegierte, liebe Freunde, meine Damen und Herren! Genau heute vor 21 Jahren, am 15. November 1989, bin ich zu einer Physiktagung nach Thorn in Polen gefahren, um dort einen Vortrag über EPR-Spektroskopie zu halten. Als ich am Bahnhof abgeholt wurde, da sagten meine polnischen Freunde als Erstes zu mir: „Wir waren fest davon überzeugt, dass du nicht kommst. Wie kann man denn kommen“, haben Sie mich gefragt, „wenn vor sechs Tagen die Mauer gefallen ist, wenn das Weltgeschehen in Berlin stattfindet und Deutschland nächstes Jahr vereint sein wird? Was machst du hier?“ – Nun ja, wir können jetzt darüber streiten, ob es typisch Merkel oder typisch deutsch ist, dass ich trotzdem gekommen war, vielleicht war es auch beides. Ich habe es damals als meine Pflicht angesehen. Die polnischen Gastgeber an der Uni Thorn haben sich gefreut, und ein Vortrag über EPR-Spektroskopie hat durchaus auch spannende und belebende Seiten, selbst in Zeiten epochaler Veränderungen.

(Vereinzelt Beifall)

Vielleicht bin ich aber damals auch schon gern nach Thorn gefahren, weil ich schon gespürt habe, was wir heute alle genau wissen: Wir Deutschen dürfen nie vergessen, dass es Polen und die Solidarnosc und die Kraft von Papst Johannes Paul II waren, die Deutschland und Europa als Erste den Weg in die Freiheit gebahnt haben. Ohne sie wäre der 9. November 1989 nicht möglich gewesen.

(Beifall)

Ohne sie wäre der 9. November 1989 nicht möglich gewesen, und wir wissen: Kein Tag markiert so sehr bedeutende Wendepunkte, schlimmste Tiefpunkte und Momente größten Glücks in der deutschen Geschichte wie der 9. November. 1918 rief Philipp Scheidemann am 9. November von einem Balkon des Reichstags in Berlin die deutsche Republik aus. 1938 zerstörten die Horden von SS und SA am 9. November Synagogen, jüdische Gemeindehäuser in ganz Deutschland und verwüsteten Geschäfte und Wohnungen jüdischer Bürger und misshandelten ihre Bewohner. Viele Menschen starben. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer. Das war der Sieg der Menschen in der DDR über das SED-Regime. Einen glücklicheren Tag hat die deutsche Geschichte nicht erlebt.

(Beifall)

Diesen Moment größten Glücks haben wir im letzten Jahr zum 20. Mal gefeiert und vor wenigen Wochen den 20. Jahrestag der Wiedervereinigung unseres Landes zusammen mit unserem neuen Bundespräsidenten Christian Wulff. Er kann natürlich nicht mehr hier sein, das verbietet sein Staatsamt. Umso mehr grüße ich ihn, grüßen wir ihn von Herzen von diesem Parteitag. Wir wünschen ihm Glück und Gottes Segen für die Ausübung seines so wichtigen Amtes für unser Land.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist mir auch ein Bedürfnis, von dieser Stelle den ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler zu grüßen. Er war im Sinne des Wortes Bürgerpräsident. Umso schlimmer haben die Bürgerinnen und Bürger den Umgang gerade mit ihm in diesem Jahr empfunden. Viele Angriffe von SPD und Grünen kannten kaum noch eine Grenze des Respekts.

Liebe Freunde, ich sage es in aller Ernsthaftigkeit: Wir brauchen uns nicht zu wundern, dass sich viele Menschen angewidert von den politischen Parteien und den Politikern abwenden, wenn die Politik ihrerseits selbst das Gespür für die Grenzen des Anstands verliert.

(Beifall)

Wir brauchen uns nicht zu wundern, dass die Menschen den Respekt vor staatlichen Institutionen verlieren, wenn die Politik sich selbst keine Mühe gibt, diesen Respekt aufzubringen. Das dürfen wir nicht achselzuckend hinnehmen. Ein solcher Umgang mit unserem Staatsoberhaupt darf sich nie mehr wiederholen. Ich sage: Das ist keine Lappalie, sondern das ist von größter staatspolitischer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall)

Liebe Freunde, es war die Kraft der Freiheit, die 1989 die Welt verändert hat. Es ist diese Kraft der Freiheit, auf die wir auch heute setzen. Wenn ich zu Beginn an den 9. November 1989 ge-

dacht habe, dann geht es mir nicht darum, in irgendwelchen Erinnerungen zu schwelgen, sondern es geht um viel mehr. Es geht darum, ob wir auch heute, in Zeiten erneuter großer Umbrüche, in Zeiten einer internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht erlebt haben, wissen, wie wir zu handeln haben. Es geht darum, dass wir nie vergessen, warum wir so handeln, wie wir handeln, was der Grund unseres Handelns ist. Ich sage: Es ist Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.

(Beifall)

Denn wie groß auch die Aufgaben von heute erscheinen mögen, wie anstrengend und schwierig auch viele Diskussionen sind, sie haben dann ein Gutes, wenn sie genau diesem Ziel dienen, ganz so, wie wir es heute mit den Worten unseres Parteitages sagen: „Gemeinsam. Für ein starkes Deutschland“.

(Beifall)

Liebe Freunde, „Gemeinsam. Für ein starkes Deutschland“, das ist der Anspruch der Christlich Demokratischen Union Deutschlands seit über 60 Jahren. Das ist mein Anspruch als Vorsitzende dieser großartigen Partei, das ist mein Anspruch als Bundeskanzlerin der christlich-liberalen Koalition, und das ist unser gemeinsamer Anspruch: Gemeinsam für ein starkes Deutschland.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich will nicht darum herumreden: Die Bilanz der christlich-liberalen Regierung in ihrem ersten Jahr kann sich sehen lassen – in der Sache, aber nicht immer im Stil.

(Beifall)

Unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen haben darunter besonders gelitten; da gibt es nichts zu beschönigen.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht auch eigentlich nur oberflächlich um Stil, um gute oder schlechte Umgangsformen. Da haben manche wirklich schlechte Beispiele geliefert; ich erspare uns eine Wiederholung. Tatsächlich geht es – ich darf inzwischen schon sagen: ging es – um Tiefergehendes. Ja, es ist eine Binsenweisheit, dass Koalitionen immer aus Parteien bestehen, die sich unterscheiden. Ja, es ist eine Binsenweisheit, dass sich neue Regierungen immer zuerst schwertun und sich finden müssen. Doch lasse ich diese Binsenweisheit als Erklärung nur bedingt gelten; denn die Enttäuschung über den Anfang der christlich-liberalen Regierung wiegt umso schwerer, als wir doch elf Jahre gewartet, gekämpft, gehofft und darauf hingearbeitet haben. Doch dann haben wir erlebt: Elf Jahre sind elf lange Jahre. Sie verändern, insbesondere wenn unterschiedliche Erfahrungen der einzelnen Partner hinzukommen – wir, die CDU und die CSU, mit Regierungs-

verantwortung schon nach siebenjähriger Opposition, unser Koalitionspartner nach elf Jahren Opposition. Deshalb war es so – so banal es klingt –: CDU, CSU und FDP mussten wieder neu zusammenfinden. Das gestaltete sich schwieriger, als wir dachten. Doch sollten wir uns trotz mancher Enttäuschung nichts vormachen: Die Alternative zur christlich-liberalen Bundesregierung ist keine erneute Große Koalition, falls das irgendjemand in schwachen Momenten einmal gedacht haben sollte.

(Beifall)

Die Alternative ist auch keine schwarz-grüne Koalition oder Jamaika. Das sind Illusionen, das sind Hirngespinnste.

(Beifall)

Auch Rot-Grün alleine ist es nicht, weil es dafür am Ende keine Mehrheit geben wird. Nein, liebe Freunde, die Alternative zu unserer Regierung wäre nichts anderes als Rot-Rot-Grün. SPD und Grüne werden 2013 keine Sekunde zögern, mit den Linken zusammenzugehen, um an die Macht zu kommen, wenn es die Zahlen hergeben, liebe Freunde.

(Beifall)

Union und FDP haben den Auftrag, genau das zu verhindern. Das ist ein Auftrag von geradezu historischer Tragweite. Wir müssen unserem Land Rot-Rot-Grün ersparen, und wir können unserem Land Rot-Rot-Grün ersparen, wenn wir weiter zeigen, dass wir es besser machen als zu Beginn der christlich-liberalen Koalition. Das ist die Aufgabe.

(Beifall)

Dazu müssen wir zeigen und unter Beweis stellen, dass unser Handeln in sich begründet ist und dass unser Handeln ein klares, ein gemeinsames Ziel hat, und zwar gemeinsam für ein starkes Deutschland zu arbeiten, nach innen wie nach außen. Entscheidungen, wie wir sie in diesem Herbst treffen, dürfen zunächst durchaus umstritten sein. Sie werden sich später als notwendig erweisen und schließlich überzeugen. Dann, aber erst dann wird den Menschen in unserem Land deutlich, was ich vorhin gesagt habe, nämlich dass sich die Bilanz unserer Regierung in der Sache sehen lassen kann und dass diese Bilanz ihresgleichen sucht.

Wir haben Deutschland aus der schlimmsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik geführt. Als ich Bundeskanzlerin wurde, hat die Zeitung mit den großen Buchstaben in den üblichen großen Buchstaben geschrieben: Fünf Millionen Arbeitslose – Frau Merkel, das sind jetzt Ihre. Ich habe das hingenommen; nun waren es meine. Aber ich sage auch: Ich bin stolz darauf, dass wir heute sagen können: Wir haben unter drei Millionen Arbeitslose. Daran müssen wir anknüpfen.

(Lebhafter Beifall)

Unser Land ist heute so erfolgreich, dass manch einer in der Welt von einem deutschen Wunder spricht. Wir wissen: Das ist kein Wunder. Es sind die Deutschen und eben auch wir, die CDU, die das gemeinsam geschafft haben. Wir haben auf diejenigen gesetzt, die unser Land stark machen, die jeden Tag früh aufstehen, die hart arbeiten, die Verantwortung übernehmen, Arbeitsplätze schaffen im Kleinen und im Großen. Für sie haben wir mit Kurzarbeit und mit mehr Investitionen Brücken gebaut. Das war in einer der schwierigsten Zeiten gelebte Soziale Marktwirtschaft. Liebe Freunde, wir haben auf dem Höhepunkt der Krise versprochen, dass Deutschland gestärkt aus dieser Krise hervorgeht. Was haben wir für hämische Kommentare hören müssen? Heute steht Deutschland besser da als die allermeisten anderen.

(Beifall)

Die Arbeitslosigkeit ist unten, die Wachstumsraten sind oben – und die hämischen Kritiker sind weg oder mischen sich unter die Demonstranten in Gorleben, natürlich nicht, ohne vorher den Dienstwagen abgestellt zu haben, schön von der Polizei bewacht.

(Beifall)

Wenn sie dort nicht sind, liebe Freunde, dann sind sie irgendwo, wo sich ihr Beitrag zum Erfolg unseres Landes wahrlich in Grenzen hält. Die ganze Opposition fällt vor allem durch eines auf: durch mangelnde Verantwortung.

(Vereinzelt Beifall)

Franz Müntefering hat einmal gesagt: Opposition ist Mist. – Heute hat Müntefering nichts mehr zu sagen, und die SPD ist einen Schritt weiter: Die Opposition macht Mist, aber das macht sie wiederum mit viel Engagement, liebe Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Die SPD kann doch heute gar nicht schnell genug vor dem davonlaufen, was sie in der Großen Koalition mit beschlossen hat. Schlimmer noch: Ihr Verhalten nimmt zum Teil groteske Züge an. Einerseits will sie beinahe rührend vor den Mikrofonen den Aufschwung für ihre Agenda 2010 reklamieren, andererseits sind Gabriel und Co. von morgens bis abends, tagedein, tagaus nur damit beschäftigt, sich von den Entscheidungen der Agenda 2010 zu distanzieren.

(Beifall)

Sie übersehen etwas: Wer auf allen Stühlen sitzen will, der findet sich irgendwann auf dem eigenen Hosenboden wieder. Dann hat er lange genug zu tun, wieder hochzukommen. Liebe Freunde, da sitzen sie, und da können sie bleiben.

(Beifall)

Die SPD ist auf der Flucht. Sie ist auf der Flucht vor der Verantwortung, sie ist auf der Flucht vor der Realität, und sie verspielt damit ihren Auftrag als zweite Volkspartei in Deutschland. So ist die Realität.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Grünen sind ständig gegen etwas. Wenn im Zusammenhang mit den Grünen immer von bürgerlichen Politik gesprochen wird, dann sage ich: Dagegen zu sein, ist das Gegenteil von bürgerlicher Politik. Bürgerliche Politik erschöpft sich nicht im Halten von Demonstrationsschildern. Bürgerliche Politik steht vielmehr für die Tugenden und Werte, mit denen wir unser Land vorangebracht haben. Bürgerliche Politik steht vor allem für ein gutes und besseres Ganzes, für Maß und Mitte. Das ist die Haltung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande gemeinsam für ein starkes Deutschland.

(Beifall)

Die Aufgaben sind doch schwer genug; denn die Welt verändert sich dramatisch. Die Wirklichkeit ist, dass 1990 das Durchschnittsalter in unserem Land 35 Jahre war. Heute ist das Durchschnittsalter 42 Jahre und 2030, also wiederum 20 Jahre später, wird es 48 Jahre sein. Die Wirklichkeit ist: Bei uns geht die Anzahl der Patentanmeldungen zurück. In China hat sie rasant zugenommen. Die Wirklichkeit ist: In Deutschland arbeiten glücklicherweise 40 Millionen Menschen, aber in China sind es 800 Millionen. Außerdem hat uns China als Exportweltmeister überholt. Die Wirklichkeit ist: Das Internet hat unser ganzes Leben verändert. Die Wirklichkeit ist auch: Wir können heute Erbdispositionen erkennen mit Stammzellenforschung und Embryonen selektieren.

Das alles fordert uns. Wir müssen in der Lage sein, auf veränderte Bedingungen neue wertegebundene Antworten zu geben. Das ist der Auftrag für eine Partei wie die Christlich Demokratische Union, die einen Gestaltungsanspruch hat. Es ist an uns, die Weichen zu stellen, damit Deutschland auch in Zukunft ein starkes Land ist. Das ist unser Auftrag.

(Beifall)

Die dafür nötige Kraft schöpfen wir aus dem, was uns als CDU seit unserer Gründung ausmacht. Erstens schöpfen wir die Kraft aus den richtigen Weichenstellungen in allen entscheidenden Phasen der Geschichte unseres Landes: der Westbindung und der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft unter Führung von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, der deutschen und europäischen Einigung unter Führung von Helmut Kohl, dem Ehrenbürger Europas und Kanzler der Einheit.

(Beifall)

Zweitens schöpfen wir die Kraft aus dem gemeinsam Kompass, der uns auch in unwegsamem Gelände immer auf dem richtigen Pfad hält. Dieser Kompass ist das C in unserem Namen. Die ethischen Grundlagen des Christentums sind die Leitlinien unserer Politik. Uns trägt der Glaube. Er gibt uns Kraft. Ich sage es ganz persönlich: Er gibt mir Kraft.

(Beifall)

Wir, liebe Freunde, sind überzeugt vom unverwechselbaren Wert eines jeden Menschen. Jeder Mensch ist einmalig: vom Anfang seines Lebens bis zum Ende seines Lebens. Wir sind überzeugt, dass der Mensch geschaffen ist, die Welt zu gestalten und Freiheit und Verantwortung für sich und andere zu leben. Der Mensch lebt nicht für sich allein, sondern stets im Blick auf seinen Nächsten.

Konrad Adenauer, unser erster Vorsitzender, hat das wenige Wochen nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der rheinischen CDU im März 1946 ganz wunderbar beschrieben – ich zitiere:

Der Fundamentalsatz des Programms der CDU, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, das ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik. Die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. Nach dieser Auffassung ist weder der Staat noch die Wirtschaft, noch die Kultur Selbstzweck. Sie haben eine dienende Funktion gegenüber der Person.

(Beifall)

Weder der Staat noch die Wirtschaft, noch die Kultur sind Selbstzweck. Sie haben eine dienende Funktion gegenüber der Person: Das bedeutet, sie haben eine dienende Funktion gegenüber jedem einzelnen Menschen.

Besser als unser erster Vorsitzender kann man das Wertefundament unserer CDU nicht in Worte fassen. Besser kann man nicht deutlich machen, was uns seither bei unserer Arbeit für ein starkes Deutschland auch in Zukunft leiten muss. Dieses Deutschland ruht auf drei Säulen. Es ruht auf einer zukunftsfähigen wirtschaftlichen Basis, gesicherten Energieversorgung, modernen Infrastruktur, gut ausgebildeten Fachkräften, auf einem leistungsfähigen Sozialstaat, solidem Haushalten und auf einer stabilen Währung. Das ist die wirtschaftliche Basis unseres Landes.

Aber es ist nicht lange her, nämlich im Frühjahr dieses Jahres, als wir alle in den Abgrund geschaut haben. Mit der Krise Griechenlands und des Euro stand nicht weniger als die Stabilität des Euro, die Stabilität unserer eigenen Währung, auf dem Spiel. Das allein beschreibt nicht das, was auf dem Spiel stand. Auf dem Spiel stand die Zukunft Europas und damit das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger. In dieser existenziellen Krise haben wir Verantwortung für die Zukunft Europas übernommen und damit auch für die Zukunft unseres Landes.

Wir haben dem Druck zu Hause und in Europa standgehalten. Wir haben klargemacht, dass ein guter Europäer nicht immer der ist, der schnell handelt, sondern der, der klug handelt.

(Beifall)

So, aber auch nur so konnte der Schuttschirm für den Euro gespannt und Griechenland geholfen werden. So wurde Hilfe mit strengen Bedingungen verbunden. Das geschah gegen den gesammelten Widerstand der Opposition, liebe Freunde. Wie geschichtsvergessen muss man sein, wenn man so wie die SPD vorgeht? Im Jahr 2000 konnten Schröder und Eichel gar nicht schnell genug den Beitritt Griechenlands zum Euro durchlaufen lassen. Sie haben alle Warnungen in den Wind geschlagen. Sie sagten, dass das eine politische Entscheidung war. Ja, politische Entscheidungen sind wichtig. Aber politische Entscheidungen, die die Fakten ausblenden, sind unverantwortlich. Diesen Scherbenhaufen sehen wir heute, liebe Freunde.

(Beifall)

Aber damit nicht genug: 2004 haben SPD und Grüne gemeinsam den Stabilitätspakt geschwächt, und 2010 verweigern sie sich dann in einer existenziellen Krise durch Enthaltung bei der großen Euro-Hilfe. Sie haben uns dann anschließend noch Vorwürfe gemacht, weil wir auf strengen Bedingungen für die Hilfe beharrt haben. Das kann man nicht einfach so übergehen. Das ist auch für eine relativ junge Partei wie die Grünen, die noch keine große europapolitische Tradition hat, ein dickes Ding, um es einmal salopp zu sagen. Aber die Partei Willy Brandts verhöhnt damit ihre große europäische Tradition. Das ist etwas, was wir nicht durchgehen lassen können.

(Beifall)

Man muss der SPD und den Grünen einfach sagen: Es gibt Situationen im Leben, in denen ist Enthaltung keine Haltung. Das ist die Wahrheit.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, kommt es auf uns an, auf die christlich-liberale Koalition. Es ist unsere Aufgabe, eine neue Stabilitätskultur in Europa zu verankern. Wir müssen Vorsorge für die Zukunft treffen, damit sich eine solche Krise nicht wiederholt.

Nun habe ich gehört, die dafür notwendigen Änderungen der europäischen Verträge würden wir nie schaffen, eine Zustimmung aller EU-Länder sei utopisch. Ich kann mich über diese Argumentation nur wundern. Wo wären wir heute eigentlich in der Europäischen Union, wenn schon die Gründungsväter so gedacht hätten? Sie haben sich von der Schwere der Aufgabe nicht entmutigen lassen. Sie haben an Europa geglaubt, als es in Schutt und Asche lag. Kleinmut ist kein guter Ratgeber, wenn man etwas Großes erreichen will. Es geht hier um etwas Großes.

(Beifall)

Vielleicht vergisst man ja manchmal, dass es um etwas Großes geht, wenn nur von Krisenmechanismus, Stimmrechten, Verträgen, Stabilitätskultur, Rettungsschirm, IWF, Währung, EZB und vielem mehr die Rede ist. Das ist alles technisch. Aber ich sage Ihnen: Es geht um das Ganze; denn scheitert der Euro, dann scheitert Europa. Dann scheitert die europäische Werte- und Einigungsidee. Diese Idee hat uns angesichts der Kriege und der Zerrüttung in Europa in den vergangenen Jahrhunderten doch immer wieder die Kraft gegeben, für Frieden, Wohlstand und Freiheit auf unserem Kontinent zu kämpfen. Früher haben wir ja alle manchmal gelächelt, wenn Helmut Kohl in entscheidenden Momenten, wo über Europa gesprochen wurde, nicht müde wurde, zu sagen: Es geht um Krieg und Frieden. Die Sprache mag uns vielleicht etwas fremd geworden sein. Sein Vermächtnis sollte es uns aber niemals werden.

(Beifall)

Denn 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge geht es auch heute wieder um die Friedensidee Europa. Dafür und nicht für Geld, Verträge, Mechanismen allein setzen wir uns ein.

Liebe Freunde, es ist etwas anderes, was wir aus dieser Krise gelernt haben. Es ist die Aufgabe von uns, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, einer Ordnung von Freiheit in Verantwortung, in der Europäischen Union und weltweit stärker durchzusetzen. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise konnte nur entstehen, weil nicht überall in der Welt diese Prinzipien beachtet wurden. Freiheit auf den Märkten kann nicht bedeuten, dass man sich von den Folgen seines Handelns einfach befreit. Es waren Exzesse auf den Märkten und es war Wachstum auf Pump, das uns in diese Krise geführt hat. Deshalb werde ich nicht müde werden, auf jedem zukünftigen G-20-Gipfel, wie ich es auch schon auf denen, die bisher schon stattgefunden haben, getan habe, dafür zu kämpfen, dass sich die Staaten zu solidem Haushalten verpflichten. Alles andere führt uns in die Irre.

(Beifall)

Deshalb kämpfen wir für eine neue Finanzmarktarchitektur. Deshalb sage ich auch ganz deutlich – ich werde es wiederholen, wenn es nötig ist. Wir lassen uns nicht dafür prügeln, dass wir gute Produkte „Made in Germany“ in die Welt exportieren. Andere, die das nicht können, können es gerne versuchen und nachholen. Wir sind für fairen Wettbewerb. Aber bestrafen dafür, dass wir Gutes erzeugen, lassen wir uns nicht, liebe Freunde.

(Beifall)

Natürlich gehört dazu, wenn man in der Welt für diese Ziele eintreten will, dass wir zu Hause unsere Hausaufgaben machen. Deshalb war es richtig, dass wir auf unserem Parteitag in Hannover die Schuldenbremse beschlossen haben und dass wir sie umgesetzt haben – damals noch mit der

SPD. Man ahnt jedoch, dass die SPD heute vor diesem Beschluss am liebsten wieder weglaufen will. Mit der Schuldenbremse ist nicht irgendeine finanzpolitische Maßnahme getroffen worden, sondern damit ist der Einstieg in eine generationengerechte, in eine nachhaltige Haushaltsführung gelungen. Das ist gelebte Verantwortung. Ich sage ganz einfach: Ohne uns wäre das undenkbar gewesen in Deutschland.

(Beifall)

Liebe Freunde, nun nimmt ja der Bund dieses Jahr mit etwas weniger als 50 Milliarden Euro weniger Schulden auf, als wir am Anfang des Jahres dachten. Ich bitte Sie aber alle, auch wenn die Steuereinnahmen etwas höher sind, als wir dachten, nicht zu vergessen, dass wir nur etwas weniger wenig Geld haben, aber noch lange nicht zu einer nachhaltigen Haushaltsführung gekommen sind. Deshalb bitte ich alle – ich möchte an dieser Stelle insbesondere auch die Mittelstandsvereinigung ansprechen, deren Anträge ich ernst nehme –: Lassen Sie uns gemeinsam auf eine Prioritätenliste einigen. Die Aufgabe, die wir jetzt zuerst erfüllen müssen, lautet: erst einmal Haushaltskonsolidierung, Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit.

(Beifall)

Natürlich kommt als Zweites die Vereinfachung des Steuersystems. Da sind wir wirklich von dem, was wir uns einmal gedacht haben, noch meilenweit entfernt. Das muss jetzt auch auf der Tagesordnung stehen. Das ist richtig.

(Beifall)

Dann, liebe Freunde, bleibt natürlich auch ein einfaches, gerechtes und niedrigeres Steuersystem auf unserer Tagesordnung. Es muss aber in der Reihenfolge geschehen, wie ich es eben skizziert habe.

Ich möchte Wolfgang Schäuble, der ja nun kein Schwabe ist, aber als Badener auch etwas vom Sparen versteht, der heute Vormittag nicht hier sein kann, weil er gerade in Brüssel über die West LB verhandelt, aber am Nachmittag bei uns sein wird, ein herzliches Dankeschön sagen. Dies war kein einfaches Jahr für Wolfgang Schäuble. Ich danke ihm aber für seine Kraft, seine Ausdauer und für seine Arbeit als Finanzminister.

(Beifall)

Liebe Freunde, um unsere wirtschaftliche Basis zu sichern, auch in den nächsten Jahrzehnten, müssen wir Industrieland bleiben. Ein Industrieland braucht natürlich eine gesicherte, saubere und bezahlbare Energieversorgung, also eine Energieversorgung, die Ökologie und Ökonomie zusammenbringt. Genau das macht Norbert Röttgen im Umweltministerium, der gesagt hat – wir unterstützen das als Bundesregierung und auch als CDU. Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen.

(Teilweise Beifall)

Wir sind die erste Bundesregierung, die nicht nur darüber redet, sondern auch danach handelt – durch konsequenten Ausbau von erneuerbaren Energien, aber eben auch durch das Aussprechen der Wahrheit, dass, wenn wir das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen wollen, wir Brückentechnologien brauchen. Dazu gehört die Kohle. Dazu gehört die Kernenergie. Wir sagen Ja dazu, damit wir das Zeitalter der erneuerbaren Energien schneller erreichen. Wir reden nicht nur, sondern wir handeln, liebe Freunde.

(Beifall)

Wer sich in diesem Zusammenhang aber um die Bezahlbarkeit des Stromes keine Gedanken macht, sondern wie die Grünen für eine unendliche Förderung der Solarenergie eintritt, der tut gar nichts für das Einläuten des Zeitalters der erneuerbaren Energien, weil er die Akzeptanz dafür in der Bevölkerung zerstört. Wer wie viele von SPD und Grünen vom Zeitalter der erneuerbaren Energien spricht, aber immer an der Spitze der Demonstrationen ist, wenn es um den Bau von neuen Hochspannungsleitungen geht, der tut auch nichts für das Zeitalter der erneuerbaren Energien.

(Beifall)

Wer wie Rot-Grün einfach die Erkundung eines Endlagers aussetzt und wer wie Rot-Grün einen Unterschied zwischen guten Castortransporten, die es dann gibt, wenn man an der Regierung ist, und schlechten Castortransporten, die es dann gibt, wenn man in der Opposition ist, macht, der verfolgt eine Doppelmoral. Das werden die Menschen in Deutschland erkennen. Ich bin da ganz sicher.

(Beifall)

Wer in diesem Zusammenhang so harmlos von Entschottern der Bahngleise redet, wenn er eigentlich eine gefährliche Straftat meint, der will die Maßstäbe verrücken. Ich sage Ihnen: Das werden wir nicht zulassen. Eine gefährliche Straftat bleibt eine gefährliche Straftat und muss mit aller Konsequenz geahndet werden.

(Beifall)

Deshalb möchte ich den vielen Polizistinnen und Polizisten, die unter schwierigsten Bedingungen diese Transporte sichern, ganz herzlich danken.

(Beifall)

Sie sind der Garant unserer Freiheit, dass wir in Deutschland demonstrieren dürfen.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, um es klipp und klar zu sagen: Von Leuten, die – anders als wir – Energiepolitik als Ideologie betreiben, lassen wir uns keine Vorhaltungen machen.

(Vereinzelt Beifall)

SPD und Grüne vergessen nämlich zu schnell und zu oft: Es gibt keinen Rechtsanspruch auf einen hohen Lebensstandard. Der kommt nicht von allein! Der muss jeden Tag neu erarbeitet werden. Wenn Sie nach China reisen, wenn Sie nach Südkorea reisen, wie ich es gerade getan habe, dann sehen Sie: Die Welt schläft nicht. Die Menschen woanders möchten auch in Wohlstand leben. Wir können das schaffen, natürlich können wir es schaffen, aber nicht, wenn wir ideologisch vorgehen, sondern nur, wenn wir uns anstrengen und unsere Talente und unsere Tugenden für etwas einbringen und nicht dauernd gegen etwas.

(Beifall)

Liebe Freunde, niemand zwingt uns, an den großen europäischen Verkehrsstraßen teilzuhaben. Aber die CDU will – sie will! – an diesen Verkehrsstraßen teilhaben, weil das unserem Wohlstand dient. Wenn zum Beispiel in Stuttgart durch den Bau von Stuttgart 21 bis zu 17.000 neue Arbeitsplätze entstehen, dann stärkt das Baden-Württemberg, dann stärkt das Deutschland, und deshalb wollen wir, dass bei uns diese Bahnlinie vorbeigeht und der moderne Bahnhof gebaut wird – weil es in unserem Interesse ist, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Wahrheit ist doch: Wir müssen mehr, nicht weniger für eine gut ausgebaute und moderne Infrastruktur in unserem Lande tun. Da kann es – bei aller Schutzwürdigkeit – nicht richtig sein, dass Juchtenkäfer oder Kammmolche erhalten müssen, um solche Projekte zu verhindern. Das darf nicht sein!

(Beifall)

Da kann es auch nicht richtig sein, dass immer vor allem die Risiken in den Vordergrund gestellt werden, aber die Chancen neuer Technologien regelmäßig verschwiegen werden. So kommen wir nicht voran!

Da kann es auch nicht richtig sein, dass Großprojekte, die über Jahrzehnte hinweg geplant sind und demokratisch legitimiert wurden, plötzlich wieder in Frage gestellt werden. Das lassen wir nicht zu, denn Verlässlichkeit, liebe Freunde, ist ein hohes Gut.

Ich sage ausdrücklich: Ich bin für Bürgerbeteiligung, ich bin für Transparenz, und ich bin Heiner Geißler – den ich lieber nicht zu sehr lobe, weil er sonst seine Unparteilichkeit verliert – ganz dankbar, dass er die Schlichtung in einem so komplizierten Sachverhalt wie Stuttgart 21 übernommen hat. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Ich bin für Mitsprache, ich bin aber vor allen Dingen dafür, dass wir vielleicht unsere Planungs- und Entscheidungszeiträume gerade bei Großprojekten etwas verkürzen, und ich bin vor allem auch dafür, dass Kostenvoranschläge in Zukunft etwas präziser sind, sodass man nicht immer wieder überrascht wird.

(Vereinzelt Beifall)

Aber auch wenn wir für all das sind, irgendwann kommt ein Punkt, da muss einfach demokratisch entschieden werden, und das muss dann auch gelten, darauf muss Verlass sein. Es kann in unserem Land nicht die Arbeitsteilung geben: Erst entscheiden Politiker, Parlamente, Gerichte, dann kommen Demonstrationen, und dann wird ein Projekt eingestampft. Für eine solche Arbeitsteilung stehe ich und stehen wir nicht zur Verfügung, liebe Freunde.

(Beifall)

Politik muss verlässlich sein. Sie muss an alle denken. Ein starkes Deutschland ist auf die Klugheit, die guten Ideen, die Erfahrungen seiner Menschen angewiesen. Wenn wir allein daran denken, wie sich der Altersaufbau unserer Gesellschaft verändert, dann gilt doch mehr denn je: Jeder in unserem Land, jeder und jede, wird gebraucht; es darf keine einzige Gruppe ausgeschlossen werden.

Das gilt für die Älteren, die immer noch einen großen Anteil an den Langzeitarbeitslosen haben. Wir müssen und wir wollen für sie neue Chancen schaffen. Wir müssen zu einem Land werden, in dem nicht nur die Schnelligkeit der Jugend zählt, sondern auch die Erfahrung der Älteren. Die Rente mit 67 ist notwendig, aber sie wird nur Akzeptanz finden, wenn sich auch unsere Arbeitswelt ändert und Menschen über 50 in diesem Land wieder eine Chance bekommen, ihren Dienst am Land durch ihre Arbeit weiter zu tun.

(Beifall)

Liebe Freunde, das gilt auch für die kranken Menschen in unserem Land. Jeder Mensch soll auch in Zukunft die medizinische Versorgung bekommen, die er braucht. Das ist vielleicht eine der schwierigsten Aufgaben in einer entwickelten Industriegesellschaft, aber genau das ist das Ziel unserer Gesundheitsreform.

Es gilt auch für die Gruppe der Alleinerziehenden. Genau das ist der Grund, warum wir auch mehr für Kinderbetreuung tun, um auch hier die Arbeitschancen zu verbessern.

Das gilt natürlich auch für Migrantinnen und Migranten. Sie sind heute überproportional von der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, sie nehmen weniger an Arbeitsmarktmaßnahmen teil, und genau das werden wir ändern.

Denn es gilt natürlich – auch das müssen wir immer wieder sagen: Langzeitarbeitslosigkeit, Arbeitslosengeld II oder Hartz IV, wie immer man es nennt, darf nicht zum lebenslangen Zustand werden, sondern ist eine Brücke, wieder in Beschäftigung zu kommen.

(Beifall)

So müssen wir das auffassen, und deshalb haben wir gesagt: fördern und fordern, das ist unser Angebot an jeden Einzelnen. Deshalb haben wir den Regelsatz transparenter gestaltet, aber nach oben nicht deutlich erhöht, haben Zigaretten und Alkohol nicht hereingenommen, sondern die Anreize verbessert, wieder Arbeit aufzunehmen. Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet. Arbeit muss sich in unserem Lande lohnen.

(Beifall)

Das müssen wir jedem sagen, der heute keine Arbeit hat.

(Anhaltender Beifall)

Ursula von der Leyen arbeitet genau an diesem Punkt. Denn es ist doch wahr: Zum ersten Mal ist es – auch angesichts unserer demografischen Entwicklung – möglich, erscheint es möglich, dass Arbeit für alle keine Utopie ist, sondern dass wir das schaffen können, und das muss unser Ziel sein. Es geht um jeden Einzelnen, wenn wir an das C, wenn wir an unser Menschenbild denken, und das ist nicht irgendetwas, nicht irgendeine technische Sache der Bundesagentur für Arbeit, sondern das muss unser Anspruch sein, und deshalb, liebe Freunde, werden wir das auch weiterhin durchsetzen.

(Beifall)

Und was fällt dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Verdi in diesem Zusammenhang ein? Herr Bsirske schreibt einen Gastkommentar. Worüber? Darüber, dass er fordert, das Verbot eines Generalstreiks in Deutschland aufzuheben und den politischen Streik möglich zu machen. Und wo schreibt er das? Im „Neuen Deutschland“! Liebe Leute, wie weit weg muss man eigentlich von der Realität sein, dass man ausgerechnet in dieser Zeit in der früheren Haus- und Hofzeitung des SED-Regimes einen solchen Kommentar schreibt?

(Beifall)

Er hätte mal lieber schreiben sollen, als Schröder an der Macht war, Kanzler war, und wir fünf Millionen Arbeitslose hatten. Dann wäre es immer noch falsch gewesen, aber heute soll er daran arbeiten, dass Arbeit für alle möglich wird!

(Lebhafter Beifall)

Natürlich werden wir auch Fachkräfte brauchen, auch Fachkräfte aus anderen Ländern; wir ha-

ben dafür übrigens schon viele Regelungen. Aber eines sage ich auch: Es geht nicht, dass wir wieder Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme bekommen.

(Beifall)

Das wird es mit der Christlich Demokratischen Union nicht geben!

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde! Wenn wir das, was wir uns vorgenommen haben, erreichen, dann wird Bildung eine zentrale Rolle spielen. Das heißt, kein Kind – das müssen wir ganz wörtlich nehmen – wird zurückgelassen. Jedes Kind ist einzigartig. Es gilt, die Stärken zu stärken und aus den Schwächen Stärken zu machen. Da sagen wir: Das geht garantiert nicht mit der Einheitsschule. Das geht nur mit Vielfalt statt Einfalt, liebe Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Ich unterstütze unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen, Norbert Röttgen und alle anderen, dass ihr Frau Kraft zeigt, dass das nicht geht. Vielfalt und nicht Einfalt, das ist unser Motto.

(Lebhafter Beifall)

Schule muss für die Kinder da sein, und Kinder nicht für die Schule. Lange genug in einem Klassenzimmer gemeinsam zu sitzen, sorgt mit Sicherheit noch nicht für gemeinsame und gleiche Erfolge. Das heißt, Aufstieg durch Bildung muss für jeden möglich sein. Auf jeden Abschluss muss ein Anschluss folgen. Das heißt auch – jetzt mache ich mich wieder einmal nicht beliebt – die Kleinstaaterei im Bildungswesen muss durch gleiche Abschlusskriterien überwunden werden, liebe Freunde. Auch das gehört zum 21. Jahrhundert.

(Beifall)

Um das zu schaffen, wollen wir 10 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für Bildung und Forschung ausgeben. Ich möchte Annette Schavan ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Es ist nicht immer einfach, aber sie macht das prima, zusammen mit dem Kultusminister. Wir alle wissen: Eltern, Schüler, Studenten und Auszubildende werden uns genau auf die Finger schauen und werden wissen wollen, welches bildungspolitische Angebot wir für die Zukunft machen können. Deshalb sage ich: Lasst uns nächstes Jahr auf dem Parteitag in Leipzig über unser bildungspolitische Programm für das 21. Jahrhundert diskutieren. Das ist auf der Tagesordnung. Die Nordrhein-Westfalen werden uns dabei helfen, wenn sie bereits jetzt darüber diskutieren.

(Beifall)

Liebe Freunde, starker Euro, solide Finanzen, kluge Energiepolitik, moderne Infrastruktur und zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme, das ist genau die wirtschaftliche Säule für unser Land.

Aber ein handlungsfähiger Staat muss auch die Sicherheit seiner Bürger schützen. Das ist die zweite Säule für unser Land. Wir wissen seit den schrecklichen Anschlägen im September 2001 um die Gefahren des internationalen Terrorismus. Die Bombenpakete aus dem Jemen haben uns noch einmal vor Augen geführt, dass diese Gefahr nicht an den Grenzen Deutschlands Halt macht. Es ist eine reale Gefahr. Deshalb gilt auch in der neuen Bedrohungslage, was immer galt: CDU und CSU arbeiten konsequent für einen handlungsfähigen und starken Staat, der seine Bürger schützt, der seine Bürger so schützt, dass sie in Freiheit in diesem Land leben können. Manche sprechen sofort, wenn wir sagen: „Wir sind die Partei der inneren Sicherheit“, von Einschränkungen der Freiheit oder von einem Überwachungsstaat. Aber, liebe Freunde, es führt kein Weg daran vorbei: Unsere Freiheit muss jeden Tag aufs Neue verteidigt werden. Wir überlassen denen, die unsere Freiheit bedrohen, nicht das Feld. Mit uns gibt es keine rechtsfreien Räume.

(Beifall)

Es gibt keine rechtsfreien Räume, in die sich die Polizei in bestimmten Städten nicht mehr eintraut. Es ist ein Unding, wenn am Vorabend des 1. Mai in Berlin-Kreuzberg die CDU keinen Stand mehr aufstellen kann, weil man sagt: Wegen der vielen Chaoten ist die Polizei nicht mehr in der Lage, einer politischen Partei die politische Arbeit zu ermöglichen. Das werden wir in unserem Land nicht zulassen, liebe Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Es gibt auch keine rechtsfreien Räume im Internet. Das Thema Kinderpornografie bleibt auf der Tagesordnung. Für uns gilt das Gewaltmonopol des Staates ohne Wenn und Aber.

(Beifall)

Wir brauchen auch hier neue Antworten auf neue Herausforderungen. Deshalb hat Thomas de Maizière unsere volle Unterstützung, wenn es darum geht, die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland wieder zu ermöglichen, damit die Terroristen uns nicht auslachen, und eine Visa-Warndatei einzuführen; denn die Welt ist nicht so gut, wie wir uns das manchmal vorstellen. Wir müssen unsere Freiheit sichern, liebe Freunde.

(Beifall)

Innere und äußere Sicherheit lassen sich immer weniger unterscheiden. Weil sich die Sicherheitslage verändert hat, kann das nicht ohne Folgen für die Struktur der Bundeswehr bleiben. Karl-Theodor zu Guttenberg hat diese Aufgabe entschlossen angepackt. Er hat deutlich gemacht: Es geht hier nicht um irgendwelche Sparzwangentscheidungen, sondern um Entscheidungen ausschließlich nach Lage der Bedrohung und der Sicherheitsanalyse. Das war der Ausgangspunkt. Wir werden heute über die Zukunft der Bundeswehr beraten und beschließen.

Das wird ein tiefgreifender Schnitt. Aber ebenso ist richtig, dass sich die Sicherheitslage nach dem Ende des Kalten Krieges völlig verändert hat. Wir sind heute von Freunden umgeben. Aber dafür gibt es neue Bedrohungen, die ganz andere Einsätze erfordern. Deshalb sehen wir heute die sicherheitspolitische Notwendigkeit für die allgemeine Wehrpflicht nicht gegeben. Die Präsidien von CDU/CSU und insbesondere der CDU-Bundesvorstand schlagen Ihnen vor, die Wehrpflicht auszusetzen, sie aber im Grundgesetz verankert zu lassen, damit die Verpflichtung zum Grundwehrdienst durch ein einfaches Gesetz wieder geändert werden kann; denn keiner von uns kann die Sicherheitssituation in zehn, 20 oder 30 Jahren voraussagen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich kann über diese wichtige Grundsatzentscheidung nicht sprechen, ohne den Soldatinnen und Soldaten zu danken, die sich zum Wohle unseres Landes dieser wichtigen Aufgabe verpflichten. Sie tun nicht mehr und nicht weniger, als unsere Freiheit zu verteidigen.

(Beifall)

Wir wissen um die Gefahr für Leib und Leben, der sie sich aussetzen. Wir wissen, dass sie Dinge verarbeiten müssen, die unsere Vorstellungskraft weit übersteigen. Wir wissen auch um die Sorgen und Ängste der Familien. Ich habe mit vielen Angehörigen von Soldaten gesprochen, die in Afghanistan gefallen sind, zuletzt am Karfreitag dieses Jahres. Ich sage Ihnen: Es hat mich zutiefst erschüttert, und es gehört zu den bewegendsten Momenten meiner Arbeit, Angehörigen von gefallenen Soldaten Trost zu spenden, ihren Schmerz und ihr Leid zu sehen und mit ihnen zu fühlen. Umso größer sind mein Respekt, meine Anerkennung und mein Dank. Unsere Soldatinnen und Soldaten dienen der Sicherheit unseres Landes und unserer Freiheit. Sie haben im Übrigen als Staatsbürger in Uniform unserem Land immer gut getan. Deshalb muss der gesellschaftliche Wert, der mit der Wehrpflicht für unser Gemeinwesen verbunden ist, auch in neuer Form erhalten bleiben, auch ohne die Wehrpflicht, und zwar durch anspruchsvolle Freiwilligendienste. Deshalb und nicht allein wegen des Zivildienstes werden wir parallel ein Konzept für die Freiwilligendienste in unserer Gesellschaft erarbeiten, das uns Kristina Schröder heute vorstellen wird.

Damit kommen wir zur dritten Säule. Neben der wirtschaftlichen Säule und der Säule der Sicherheit geht es um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Erinnern wir uns an 1989: Nach 40 Jahren Unfreiheit sind die Menschen in der DDR auf die Straße gegangen und haben zuerst gesagt: „Wir sind das Volk“, und dann: „Wir sind ein Volk“. Heute, 20 Jahre später, fragen sich in unserem Land viele Menschen, welch ein Volk wir eigentlich sind. Klaffen Arm und Reich nicht immer weiter auseinander? Halten Alt und Jung, die Generationen, noch zusammen? Schaffen wir die Integration der Migrantinnen, wenn immer mehr Kinder einen Migrationshintergrund haben? Ich glaube, wir tun gut daran, als große Volkspartei diese Sorgen ernst zu nehmen. Aber wir tun auch gut daran, uns noch einmal an die Gründungsidee der Union zu erinnern: nicht zu unterscheiden zwischen Klassen und Schichten, nach Katholisch und Evan-

gelisch, nach Arbeitgebern und Arbeitnehmern, nach Heimatvertriebenen und Einheimischen. Der Leitgedanke der Union war nie geprägt vom Ausschluss von manchen, sondern immer eine Einladung an alle. Das ist Integration im wahrsten Sinne des Wortes.

(Vereinzelt Beifall)

Das konnte nur gelingen, weil das christliche Menschenbild Grundlage unseres Denkens war und das christliche Menschenbild jeden Einzelnen als einzigartig versteht.

(Beifall)

Der Ausgangspunkt für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft war und bleibt die Familie. In der Familie erfährt der Mensch Liebe und Zuneigung. Dort muss er nicht begründen, warum er zu einer Gruppe gehört. Familie ist dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Genau das ist der Unterschied zu den anderen, die einfach sagen: Familie ist, wo Kinder sind. Dieser Ansatz schließt die Sorge der Eltern für ihre Kinder genauso ein wie die Sorge der Kinder für ihre Eltern.

In diesem Geist machen wir unsere Familienpolitik: familienfreundliche Arbeitszeiten, Familienpflegezeit, Wahlfreiheit für Eltern. Es wird so oft über die Schwierigkeiten in Familien gesprochen, über das, was nicht gelungen ist. Deshalb möchte ich Ihnen heute vorschlagen: Danken wir doch einfach einmal den vielen Millionen Eltern, die das tun, was wir unter Familie verstehen, die ihre Kinder mit Liebe erziehen und damit einen großen Dienst für unser Land erbringen.

(Beifall)

Natürlich gehört das Ehrenamt zu einer Gesellschaft des Zusammenhalts. Wenn ich mit jungen Menschen spreche, dann bin ich optimistisch, was die Sorge angeht, die wir jetzt manchmal haben, ob wir noch genügend Freiwillige finden, wenn Wehrdienst und Zivildienst nicht mehr existieren. Trauen wir den jungen Menschen und den älteren, denen wir ein Angebot machen, doch einfach einmal etwas zu. Millionen Menschen sind in diesem Land ehrenamtlich tätig. Warum sollen nicht noch welche dazukommen? Warum wollen wir das Ehrenamt nicht noch attraktiver gestalten? Das Ehrenamt ist Teil unserer Vorstellung von Gesellschaft, weil Menschen immer für andere Menschen da sind. Herzlichen Dank allen, die im Ehrenamt in unserem Land beschäftigt sind. Das ist auch eine Einladung an alle, die noch hinzukommen wollen.

(Beifall)

Wir müssen aber auch sagen: Solidarisches Miteinander in einer Gesellschaft gibt es nicht zum Nulltarif. Wir dürfen niemals zulassen, dass die Existenz eines Kindergartens oder das Lachen bzw. Schreien von Kindern eine Begründung dafür ist, dass man Klage einreicht. Ich finde es richtig, dass wir in der Bundesregierung das jetzt endlich unterbinden wollen. So kann man Zusammenhalt in einer Gesellschaft nicht herstellen.

(Beifall)

Liebe Freunde, Zusammenhalt hat etwas mit dem sehr sperrigen Ausdruck „Subsidiaritätsprinzip“ zu tun. Das bedeutet nichts anderes, als dass wir die Entscheidung nahe bei den Menschen treffen wollen. Wir wollen die Entscheidungen dort treffen, wo die Menschen leben. Deshalb sind diejenigen, die sich in der Kommunalpolitik engagieren, von so großer Wichtigkeit. Das sind Menschen aus 8.000 Ortsverbänden der Christlich Demokratischen Union. Deshalb sage ich Ihnen zu: Auch wenn es richtig schwierig ist, werde ich Wolfgang Schäuble bei der Arbeit für eine Gemeindefinanzreform unterstützen. Wir brauchen lebendige Kommunen in diesem Land. Sie sind der Nährboden für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

(Beifall)

So, wie für den Zusammenhalt einer Gesellschaft Bedingungen erfüllt sein müssen, so braucht man für den Zusammenhalt einer Gesellschaft auch Spielregeln. Das gilt für das Zusammenleben aller. Das gilt auch für das Zusammenleben zwischen denjenigen, die schon lange hier leben, und denjenigen, die zu uns gekommen sind, mit den Migrantinnen und Migranten. Diese Spielregeln sind eigentlich ganz leicht verständlich: Wer hier leben will, der muss Deutsch lernen. Wer das tut – das sage ich ausdrücklich – ist uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Wer hier leben will, muss unsere Gesetze und Werte achten. Wer das tut, ist uns ausdrücklich willkommen. Wer das nicht tut, der muss mit Sanktionen rechnen. So einfach ist das. Diesen Weg – das ist ganz einfach – werden wir weitergehen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen, dass alle teilhaben; aber das geht nur mit einer gemeinsamen Sprache und auf einer gemeinsamen Basis, auf Basis der Verfassung und der Gesetze, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich danke Maria Böhmer ganz besonders für ihre Arbeit. Die Debatte über Migrantinnen und Migranten, gerade die Debatte über die Migranten muslimischen Glaubens hat zu einer breiten Diskussion geführt, die ich ernst nehme. Ich frage Sie: Ist das nicht die Stunde für uns von der Christlich Demokratischen Union, selbstbewusst für unsere Überzeugungen einzutreten? Es ist doch nicht so, dass wir ein Zuviel an Islam haben, sondern wir haben ein Zuwenig an Christentum. Wir haben zu wenige Gespräche über das christliche Menschenbild, über die Werte, die uns leiten und über unsere jüdisch-christliche Tradition. Das müssen wir wieder selbstbewusst nach vorne stellen. Dann werden wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft schaffen.

(Beifall)

Natürlich sind wir für die Freiheit der Religionsausübung. Das bedeutet aber auch, dass die Freiheit der Religionsausübung nicht an unseren Grenzen haltmachen kann. Das gilt dann auch für die Christen in anderen Ländern auf der Welt, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich möchte mich ganz herzlich bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und bei dir, Volker Kauder, dafür bedanken, dass ihr den Stephanuskreis gegründet habt, der sich mit den Christen in anderen Ländern beschäftigt. Genauso wichtig ist für uns – auch das gilt bei allem Eintreten für ökonomische und andere Kontakte – unser Eintreten für die Menschenrechte. Das christliche Menschenbild ist nicht nur für uns in Deutschland gültig, nicht nur für uns in Europa, sondern es gilt weltweit. Deshalb müssen wir die Partei sein, die sich für Menschenrechte einsetzt.

Es ist wunderbar, dass Aung San Suu Kyi am vergangenen Samstag, nach so vielen Jahren endlich freigelassen wurde.

(Beifall)

Wer diese Frau sieht, die nach so vielen Jahren Hausarrest vor die Menschen tritt und eine innere Kraft ausstrahlt, der versteht, dass die Kraft der Freiheit von jedem einzelnen Menschen ausgehen kann. Deshalb werden wir uns immer für all diejenigen einsetzen, die nur deshalb im Gefängnis sitzen oder leiden müssen, weil sie das, was sie denken, sagen und weil sie das, was sie denken, auch in die Tat umsetzen wollen. Diese Menschen haben unsere Unterstützung, liebe Freunde.

(Beifall)

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft reicht vom Beginn des Lebens bis zum Ende des Lebens. Deshalb haben wir im Zusammenhang mit Spätabtreibungen die Beratung durchgesetzt. Das war ein ganz schwieriger Weg. Aber das war uns wichtig, und wir haben es geschafft. Wir werden niemals zulassen, dass es aktive Sterbehilfe gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben intensiv über die Nutzung von Stammzellen diskutiert. Heute werden wir eine intensive Debatte über die Präimplantationsdiagnostik führen. Ich sage: Ich bin für ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik, weil ich Sorge habe, dass wir die Grenzen nicht richtig definieren können.

(Beifall)

Ich sage aber auch: Ich habe Respekt vor denen, die nach langer Überlegung und auf Basis derselben Grundsätze zu einer anderen Meinung kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb meine Bitte: Es tut uns gut, wenn wir solche Debatten in großer Ernsthaftigkeit vor dem Hintergrund unseres „C“ führen.

Liebe Freunde, all das sind wir. Das macht die Politik der Christlich Demokratischen Union aus. Wir verbinden Generationen, Menschen aus allen Schichten, Gruppen, Landsmannschaften und Regionen. Wir sind politische Heimat für Soziale, Liberale und Konservative. Wir als Volkspartei der Mitte gestalten Politik für alle Bürger unseres Landes. Wir arbeiten gemeinsam für ein starkes Deutschland. Gemeinsam arbeiten wir für ein starkes Deutschland, in dem die Familie etwas zählt, in dem die Menschen füreinander eintreten. Gemeinsam arbeiten wir für ein starkes Deutschland, das sich durch erstklassige Ausbildung, Spitzentechnologie, moderne Infrastruktur und eine gesicherte Energieversorgung auszeichnet. Gemeinsam arbeiten wir für ein starkes Deutschland, das den Euro stabil hält und seine Haushalte saniert, um auch künftigen Generationen Handlungsspielräume zu geben. Gemeinsam arbeiten wir für ein starkes Deutschland, das die kleinen Einheiten stärkt und alles dafür tut, um seine Bürger und ihre Freiheit zu schützen. Gemeinsam arbeiten wir für ein starkes Deutschland, das seine Werte auch über die Landesgrenzen hinaus verteidigt und offen für alle ist, die diese Werte teilen. Jeder, der das will, ist bei uns herzlich willkommen. Ein starkes Deutschland braucht eine starke Christlich Demokratische Union.

Wir übernehmen Verantwortung für eine gute Zukunft unseres Landes. Mit dieser Botschaft ziehen wir in die kommenden Wahlkämpfe. In Berlin haben Sie, lieber Frank Henkel, die CDU zu neuem Zusammenhalt geführt. Das ist gut für diese Stadt, die im Übrigen unsere Hauptstadt ist. Das ist gut für eine Stadt, in der der Regierende Bürgermeister ein massives Desinteresse an wirklicher Arbeit hat. Er wird es nicht richten, Frau Künast wird es nicht richten. Wir brauchen eine starke CDU in Berlin, liebe Freunde.

(Beifall)

Lieber Lorenz Caffier, in Mecklenburg-Vorpommern seid ihr der Motor der Regierung in der Großen Koalition. Jetzt wird es aber Zeit, dass ihr endlich wieder den Ministerpräsidenten stellt. Dabei werden wir euch unterstützen, liebe Freunde.

(Beifall)

Lieber Thomas Röwekamp, „Eine richtig gute Partei“ heißt euer Slogan. Jetzt geht es darum, dass Bremen mit der CDU eine richtig gute Regierung bekommt. Daran werden wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall)

In Sachsen-Anhalt geht es darum, lieber Reiner Haseloff, dass die beeindruckende Arbeit von Wolfgang Böhmer fortgeführt werden kann.

(Beifall)

Denn Sachsen-Anhalt ist mit der CDU weit gekommen, und so muss es bleiben. Deshalb gilt auch hier unsere Unterstützung.

Liebe Julia Klöckner, die Chancen, einen Wechsel in Rheinland-Pfalz herbeizuführen, sind so gut wie lange nicht. Wenn ihr zusammenhaltet, halten wir zu euch. Dann haben wir alle Chancen, Kurt Beck im Frühjahr abzulösen. Daran arbeiten wir, liebe Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Schließlich, lieber Stefan Mappus – es ist kein Geheimnis, dass wir auch deshalb in Karlsruhe tagen –, kämpfen wir gemeinsam dafür, dass dieses erfolgreiche Bundesland – vielleicht das erfolgreichste Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland – weiter erfolgreich sein kann.

Die stolze Riege der Ministerpräsidenten hier zeigt: Mit der CDU ist es Baden-Württemberg immer gut gegangen. Deshalb musst und wirst du Ministerpräsident bleiben. Wir alle stehen an deiner Seite, lieber Stefan.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, was ist nicht alles zu lesen, wie genau und unter welchen Umständen das Wahlergebnis so oder anders aussehen könnte. Ich sage euch nur eines: Werft die Prognosen in den Papierkorb! Geht raus und kämpft für unsere Ziele! Am 27. März wird man sehen, wer zuletzt lacht. Deshalb, liebe Freunde: Jetzt nicht lachen, sondern kämpfen, ran an die Arbeit und sich nicht irre machen lassen! Das muss die Aufgabe sein. Wir sind wir, die Christlich Demokratische Union, wir können das.

(Anhaltender Beifall)

In 2009 haben wir die Bundestagswahl gewonnen. Das ging nur, weil wir zusammengehalten haben. Deshalb möchte ich mich beim Präsidium und beim Bundesvorstand bedanken. Sie alle wissen, dass der heutige Parteitag für viele eine Zäsur ist. Ich kann im Rahmen dieser Rede nicht angemessen danken; ich werde das später tun. Aber ich danke für die gemeinsame Arbeit. Ich danke unserer Bundestagsfraktion, ganz besonders Volker Kauder. Ich danke dir, lieber Volker, für die Unterstützung, die du mir täglich gibst.

(Beifall)

Ich danke den Mitgliedern der Bundesregierung, ganz besonders unserem Kanzleramtsminister Roland Pofalla. Ich danke den Ministerpräsidenten, und ich danke Hermann Gröhe und der

ganzen Mannschaft im Konrad-Adenauer-Haus. Aber vor allem, liebe Freunde, danke ich den Orts-, Stadt- und Kreisverbänden und den Vereinigungen, die mir und uns auch in weniger schönen Tagen immer die Treue gehalten haben. Eure Unterstützung und euer Vertrauen – das ist das, was mich trägt. Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall)

Ich danke auch unseren Freunden in der CSU, stellvertretend für viele Horst Seehofer und Hans-Peter Friedrich.

Liebe Freunde, vor 20 Jahren hat Helmut Kohl in Hamburg auf dem Vereinigungsparteitag die Frage gestellt: Wo stünden wir eigentlich heute in Deutschland, wenn in historischen Situationen die Zauderer und die Kleinmütigen die Geschicke unseres Vaterlandes bestimmt hätten? – Ja, diese Frage Helmut Kohls ist auch heute noch aktuell. Wir haben es in der Hand, die richtige Antwort zu geben. Wir haben es in der Hand, ob wir Zauderer oder Kleinmütige sind. Wir haben es in der Hand, die Herausforderung selbstbewusst und optimistisch anzunehmen und bürgerliche Politik neu zu begründen. Wir haben es in der Hand, unsere Grundwerte – Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit – auch im 21. Jahrhundert zu leben. Das Rüstzeug dazu haben wir. Den Mut und die Kraft dazu haben wir. Die Erfolge daraus sehen wir schon. Lassen Sie uns diesen Weg weitergehen – gemeinsam für ein starkes Land, für ein Land mit Einigkeit und Recht und Freiheit. Herzlichen Dank!

(Langanhaltender starker Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Frau Bundeskanzlerin Merkel, für diese grandiose Rede! Ich glaube, jeder konnte sehen, dass die Rede Emotionen geweckt hat, dass sie die Herzen bewegt hat. Die Rede entsprach nicht nur dem, was unsere Mitglieder empfinden und hören wollen; ich bin sicherer denn je, dass es in der Rede um genau die Form von Politik ging, die die Mehrheit in Deutschland möchte und die deshalb den Erfolg bringen wird. Vielen Dank für Ihre Rede am heutigen Tage!

(Beifall)

Lorenz Caffier, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, wir kommen jetzt zur AUSSPRACHE ZUM BERICHT DER VORSITZENDEN. Ich darf Sie bitten, zur Anmeldung Ihrer Wortmeldungen die Wortmeldezettel zu verwenden. Außerdem bitte ich die Redner, ihre Redebeiträge so zu fassen, dass viele Wortmeldungen berücksichtigt werden können.

Bevor wir in die Aussprache eintreten, möchte ich auch von dieser Stelle den Geburtstagskindern des heutigen Tages – Frau Maria Serwas, Frau Dr. Patricia Peill, Herrn Frank Gotthardt und Herrn Alexander Gary – herzliche Glückwünsche übermitteln und von hier aus alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen für die Zukunft wünschen.

(Beifall)

Ich rufe als Ersten in der Aussprache Herrn Eugen Abler auf. Herr Karsten Knolle vom Landesverband Sachsen-Anhalt bereitet sich bitte vor. Herr Eugen Abler, Sie haben das Wort.

Eugen Abler: Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben soeben in einer großartig kämpferischen Rede der Frau Bundeskanzlerin gehört, wie sie sich den Weg der CDU in die Zukunft vorstellt. Da war viel Positives dabei; das ist sehr erfreulich. Allerdings ist heute auch der Tag, um über unerfreuliche Dinge zu reden. Ich bin als Mann von der Basis in Sorge um die Zukunft der CDU, weil das bürgerliche Lager derzeit arg bröckelt; es wird schwierig sein, diese Entwicklung zurückzuholen.

Die Frage ist einfach: Für welche Politik steht die CDU? Unsere Bundeskanzlerin hat das für den Moment sehr eindrucksvoll dargelegt; aber im normalen, praktischen Alltag wird das nicht so deutlich. Wir haben die CDU zu neuen Wählerschichten hin geöffnet. Das hat aber dazu geführt, dass uns viele Stammwähler in Scharen davonlaufen. Sie wenden sich ab, weil sie sich bei uns nicht mehr beheimatet fühlen, weil das Profil unserer Partei in der Wirklichkeit fast bis zur Unkenntlichkeit verschwommen ist. Insofern ist diese Strategie gründlich gescheitert. Ich meine, es ist Zeit für einen Kurswechsel.

Viele Bürger sind auf der Suche nach verlässlichen und bewährten Werten. Wir, die CDU, sind mittlerweile aber sehr liberal und beliebig geworden. Wir brauchen eine Rückbesinnung auf christliche Werte. Dafür kann ich unserer Frau Bundeskanzlerin eigentlich nur mit allem Herzblut weiterhin viel Kraft auf diesem Weg wünschen. Es geht um Werte wie Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit und das Eintreten für Lebens- und Menschenrechte.

In diesem Zusammenhang darf ich das Thema Islam ansprechen. Die Ausübung des islamischen Glaubens ist in Deutschland durch die in unserer Verfassung garantierte Religionsfreiheit gewährleistet. Dasselbe erwarten wir allerdings natürlich auch für die Ausübung des christlichen Glaubens in islamisch geprägten Ländern, insbesondere in der Türkei, mit der wir durch eine privilegierte Partnerschaft verbunden sind.

Die von Bundespräsident Christian Wulff gemachte Aussage, „der Islam gehört zu Deutschland“, bedarf der gründlichen Interpretation, gehört doch der Islam zwar zu unserer Lebenswirklichkeit, aber nicht zu den Wurzeln und Werten des christlichen Abendlandes. Begreifen wir das C in unserem Namen als Kompass, als klares Signal für Werte, Überzeugungen und Richtungen. Christlich und fortschrittlich sind keine Gegensätze, vielmehr sind sie zwei Seiten einer Medaille. Wir müssen aufgeschlossen für Neues sein, dürfen uns aber nicht vom Zeitgeist treiben lassen. Die Tagespolitik darf nicht gänzlich unser Programm bestimmen.

Die Menschen erwarten von uns Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Ich frage mich, und mit mir fragen sich viele: Wo ist Ihre Vision für Deutschland, Frau Bundeskanzlerin? Wohin wollen

Sie uns führen? Nennen wir unsere Positionen doch klar und deutlich. Sagen wir den Menschen doch offen, was sich unsere Gesellschaft leisten kann und was nicht. Gefragt sind Mut und Überzeugungen, Realitätssinn und Augenmaß, Kontinuität und Nachhaltigkeit sowie Glaubwürdigkeit. Vor allem die Glaubwürdigkeit ist ein hohes Gut in der Politik. Wort und Tat müssen übereinstimmen.

In jüngster Vergangenheit haben mehrere führende Unionspolitiker auf unsere Verwurzelung im Christlichen hingewiesen. Das bedeutet einen hohen Anspruch in ethisch-moralischer Hinsicht. Diesem Anspruch werden wir in der Realität aber häufig nicht gerecht. Ich möchte an drei Punkten deutlich machen, wo wir dringenden Handlungsbedarf haben, wenn wir Politik aus christlicher Verantwortung machen wollen.

Stichwort „Lebensschutz“. Meine Damen und Herren, für eine Partei, die sich christlich nennt, muss der Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum natürlichen Tod höchste Priorität haben. Das C in unserem Namen verpflichtet uns, nicht länger zur Tötung von weit über 200.000 ungeborenen Kindern jährlich zu schweigen; denn was moralisch falsch ist, kann politisch nicht richtig sein. Die hunderttausendfache Tötung von ungeborenen Kindern ist eine erschütternde Tatsache und eine existenzielle Bedrohung für unsere Gesellschaft. Unser Demografieproblem und das Problem fehlender Arbeitskräfte liegt entscheidend darin begründet, dass seit Freigabe der Fristenregelung 1974 circa acht Millionen Kinder nicht geboren, sondern schon vor der Geburt getötet wurden. Wer das Recht auf Leben missachtet, zerstört die Grundlagen unseres Rechtsstaates. Wenn die Tötung wehrloser ungeborener Kinder zur Tagesordnung gehört, hat die dahinterstehende Haltung auch ihre Auswirkungen auf das Verhältnis zu Behinderten sowie zu alten und unheilbar kranken Menschen. Aktiver Sterbehilfe müssen wir mit ganzer Kraft entgegentreten.

Wir dürfen nicht über das Leben anderer Menschen verfügen. Das ist mit unserem christlichen Menschenbild nicht vereinbar und ein Verrat am C. Werden wir wieder zu Anwälten des Lebens. In diesem Zusammenhang sollte sich die CDU auch nicht länger daran beteiligen, dass Abtreibungen mit Steuergeldern finanziert werden. Ein Staat, der die Tötung ungeborener Kinder finanziert, trägt aktiv dazu bei, dass das Bewusstsein vom Unrechtscharakter von Abtreibungen in der Bevölkerung schwindet. Die Tötung von ungeborenen Kindern ist keine Krankheit, sondern mit den Worten von Mutter Theresa „klarer Mord“.

Stichwort „Steuerpolitik“. Wir haben bekanntlich das komplexeste System der Welt. Die Steuerberater klagen über die krebsartige Ausuferung. 70 Prozent der Steuerliteratur in der Welt ist in Deutsch verfasst, deshalb besteht hier dringender Reformbedarf. Wir brauchen eine radikale Vereinfachung des Systems. Der von Finanzminister Schäuble jüngst gemachte Vorschlag, nur alle zwei Jahre eine Steuererklärung zu fordern, wäre ein kleiner Fortschritt, aber keine Reform, die den Namen wirklich verdient. Dabei wurde in der Koalitionsvereinbarung fest-

gelegt, dass unser Steuersystem einfacher und gerechter gestaltet werden soll. Ich kann deshalb zum Thema Steuern nur sagen: Gründlich reformieren, und nicht nur herumdoktern!

Stichwort „Staatsfinanzen“. Wir werden in Zukunft nur vorankommen, wenn wir solide bleiben – das sagte Konrad Adenauer bereits 1965. Unsere Staatsfinanzen sind aber alles andere als solide. Unsere Staatsausgaben müssen auf den Prüfstand. Es gibt viel Sparpotenzial. Zum Beispiel hat erst vor kurzem die Weise-Kommission festgestellt, dass das Verteidigungsministerium nur 40 Prozent seiner Beamten und Angestellten braucht, um die Arbeit zu erledigen.

Wir wissen doch alle: Die Schulden von heute, sind die Steuern von morgen. Die mittlerweile im Gesetz verankerte Schuldenbremse ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, dennoch ist die Schuldenentwicklung trotz unerwarteter Steuermehreinnahmen dramatisch. Der Anteil Deutschlands an der Rettungsaktion für bankrotte EU-Staaten kann zum Fass ohne Boden werden. Der deutsche Steuerzahler wird für die Misswirtschaft anderer Staaten in die Pflicht genommen. Respekt und Anerkennung sage ich ausdrücklich Minister zu Guttenberg, der eine große Reform in seinem Hause angestoßen hat, der ich allen Erfolg wünsche. Generell fordere ich aber mehr Verantwortung im Umgang mit Steuergeldern.

Lorenz Caffier, Tagungspräsidium: Herr Delegierter, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir darum gebeten hatten, die Länge der Reden im Interesse aller Redner überschaubar zu halten.

(Beifall)

Eugen Abler: Einen Satz noch, bevor ich zum Schluss komme. Generell fordere ich mehr Verantwortung im Umgang mit Steuergeldern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle wollen in Baden-Württemberg auf einen Wetterumschwung hoffen. Wir hoffen, dass das Tief in Berlin wegzieht und uns am 27. März nächsten Jahres ein wirkliches Hoch in den Wahlergebnissen beschert wird. Stoppen wir den Abwärtstrend! Stoppen wir auch den Linkstrend! Tun wir alles, damit uns die Wähler wieder ihr Vertrauen schenken! Entdecken wir das C neu. Vertrauen wir insbesondere auf Gottes Hilfe, arbeiten wir gemeinsam mutig und entschlossen, mit neuem Gestaltungswillen für ein starkes Deutschland. – Ich danke Ihnen.

Lorenz Caffier, Tagungspräsidium: Ich rufe jetzt Herrn Karsten Knolle auf. Frau Julia Klöckner bereitet sich bitte vor.

Karsten Knolle: Liebe Freunde, mein Name ist Karsten Knolle. Ich komme aus der wunderbaren Weltkulturerbestadt Quedlinburg im Harz, der Wiege der deutschen Geschichte, und gehöre dem Landesverband Sachsen-Anhalt an.

Nur wenige Kilometer von hier ist Helmut Kohl, der Staatsmann, der die Deutsche und Europäische Einheit zustande brachte, zu Hause. Der Ehrenbürger Europas sorgte dafür, dass Deutsch-

land heute nur noch von Freunden bzw. Sympathisanten umgeben ist. Diese Insel des Friedens hat es in der deutschen Geschichte noch nie gegeben. Die CDU sollte sich folglich dafür einsetzen, dass Helmut Kohl für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wird. Er hätte ihn sicherlich verdient. Frau Merkel, machen Sie sich bitte für diese Auszeichnung für Helmut Kohl stark.

Ich danke der Senioren-Union und der Jungen Union, dass sie sich so stark für Helmut Kohl einsetzen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Lorenz Caffier, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich rufe jetzt Frau Julia Klöckner aus Rheinland-Pfalz auf.

(Beifall)

Julia Klöckner: Liebe Freundinnen und Freunde! Ich freue mich auf den 27. März des kommenden Jahres; da wählt Rheinland-Pfalz.

(Vereinzelt Beifall)

Die Bürgerinnen und Bürger wählen zwischen Zukunft und Vergangenheit. Die SPD hat in den vergangenen 20 Jahren sicher nicht alles falsch gemacht, aber zu viel, und sie macht immer mehr falsch in Rheinland-Pfalz.

(Beifall)

Die Alleinregierung in Rheinland-Pfalz ist leichtsinnig geworden. Vetternwirtschaft, Günstlingswirtschaft – all das verdirbt das Ansehen dieses stolzen Landes an Mosel, Rhein und Nahe, des Landes, das Ministerpräsidenten wie Helmut Kohl und Bernhard Vogel sowie große Politiker geprägt und hervorgebracht hat. Ich erinnere mich und höre das in vielen Gesprächen: Auf Rheinland-Pfalz hat einmal die Bundesrepublik geschaut, auf das Bildungsland Rheinland-Pfalz, auf die wirtschaftliche Dynamik in Rheinland-Pfalz. Ja, Rheinland-Pfalz hat noch einen Spitzenplatz, nämlich in der Höhe der Personalausgaben der Landesregierung. Das ist definitiv zu wenig für eine gute Zukunft.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben leider den Anschluss verloren. Mainz ist morsch geworden. Ich will es wieder frisch und auch stark machen. Und womit? Mit einer klaren Haltung zu Leistung und Solidarität, so wie es die Bundeskanzlerin und unsere Bundesvorsitzende Angela Merkel eben betont hat, Solidarität auch mit den vielen Frauen und Männern, die tagtäglich hart arbeiten, ihre Familien versorgen, ihre Steuern zahlen und dafür sorgen, dass Geld da ist, das wir an andere, die bedürftig sind, verteilen können. Solidarität brauchen wir mit Arbeitslosen. Solidarität brauchen wir auch mit denen, die das Geld erwirtschaften, das die SPD allzu gerne und allzu

häufig und auch allzu freigiebig weitergibt. Rheinland-Pfalz ist das Land mit einer Rekordverschuldung.

Ich bin der Meinung: Wir müssen bei der Bildung aufholen. Ich biete den Bürgern einen Vertrag an, wie es die Kanzlerin und Bundesvorsitzende getan hat. Ich möchte ganz konkret darauf eingehen: In Rheinland-Pfalz wird keiner mehr eingeschult, der nicht deutsch spricht und nicht deutsch versteht.

(Beifall)

Wir werden verbindliche Sprachtests einführen und schauen nach Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist für uns in Vielem Vorbild. Die Freunde aus Baden-Württemberg haben uns vorgemacht, wie ein Land solide Finanzen vorweisen kann, aber genauso solide auch in der Wirtschaft und bei Innovationen nach vorne kommt und mit den Kommunen zusammenhält. Kurzum: Wir brauchen eine offene Debatte über die Integrationspolitik ohne Schaum vor dem Mund und ohne Schuldzuweisungen. Es gibt eine klare Spielregel bei der Integration, und das ist die Einhaltung des Grundgesetzes. Da darf es keinen Rabatt geben, auch keinen religiösen Rabatt.

(Beifall)

Wir sind die Partei eines selbstbewussten Bürgertums. Ja, wir sind konservativ, liebe Freundinnen und Freunde. Konservativ heißt für mich: stabil sein im Fortschritt. Wir sind nicht in Ideologien gefangen, sondern geleitet von Ideen. In diesem Sinne arbeite ich hart dafür, dass es am 27. März heißt: Beck ist weg, Klöckner kommt. – Danke schön!

(Lebhafter Beifall)

Lorenz Caffier, Tagungspräsidium: Vielen Dank für diesen Beitrag. Wir wünschen dir für die nächsten Wochen und Monate dafür viel Kraft und Stehvermögen.

Ich rufe Herrn Friedhelm Koch vom Landesverband Nordrhein-Westfalen als nächsten Redner auf. Es bereitet sich Herr Eduardo Gomez vor. – Doch zunächst bitte Herr Koch.

Friedhelm Koch: Ich wollte eigentlich die Bundeskanzlerin für ihre Rede loben; aber sie ist gar nicht da. Vielleicht kann ihr dies jemand vom Vorstand ausrichten, das würde mich freuen.

Ich denke, es war die richtige Rede zur richtigen Zeit. Ich glaube auch, dass sehr viele CDU-Mitglieder auf diese Rede gewartet haben. – Hallo, Frau Bundeskanzlerin. – Ich komme aus Paderborn, das ist eben gesagt worden. Bei uns in Westfalen stellt sich das Problem, dass wir merken, dass uns die Basis wegbröckelt, dass die Leute von der CDU nicht mehr begeistert sind. Mit dieser Rede haben Sie einen Beitrag dazu geleistet, dass es besser wird.

Wir haben einen Wahlkampf geführt, der sich asymmetrische Wählerdemobilisierung nannte. Das heißt, wir haben bestimmte Themen, mit denen wir nicht gewinnen konnten, nicht ange-

sprochen. In Westfalen sagen wir: Wir haben keine schlafenden Hunde wecken wollen. Gleichzeitig haben wir aber nichts dafür getan, unsere eigene Anhängerschaft zu begeistern.

Unser Befund ist – das darf ich Ihnen von unseren Mitgliedern mitteilen –, dass die handwerklichen Fehler, die Sie eben erwähnt haben, wehtun. Sie haben einige angedeutet. Ich nenne noch einige, die uns ebenfalls sehr wehgetan haben, zum Beispiel die auf Geheiß des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte erfolgte Freilassung von Triebtätern, die in Sicherungsverwahrung gehören. Hier ist für die Bevölkerung kein Mitgefühl, keine erkennbare Empörung von Regierungsseite deutlich geworden. Die Leute haben sich mit ihren Sorgen alleingelassen gefühlt. Das geht aber bis zu so trivialen Dingen wie der Abschaffung der Glühbirne. Die Leute verstehen dies nicht, weil es keine vernünftige Entsorgung gibt. Es gibt kleine Beispiele, an denen große Entfremdung erkennbar ist.

Wir haben ein grundsätzliches Problem. Ich glaube, dass wir als Partei möglicherweise noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen sind. Schauen Sie sich einmal die Geschichte an, zum Beispiel das 18. Jahrhundert mit dem Gedanken der Aufklärung. Die Menschen waren danach nicht mehr die Menschen des 17. Jahrhunderts nach der Französischen Revolution. Dann gab es im 19. Jahrhundert die Goethezeit, den Wiener Kongress, die Preußenzeit; die Menschen waren nicht mehr die gleichen. Das Gleiche gilt für die furchtbare Nazizeit, und dann gab es noch einmal einen Bruch zur Nachkriegszeit. Das heißt: Die Menschen verändern sich in diesen Jahrhunderten in ihren Anschauungen und in ihren Ansichten. Ich denke, dass wir noch nicht darauf eingestellt sind, Politik im 21. Jahrhundert zu zelebrieren, durchzuführen, zu artikulieren.

Es gibt die jederzeitige Überprüfbarkeit von Fakten. Ich appelliere daran, dass wir unsere Politik transparenter machen, dass wir sie für alle Gruppen, die im Netz unterwegs sind, nachvollziehbar machen. Wir müssen plausibler werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen plausibler werden auch in Fragen wie der von mir befürworteten Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken. Wir müssen darstellen, was das kostet, was die Konzerne daran verdienen und aus welchen Gründen wir das machen. Das muss erklärbar und nachvollziehbar sein. Die Argumente müssen im Netz zu finden sein. Wir müssen sagen können: Wir sind dafür unter diesen und jenen Aspekten.

Wir sind zu schwach in der Argumentation. Wir sind zu wenig plausibel in unserer Politik. Das Gleiche gilt für die Steuerpolitik, und vor allem für die Mehrwertsteuersätze. Für ein Maultier gelten 7 Prozent Mehrwertsteuer und für einen Esel 19 Prozent. Auf eine Tasse Kaffee im Café werden 19 Prozent und beim Verzehr draußen 7 Prozent Mehrwertsteuer erhoben. Das ist nicht plausibel. An dem Punkt können wir einen größeren Schritt in Richtung Klarheit machen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Menschen hat am meisten das Thema im Rahmen der Sarrazin-Debatte erschreckt. Diesen Punkt, Frau Bundeskanzlerin, haben Sie nur gestreift. Die Menschen haben viel größere Sorgen, als es möglicherweise in Berlin angekommen ist. Abseits von der durch Sarrazin angestoßenen wirren Genetik-Debatte muss man Folgendes feststellen – ich beziehe das einmal auf meine Person –: Wenn ich das Glück bzw. das Pech habe, 100 Jahre alt zu werden, dann wird die Hälfte unserer Bevölkerung verschwunden sein oder mit einem Bein im Grab stehen. Das ist ein Schlag wie nach einem Atomkrieg. Dieses Land wird nicht mehr dasselbe sein.

Wir verdrängen die Dinge, indem wir nur Einzelpositionen abarbeiten. Aber wir sehen das Große und Ganze nicht. Wenn es aber eine Partei schaffen kann, den Menschen nahe zu bringen, dass ein Lebensentwurf ohne Kinder ein verfehelter Lebensentwurf ist, dann ist es die CDU. Wir müssen diese Debatte führen. Ansonsten droht uns das, was Theodor Mommsen über Rom geschrieben hat: Rom wurde nicht zerstört, es wurde nicht erobert, Rom wurde nicht niedergebrannt. Rom hörte auf zu sein. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Lorenz Caffier, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich rufe jetzt Herrn Eduardo Gomez auf. Anschließend hat Fritz Niedergesäß vom Landesverband Berlin das Wort. Herr Gomez, bitte.

Eduardo Gomez: Ich bedaure, dass ich nur wenig die deutsche Sprache beherrsche. – Die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke betrifft meine eigene Forschung. Vor drei Wochen hat sich gezeigt, wie viele Menschen in Deutschland gegen Atomkraftwerke sind. Ich habe eine Anklage vor der Europäischen Kommission gemacht. Die Regierung ist ein Komplize, weil sie bewusst gegen Deutschland und die Menschheit ist.

Zum Thema Gesundheit. Aufgrund meines eigenen Wissens habe ich die Vogelgrippe und die Schweinegrippe gestoppt. Ich finde eine Lösung ohne Medizin. Bis heute hat niemand genug Courage, diejenigen anzuzeigen, die gegen Deutschland und die Menschheit sind.

Ich muss weiter anklagen: Die schlimmste Person in der Partei ist Annette Schavan. Herr Lammert muss sich entschuldigen, weil er sich gegen die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ausgesprochen hat. So viele Politiker in Deutschland und die Europäische Kommission kennen meine Vorschläge. Ich klage weiterhin diejenigen an, die gegen Deutschland und die Menschheit sind. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

Lorenz Caffier, Tagungspräsidium: Nun hat Fritz Niedergesäß vom Landesverband Berlin das Wort. Als letzter Redner in dieser Debatte hat Herr Dr. Harald Noack vom Landesverband Niedersachsen das Wort.

Fritz Niedergesäß: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man in 52 Arbeitsjahren 40 Jahre im Verkehrsbauwesen gearbeitet hat, davon 30 Jahre im Sozialismus und 10 Jahre in der

Marktwirtschaft, dann hat man bestimmte Vorstellungen davon, wie die Dinge eigentlich ablaufen müssen.

Zur DDR-Zeit haben wir uns immer fürchterlich gequält, wenn wir eine Brücke oder eine Straße gebaut haben, weil wir kein Material, keinen Diesel und kein Öl hatten. Heute quälen wir uns manchmal, weil irgendwelche Verrückten klagen. Beispielsweise kommen die Bauarbeiten an der Waldschlösschenbrücke alle paar Wochen zum Stillstand, weil irgendeiner eine bestimmte Fledermausart gesehen hat oder zu Pfingsten ein Biber anlandete, der plötzlich anfing, ein Nest zu bauen. Aber den haben die Bauarbeiter wohl schnell zum Teufel gejagt. Also konnten die Bauarbeiten fortgesetzt werden.

Die Planungsverfahren, die wir in Deutschland haben – das wissen wir inzwischen alle –, sind so schrottig geworden, dass es langsam Zeit wird, dass sie einmal ausgemistet werden. Es kann nicht sein, dass wir 10 oder 15 Jahre planen, alles durchhecheln und dabei die Bevölkerungsbeteiligung so mickrig ausfällt. Bei 10 Jahren Planungszeit gibt es für die Planauslegung nur eine Frist von vier Wochen. Manche Behörden machen das auch noch so geschickt, dass sie mit der Planauslegung am 15. Dezember anfangen und am 15. Januar damit aufhören, sodass die Leute gar nicht zum Zuge kommen. Außerdem bekommen die meisten gar nicht mit, dass überhaupt etwas stattfindet, weil sie keine Zeitung mehr lesen.

Die CDU muss sich also etwas einfallen lassen, wie wir dieses Verfahren endlich einmal ändern. Es darf nicht sein, dass wir versuchen, die Infrastruktur überall auf Vordermann zu bringen, die Grünen und die Roten sich aber überall dagegen aussprechen und am Ende das Wasser auf ihre Mühlen leiten, weil sie irgendwo noch ein Haar in der Suppe finden. Letztlich wird dadurch die ganze Republik – siehe Stuttgart 21 und Dresdner Waldschlösschenbrücke – auf den Kopf gestellt. Es kann nicht sein, dass wir die weltweit längsten Planungsverfahren haben und am Ende solch ein Theater entsteht, wie es bei den genannten Objekten passiert ist. Das ist auf Dauer nicht durchzuhalten und führt auch nicht in die Zukunft.

Ich komme zu den Einspruchsfristen, die durch die Gerichte irgendwann einmal festgestellt werden. In Dresden gab es einmal den Fall, dass geklagt wurde und dass das Bezirksgericht die Klage angenommen hat. Nach drei Monaten hat das Oberverwaltungsgericht Bautzen diese Entscheidung wieder aufgehoben. Es waren wieder ein bis zwei Millionen Euro futsch. Das kann wohl nicht wahr sein. Geändert hat sich am Ende nämlich gar nichts.

Ich war 16 Jahre lang Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und in den Ausschüssen für Stadtplanung, Bauen und Verkehr tätig. Wir haben Paris und London besucht. Wir waren in Wien und Barcelona. Die Kollegen dort haben sich totgelacht, als wir ihnen erzählt haben, welche Planungsverfahren wir haben. Wir haben ganze Schränke voller Planungsunterlagen, wodurch sich natürlich Widersprüche ergeben. Als wir die Londoner Kollegen nach ihren Planungsunterlagen gefragt haben, haben sie uns eine Mappe für die Planungsunterlagen von London gezeigt,

die eine Dicke von drei Zentimetern hatte. Das klappt dort hervorragend. Warum soll das bei uns nicht gehen? Am Ende machen wir die Grünen noch fett, weil sie irgendwo ein Haar in der Suppe finden. Das wäre wieder Wasser auf ihre Mühlen.

Es muss auch damit Schluss sein, dass die Gerichte über jeden Quatsch entscheiden. Letztendlich haben die Parlamente die Gesetze gemacht. Ich würde am liebsten unseren Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Kauder, aufrufen, seine Fraktion zu beauftragen, in einer Sonderarbeitsgruppe diesen ganzen Kram einmal durchzuforschen und auszumisten. Denn zwischen dem Raumordnungsverfahren und dem Planfeststellungsverfahren gibt es, wie sich am Flughafen Schönefeld gezeigt hat, ständig Widersprüche, sodass immer wieder diejenigen, die sich als große Rächer der Enterbten gegenüber der Bevölkerung aufführen, letztendlich zum Zuge kommen.

In Berlin haben wir mehrere Objekte, über die man sich nur noch wundern kann. Sie alle kennen den Hauptbahnhof. Die Grünen waren noch dagegen, als er fast fertiggestellt war. Der Bau der U-Bahnlinie 5 ist durch die SPD 15 Jahre verschleppt worden. Jetzt wird sie endlich gebaut. Warum? Weil die SPD-Bundestagsfraktion gesagt hat, dass die 300 Millionen Euro an den Bund zurückgezahlt werden müssen, wenn nicht endlich weitergebaut wird.

Viele von Ihnen kennen den Bahnhof Ostkreuz. An dem Bahnhof steigen die meisten Menschen im öffentlichen Nahverkehr um. Täglich sind es dort 500.000 Personen. Der Bahnhofsneubau wurde acht Jahre lang verschleppt. Als die Arbeiten im Gange waren, haben sie die Bürger umquartieren müssen, weil durch diese Bauarbeiten Krach verursacht wurde. Dann haben die Grünen einen einzigen Bürger gefunden – 250 Familien waren umgezogen –, der geklagt hat. Das Gericht hat der Klage stattgegeben. Die 250 konnten zurückziehen. Die Bauarbeiten wurden abgebrochen. Sechs Wochen lang stand alles still. Das kann doch alles gar nicht wahr sein. Wir müssen uns doch langsam einmal dazu durchringen, diesem Spuk ein Ende zu machen.

Das Gelände, von dem ich jetzt reden möchte, kennt auch Frau Merkel, die im Moment zwar nicht hier ist, sehr genau, da sie da ja gearbeitet hat: Adlershof. Wir haben Gott sei Dank aus Adlershof blühende Landschaften machen können. Wenn Sie einmal nach Berlin kommen, fahren Sie einmal nach Adlershof. Da haben früher Kasernen gestanden, aber auch ein großer Wissenschaftsbereich war dort. Mittlerweile sind da 12.000 Arbeitsplätze entstanden. Sie können aber gerne mit nach Hause nehmen: Die Grünen haben nicht einem einzigen Bebauungsplan zugestimmt, und die Kommunisten bis 2001 auch nicht. Beide haben grundsätzlich versucht, diesen herrlichen Wissenschafts- und Wirtschaftspark zu verhindern. Das ist die Moral dieser Parteien, deren Prozentzahlen in erschreckende Höhen steigen, wahrscheinlich nur, weil sie nicht laut sagen, was sie im Hinterstübchen alles ausgefressen haben.

Ein anderes Beispiel: In Berlin geht es um die Weiterführung der Autobahn A100. Dieses Projekt dümpelt jetzt schon seit Jahren vor sich hin. Seitdem Rot-Rot in Berlin regiert, passiert sowieso

nichts mehr. Die würgen alles ab, was irgendwie in die Zukunft führt. Der Gysi hat ja den Wahlkreis Treptow-Köpenick, aus dem ich komme, gewonnen. Mit dem habe ich als Kreisvorsitzender der CDU hin und wieder zwangsweise ein Gespräch. Wenn ich ihm dann vorwerfe, dass er den Aufbau Ost sabotiert, indem seine Genossen 400 Millionen Euro in den Sand setzt, wohingegen Berlin nur 500.000 Euro an Planungsmitteln aufzubringen hat, wird mir geantwortet: Das Geld müssen wir für das Soziale einsetzen. Ich zeige ihm dann einen Vogel und sage ihm: Von den Geldern bauen die dann in Bayern oder Baden-Württemberg Autobahnen, weil Autobahnmittel nun einmal Autobahnmittel sind, aber wir gucken in die Röhre und kommen mit unserer Autobahn nicht weiter.

(Zuruf: Aufhören!)

Das ist also das, was Rot-Rot bei uns leistet. Sie leisten gar nichts, sie sabotieren den ganzen Kram.

Meine Damen und Herren, das derzeitige Planungssystem ist ein Perpetuum mobile für die Prozentzahlen der Grünen. Die besitzen wirklich die Frechheit und werden das auch in den nächsten Jahren so weiterführen, dass sie jede Kleinigkeit, die da irgendwo anzuprangern ist, hochspielen bzw. bei jeder Sache verrückt spielen, wenn wir hier nichts ändern. Wir haben dann das Nachsehen, weil wir letztendlich die Infrastruktur so verbessern wollen, dass nicht nur Feinstaub und Lärm aus den Wohngebieten herausgebracht werden, sondern auch die Unfallgefahren gesenkt werden. Aber davon reden die Grünen gar nicht. Ein toter Frosch ist für die ja schlimmer als ein toter Mensch. Diese Dinge muss man auch einmal ansprechen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich und hoffe, dass sich die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag der Sache einmal so annimmt, dass all diese Dinge vom Kopf auf die Beine gestellt werden und wir zukünftig ein Planungsrecht bekommen, das insoweit Bestand hat, dass Gerichte entsprechenden Projekten nicht mehr beikommen können. Irgendwo muss ja Schluss sein mit lustig. – Ich danke Ihnen.

(Teilweise Beifall)

Lorenz Caffier, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als letzter Redner hat jetzt das Wort zur Aussprache Herr Dr. Noack.

Dr. Harald Noack: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben vorhin sicherlich eine der besten Reden unserer Bundesvorsitzenden gehört.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt aber einen Punkt, zu dem ich hier Dissens anmelde. Ich stehe hier sozusagen und kann nicht anders. Frau Merkel hat Bündnisse zwischen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen kategorisch ausgeschlossen. Ich bin seit zwölf Jahren, in der dritten Legislaturperiode, Gruppen-

vorsitzender einer hervorragend und erfolgreich funktionierenden Koalition zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Landkreis Göttingen mitten in Deutschland. Unsere Koalition war auch Geburtshelfer für größere Versuche in Hamburg und im Saarland. Ich halte es für falsch, wenn die CDU heute sagt, sie wolle solche Bündnisse nicht. Zum einen gibt es sie in Hamburg und im Saarland und in einer ganzen Reihe von Kommunen. Zum anderen ist nach meiner Auffassung die Ablehnung solcher Bündnisse schlichtweg der Weg in die Sackgasse. Wir können nämlich gerade in größeren Städten bzw. in Ballungszentren nicht darauf bauen, dass wir auf Dauer mit der FDP Mehrheiten gewinnen, in Berlin übrigens schon gar nicht.

Wenn wir nicht entsprechenden Gestaltungswillen zeigen, wenn wir nicht sagen, wir wollen unsere Grundsätze in Politik einbringen, und zwar aus der Mehrheit, dann verabschieden wir uns vom Willen zur Macht. Das soll nach meiner Auffassung nicht sein. Ich denke, es ist notwendig, dass wir unsere eigenen Fundamente kennen, dass wir sie festigen, dass wir sie ständig neu bauen. Nur, wer feste Fundamente hat, kann auch Brücken bauen. Von diesen Fundamenten aus können wir sowohl Koalitionen mit den Liberalen als auch mit Bündnis 90/Die Grünen schließen. Ich halte es für angebracht, dass wir uns mit den Programmen beider Parteien, mit dem der Liberalen und mit dem der Grünen, beschäftigen, dass wir uns abgrenzen, aber auch schauen, wo wir Gemeinsamkeiten haben.

Wir haben schon einmal den großen Fehler gemacht, die ökologische Bewegung aus der Partei zu verbannen. Wir sollten diesen Fehler in Zukunft nicht machen, sondern wir sollten Bündnisse mit Partnern, mit denen wir gemeinsame Projekte gestalten können, auch eingehen. Nur mit einer starken CDU – dafür hat Frau Merkel ja geworben und hervorragende Punkte genannt – sind wir in der Lage, solche Mehrheitsbündnisse zu schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Lorenz Caffier, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Noack. – Dem Tagungspräsidium ist eine Wortmeldung untergegangen. Ich bitte um Entschuldigung und erteile Herrn Josef Schlarmann sozusagen das letzte Wort in der Aussprache. Herr Schlarmann, ich bitte um Entschuldigung. Sie haben das Wort.

Dr. Josef Schlarmann: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin gestern in der Erwartung nach Karlsruhe gefahren: Wir wählen eine neue Spitze für die Union, und damit hat es sich im Übrigen. Die Bundeskanzlerin hat mich heute auf dem kalten Fuß erwischt. Sie hat mich mit ihrer Rede überrascht. Ihre Rede war stark profiliert und richtungsweisend.

(Vereinzelt Beifall)

Sie bedarf auch keiner Kommentierung, sie bedarf nur eines Dankes, den ich hiermit im Namen der Mittelstandsvereinigung aussprechen möchte.

(Beifall)

Wir haben sehr wohl verstanden, dass uns das Angebot gemacht wurde, über die Frage von Steuersenkungen zu sprechen. Ich möchte dieses Angebot hiermit annehmen und bedanke mich gleichzeitig für die Gesprächsbereitschaft. Ich darf auch jetzt schon verraten, dass die Prioritätensetzung, die die Bundeskanzlerin vorgenommen hat, für uns gar kein Problem darstellt. In der Fiskalpolitik gilt selbstverständlich die Reihenfolge Konsolidierung, Steuervereinfachung und erst dann, wenn möglich, Steuersenkung.

Ich darf aber daran erinnern, dass es neben der fiskalpolitischen Seite auch die wirtschaftspolitische Seite gibt. Wirtschaftspolitik hat die Zielstellung, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland herzustellen. Wir müssen wissen, dass der Aufschwung, den wir zurzeit haben, ein vom Ausland geschenkter Aufschwung ist. Er ist im Inland noch nicht angekommen. Wir brauchen eine Entwicklung bei der Binnenkonjunktur, durch die dauerhaft für Wachstum und Beschäftigung gesorgt wird. Unsere Vorstellungen einer solchen Wachstumspolitik, die Bestandteil der Wirtschaftspolitik ist, müssen wir natürlich im Rahmen der Gespräche auch darlegen. Das werden wir tun. Ich glaube, dass wir dann auch zu einem Konsens kommen können, nämlich zu dem Konsens, der zwischen Finanz- und Wirtschaftspolitik bestehen muss.

Sehr geehrte Frau Merkel, noch einmal meinen Dank. Wenn Sie uns rufen, stehen wir zur Verfügung. Wir freuen uns auf die Gespräche.

(Beifall)

Lorenz Caffier, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schlarmann. – Ich danke für die Beiträge und die konstruktive Aussprache und beende hiermit die Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden. Ich darf jetzt an Tagungspräsident Peter Hintze übergeben.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! – Das war ein ganz neues Schlarmann-Gefühl hier in der CDU; das war, denke ich, sehr gut.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS

Das Wort hat Hermann Gröhe.

(Beifall)

Hermann Gröhe, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Die Wirtschaft brummt. Die Arbeitslosigkeit geht massiv zurück. Doch die Zustimmung zu unserer Politik lässt noch zu wünschen übrig. Es ist nicht so, dass wir damit zufrieden sein könnten,

und das, obwohl unsere Politik die Zeichen auf Aufschwung gesetzt hat. Das treibt viele Aktive in den Reihen unserer Partei um, ja, das belastet nicht wenige unserer Anhänger. Die Ursachen dafür liegen bei uns, aber sie liegen zuallererst in den tiefgreifenden Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Wir erleben den stärksten Aufschwung seit 20 Jahren. Trotzdem sagen 70 Prozent der Bevölkerung, dass sie noch nichts davon hätten. Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit seit 18 Jahren, aber jeder dritte Arbeitnehmer hat Angst um seinen Arbeitsplatz.

Die Plötzlichkeit und Heftigkeit der Wirtschafts- und Finanzkrise hat viele überrascht und bleibende Unsicherheiten hinterlassen, und immer neue Nachrichten von den Finanzmärkten verstärken solche Unsicherheiten.

Dennoch gilt, und dies in eindrucksvoller Weise: Den Weg aus der weltweit tiefsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten hat kein Land bisher so gut gemeistert wie die Bundesrepublik Deutschland. Damit halten wir unser wichtigstes Wahlversprechen: Wir führen Deutschland klug aus der Krise – unter Führung von Angela Merkel.

(Beifall)

Das ist eine Gemeinschaftsleistung der Menschen in diesem Land, der Arbeitgeber und Unternehmer, der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter, und es ist der Erfolg der unionsgeführten Bundesregierung von Angela Merkel. Kein Wunder, dass die überwältigende Mehrheit unserer Anhängerinnen und Anhänger – über 80 Prozent – die Arbeit unserer Bundeskanzlerin mit „sehr gut“ und „gut“ bewertet, und fast die Hälfte der Anhänger der Roten und der Grünen sind der gleichen Meinung.

Unionsgeführte Bundesregierung und Sozialpartner, gemeinsam haben wir gezeigt: Die Soziale Marktwirtschaft in diesem Land, sie funktioniert und sie ist erfolgreich.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, die CDU ist die Bundespartei für Arbeit, die CDU ist die Bundespartei für Aufschwung. Die steigende Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, die erfreulichen jüngsten Tarifabschlüsse mit ihren Lohnerhöhungen, die dadurch ausgelösten Rentensteigerungen, aber auch Sonderzahlungen in besonders erfolgreichen Unternehmen, von denen wir dieser Tage hören, dies alles zeigt: Der Aufschwung kommt bei den Menschen an. Und je mehr sie spüren, dass dieser Aufschwung bei ihnen ankommt, umso mehr werden sie Vertrauen in ihre Zukunft und Vertrauen zu uns fassen.

Unsere Politik der Sozialen Marktwirtschaft lebt davon, dass die Menschen das Vertrauen haben, dass es, wenn es der Wirtschaft gut geht, ihnen, breiten Kreisen unserer Bevölkerung, gut geht. Daraus ergibt sich eine gemeinsame Verantwortung für uns als Politik und für die Wirtschaft, und darum sage ich: Wenn die Wirtschaft jetzt sehr zu Recht auf drohenden Fach-

kräftemangel hinweist, dann erwarte ich von ihr, von der Wirtschaft, zuallererst auch ein Signal an die jungen Leute in diesem Land, ein Signal, das lautet: Qualifikation schafft Chancen, Qualifikation schafft Sicherheit.

(Beifall)

Das bedeutet dann eben, dass einer erfolgreichen Berufsausbildung oder einem gut abgeschlossenen Studium in aller Regel eine unbefristete Anstellung folgen sollte. Wenn sich befristeter Job an befristeten Job aneinanderreihet, woher sollen junge Menschen dann den Mut nehmen, eine Familie zu gründen?

Ich erwarte auch ein Signal der Wirtschaft an die älteren Menschen in diesem Land. Sie gehören eben nicht zum alten Eisen, sondern sie sind mit allen ihren Erfahrungen Edelmetall.

(Beifall)

Von den Gewerkschaften erwarte ich weiter Kooperation statt Klassenkampf. Wenn jetzt Gewerkschaftsführer in trauter Gemeinsamkeit mit der Linkspartei das Recht zum politischen Generalstreik fordern, so ist dies ganz und gar inakzeptabel. Mündige Arbeitnehmer brauchen starke Interessenvertreter, aber keinen Vormund.

(Beifall)

Klassenkampfrhetorik ist von vorgestern. Hört damit auf!

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wir formulieren nicht nur Ansprüche an andere, Erwartungen an andere. Zunächst formulieren wir Ansprüche an uns selbst. Das heißt für uns hier und jetzt: Gehen wir raus und starten eine Vertrauensoffensive in unserem Land! Das Vertrauen in die Institutionen unseres Gemeinwesens ist in den letzten Jahren galoppierend geschwunden. Zurückgewonnen wird es nur zu Fuß und mitunter bergauf. Es gehört ja zur Wahrheit, dass wir Mitverantwortung für das Schwinden dieses Vertrauens tragen, wenn ich nur an das unsägliche Hickhack in der Koalition vor der Sommerpause denke. Doch wer, wenn nicht wir sollte Vertrauen in die politischen Institutionen dieses Landes zurückgewinnen? Wir wollen eine Vertrauensoffensive, die sagt, dass wir in diesem Land zusammenstehen müssen, dass wir dann aber auch gemeinsam etwas schaffen können. Gemeinsam für ein starkes Deutschland, das meint eine Vertrauensoffensive, die sagt, wir wollen die Zukunft gestalten und ihr nicht hinterher rennen, eine Vertrauensoffensive, die sagt, dass Deutschland bei uns in guten Händen ist.

Gehen wir raus mit unserem klaren Kompass! Uns leiten christliche Wertvorstellungen. Die Würde eines jeden einzelnen Menschen, der Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung, der Anspruch der Menschen auf Solidarität und Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, das sind die zentralen Koordinaten unserer Politik. Wir trauen den Menschen etwas zu, weil wir in ihnen Geschöpfe Gottes sehen – zur Freiheit berufen und zur Verantwortung befähigt.

Mit diesem Kompass gestalten wir Gegenwart und Zukunft. Liebe Freundinnen und Freunde, einen Kompass braucht man nicht im Hafen, sondern auf hoher See. Gehen wir also raus, gehen wir beherzt die vor uns liegenden Herausforderungen an!

(Beifall)

Wir stehen als Volkspartei für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, wir sind in dieser Gesellschaft vielfach fest verankert. Gehen wir raus mit unserer Haltung! Wir stehen ein für unsere Überzeugungen – auch bei Gegenwind.

Diese Haltung hat uns stark gemacht. Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist wesentlich geprägt von Leitentscheidungen, für die unsere Partei eingestanden ist: Westbindung, Soziale Marktwirtschaft, Europäische Integration, Deutsche Einheit. Rückenwind hatten wir da anfangs nie – aber Rückgrat. Rückgrat, einstehen für unsere Überzeugungen, darum geht es auch heute.

Dabei geht es zunächst darum, für unsere Prinzipien zu werben. Sie gehören in den Mittelpunkt des Gesprächs mit den Bürgerinnen und Bürgern, mehr als einzelne Maßnahmen. Gehen wir raus mit Mut zur Verantwortung! Haltung zeigen, das ist auch unser Kontrastprogramm zu Roten und Grünen. Die ducken sich weg.

Wir stehen für solide Finanzen. Wir führen die durch die Krise massiv gestiegene Staatsverschuldung deutlich zurück. Das ist die Antwort auf die zentrale Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit. Wir hören auf, auf Kosten unserer Kinder und Enkel zu leben.

Mehr und mehr setzt sich diese Erkenntnis weltweit durch. Überschuldete Staaten drohen zum Spielball der Spekulation zu werden. Verantwortungsloser Spekulation den Kampf anzusagen, ist die eine notwendige Antwort. Die Verschuldung zurückzuführen, ist die andere notwendige Antwort. Fast alle haben das kapiert weltweit, nur nicht Rote und Grüne. Verantwortung für solide Staatsfinanzen? – Rote und Grüne ducken sich weg. In meinem Heimatland Nordrhein-Westfalen startet die rot-grüne Minderheitsregierung mit einer Rekordneuverschuldung, mit einem unbezahlbaren linken „Wünsch-dir-was“. Sie schielen auf die Zustimmung der Linkspartei. Aber sie verzocken die Zukunftschancen kommender Generationen. Das ist zutiefst unsozial.

(Beifall)

Wir stehen ein für verlässliche soziale Sicherungssysteme, für ein gutes Miteinander der Generationen. Wir stehen daher zur schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters, zur Rente mit 67. Die SPD duckt sich weg, nimmt Abschied von einer notwendigen Entscheidung, die einst wesentlich von Franz Müntefering mitgeprägt wurde. Gerade Fragen betreffend die Alterssicherung brauchen aber Verlässlichkeit. Für Verlässlichkeit stehen wir. Die SPD steht für nichts, macht die Rolle rückwärts.

Wir stehen für eine moderne Energiepolitik, für eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung im Interesse der Menschen unseres Landes und im Interesse dieses Industriestandortes. Rote und Grüne ducken sich weg. In ihrer Regierungszeit waren sie zu feige, die Entsorgungsfrage anzupacken. Jetzt wenden sie ihr eigenes Versagen als Argument gegen die Verlängerung der Laufzeit sicherer Kernkraftwerke. Das ist schlicht unredlich.

(Beifall)

Am letzten Wochenende konnten wir erleben: Regieren Rote und Grüne, dann rollen gute Castoren. Als er noch Umweltminister war, rief Trittin die eigene Partei auf, nicht gegen Castortransporte zu demonstrieren. Jetzt, wo Rote und Grüne in der Opposition sind, sind die Castoren schlecht. Rote und Grüne schüren den Protest, und das im Verein mit der Linkspartei, die sich nicht scheut, zu Straftaten in unserem Land aufzurufen. Liebe Freundinnen und Freunde, Aufrufe zur Besonnenheit, wenn man regiert, aber das Schüren von Protest, wenn man in der Opposition ist, das ist der Gipfel der Heuchelei.

(Beifall)

Wir brauchen eine moderne Infrastruktur für unser Land. Rote und Grüne ducken sich weg. Die CDU bekennt sich zu Stuttgart 21. Rote und Grüne haben einst im Deutschen Bundestag für dieses Projekt als Bestandteil einer wichtigen europäischen Magistrale gestimmt. Jetzt, wo es konkret wird, schlagen sie sich in die Büsche. Die Grünen schüren den Protest, und die SPD verbirgt die eigene Orientierungslosigkeit hinter dem Ruf nach einer Volksabstimmung. Mit dem Einstehen für eigene Überzeugungen hat dies alles nichts zu tun. Aber so ist sie, die SPD.

Gabriel ist nun seit einem Jahr Vorsitzender. Das Leitmotiv seiner Arbeit hat er uns bereits im Januar wissen lassen. Ich zitiere:

„Den Spruch ‚Erst das Land, dann die Partei‘ habe man fünf Jahre lang gehört ... Wir müssten mit dem Klammerbeutel gepudert sein, das weiterzutreiben.“

Liebe Freundinnen und Freunde, es ist beschämend, wie der Vorsitzende einer traditionsreichen Partei die Loyalität zu unserem Land relativiert. Das ist die Grundmelodie für parteitaktisch motivierte Verantwortungslosigkeit.

(Beifall)

Die Gabriel-SPD ist das Fähnchen im Wind. Die Grünen sind die Dagegenpartei. Mit Opportunisten und Verantwortungsverweigerern aber kann man keinen Staat machen. Opportunisten und Neinsager gehören auf die Oppositionsbank.

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, gehen wir raus, und nehmen wir die Sorgen und die Ängste der Menschen bei Veränderungen in unserem Land ernst. Wer, wenn nicht wir als wertgebende

ne und moderne Volkspartei, könnte dafür stehen, die Chancen der Veränderungen zu nutzen und zugleich den Wunsch der Menschen nach Sicherheit ernst zu nehmen? Wir stehen für die Gestaltung unseres Landes als liebens- und lebenswerte Heimat, gerade wir als die Kommunalpartei. Das prägt uns. Das macht unsere Fähigkeit aus, Verändern und Bewahren in der richtigen Balance zu halten. Für uns gehören zusammen: ein klares Ja zur christlichen Prägung unseres Landes, ein klares Ja zur Offenheit gegenüber Menschen anderer kultureller oder religiöser Prägung – Religionsfreiheit gilt für alle Menschen in diesem Land und ist uns weltweit ein besonderes Anliegen –, aber auch ein klares Nein, wenn unsere Rechtsordnung nicht befolgt wird. Dann kann es keinen Kultur- und Religionsrabatt geben.

(Beifall)

Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt einen eigenen Straftatbestand zur Verfolgung von Zwangsehen schaffen.

Wir stehen ein für eine Politik, die den Menschen etwas zutraut. Wir wissen: Starke Familien sind die beste Grundlage für eine menschliche Gesellschaft. Wir sind davon überzeugt: Unsere Familien wissen am besten, wie sie die Arbeit in der Familie und die Erwerbsarbeit am besten aufteilen. Deshalb stehen wir für echte Wahlfreiheit. Deshalb stehen wir an der Seite der Familien und sprechen Menschen Mut zu, Ja zu einem Leben mit Kindern zu sagen, Ja zur Übernahme der Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige. Wer wie SPD und Grüne das Ehegattensplitting abschaffen will, schwächt die Freiheit der Familien, selbst zu entscheiden, was für ihre Situation das Beste ist. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wer wie Herr Gabriel jüngst in der Haushaltsdebatte im Bundestag den Wunsch von Eltern, ihre Kleinstkinder zu Hause selber zu erziehen, gleichsam als Kindesentziehung zulasten des Staates denunziert, der verunglimpft die liebevolle Arbeit Hunderttausender Mütter und Väter in diesem Land. Das ist unanständig.

(Beifall)

Wir stehen für das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Zehntausende unserer Mitglieder, nicht zuletzt unsere kommunalen Mandatsträger, aber auch unsere aktiven Vereinigungen stehen für diese Verankerung in unserer Gesellschaft. Nur so bleiben wir mitten im Leben und auf der Höhe der Zeit. Diese konkrete Arbeit, die mir aus Junger Union, aus Kommunalpolitik und aus langjähriger Tätigkeit als Kreisvorsitzender wohl vertraut ist, zu stärken, ist ein zentrales Anliegen meiner Arbeit als Generalsekretär. Nur nahe bei den Menschen können wir überzeugen. Sie müssen spüren, dass uns die Liebe zu diesem Land antreibt, der Wille, den Menschen in unserer Heimat zu dienen.

(Beifall)

Ich bin überzeugt von den großartigen Ideen, für die die CDU Deutschlands seit ihrer Gründung vor über sechs Jahrzehnten einsteht. Deswegen bin ich in diese Partei mit 16 Jahren eingetreten. Ich bin motiviert durch den Einsatz Zehntausender für unsere Partei, für die Ideen, die unsere Partei groß und stark gemacht haben. Mich motiviert als begeisterter Vater der Wunsch, unseren vier Kindern sowie ihren Mitschülerinnen und Mitschülern Chance auf eine gute Zukunft zu eröffnen. Wir leben in einem großartigen Land. Wir wollen die Weichen für eine gute Zukunft stellen.

Liebe Freundinnen und Freunde, auf einem Wahlplakat der CDU Deutschlands bei der ersten Bundestagswahl 1949 standen die Worte: „Wir können nicht zaubern, aber arbeiten. Hilf mit, es geht um Deutschland.“ Darum geht es auch heute: zu arbeiten aus Liebe zu unserem Land, Menschen zu begeistern, in unseren Reihen mitzutun. Dafür will ich weiterhin mit ganzer Kraft arbeiten, mit Gottes Hilfe und mit Ihrem Vertrauen.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Im Namen des Parteitages danke ich unserem Generalsekretär, Hermann Gröhe, für seinen Bericht. Ich danke ihm auch für die kluge Art, mit der er unsere Politik in der Öffentlichkeit vertritt: werthebezogen, intelligent und mit Leidenschaft. – Herzlichen Dank, Hermann Gröhe.

(Beifall)

Es liegen Wortmeldungen zur Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs vor. Als Erste spricht Katherina Reiche aus dem Landesverband Brandenburg.

Katherina Reiche: Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Lieber Hermann Gröhe, auch ich habe für deine Rede zu danken, vor allem aber für deine Arbeit im vergangenen Jahr. Die Herausforderungen waren groß. Themen gab und gibt es zuhauf. Du hast Kurs gehalten, wie du es in deiner Rede beschrieben hast.

Als Kreisvorsitzende in Potsdam möchte ich eine Sache erwähnen, die unseren Mitgliedern besonders aufgefallen ist. Wir haben unseren Generalsekretär nicht nur in den Medien gesehen, in Presse, Funk und Fernsehen, sondern wir haben ihn auch in den Landesverbänden und in vielen Kreisverbänden gesehen. Du hast Zeit gegeben für das Gespräch, für den Austausch. Das schätzen unsere Mitglieder. Dafür möchte ich Danke sagen.

Noch etwas bewegt und spürt die Basis. Du nimmst die Gesprächsfäden mit beiden großen Kirchen auf und knüpfst das Netz wieder enger. Auch das tut einer Partei wie der CDU sehr gut.

(Vereinzelt Beifall)

Außerdem sind die Bundesfachausschüsse wieder ins Leben gerufen worden. Die Bundesfachausschüsse sind ein hervorragendes Medium, ein Podium, um nicht nur tagesaktuelle, sondern auch über den Augenblick hinausreichende Themen zu besprechen und zu diskutieren. Ich kann dem Fachausschuss Klima-, Umwelt- und Energiepolitik vorstehen. Lieber Hermann, du hast uns schon jetzt deine Mitarbeit, deine Unterstützung angekündigt. Vielen Dank dafür. Die Umweltschutz-, die Klimaschutz- und die Energiepolitik sind Zukunftsthemen. Heute ist mehrfach gesagt worden: Protestieren und Nein sagen kann jeder. Eine anspruchsvolle Klimaschutzpolitik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene durchsetzen, das wiederum kann nur die Christlich Demokratische Union. Auch hierfür, lieber Hermann, Frau Vorsitzende, herzlichen Dank.

(Beifall)

Der Bischof hat heute Morgen im Gottesdienst einen, wie ich finde, sehr schönen Satz gesagt: „Wir, die politisch Verantwortlichen, sind für das Vorletzte verantwortlich; das Letzte ist uns entzogen.“

Das Vorletzte, lieber Hermann, ist bei dir und uns, den christlichen Demokraten in wirklich guten Händen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, unsere Christlich Demokratische Union lebt davon, dass immer wieder interessante Menschen zu uns stoßen. Einer davon ist Oswald Metzger. Er spricht jetzt zu uns.

(Vereinzelt Beifall)

Oswald Metzger: Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Das ist ein neues Gefühl für mich. Das ist mein erster CDU-Bundesparteitag. Das soll es ja auch geben.

(Beifall)

Wie viele von Ihnen hatte ich nach der Rede der Kanzlerin das Bedürfnis, ein bisschen rauszugehen. Eigentlich habe ich mich für die Aussprache über den Bericht der Vorsitzenden zu Wort gemeldet. Deswegen war ich gerade ein wenig verblüfft. Das als Vorwort.

Meine Anmerkung zur Zustandsbeschreibung der Partei des Landes: Parteitage sind das eine – das wissen wir – die Realität der politischen Arbeit in den Wahlkämpfen der nächsten Monate in dieser Republik ist das andere. Ich frage den Bundesgeschäftsführer, aber auch unsere gesamte Führung: Wo sind die vielen Wählerinnen und Wähler, die im September 2009 die FDP gewählt haben und ihr zu einem formidablen Ergebnis verholfen haben, weil sie eine bürgerliche Koalition wollten? Ich wette, auch in diesem Raum sind Leute, die mit der Zweitstimme damals die FDP ge-

wählt haben. Wenn Sie heute durch Deutschland gehen und die politische Mitte, das heißt, die Wählerinnen und Wähler aus unserem Umfeld fragen, wo die Stimmen für die FDP hergekommen sind, dann werden Sie feststellen, dass sich niemand erinnern kann, die FDP gewählt zu haben.

(Vereinzelt Beifall)

Das Traurige ist: Diejenigen, die damals gegangen sind, sind noch nicht zu uns zurückgekommen. Die politische Mitte dieser Gesellschaft – das stellen Sie fest, wenn Sie im Umfeld der Mittelstandsvereinigung fragen; das sind die Selbstständigen und die Freiberufler – ist ein Stück weit heimatlos geworden. Das besorgt mich, da ich aus Überzeugung in eine Partei eingetreten bin, die einen marktwirtschaftlichen Kern hat. Sie alle wissen, dass einer, dessen Namen auch die Kanzlerin heute wieder in Erinnerung gerufen hat, Ludwig Erhard, den folgenden Satz an die Adresse von uns Bürgerinnen und Bürger gesagt hat: Alle Wohltaten, die wir Politiker euch, den Wählerinnen und Wählern, versprechen, müsst ihr zunächst selber erwirtschaften. Das ist ein wahrer Grundsatz, der aus meiner Sicht in der Politik häufig zu kurz kommt. Trotz Konsolidierungsdrucks bieten wir nach wie vor eine Reihe von zusätzlichen Leistungen an und machen neue Leistungsversprechen. Das ist für eine Volkspartei gefährlich.

Ich glaube, dieses Land braucht Parteien, die sich immer wieder an diesen programmatischen Markenkern erinnern und sich klarmachen, dass die Finanzierbarkeit des Gemeinwohls gesichert sein muss. Eine langfristige Tragfähigkeit verlangt Zurückhaltung bei den Ausgaben. Man muss sich bewusst machen, wie man die Wachstumskräfte der Gesellschaft, auf denen unser Wohlstand, unsere Prosperität beruhen, weckt.

Denken wir als Volkspartei bitte daran – das ist mein Appell – wir sollten langfristig die 40-Prozent-Marke ansteuern. In meiner politischen Kindheit hatte eine Volkspartei 40 plus X. Heute sind wir bei 30 plus X, und wir sind auch nur relativ stark, weil die Sozialdemokraten, wie wir wissen, ein großes, eigenes Problem haben. Daran sollte man erinnern. Daran erinnern uns nämlich auch unsere Wählerinnen und Wähler, wenn wir nach dem Bundesparteitag in Karlsruhe wieder in unseren Regionen sind.

Ich habe noch eine strategische Anmerkung, die vielleicht ein bisschen böse wirkt. Das Stichwort „asymmetrische Mobilisierung“ bzw. „Demobilisierung“ wurde heute schon genannt. Ich habe den Eindruck, dass wir zurzeit aufgrund der Themen, die für unsere Identitätsfindung zurzeit sehr wichtig sind – ich meine nicht regionale Themen wie Stuttgart 21, sondern Themen wie den Wiedereinstieg in die Atomkraft –, unsere Wählerinnen und Wähler auch in den Regionen, in denen wir über Jahrzehnte extrem gute Wahlergebnisse hatten, nicht für die Union mobilisieren können. Unsere Wählerinnen und Wähler werden eher von unserer politischen Konkurrenz mobilisiert. Wenn Sie berücksichtigen, dass es bei Landtagswahlen selten gelingt, die eigenen Wählerinnen und Wähler mit landespolitischen Themen zu mobilisieren, sondern bundespolitische Themen der Grund sind, zur Wahl zu gehen, dann besorgt es mich, wenn wir

solche Themen featuren und darüber eine vernünftige Wirtschaftspolitik für unser Land und die wirtschaftliche Erholung vergessen.

Ich musste ein wenig Wasser in den Wein gießen. Ich will dafür kämpfen, dass die Union gestaltungsfähig und koalitionsfähig bleibt. In diesem Zusammenhang ein klares Wort von einem, der eine grüne Vergangenheit hat: Wenn wir dafür sorgen, dass die Grünen in das linke Lager abgleiten, dann schaffen wir uns als Union langfristig ein Problem. Schauen Sie sich doch die Wähler an, die die Grünen zurzeit gewinnen. Es sind bürgerliche Wähler. An die sollten wir wieder andocken. Deshalb ist es für die Strategie wichtig, den Spagat zwischen Angriff und Koalitionsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Das ist nicht einfach. Ein Kollege hat aus der Sicht einer regionalen schwarz-grünen Koalition diese Meinung schon geäußert. Auch ich will das unterstreichen. Das hat nichts mit Beliebigkeit zu tun, sondern mit Strategiefähigkeit. Wir müssen langfristig Gestaltungskraft beweisen. Es wird schwierig, wenn wir die Grünen dämonisieren. Schauen Sie sich die Reihe unserer Ministerpräsidenten an. Die Kollegen Ahlhaus und Müller koalieren mit dieser Partei, die wir sonst aus vielerlei Gründen abwatschen. In einer Demokratie muss eine prinzipielle Koalitionsfähigkeit mit demokratischen Parteien gegeben sein. Auch daran will ich mit meiner Vergangenheit hier erinnern. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Lieben Dank, Herr Metzger. – Der Beitrag hat gehalten, was der Name versprochen hat. Wir nehmen als Kernbotschaft mit, 40 Prozent plus X wieder scharf in den Blick zu nehmen. Daran werden wir arbeiten.

Als Nächstes hat der Kreisvorsitzende des Kreisverbandes Wuppertal, Jürgen Hardt, das Wort. Er spricht zum Thema Soldaten. Bei dieser Gelegenheit darf ich herzlich den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus, in unserer Mitte begrüßen.

(Beifall)

Jürgen Hardt hat das Wort.

Jürgen Hardt: Vielen Dank, Herr Tagungspräsident. – Lieber Hermann Gröhe, liebe Parteifreunde! Die Volkspartei CDU war immer die Partei der Soldaten. Ich finde, das sollte sie auch in der Zeit sein, in der nicht wir den Bundesverteidigungsminister stellen, sondern unsere Schwesterpartei. Ich glaube, dass wir in den vor uns liegenden Monaten mit den Soldatinnen und Soldaten und den Zivilbediensteten der Bundeswehr eine möglichst enge Tuchfühlung halten sollten. Das gilt für uns in den Kreisverbänden, wo Standorte sind, das gilt aber auch für den Generalsekretär der CDU Deutschlands. Wir sollten den Versuch unternehmen, die Soldatinnen und Soldaten ein Stück weit auf dem schwierigen Reformweg mitzunehmen und sie auch emotional für diesen Weg zu gewinnen. Wir sollten deutlich machen, dass die CDU die Partei ist, die ohne Wenn und Aber an der Seite der Soldaten im Einsatz steht.

(Beifall)

Wir haben im Deutschen Bundestag über die Arbeitsgruppe Verteidigung bereits eine Initiative zur Verbesserung der Einsatzversorgung auf den Weg gebracht. Ferner gibt es eine parteiübergreifende Initiative zum Thema posttraumatische Belastungsstörungen. Wir als CDU sollten in den nächsten Monaten auch Initiativen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Besoldung auf den Weg bringen. Es ist nicht nur für die Beamten, sondern auch für die Soldaten eine große Enttäuschung gewesen, dass wir die Kürzung des Weihnachtsgeldes aus Haushaltsgründen doch nicht zurücknehmen können. Wir sollten das für nächstes Jahr auf Wiedervorlage legen.

(Vereinzelt Beifall)

Konkret an den Generalsekretär der CDU Deutschlands wollte ich die Bitte richten, in den nächsten Monaten zu versuchen, den einen oder anderen Standort zu besuchen und wichtige Gespräche mit den Vertretern des Bundeswehrverbandes zu führen, damit klar wird, dass wir an der Seite der Soldaten stehen und das so bleibt. Danke schön.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Jürgen Hardt. – Nun hat der Generalsekretär der Sächsischen CDU und unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Michael Kretschmer das Wort.

Michael Kretschmer: Meine Damen und Herren, lieber Hermann! Ich möchte mich von Generalsekretär zu Generalsekretär für eine faire und intensive Zusammenarbeit bedanken. Du warst in den Kreisverbänden bei uns in Sachsen unterwegs, auch als uns das Hochwasser heimgesucht hat und wir Hilfe und Zuspruch brauchten. Du hast deinen Besuch unterbrochen, um bei den Leuten zu sein. Das zeigt, wie du bist: ein Mensch, der nicht nur über das C und christliche Werte redet, sondern diese auch lebt. Es ist immer wieder beeindruckend, wie du über das C in unserem Namen sprichst, wie du es herleitest und erklärst, was es bedeutet. Man kann von dir sehr viel lernen.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten häufig über die Frage, wie konservativ die CDU sein soll, gesprochen. Ich habe mich an dieser Diskussion nicht so sehr beteiligt, weil es selbstverständlich ist, dass die CDU Deutschlands die einzige konservative Partei ist, die es in Deutschland gibt. Wir haben da keinen Nachholbedarf.

Ich finde aber, dass wir an einigen anderen Stellen Nachholbedarf haben. Ich wünsche mir, dass wir in Zukunft darauf einen Schwerpunkt legen. Ein Thema ist die Wirtschaftspolitik. Wir können nicht erwarten, dass uns die Menschen bei den Reformen, die notwendig sind, folgen, wenn wir nicht mehr über die ökonomischen Grundlagen, die Voraussetzungen und die Funktionsweise der Volkswirtschaft reden. Wir haben in der vergangenen Woche in Sachsen auf dem Lan-

desparteitag damit angefangen. Wir müssen wieder mehr über die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft reden. Das zweite Thema, das heute schon angesprochen wurde, betrifft die Kinderpornografie, wie wir damit und mit dem Internet insgesamt umgehen. Mit der Einsetzung des netzpolitischen Arbeitskreises hast du richtige Schwerpunkte gesetzt. Es ist vollkommen klar: Wir wollen den Kampf gegen Kinderpornografie, wir wollen sie nicht zulassen, weil sie ab-scheulich ist. Ich glaube, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung und auch der Nutzer des Internets in dieser Hinsicht mit uns einer Meinung ist. Aber es kommt darauf an, die richtigen Mittel und Instrumente zu verwenden. Ich glaube, dass wir noch nicht auf jede Frage die richti-gen Antworten haben. Ich wünsche mir, dass wir das in den nächsten Wochen und Monaten er-arbeiten, das auf einem kleinen Parteitag miteinander besprechen und dann auch Beschlüsse fassen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dir. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Michael Kretschmer. – Ich möchte im Namen des Parteitagspräsidiums in unserer Mitte herzlich Peter Heesen, den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, begrüßen.

(Beifall)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs vor.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 12 auf:

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS DER CDU DEUTSCHLANDS
VORLAGE DER RECHENSCHAFTSBERICHTE 2007 UND 2008

GEM. § 23 ABS. 2 PARTEIENGESETZ

Unser Schatzmeister Eckart von Klaeden ist schon zum Podium geeilt. Ich erteile ihm das Wort.

Eckart von Klaeden, Bundesschatzmeister: Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Peter Hintze, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Heute lege ich Ihnen meinen letzten Bericht als Schatzmeister vor. Es ist wieder ein unspektakulärer Bericht. Das ist in unser aller Interesse; denn spektakuläre Berichte eines Schatzmeisters sind häufig unfreiwilliger Natur.

Die Ihnen heute vorgelegten Rechenschaftsberichte für die Jahre 2007 und 2008 sind fristge-recht und mit einem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen beim Bundes-tagspräsidenten eingereicht und von der Verwaltung des Bundestages überprüft und veröffent-licht worden. Aus den Berichten ergibt sich, dass wir in diesen beiden Jahren ein solides Ergebnis erwirtschaftet haben, das eine gute Grundlage für das Superwahljahr 2009 war. Wir haben in diesen beiden Jahren wie geplant – sogar überplanmäßig – Überschüsse erwirtschaftet.

tet, die in die Rücklagen für den Wahlkampf geflossen sind. Weil wir diesen Kurs auch in diesen Jahren durchgehalten haben, ist es uns gelungen, die beiden bundesweiten Wahlen, die Europawahl und die Bundestagswahl im letzten Jahr, ohne die Inanspruchnahme von Krediten aus eigener Kraft zu finanzieren.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben im Jahr 2009 diesen Kurs fortgesetzt und in dem Jahr damit begonnen, eine Rücklage für die kommenden Wahlkämpfe zu bilden, die höher als geplant war. Das Superwahljahr 2009 hat erwartungsgemäß in den Vermögensbilanzen aller Parteien seine Spuren hinterlassen. Für das Jahr 2009 weist das Reinvermögen der Gesamtpartei 95,5 Millionen Euro aus. Das sind 36 Millionen Euro oder knapp 30 Prozent weniger als 2008, ist aber die Folge der Wahlkämpfe. Umso erfreulicher ist es, dass sowohl die Bundespartei als auch die Landesverbände zum Ende des Jahres 2009 ein positives Reinvermögen ausweisen konnten. Auch für das Jahr 2009 werden wir wieder einen ordentlichen Rechenschaftsbericht abliefern können. Zu diesem Rechenschaftsbericht werden gleich die Rechnungsprüfer sprechen.

Für das laufende Geschäftsjahr 2010 gehe ich davon aus, dass wir unsere geplanten Finanzziele erreichen können. Das ist vor allem der äußerst sparsamen Haushaltsführung der Bundesgeschäftsstelle zu verdanken. Es ist dort erneut zu schmerzhaften Einschnitten gekommen, auch zu einem Personalabbau, der aber wohlgermerkt sozialverträglich gestaltet werden konnte. Auch bei den Sachausgaben ist nochmals gespart worden. Ich erinnere daran, dass wir das Mitglieder magazin, das Union-Magazin, auf ein Internetmagazin umgestellt haben und dass die Media Night in diesem Jahr ausfallen musste.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses ganz besonders dafür, dass sie zusätzliche Belastungen und Einschränkungen in Kauf genommen haben, um dieses Ergebnis zu ermöglichen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich besonders herzlich unserem Bundesgeschäftsführer Dr. Klaus Schüler danken. Lieber Klaus, du hast einen wesentlichen Anteil an diesem Erfolg.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, die Sanierung unserer Partei hat jetzt fast zehn Jahre gedauert. Ich freue mich, Ihnen heute sagen zu können, dass wir auf einer bescheidenen, aber soliden Finanzbasis stehen. Auch die mittelfristige Finanzplanung für die kommenden Jahre sieht vor, dass wir einen jährlichen Überschuss erwirtschaften, der wieder in die Rücklagen aufgenommen wird, um aus diesen Rücklagen, also aus eigenen Mitteln, die kommenden Wahlkämpfe bestreiten zu können.

Ich muss aber auch auf die finanziellen Risiken, auf die Schwierigkeiten hinweisen, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen. Das ist zum einen die Folge sinkender Mitgliederzahlen, die

sich in sinkenden Beiträgen widerspiegeln. Das ist für die Bundespartei doppelt schwierig; denn die Bundespartei lebt im Wesentlichen von der staatlichen Parteienfinanzierung. Das gilt nicht für die Untergliederungen. Die Höhe der Parteienfinanzierung hängt auch von den gezahlten Beiträgen ab.

Wir stellen auch eine spürbare Zurückhaltung der Spender fest. Das gilt nicht nur für die Bundespartei. Die Parteivorsitzende hat in ihrem Bericht schon auf das Erscheinungsbild der Bundesregierung in den vergangenen Monaten hingewiesen. Ich will Ihnen hier nicht verheimlichen, dass die Zurückhaltung manches Spenders mit deutlicher Kritik am Erscheinungsbild und an einzelnen Repräsentanten der Bundesregierung verbunden ist. Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass sich dort in den letzten Wochen eine deutliche Verbesserung einstellt.

Ich kandidiere heute nicht wieder als Bundesschatzmeister, will aber sagen, dass ich das Amt gerne ausgeführt habe und dass es mir Freude bereitet hat. Das kann nicht jeder Vorgänger von mir von sich behaupten. Ich halte es, obwohl es keine juristischen Gründe dafür gibt, gleichwohl für richtig, meine Aufgabe in der Bundesregierung vom Amt des Schatzmeisters zu trennen. Ich habe in den letzten vier Jahren viel Unterstützung erfahren, um den erfolgreichen Kurs meiner Vorgänger Dr. Cartellieri und Dr. Peiner fortzusetzen. Wir haben in den vergangenen Jahren in der Partei bei Finanzfragen ein großes Maß an Verantwortungsbewusstsein und Solidarität erlebt. Ich hätte aber diesen Kurs nicht fortsetzen und weiter durchsetzen können, wenn ich nicht die Unterstützung von Ihnen allen, vom Vorstand erfahren hätte. Ich will hier ausdrücklich unsere Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel und die beiden Generalsekretäre Ronald Pofalla und Hermann Gröhe nennen, die mich bei dieser Aufgabe tatkräftig unterstützt haben.

Mein Dank gilt aber auch all denjenigen, die sich um die Finanzwirtschaft unserer Partei im operativen Bereich kümmern und dort unmittelbar Verantwortung tragen: meinem Büro mit Frau Kaminski, Frau Tanneberger, Herrn Reckwald und Herrn Kausch, dem Bundesgeschäftsführer, dem Finanzbeauftragten, den weiteren Mitarbeitern der Geschäftsstelle, aber auch den ehrenamtlichen Kräften, den drei Rechnungsprüfern, dem Revisionsbeauftragten der Bundespartei und – last, but not least – den Mitgliedern des Haushaltsausschusses. Ich will hier nicht an Vergangenes erinnern, aber ich glaube, es ist eine gute Nachricht, wenn ich heute sagen kann: Unser Finanzwesen funktioniert; diese schwierige Aufgabe liegt in guten Händen.

Ich darf zusammenfassen: Die Finanzlage der Bundespartei ist geordnet. Die Planungen weisen auch für die kommenden Jahre stabile Ergebnisse aus. Diese stabilen Ergebnisse werden wir aber nur dann erreichen, wenn wir uns den weiteren Anstrengungen stellen. Ich muss sagen, dass mein Nachfolger – so wie das für mich und meine Vorgänger galt – die eine oder andere schmerzhaft Entscheidung treffen müssen. Ich bitte deshalb um Unterstützung für ihn, genauso wie Sie sie mir gewährt haben. Ich darf mich ganz herzlich dafür bedanken. Es war mir eine Freude und eine Ehre, dass ich der CDU in den letzten vier Jahren als Schatzmeister dienen durfte. – Vielen Dank.

(Beifall)

Reiner Haseloff, Tagungspräsidium: Ich danke dem Bundesschatzmeister, Herrn Eckart von Klaeden, für seinen Bericht und für die Vorlage der Rechenschaftsberichte für die Jahre 2007 und 2008. Uns hat insbesondere die Aussage zu den Rücklagen erfreut. Allen Wahlkämpfern ist dadurch mit Blick auf das nächste Jahr das Herz höher gesprungen. Wir können da also durchaus etwas von der Bundespartei erwarten.

Gibt es zum Bericht und zur Vorlage des Rechenschaftsberichts Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich darf Sie um Ihr Kartenzeichen bitten, wenn Sie dem Bericht des Bundesschatzmeisters und den Rechenschaftsberichten für die Jahre 2007 und 2008 zustimmen möchten. – Gegenprobe! – Stimmenthaltung? – Vielen Dank für Ihre Zustimmung; sie war einstimmig.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Ich bitte um den Bericht und gebe das Wort an Frau Landrätin Dorothea Störr-Ritter. Sie haben das Wort.

Dorothea Störr-Ritter: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde und Parteifreundinnen! Vor Ihnen liegen die testierten und veröffentlichten Rechenschaftsberichte 2007 und 2008. In der Gesamtpartei wurden Einnahmenüberschüsse im deutlich zweistelligen Millionenbereich erzielt, das heißt, ein Plus 24,3 Millionen Euro im Jahr 2007 und ein Plus von 16,9 Millionen Euro im Jahr 2008. Die Ergebnisse der Bundespartei in Höhe von 10,5 Millionen Euro aus dem Jahr 2007 und 8,6 Millionen Euro aus dem Jahr 2008 wurden wesentlich durch die erzielten Einnahmenüberschüsse der Bundesgeschäftsstelle geprägt. In beiden Jahren konnte die Bundesgeschäftsstelle leicht überplanmäßige Rücklagen für die Folgejahre in Höhe von 360.000 Euro bilden.

Als Resümee kann festgestellt werden, dass die Finanzziele eingehalten wurden. Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2009 ist im Entwurf erstellt und hat wie der Etatentwurf für 2011 und die mittelfristige Finanzplanung für 2011 bis 2014 die Zustimmung des Haushaltsausschusses und der Rechnungsprüfer erhalten. Die Wirtschaftsprüfer haben signalisiert, dass der Rechenschaftsbericht 2009 ein uneingeschränktes Testat erhalten wird. Der Rechenschaftsbericht 2009 wird nach der Verabschiedung im Bundesvorstand fristgerecht an die Bundestagsverwaltung weitergeleitet.

Ferdinand Tillmann, Peter Rzepka und ich, die Rechnungsprüfer, wurden quartalsweise über die Etatsituation und die Liquidität des Konrad-Adenauer-Hauses unterrichtet. In regelmäßigen Abständen haben wir uns auch vor Ort über den Etat, die Liquidität und die Erstellung des Rechenschaftsberichtes informiert.

Durch Einsparungen bei fast allen Positionen des laufenden Etats, insbesondere aber dadurch, dass im Jahr 2009 kein ordentlicher Parteitag stattfand, wurde im Jahr 2009 ein um rund 1,2 Millionen Euro überplanmäßiges Etatergebnis erreicht. Die gebildeten höheren Rücklagen werden in den folgenden Jahren benötigt, da wir insbesondere durch die Europawahl im Jahr 2009 erhebliche Verluste an Wählerstimmen hatten: Es waren rund 3 Millionen Stimmen weniger. Mithilfe des genannten Etatplus aus 2009 und spürbaren Einschränkungen wie dem Wegfall der Media Night, der Streichung von Planstellen und der Umstellung des Mitglieder magazins auf eine elektronische Form hat die Bundespartei eine Finanzplanung aufgestellt, die eine vollständige Eigenfinanzierung der kommenden Wahlkämpfe sicherstellt. Die aufgestellte Finanzplanung berücksichtigt in einem ausreichenden Maße die Risiken etwa bei der Entwicklung der Spendeneinnahmen.

Die Finanzplanung der Bundesgeschäftsstelle sieht trotz der massiven Einsparungen keine Kürzungen der Zuschüsse an die Vereinigungen vor. Ich denke, damit können unsere Vereinigungen mehr als zufrieden sein. Wir Rechnungsprüfer sehen aber auch keinen Spielraum für außerplanmäßige Zuschüsse an wen auch immer und bitten die Bundesgeschäftsstelle, solchen Forderungen, sollten sie gestellt werden, nicht nachzugeben.

Im Jahre 2010 haben wir, wie der Bundesschatzmeister bereits ausgeführt hat, zusätzlich damit zu kämpfen, dass die Spendeneinnahmen deutlich zurückgegangen sind. Die positiven Erwartungen, die geäußert wurden, stimmen uns natürlich auch zuversichtlich. Die Bundesgeschäftsstelle geht derzeit davon aus, dass sie 2010 einen ausgeglichen Etat erreichen wird.

An dieser Stelle sei erneut darauf hingewiesen – ich habe es schon beim letzten Mal getan –, dass die staatliche Parteienfinanzierung seit über acht Jahren nicht an den Preisindex angepasst wurde. Bleibt dies weiterhin so, wird die Bundespartei weitere strukturelle Einsparungen vornehmen müssen. Die bisherigen Aufgaben und Serviceangebote für die Gliederungen und Vereinigungen werden dann so nicht aufrechterhalten werden können. Deshalb appellieren wir an alle Verantwortlichen, zum Beispiel auch an diejenigen, die jetzt hier im Saal sind, und an diejenigen, die draußen sind, eine Anpassung der absoluten Obergrenze an die Preisentwicklung nicht aus den Augen zu verlieren.

Liebe Parteifreunde, die Rechnungsprüfer empfehlen Ihnen, die anfangs erwähnten Rechenschaftsberichte 2007 und 2008 zu beschließen und dem Vorstand für die Jahre 2007 und 2008 eine uneingeschränkte Entlastung zu erteilen. Wir danken dem Bundesschatzmeister für vier Jahre erfolgreiche Arbeit, für vier Jahre guter Zusammenarbeit, und wir wünschen ihm auch ohne dieses Amt für die Zukunft alles Gute. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dr. Reiner Haseloff, Tagungspräsidium: Wer könnte die Rechnungen besser prüfen als eine exzellente Landrätin? Ganz herzlichen Dank, liebe Frau Störr-Ritter, Ihnen und all Ihren Rechnungsprüfern für die wertvolle Arbeit, die Sie geleistet haben.

Ich habe eine Information neben dem normalen Ablauf unserer Tagesordnung. Die Gruppe der Antragskommission trifft sich in der Zählpause während der Unterbrechung des Bundesparteitages nach der Wahl der Bundesvorsitzenden. Bitte sagen Sie das in den entsprechenden Landesverbänden weiter.

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 14:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission wird Herr Florian Weller, Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg geben.

Florian Weller, Mandatsprüfungskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Wir konnten dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 vollstimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellungen der Mandatsprüfungskommission sind für den 23. Parteitag 1.001 Delegierte stimmberechtigt. Von diesen 1.001 Delegierten waren um 14.40 Uhr 984 anwesend. Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands ist somit beschlussfähig. Ich wünsche uns allen noch eine erfolgreiche Tagung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Reiner Haseloff, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank. Wir danken den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission für die geleistete Arbeit.

Damit kommen wir zu TAGESORDNUNGSPUNKT 15:

ENTLASTUNG DES BUNDESVORSTANDES

Hierzu übergebe ich das Wort an unsere Vorsitzende, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Wenn man draußen noch einmal Bescheid sagen könnte, dass hier etwas Wichtiges passiert, wäre das kein Fehler.

Ich habe bereits in meiner Rede gesagt, dass die Wahlen, die jetzt anstehen und nach der Entlastung des Bundesvorstandes erfolgen, eine Zäsur für uns sind. Viele kandidieren nicht mehr. Ihnen möchte ich gern danke sagen. Ich beginne mit den Mitgliedern des Bundesvor-

standes. Regina van Dinther – ich hoffe, sie ist im Saal – war seit 2002 Mitglied des CDU-Bundesvorstandes und Präsidentin des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Sie hat sich immer unglaublich für die Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eingesetzt. Sie hat seit 1999 als Vorsitzende der Frauen-Union in Nordrhein-Westfalen gearbeitet und ihre Ideen und Präferenzen immer in die Arbeit des Bundesvorstandes eingebracht. Ich möchte Regina van Dinther ein ganz herzliches Dankeschön für ihre Arbeit sagen, und ich denke, ich tue das im Namen des Parteitags.

(Beifall)

Friedbert Pflüger war seit dem Jahr 2000 Mitglied des Bundesvorstandes, seit 2008 Mitglied des Präsidiums der Christlich Demokratischen Union. Lieber Friedbert, du hast uns über viele Jahre begleitet, mit deiner Arbeit im Deutschen Bundestag und später im Abgeordnetenhaus von Berlin. Ich möchte dir danken. Du hast dich für die Berliner CDU in den Landtagswahlkampf geworfen. Ich darf dir sagen: Du wirst auch in Zukunft für mich in vielen Fragen ein wichtiger Ratgeber bleiben. Wir haben nicht immer mit unserer Meinung übereingestimmt, aber du hast dir deinen Kopf auch nie verbiegen lassen und hast dein Wort gehalten. Danke dafür. Alles Gute auf dem weiteren Lebensweg!

Ich möchte Erika Steinbach danke sagen. Erika Steinbach wird uns als Kollegin im Deutschen Bundestag und als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen natürlich weiter begleiten. Sie wird uns in diesen Aufgaben politisch sehr nahe stehen. Sie hat sich entschlossen, nicht mehr für den Bundesvorstand zu kandidieren. Wir respektieren diesen Schritt und danken für viel Gemeinsamkeit. Als Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union sage ich: Wir werden immer ein offenes Ohr für sie haben. Herzlichen Dank Erika Steinbach.

(Beifall)

Ich möchte Angelika Volquartz ein herzliches Dankeschön sagen. Sie war seit 2000 Mitglied des CDU-Bundesvorstandes. Sie hat als Kieler Oberbürgermeisterin unglaublich viel für diese Stadt bewegt. Sie hatte immer ein offenes Ohr und war immer bereit, zu helfen. Es war eine schöne Zusammenarbeit. Ich hoffe, dass wir uns auch in Zukunft noch häufiger begegnen. Liebe Angelika, alles Gute auf deinen Wegen und ganz herzlichen Dank für das, was du für die Christlich Demokratische Union Deutschlands getan hast.

(Beifall)

Ich möchte darauf hinweisen, dass auch Maria Böhmer nicht mehr für das Präsidium kandidieren wird. Sie ist Vorsitzende der Frauen-Union und wird als Vorsitzende natürlich ihren Sitz im Bundesvorstand haben. Liebe Maria, du wirst dich noch besser auf deine Arbeit als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung konzentrieren können und noch mehr für die Frauen in der CDU tun können. Da gibt es noch eine Menge Arbeit. Herzlichen Dank und auf weitere gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ich weiß nicht, ob Günther Oettinger im Raum ist? Er ist ständiges Mitglied im Präsidium der CDU und ist jetzt als EU-Kommissar tätig. Wir fühlen geradezu, dass Günther Oettinger in Brüssel an vielen Stellen nicht nur unsere Lage gut versteht – er darf ja nicht für Deutschland arbeiten, er arbeitet für Europa –, sondern auch in einem ganz besonderen Feld, das für uns alle von größter Wichtigkeit ist, nämlich die Energiepolitik, sein Wort für einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt einbringt. Herzlichen Dank dafür, Günther Oettinger, und auf weitere gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Jetzt, liebe Freunde, kommt es wieder zu wirklichen Abschieden. Ich möchte zwei Präsidiumsmitgliedern ganz herzlich danken. Der eine ist leider nicht von Hamburg nach Karlsruhe gekommen, nämlich Ole von Beust, weil – wie sollte es auch anders sein – ein Zug ausfiel und er deswegen stecken geblieben ist. Ich bitte Christoph Ahlhaus und die Hamburger Delegierten, ihm ein herzliches Dankeschön zu sagen.

(Beifall)

Ole von Beust war ein wirklicher Kamerad. Er hat nach langer, langer Zeit das schier Unmögliche möglich gemacht. Ole von Beust ist Erster Bürgermeister der stolzen Hansestadt Hamburg geworden. Er hat die Stadt wunderbar geführt; Christoph Ahlhaus führt dies heute fort. Wir haben Ole von Beusts Schritt respektiert, dass er nicht weiter Erster Bürgermeister sein wollte. Wir wünschen ihm von Herzen alles, alles Gute.

(Beifall)

Er hat nicht nur die Hansestadt regiert, sondern auch die Phase der ersten schwarz-grünen Koalition in einem Bundesland begonnen. Er hat damit auch ein Stück Neuland beschritten. Er hat sich immer für das Thema „wachsende Stadt“ eingesetzt; er hat sich für eine grüne Stadt eingesetzt. Wir haben lange überlegt, was wir ihm schenken könnten, und haben auch überlegt, ob das, was wir ihm schenken wollen, nicht einige Wunden der Christlich Demokratischen Union aufreißt. Helmut Kohl hat oft gesagt, wenn er an die Entstehung der Grünen gedacht hat, dass es eigentlich schade war, jemanden wie Herbert Gruhl nicht in unseren Reihen gehalten zu haben. Wir haben uns gedacht: Damit wir auch für die Zukunft Strömungen und Entwicklungen in unserer Bevölkerung immer wieder aufnehmen, wagen wir es, Ole von Beust das Buch von Herbert Gruhl „Ein Planet wird geplündert“ zu schenken, und ihm damit vielleicht eine kleine Freude zu machen für das, was er für Schwarz-Grün in Hamburg getan hat.

(Beifall)

Ich darf Christoph Ahlhaus bitten, Ole von Beust herzlich Danke zu sagen, verbunden mit allen guten Wünschen für seinen weiteren Lebensweg, und ihm dieses Buch zu überreichen, nicht mit

dem Ziel, dass er uns vergisst, sondern mit dem Ziel, dass die CDU besser darauf achtet, wen sie gebrauchen kann.

(Beifall)

Christoph Ahlhaus, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg: Ich darf mich im Namen von Ole ganz herzlich bedanken.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Hast du heute mit ihm gesprochen?

Christoph Ahlhaus, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg: Ich habe mit ihm gesprochen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Ist der Zug wirklich stecken geblieben?

Christoph Ahlhaus, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg: Der Zug ist wirklich stecken geblieben.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Gut. – Du gibst ihm das Buch. Danke schön. Dieter Althaus, wenn ich dich einmal herbitten darf. Komm einmal zu mir. – Dieter Althaus war neun Jahre lang Vorsitzender der CDU Thüringen,

(Beifall)

er war von 2003 bis 2009 Ministerpräsident, Mitglied im Präsidium der CDU. Ich darf einfach Danke sagen. Du hast ein schweres persönliches Erlebnis gehabt; du bist aber gut und gesund darüber hinweggekommen. Ich freue mich, dass du jetzt eine tolle berufliche Karriere hast. Ich glaube, du behältst deine Zeit in der Politik in allerbesten Erinnerung.

Du hattest immer ein Feld, auf dem du dich betätigt hast, wo ich nie ganz genau wusste, was herauskommt. In Thüringen wusste ich immer, dass alles gut geht. Du hast dich immer mit dem solidarischen Bürgergeld beschäftigt; ich vermute einmal, dass du es immer noch nicht ganz aufgegeben hast, dafür zu kämpfen. Deshalb wollen wir dir von Erich Fromm den Klassiker aus dem Jahre 1955 schenken „The Sane Society“ – ich kenne das deutsche Grundgesetz; aber es heißt nun einmal so – „die geistig gesunde Gesellschaft“. Darin gibt es eine bedeutende Argumentation für ein solches Grundeinkommen. Deshalb sollst du dieses Buch bekommen. Herzlichen Dank, lieber Dieter Althaus. Der Parteitag dankt dir für deine Arbeit.

(Beifall)

Dieter Althaus: Gottes Segen für die CDU Deutschlands!

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde, es gibt drei ehemalige erfolgreiche Ministerpräsidenten. Einer ist heute bekanntermaßen Bundespräsident. Wir müssen uns ihn einfach herdenken; die meisten wissen ja noch, wie er aussieht.

Wir haben uns gedacht, dass wir bei diesen dreien an unsere drei Wurzeln denken könnten: die konservative, die liberale und die christlich-soziale. Wir schenken Christian Wulff deshalb – er wird es zugesandt bekommen – auch ein Buch, und zwar ein Buch über die liberalen Wurzeln.

Wir kommen jetzt zu denen, die hier sind. Das ist als Erstes Roland Koch; ich mache es einmal alphabetisch. Wenn ich dich hierher bitten darf, lieber Roland.

(Anhaltender Beifall)

Der Zweite ist Jürgen Rüttgers.

(Anhaltender Beifall)

Den Beifall habt ihr verdient. Ich brauche keine großen Worte zu machen.

(Starker Beifall)

Der Parteitag sagt Danke dafür, dass ihr zwei rote Länder erobert habt.

Roland Koch hat den Anfang gemacht mit einem extrem umstrittenen Wahlkampf, mit großem Erfolg, aber auch mit großem, persönlichem Einsatz. Wenn ich es einfach so sagen darf, Roland: Wir waren sicherlich am Anfang nicht immer einer Meinung, und manchmal haben wir uns auch ein bisschen kritisch beäugt. Umso schöner ist es, dass ich heute sagen kann, dass wir eigentlich Freunde geworden sind,

(Beifall)

Freunde in einer Partei, Freunde, die auch in den neuen Zuständigkeiten so miteinander umgehen werden, dass wir uns mit Sicherheit öfter einmal treffen. Nun hast du eine Art konservatives Abschiedsdokument geschrieben, das ich jedem zur Lektüre empfehle.

(Beifall)

Ich vermute, dass noch nicht alle Parteitagsdelegierten dieses Buch gelesen haben. Ich habe es gelesen. Du auch, Jürgen? – Gut, dann bekommst du auch ein Buch.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben uns gedacht, dass wir dir eine englische Ausgabe von 1888 von Edmund Burkes Gedanken über die Französische Revolution schenken, vielleicht das konservative Gründungs-

dokument. Wenn du es noch nicht hast, freu dich darüber. Mach ansonsten etwas Vernünftiges damit, und wirb für einen anderen Konservativen. Alles, alles Gute!

Roland Koch: Vielen herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Nun bleibt nur noch eine Wurzel übrig. Wer ist besser dafür geeignet, als Jürgen Rüttgers? Lieber Jürgen, am Anfang meiner politischen Laufbahn bin ich Dir begegnet, als Du Parlamentarischer Geschäftsführer warst und ich Frauenministerin war. Da im Jahre 1990 nicht alle Mitglieder in der Bundestagsfraktion die Frauenprobleme so dramatisch wichtig fanden, hatte ich wenigstens einen guten Freund, und das war eben der Parlamentarische Geschäftsführer. Er hat nämlich gewusst, welche Bedeutung die Frauenpolitik hat.

(Beifall)

Heute ist unser Bundestagskollege von Stetten sen. hier, der damals nicht unbedingt der Meinung war, dass kurz nach der deutschen Einheit ein Gleichberechtigungsgesetz das zentrale Thema der Politik der Bundesregierung sein sollte. Er hat immer darauf geachtet, dass nichts Schlimmes passiert. Aber zum Schluss hat er konstruktiv mitgewirkt. Ich will es mir ja nicht mit allen Mitgliedern der Familie von Stetten verderben.

Jürgen Rüttgers und ich haben damals also gut zusammengearbeitet. Jürgen Rüttgers hat mir sehr geholfen. Ich wusste gar nicht, was man tun musste, um eine Mehrheit für ein Gesetz zu bekommen. Von diesem Zeitpunkt an haben wir immer gut zusammengearbeitet: später ich als Umweltministerin und er als Forschungsminister mit beachtlichen und bis heute wirkenden Entscheidungen. Ich denke da beispielsweise an die Gentechnologie.

Dann hat er nach Jahrzehnten das Unmögliche geschafft, Nordrhein-Westfalen zu erobern. Danke dafür. Du hast das nur tun können, lieber Jürgen, weil Du die christlich-soziale Wurzel bei uns immer hochgehalten hast.

(Beifall)

Du bekommst ein Buch mit dem Titel „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ von Freiherr von Kettler. Du wurdest bei uns ja insgeheim immer der Arbeiterführer genannt, wenn Karl-Josef Laumann das zugelassen hat. Ein herzliches Dankeschön für Deine Arbeit.

(Anhaltender Beifall)

Ich sage einfach nur: Bleibt uns gewogen! Gebt uns Rat, wenn Ihr glaubt, wir brauchen ihn. Alles Gute und herzlichen Dank.

(Beifall)

Reiner Haseloff, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, liebe Angela Merkel, für die sehr eindrucksvolle und charmante Verabschiedung der Bundesvorstandsmitglieder und vor allen Dingen unserer Ministerpräsidenten. Das ist allen ans Herz gegangen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, begrüße ich ganz herzlich Franz-Josef Möllenberg. Er ist Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten. Herzlich willkommen auf unserem Parteitag.

(Beifall)

Liebe Delegierte, die Entlastung der Rechnungsprüfer ist beantragt worden. Wer der Entlastung des Bundesvorstandes zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit großer Mehrheit ist ohne Gegenstimmen und mit einigen Stimmenthaltungen der Bundesvorstand durch den Parteitag entlastet worden. Ganz herzlichen Dank. Ich danke ebenfalls noch einmal seitens des Tagungspräsidiums allen Mitgliedern des Bundesvorstandes für die geleistete Arbeit in den letzten zwei Jahren.

Ich bitte nunmehr, die gewählten Mitglieder des bisherigen Bundesvorstandes, soweit sie auf der Bühne platziert sind, bei den Delegierten im Plenum Platz zu nehmen. Da auch ich dazu gehöre, geht jetzt das Tagungspräsidium an Stefan Mappus.

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 16 auf.

WAHL DES BUNDESVORSTANDES

Vor Eintritt in die einzelnen Wahlgänge darf ich auf Folgendes hinweisen:

Erstens. Laut § 43 des Statuts werden die Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU in geheimer Wahl mittels Stimmzettel gewählt.

Zweitens. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit; sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen.

Drittens. In § 15 unseres Statuts ist ein Frauenquorum vorgesehen. Dies besagt, dass bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern von der Kreisverbandsebene an aufwärts ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit dieser Wahlgang gültig ist. Das steht in § 15 Abs. 3 des Statuts. Wird das Frauenquorum im ersten Wahlgang erfüllt, so kommt es bei eventuell folgenden ergänzenden Stichwahlen nicht mehr zur Anwendung.

Viertens. Ich schlage Ihnen vor, die Stimmzettel in den hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Bitte benutzen Sie die Ihrem Platz am nächsten gelegene Wahlkabine, um das ganze Verfahren ein bisschen zu beschleunigen.

Fünftens. Nach dem Ausfüllen werfen Sie Ihren Stimmzettel in die Wahlurnen, welche zu Ihnen an Ihren Platz getragen werden.

Sechstens. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne werfen können.

Nach diesen Regularien kommen wir zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16.1:

WAHL DES VORSITZENDEN

Es kandidiert Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Bevor wir in den Wahlgang eintreten, darf ich noch auf Folgendes hinweisen.

Erstens. Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock im Postkartenformat zur Hand, der Ihnen zusammen mit Ihrer Stimmkarte durch das Tagungsbüro überreicht wurde. Wir werden die Wahl mit dem weißen Stimmzettel Nr. 1 durchführen.

Zweitens. Wenn Sie für Frau Dr. Angela Merkel stimmen möchten, so schreiben Sie bitte Ja oder den Namen auf diesen Stimmzettel, anderenfalls Nein. Wenn Sie sich enthalten möchten, schreiben Sie „Enthaltung“ oder lassen Sie den Stimmzettel leer.

Drittens. Stimmzettel, auf denen etwas anderes vermerkt ist, sind explizit ungültig.

Nachdem ich die Regularien bekannt gegeben habe, darf ich den Wahlgang eröffnen. Ich bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben. Die Geschäftsstelle weist uns darauf hin, dass wir explizit das Startzeichen geben sollen, dass die Stimmzettel eingesammelt werden können.

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob alle Delegierten die Gelegenheit hatten, ihre Stimmzettel abzugeben? – Konnten alle ihre Stimmzettel abgeben? – Ich sehe nicht, dass das nicht der Fall wäre. Wenn alle Stimmen abgegeben sind, dann schließe ich jetzt den Wahlgang und bitte um Auszählung der Stimmen.

Ich unterbreche die Plenarsitzung des Parteitages für etwa 15 bis 20 Minuten.

(Unterbrechung von 15.13 bis 15.33 Uhr)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Ich darf den Parteitag wieder eröffnen und darf Ihnen das Ergebnis der Wahl zur Vorsitzenden der CDU Deutschlands bekannt geben.

Wir hatten abgegebene Stimmen: 952; ungültige Stimmen: 3; Enthaltungen: 18. Wir haben damit gültige Stimmen: 931, und die erforderliche Mehrheit beträgt rein rechnerisch 466.

Es wurden abgegeben für Dr. Angela Merkel: 842 Stimmen, das sind 90,4 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen.

(Anhaltender Beifall und Bravo-Rufe)

Frau Bundeskanzlerin, ich darf Sie fragen: Nehmen Sie die Wahl an?

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Ja, ich nehme die Wahl an. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken. Ich werde mit Freude weiter Vorsitzende dieser großartigen Partei sein. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsident: Ich darf natürlich die Glückwünsche des gesamten Tagungspräsidiums zur Wahl mit diesem hervorragenden Ergebnis aussprechen.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 16.2 auf:

WAHL DES GENERALSEKRETÄRS

Ich darf das Wort unserer Vorsitzenden, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, zur Wahl des Generalsekretärs der CDU Deutschlands geben.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Herr Präsident! Liebe Freunde! Ich möchte Ihnen für das Amt des Generalsekretärs Hermann Gröhe vorschlagen.

(Beifall)

Hermann Gröhe hat sich Ihnen schon ein wenig in dieser Funktion vertraut gemacht. Heute erfolgt die „richtige“ Wahl durch den Parteitag. Hermann Gröhe ist Mitglied der CDU seit 1977. Er hat sich nach verschiedensten Funktionen – unter anderem war er Staatsminister bei mir im Bundeskanzleramt – mit voller Leidenschaft in die Arbeit des Generalsekretärs gestürzt, als er 2009 kooperierter Generalsekretär wurde. Sie alle kennen ihn.

Ich bitte Sie, meinem Vorschlag, Hermann Gröhe zum Generalsekretär zu wählen zuzustimmen und ihm gegenüber Ihr Vertrauen zum Ausdruck zu bringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsident: Vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin, für den Vorschlag zur Wahl des Generalsekretärs.

Bevor wir in den Wahlgang eintreten, darf ich auf Folgendes hinweisen: Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock im Postkartenformat zur Hand, der Ihnen zusammen mit Ihrer Stimmkarte durch das Tagungsbüro überreicht wurde. Bitte verwenden Sie den grünen Stimmzettel Nr. 2.

Wenn Sie für Herrn Hermann Gröhe stimmen möchten, so schreiben Sie bitte Ja oder den Namen auf diesen Stimmzettel, anderenfalls Nein. Wenn Sie sich enthalten möchten, schreiben Sie Enthaltung, oder lassen Sie den Stimmzettel leer. Stimmzettel, auf denen etwas anderes vermerkt ist, sind ungültig.

Ich darf den Wahlgang eröffnen und bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben. Ich darf dann diejenigen bitten, die einsammeln, mit den Wahlurnen durch die Reihen zu gehen.

Darf ich fragen, ob alle Delegierten die Möglichkeit hatten, ihren Stimmzettel abzugeben? – Gibt es einen Bereich, in dem die Stimmzettel noch nicht abgegeben werden konnten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann darf ich den Wahlgang schließen und um Auszählung bitten.

Ich habe noch zwei Durchsagen zu machen. Ich bitte, aufzupassen; denn es ist wichtig. Die Antragskommission trifft sich bitte nach der Stimmabgabe für die Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums. Während der Auszählung dieses Wahlgangs trifft sich die Antragskommission.

Darüber hinaus teile ich mit – auch das ist sehr wichtig –, dass die Landesgeschäftsführer gebeten werden, die orangenen Stimmzettel für die Stellvertreterwahlen jetzt im Büro der Stimmzählkommission, dm-Arena, Backstage, abzuholen. Ich darf nunmehr den Parteitag für etwa 15 Minuten unterbrechen.

(Unterbrechung von 15.44 bis 15.56 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich darf die unterbrochene Sitzung wieder eröffnen und Ihnen das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs der CDU Deutschlands bekannt geben: Abgegebene Stimmen 924. Ungültige Stimmen 0. Das ist schon einmal gut. Gewisse Lerneffekte haben sich seit dem ersten Wahlgang eingestellt. Enthaltungen 27. Somit haben wir ohne die Enthaltungen 897 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt also 449 Stimmen. Es wurden abgegeben für Hermann Gröhe 810 Stimmen. Das entspricht 90,3 Prozent der abgegebenen Stimmen.

(Beifall)

Das ist ein ganz hervorragendes Ergebnis. Ich darf Hermann Gröhe fragen, ob er die Wahl annimmt.

Hermann Gröhe, Generalsekretär der CDU: Ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.

(Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Er hat ohne Mikrofon gesprochen, aber es war deutlich vernehmbar: Er nimmt die Wahl an. Ich darf dir, Hermann, die herzlichen Glückwünsche des Tagungspräsidiums übermitteln. Das war ein tolles Ergebnis. Wir freuen uns sehr darüber.

(Generalsekretär Hermann Gröhe wird ein Blumenstrauß überreicht)

Während auch du einen Blumenstrauß erhältst – gleiches Recht für alle –, darf ich die Verhandlungsleitung an Christine Lieberknecht übergeben.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Wir kommen jetzt zur WAHL DER VIER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN der CDU Deutschlands. Nach der Ihnen vorliegenden Kandidatenliste sind folgende Vorschläge eingegangen, die ich in alphabetischer Reihenfolge vorlese. Erstens: Volker Bouffier. Zweitens: Dr. Ursula von der Leyen. Drittens: Dr. Norbert Röttgen. Viertens: Dr. Annette Schavan.

Wir haben vereinbart, dass wir den Kandidaten Gelegenheit geben, sich kurz vorzustellen. Ich darf Volker Bouffier bitten, zu beginnen.

(Beifall)

Volker Bouffier: Liebe Frau Tagungspräsidentin! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Freunde! Angela Merkel hat in ihrer Rede ein Thema angesprochen, das viele Menschen in unserem Land bewegt und das in den letzten Wochen und Monaten große Aufmerksamkeit erzielt hat: das Thema Zuwanderung und Integration. Viele Menschen sorgt dieses Thema. Sie möchten von uns Antworten haben: Wohin geht es in diesem Land? Ich glaube, wir, die CDU, können sehr gut Antworten geben und deutlich machen, dass wir eine Vorstellung davon haben, wie diese Zukunft für uns gemeinsam aussehen soll.

Liebe Freunde, zu einer Zeit, als andere noch schwadronierten, hatten wir schon Deutschkurse eingeführt. Wir haben Integrationskurse gefordert, als andere davon sprachen, dass das Zwangsgermanisierung ist. Alle konstruktiven Ansätze zu diesem Thema sind von der Union unter der Führung von Angela Merkel gekommen: der Nationale Integrationsplan, die Integrationskonferenz und die Islamkonferenz. All das sind Marksteine einer sehr konkreten Integrationspolitik. Weder von Herrn Schröder noch von Herrn Fischer noch von Frau Künast noch von Herrn Gabriel gibt es dazu irgendetwas zu vermelden.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb können wir mit vollem Selbstbewusstsein sagen: Wir haben einen Kompass für die Zukunft; wir brauchen keine Belehrungen, wenn es um die Frage der Integration geht, am allerwenigsten von Rot und Grün.

(Beifall)

Es gibt keine Alternative zur gelingenden Integration. Sie wird länger dauern, schwieriger sein und mehr Kraft kosten, als die meisten dachten. Wir wollen den Menschen hier eine Heimat geben. Das kann aber nur gelingen, wenn sie diese Heimat annehmen, wenn sie sich zu diesem Land bekennen und wenn klar ist, dass jeder, der sich freiwillig entschieden hat, in diesem Land zu leben, für sich und seine Kinder akzeptiert: Eine gemeinsame, erfolgreiche und friedliche Zukunft kann es in diesem Land nur geben, wenn sie nach den Regeln gestaltet wird, die hier gelten. Das muss ganz klar sein.

(Beifall)

Wir, die CDU, sind die Partei der Mitte, die Volkspartei. Angela Merkel hat die vielen, vielen Familien angesprochen, die gelegentlich den Eindruck haben, dass sie in der Politik nicht mehr recht wahrgenommen werden. Wir müssen aufpassen, dass wir unsere Politik nicht zu häufig von den Rändern her definieren. Manchmal kann man den Eindruck haben, es gebe in der Bevölkerung nur noch zwei Sorten: Hartz-IV-Empfänger und Boni-Banker.

Meine Damen und Herren, es stimmt, dass es bildungsferne Schichten gibt. Es stimmt, dass es Eltern gibt, die sich nicht hinreichend um ihre Kinder kümmern. Aber es stimmt auch, dass es viele, viele gibt, die sich anstrengen, sich rührend um ihre Kinder kümmern, die morgens aufstehen, zur Arbeit gehen und es nicht als eine Zumutung empfinden, für die Kinder auch noch ein Brot für die Schule zu schmieren.

(Beifall)

Genau um die muss es uns gehen. Wir müssen aufpassen, dass diese klassische, ganz normale Familie nicht den Eindruck bekommt, sie seien sozusagen Restbestände einer alten Zeit oder irgendwie aus der Zeit gefallen. Wir, die Union, sind die natürliche Heimat derer, die die Mitte der Gesellschaft darstellen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir das so definieren, dann können wir den vielen Menschen, die Zukunftsängste haben, eine Antwort geben, wenn sie uns fragen: Habt ihr eine Idee, wie die Zukunft aussehen soll? Habt ihr einen Kompass? Wir haben eine Menge zu bieten.

Liebe Freunde, zum Schluss möchte ich sagen: Eine Botschaft ist immer dann am überzeugendsten, wenn sie klar und eindeutig ist. Am besten wird man immer dann gehört und verstanden, wenn man nicht als dissonanter Chor auftritt, sondern möglichst mit einer Stimme spricht. Es gilt für die CDU wie überall: Gemeinsam sind wir stark. In diesem Sinne will ich mich engagieren; dafür bitte ich um Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Bouffier. – Jetzt stellt sich Frau Dr. Ursula von der Leyen vor.

Dr. Ursula von der Leyen: Ich bin gewissermaßen in die CDU hineingeboren worden, aber ich habe eine ganze Weile gebraucht, bis ich richtig in die CDU hineingewachsen bin. Ich bin 1990 in die CDU eingetreten. Damals ist die CDU-geführte niedersächsische Landesregierung abgewählt worden. Ich fand: Jetzt erst recht; denen zeigen wir es; das lassen wir nicht auf uns sitzen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe dann zehn Jahre später angefangen, aktiv politisch zu arbeiten, zunächst als Stadträtin in einer 20.000-Seelen-Stadt. 2003 haben wir Gott sei Dank die Landesregierung in Niedersachsen zurückerobert.

(Teilweise lebhafter Beifall)

– Jawohl, die Niedersachsen, sehr schön! – Ich bin damals in den Landtag gewählt worden und habe das Amt der Sozialministerin übernommen. 2005 bin ich zur Bundesfamilienministerin berufen worden. Jetzt bin ich seit elf Monaten Ministerin für Arbeit und Soziales.

Liebe Freundinnen und Freunde, in all diesen Jahren habe ich nie vergessen, dass ich all diese Funktionen dieser Partei, unserer CDU, verdanke. Ich glaube, es ist für mich an der Zeit, davon etwas zurückzugeben. Ich habe einen riesigen Vertrauensvorschuss von der CDU erhalten. Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, dass die Menschen uns vertrauen, dass wir die Antworten für die Zukunft finden, dass wir den Weg vorangehen.

Ich habe sehr viel fachlich gearbeitet, am Anfang aufgrund meines Berufs als Ärztin in der Gesundheitspolitik, später in der Familienpolitik. Jetzt liegt es mir daran, dass wir als CDU deutlich machen, dass das große Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft – wir haben es uns gegenseitig in die Hand gegeben –, dass einerseits niemand, der in Not ist, ins Bodenlose fällt, aber andererseits jeder seine Talente und Fähigkeiten einsetzen muss, um auf eigenen Beinen zu stehen und Verantwortung zu übernehmen, auch in einer modernen, globalisierten Welt gilt. Dafür stehe ich, liebe Freundinnen und Freunde. Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

Mir ist wichtig, dass die Menschen wissen: Wir sind diejenigen, die einerseits wirtschaftlichen Erfolg, aber andererseits gute und faire Arbeit als zwei Seiten einer Medaille verstehen. Wir sind diejenigen, die eine ganzheitliche Politik so betreiben, dass die Menschen, die sich anstrengen, eine Chance haben, aufzusteigen und Erfolg zu haben. Mir ist am wichtigsten, dass wir deutlich machen: Jedes einzelne Kind in unserem Land hat eine Chance. Auch wenn seine Talente und Fähigkeiten vielleicht unter einer dicken Schicht von Unzulänglichkeiten begraben sind: Jedes Kind braucht eine Chance. Das ist das große Versprechen der Sozialen Markt-

wirtschaft. Dafür möchte ich Ihr Vertrauen erwerben; dafür möchte ich auch das Vertrauen der Menschen erwerben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ursula von der Leyen. – Jetzt stellt sich Dr. Norbert Röttgen vor.

(Beifall)

Dr. Norbert Röttgen: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Meine liebe Parteifreundinnen und -freunde! Ich bewerbe mich um das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden und möchte im Bundesvorstand mitarbeiten. Ich bin davon überzeugt, dass die Amtszeit des Vorstandes, den wir heute wählen, in ganz entscheidende Jahre für die CDU Deutschlands fällt. Die Jahre werden deshalb entscheidend sein, weil sie für unser Land entscheidend sind, weil wir uns in einer Umbruchphase befinden. Ob es die Ordnung der Finanzmärkte ist, ob es die Frage ist, wie wir Wachstum erzielen, ohne auf Kosten und Kredit unserer Kinder zu leben, oder ob es die Frage ist, wie es uns gelingt, gesellschaftliche Akzeptanz für Großprojekte, für Infrastrukturprojekte zu stiften. Bei all dem geht es um Phasen und Fragen des Umbruchs, mit denen wir konfrontiert sind. Ich finde, es muss für uns, die CDU, der Anspruch sein, dass wir die Partei sind, die auf diese Fragen ordnende, orientierende Antworten gibt. Das ist die Aufgabe für die nächsten zwei Jahre, der wir uns stellen müssen.

(Beifall)

Wir müssen uns diesen Fragen stellen. Wir müssen es erstens tun, weil ich glaube, dass es davon abhängt, ob wir die nächsten Wahlen gewinnen. Die Menschen haben die berechtigte Erwartung, dass wir unsere Aufgaben tun und unserer Verantwortung nachkommen. Sie erwarten, dass wir in dienender Funktion diese Fragen ordnen und beantworten. Wir müssen es tun, es liegt nur an uns. Nur dann, wenn wir Antworten geben, werden wir die Wahlen gewinnen.

Zweitens. Die anderen werden diese Antworten nicht geben. Warum verabschieden sich Gabriel und die SPD aus dem Projekt „Rente mit 67“? Sie tun es doch nicht, weil sie neue Erkenntnisse über die demografische Entwicklung haben. Nein, sie tun es, weil sie ihre machttaktischen Interessen über die Verantwortung für das Land stellen. Darum ist von ihnen nichts zu erwarten. Wir müssen es leisten, die anderen tun es nicht.

(Beifall)

Die anderen haben ihre Entscheidung getroffen: zuerst die Partei und dann das Land.

Von den Grünen ist auch nichts zu erwarten. Die Grünen werden zunehmend Gefangene ihrer Umfrageergebnisse. Sie bekommen vielleicht noch ein Nein zu diesen Herausforderungen hin,

aber sie haben schon nicht mehr die Kraft und den Mut dazu, darüber zu diskutieren, von einer Alternative, mit der sie das Land gestalten wollen, ganz zu schweigen. Ich sage den Grünen auch von dieser Stelle: Selbstzufriedenheit und Hochmut kommen vor dem Fall. Wir sind die diskutierende Partei, sie freuen sich über Umfrageergebnisse.

(Beifall)

Es liegt an uns. Es ist nicht die Stärke der Gegner, die uns Schwierigkeiten macht, vielmehr müssen wir an uns arbeiten. Ich glaube, dass wir eine riesige Chance haben, weil wir ein Kapital besitzen, das die anderen nicht haben. Wir haben mit dem christlichen Bild des Menschen ein zeitloses und universelles Wertegerüst, aus dem heraus wir Politik gestalten können. Es ist die von Gott vermittelte Würde, die jedem Menschen zueigen ist. Von diesem Punkt ausgehend können und müssen wir Politik machen. Daraus begründen wird, dass wir die Würde des Menschen dort, wo sie besonders verletzbar ist, nämlich am Anfang und am Ende des Lebens, schützen. Da sind Christdemokraten gefordert, die Menschenwürde zu schützen.

(Beifall)

Wir wollen der Würde jedes Einzelnen gerecht werden und machen daraus konkrete Politik. Darum ist unsere Bildungspolitik eine kindgerechte Politik. Wenn es irgendeinen Ort gibt, wo Ideologie keinen Platz hat, dann an der Schule. Wir wollen kindgerechte Bildungspolitik machen, wir wollen Vielfalt und nicht Einheit. Die Kinder müssen nicht den Ideologen gefallen, sondern wir müssen den Kindern gerecht werden.

(Beifall)

Das werden wir in Nordrhein-Westfalen kämpferisch einfordern. Das können wir zusichern.

Zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Natürlich muss die Wirtschaft – das wurde heute schon gesagt – in moralische Bindungen und gesellschaftliche Verantwortung eingebettet sein. Das ist unsere Vorstellung von Sozialer Marktwirtschaft gegen die Exzesse, die zu der Finanzmarktkrise geführt haben. Aber genauso deutlich möchte ich sagen: Innerhalb seiner Grenzen gibt es nichts Besseres als den Markt. Denjenigen, der daran Zweifel hat, möchte ich als Umweltminister einladen, nach Bitterfeld zu kommen. Dort kann er sehen, was die sozialistische Planwirtschaft angerichtet hat, sie hat nicht nur den Menschen verletzt, sondern auch Natur um Umwelt geschändet und zerstört. Durch die Soziale Marktwirtschaft entstehen neue Strukturen: Die Umwelt wird geschützt, und neue Industrien bieten sich an.

(Beifall)

Ein Letztes: Wenn wir Politik für den Menschen machen, dann ist auch der Mensch der nächsten Generation gemeint: unsere Kinder und Enkelkinder. Daraus ziehe ich zwei konkrete Schlussfolgerungen. Weil wir Verantwortung nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kinder und

Enkelkinder tragen, heißt das: Es kann nur das verteilt werden, was da ist; es kann nur das verteilt werden, was erwirtschaftet worden ist, ansonsten wird das Geld der nächsten Generation verteilt. Das ist unmoralisch und falsch. Wir können nur das verteilen, was wir erwirtschaftet haben.

(Beifall)

Wir können nur das verteilen, was an Ressourcen da ist: an finanziellen Ressourcen, aber auch an natürlichen Ressourcen. Darum ist es ein großes christdemokratisches Projekt, dass wir eine Konzeption entwerfen, die weg von der ressourcenverbrauchenden Lebens- und Wirtschaftsweise, die eine Sackgasse ist, hin zu einer Ressourceneffizienz durch Technologie führt. Das ist eine kulturelle und technologische Herausforderung. Wir verbinden christliches Wertdenken und Schöpfungsverantwortung mit wirtschaftlicher Vernunft. Wir wollen durch technologische Innovationen die Arbeitsplätze und Marktanteile der Zukunft schaffen sowie die Schöpfung bewahren. Das ist originäre Christdemokratie, dafür setzen wir uns wie keine andere Partei ein. Das ist unser Markenzeichen, weil wir beides miteinander verbinden.

(Beifall)

Wir sind in Umbruchzeiten. Wir sind gefordert und können diesen Umbruch gestalten. Umbruch ruft nach geistiger Führung. Ich bin ganz sicher, dass wir durch Offenheit in der Diskussion im Innern und offensive Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner diese geistige Führung in Deutschland erringen können. Ich möchte dazu einen Beitrag leisten und bitte dafür um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Norbert Röttgen. Es hat jetzt Frau Dr. Annette Schavan das Wort zur Vorstellung.

Dr. Annette Schavan: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freundinnen und Freunde! Meine Damen und Herren! Vor 36 Jahren, also 1974, bin ich in einer Zeit in die CDU eingetreten, als das nicht gerade modern war. Ich bin eingetreten, weil die Christlich Demokratische Union die große politische Kraft ist, die zusammenhält, was zusammen gehört: christliche, soziale, konservative und liberale Wurzeln. Wir sind nicht von allem ein bisschen, unser Verständnis von konservativ und liberal ergibt sich aus dem Christlichen. Das ist unser Fundament. Dafür stehen wir. Deshalb verbinden wir auf eine besondere Weise Tradition und Modernität.

(Beifall)

Weil das so ist, führen wir Debatten über andere Religionen und Integration auch anders als die Technokraten. Wir haben keinen Grund, uns vor dem Glauben anderer Menschen zu fürchten. Wir führen einen ernsthaften Dialog mit dem Islam und anderen Religionen. Wir sagen klipp und

klar: Wer diesen Dialog will, der muss sich zur Demokratie bekennen. Wer diesen Dialog kennt, der muss Chancen wahrnehmen. Liebe Freunde, bevor es eine Islamkonferenz und vieles von dem gab, was wir in den letzten Jahren getan haben, wurde in Baden-Württemberg das Kopftuch einer Lehrerin in der Schule verboten, weil ich zutiefst davon überzeugt war, dass Integration Dialog und Grenzen, die wir setzen müssen, verlangt.

(Beifall)

Wer sich heute ein bisschen in Europa umschaute, der stellt fest: Da, wo Technokratie und Materialismus die Politik bestimmen, überzeugt sie die Menschen nicht. Deshalb gehört zur nächsten Dekade, zu dem, was gerade Aufbruch genannt worden ist, dass wir als Christdemokraten uns nicht in eine Debatte darüber, ob wir Liberale oder Konservative sind, hineinschieben lassen, sondern selbstbewusst als Christdemokraten auftreten. Das ist unser Alleinstellungsmerkmal in Deutschland und in Europa.

(Beifall)

Liebe Freunde, 2001 habe ich als Präsidentin der Kultusministerkonferenz die erste PISA-Studie vorgestellt. In allen Studien, die nach der ersten PISA-Studie erschienen sind, war mit Blick auf Deutschland völlig klar: Wo Christdemokraten regieren, sind die Schulen besser und ist das Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger.

(Beifall)

Ich wünsche mir, dass wir auch darüber wieder mit mehr Selbstbewusstsein sprechen, weil wir auch in der Bildungspolitik nicht ideologisch verblendet sind, weil wir auch in der Bildungspolitik nicht Technokraten sind, sondern weil für uns im Mittelpunkt der Bildungspolitik die Kinder, Grundhaltungen und Werte als geistiges Fundament stehen. Wir müssen daran arbeiten, dass das deutlich wird, und zwar in allen Regionen in Deutschland.

(Beifall)

Was mich in meiner politischen Arbeit – das sind zehn Jahre Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen, zehn Jahre als Kultusministerin in Baden-Württemberg und jetzt in Berlin als Mitglied der Bundesregierung und des Bundestages – bewegt, ist der Zusammenhalt von Christdemokraten, ist, dass wir zusammenhalten, was zusammen gehört, ist eine Politik mit einem geistig überzeugenden Fundament, sind gute Bildung und starke Forschung. Ein Beispiel dafür ist diese Stadt. Karlsruhe war immer schon die Stadt des Rechtes. Heute ist sie auch die Stadt der Forschung. Mit der Fusion von Technischer Universität und einem der größten Forschungszentren, die es in Deutschland gibt, ist hier ein Zentrum entstanden, das international ausstrahlen wird. 8.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten in dieser Stadt und dieser Region. Ich wünsche mir an vielen Stellen in Deutschland solche innovativen Standorte, an de-

nen neue Arbeitsplätze entstehen, neues Wissen und neue Erkenntnisse zur Verfügung gestellt werden. Weil Christdemokraten nicht nur ein tiefes Wurzelwerk haben, sondern weil wir diese Wurzeln haben, können wir offen sein für Fortschritt, für Technologien, für die Forschung, dafür, dass Forschung in diesem Land mit Verantwortungsbewusstsein betrieben werden kann und auf einem exzellenten Niveau.

(Beifall)

Die Grünen verhindern den Fortschritt. Die SPD hat die Bildungspolitik versaut, peu à peu über die Jahrzehnte. Deshalb: Wir sind die Volkspartei, die, wenn es um die nächste Generation geht, die besten Konzepte hat, weil wir Fortschritt und Tradition miteinander verbinden. Daran möchte ich auch in den nächsten beiden Jahren mitwirken. Ich bitte um Ihre Stimme.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank auch an Annette Schavan für ihre Vorstellung. Liebe Delegierte, damit haben wir alle vier Vorstellungen gehört.

Ich darf vor Eintritt in den Wahlgang noch auf Folgendes hinweisen: Die Wahlen erfolgen mit dem großen orangefarbenen Stimmzettel, auf dem die Kandidaten namentlich aufgeführt sind. Diesen haben Sie von Ihren Landesgeschäftsführern erhalten. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts muss mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, in unserem Fall also vier. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn er zwei, drei oder vier Kreuze enthält. Der Wahlgang ist gültig, wenn das Frauenquorum erfüllt wird. Ich gehe davon aus, dass dies keine Schwierigkeit darstellen dürfte.

Ich darf jetzt fragen, ob alle Delegierten den großen orangefarbenen Stimmzettel erhalten haben. Die Tagungspräsidentin hat zum Beispiel noch keinen; das könnte der Thüringer Landesgeschäftsführer nachholen. Auch Julia Klöckner aus Rheinland-Pfalz hat noch keinen orangefarbenen Stimmzettel. Peter Hinze auch noch nicht. Ich bitte um entsprechenden Service für das Tagungspräsidium, denn wir wollen uns unserer Stimme nicht verweigern. Wir werden versorgt.

Ich darf jetzt den Wahlgang eröffnen. Ich darf in den Saal fragen: Hatte jeder die Gelegenheit, seinen Stimmzettel abzugeben? Wo ist noch Bedarf? Offensichtlich haben alle ihren Stimmzettel abgegeben. Dann kann ich den Wahlgang zu den vier Stellvertretenden Vorsitzenden schließen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Auszählung der Stimmzettel für die Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden einige Zeit in Anspruch nehmen wird, die wir gerne nutzen wollen, um in unserer Tagesordnung fortzufahren.

(Vereinzelt Beifall)

Das Tagungspräsidium schlägt deshalb vor, dass wir während der Auszählung bereits die Wahl des Bundesschatzmeisters durchführen.

(Beifall)

Gut, dann tun wir das. Wir kommen damit jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16.4:

WAHL DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Dazu gebe ich das Wort an die Vorsitzende, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde, ich möchte mich bei Eckart von Klaeden für seine Arbeit als Schatzmeister bedanken. Ich habe es in diesem Rahmen noch nicht tun können. Ich möchte Ihnen vorschlagen, dass Helmut Linssen unser neuer Schatzmeister wird.

(Beifall)

Helmut Linssen ist seit 1972 in der CDU. Er war von 1980 bis 2010 im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Während dieser Zeit war er in Nordrhein-Westfalen Vizepräsident, Generalsekretär der CDU und in den letzten fünf Jahren Finanzminister. Wer Helmut Linssen kennt, der weiß, dass sich wirtschaftliche Kompetenz, Finanzsachverstand und ein großes Herz für die Christlich Demokratische Union in seiner Haltung vereinen. Er ist der richtige Mann, der dafür Sorge tragen kann, dass andere überzeugt werden können, uns die Grundlagen für unsere gemeinsame Arbeit zu liefern. Ich schlage Ihnen also aus vollem Herzen Helmut Linssen vor.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank. Ich gehe davon aus, dass sich auch der Kandidat für das Amt des Bundesschatzmeisters persönlich vorstellen will. – Dann gebe ich Helmut Linssen das Wort zur persönlichen Vorstellung.

Helmut Linssen: Frau Vorsitzende! Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Helmut Linssen, 68 Jahre alt, katholisch, seit 40 Jahren verheiratet. Ich habe eine Tochter und fünf Enkelkinder.

Ich bin selbstständiger Unternehmer. Nach dem Abitur habe ich eine Lehre im Groß- und Außenhandel gemacht. Ich habe dann in zwei Hamburger Betrieben gearbeitet. Dann habe ich das Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften abgeschlossen. Danach war ich als selbstständiger Unternehmer im Familienunternehmen tätig.

Ein bisschen politische Erfahrung habe ich. Angela Merkel hat schon einige Stationen vorgetragen. Mir war vor allen Dingen das Amt des Finanzministers in Nordrhein-Westfalen sehr ans Herz gewachsen. Ich hätte es gerne noch ein paar Jahre länger ausgeübt. Uns war es aber nicht

vergönnt, in Nordrhein-Westfalen weiter zu regieren. Ich darf Ihnen sagen, dass ich mit viel Herzblut die Konsolidierung in Nordrhein-Westfalen betrieben habe und dass ich mich sehr für die Schuldenbremse auf Bundesebene und auch für die Finanzmarktstabilisierungsgesetzgebung eingesetzt habe.

Wir müssen diszipliniert haushalten, und wir müssen andere davon überzeugen, dass in der Demokratie bürgerschaftliches Engagement gefordert ist, auch finanzielles. Ich darf Ihnen sagen, dass ich das in jetzt schon 28-jähriger Arbeit als Schatzmeister der CDU des Kreises Kleve gemacht habe. Die Kassenlage können Sie sich gerne ansehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte als Bundesschatzmeister gerne der Bitte von Angela Merkel nachkommen und für meine Partei arbeiten. Falls Sie mich wählen, freue mich ich auf die politische Arbeit im Präsidium unserer Bundes-CDU. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Helmut Linssen. – Ich darf auch hier um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Vor Eintritt in den Wahlgang bitte ich Sie, folgende Hinweise zu beachten: Zur Wahl des Bundesschatzmeisters nehmen wir aus dem Stimmzettelblock den gelben Stimmzettel Nr. 4. Der Zettel kann mit Ja, Nein oder Enthaltung versehen werden. Ich eröffne den Wahlgang.

Ich darf mir noch den Hinweis erlauben, dass wir nach Abgabe der Stimmzettel und dem Schließen des Wahlganges mit der Vorstellung der Bewerber für das Präsidium der Partei beginnen. Das heißt, es sollten möglichst alle im Saal bleiben.

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte die Stimmzähler, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich habe die freudige Aufgabe, einem weiteren Geburtstagskind zu gratulieren. Ich gratuliere Frau Carolin Gilcher aus Ettligen zum 18. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Sehr geehrte Delegierte, dann wollen wir also die Zeit nutzen und in die Vorstellung der Kandidaten für das Präsidium unserer Partei eintreten. Für die WAHL DER WEITEREN SIEBEN MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS sind in alphabetischer Reihenfolge folgende Kandidaten entsprechend der vorliegenden Kandidatenliste vorgeschlagen: Eckart von Klaeden, Julia Klöckner, Annegret Kramp-Karrenbauer, Karl-Josef Laumann, Philipp Mißfelder, Dr. Wolfgang Schäuble und Stanislaw Tillich. Die Stimmzettel dafür können durch die Landesgeschäftsführer im Büro der Stimmzählkommission abgeholt werden, und zwar sind das die blauen Stimmzettel Nr. 5.

Ich gehe davon aus, dass eine Vorstellung der sieben Kandidaten für das Präsidium gewünscht wird. Als Erstem gebe ich Eckart von Klaeden das Wort zur Vorstellung. Danach folgt Julia Klöckner.

Eckart von Klaeden: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Eckart von Klaeden. Ich bin 44 Jahre alt, verheiratet. Meine Frau und ich haben drei Töchter. Ich bin 1983 in die CDU eingetreten. Ich bin seit 1995 Kreisvorsitzender der CDU in Hildesheim und war die letzten vier Jahre Ihr Bundesschatzmeister.

Meine jetzige Aufgabe ist im Bundeskanzleramt. Ich bin dort unter anderem für die Bund-Länder-Koordination zuständig. Das hat mehr mit Geld zu tun, als es auf den ersten Blick den Anschein hat; denn die Beziehungen des Bundes zu den Ländern leiden unter der Wirtschafts- und Finanzkrise und unter der Schuldenbremse. Wie wichtig aber die Schuldenbremse ist, haben wir gerade in der Griechenland-Krise sehen können. Und wir haben sehen können, wohin eine Politik führt, die nicht auf Entschuldung und nicht auf Wettbewerbsfähigkeit setzt, sondern auf Laissez-faire und auf die Vernachlässigung der notwendigen Reformen im Sozial- und Steuerbereich.

Ich möchte mich dafür einsetzen, dass auch unter diesen schwierigen Bedingungen, die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern klappt, dass wir uns diesen beiden Prinzipien widmen, von denen ich gerade gesprochen habe. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir für meine Arbeit im Präsidium Ihr Vertrauen schenken würden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt Julia Klöckner und danach Annegret Kramp-Karrenbauer.

Julia Klöckner: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Julia Klöckner, Jahrgang 1972. Geboren bin ich in Bad Kreuznach, aufgewachsen in Guldental an der Nahe. In einem Weingut bin ich großgeworden. Warum erzähle ich das? Ich weiß, dass es auch in Baden-Württemberg gute Weine gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Mir ist es aber wichtig, zu verdeutlichen, dass eine gewisse Erdung, dass eine gewisse Bodennähe einen gerade in Rheinland-Pfalz sehr, sehr trägt. Wenn man weiß, woher jemand kommt, kann man sich auch vorstellen, wohin jemand will.

Ich bin 2002 über die Landesliste in den Deutschen Bundestag gewählt worden und konnte dann meinen Wahlkreis erstmalig für die CDU gewinnen. Seit 2009 bin ich Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Wie Sie wissen, freuen wir uns auf den 27. März kommenden Jahres. Zum einen, weil wir den Baden-Württembergern zur Wiederwahl der CDU gratulieren wollen, zum anderen, weil wir in Rheinland-Pfalz das Land zurückholen wollen. 20 Jahre SPD sind genug. Am 27. März soll es heißen: Beck ist weg, Klöckner kommt. Ich würde mich über guten Rückenwind hier von diesem Parteitag freuen. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Danke, Julia Klöckner. – Es hat das Wort Annegret Kramp-Karrenbauer, danach Karl-Josef Laumann.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Liebe Delegierte! Mein Name ist Annegret Kramp-Karrenbauer. Ich bin 48 Jahre alt, verheiratet und Mutter von drei Kindern. Seit über zehn Jahre trage ich politische Verantwortung in den unterschiedlichsten Funktionen: sieben Jahre lang als Innenministerin des Saarlandes und als erstes und bis heute einziges weibliches Mitglied der Innenministerkonferenz, als Kultusministerin und Präsidentin der Kultusministerkonferenz und aktuell als Arbeits-, Sozial- und Familienministerin im Saarland.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin in den 80er-Jahren in die CDU eingetreten, weil mich damals die Klarheit der Positionen und der Mut, mit dem gegen den Protest der Massen der NATO-Doppelbeschluss durchgesetzt worden ist, beeindruckt hat, genauso aber auch, weil mich beeindruckt hat, wie bei dem Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ mit dem Prinzip Wahlfreiheit die richtige Antwort auf eine drängende sozialpolitische Frage gegeben worden ist. Heute, als stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen-Union, als Vorsitzende des Bundesfachausschusses Familie, weiß ich, dass die sozialpolitischen Fragestellungen nach wie vor da sind und dass die Menschen in unserem Land erwarten, dass wir eine Antwort darauf geben.

Wir erleben, dass sich die SPD zum Gralshüter der sozialen Gerechtigkeit macht. Und aktuell erleben wir, dass sich Parteitage der Linken die katholische Soziallehre unter den Nagel reißen und sich zur Bewegung für mehr Nächstenliebe in unserer Gesellschaft ausrufen. Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, ich frage Sie: Wo ist die Nächstenliebe in einer Partei, die bis heute mehr Mitgefühl für die Todesschützen an der Mauer als für die Opfer zeigt?

(Beifall)

Wo sind das Mitgefühl und die Nächstenliebe in einer Partei, die den Schwangerschaftsabbruch komplett freigeben will? Wo sind das Mitgefühl und die Nächstenliebe in einer Partei, die für aktive Sterbehilfe eintritt?

Wir dürfen und wir können Rot-Rot nicht die Antwort auf soziale Fragen überlassen. Die Menschen erwarten die Antworten von uns. Dazu haben wir auf diesem Parteitag und in der Zukunft Gelegenheit. Daran würde ich gerne mitwirken.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Danke, Annegret Kramp-Karrenbauer. – Es stellt sich jetzt Karl-Josef Laumann vor und danach Philipp Mißfelder.

Karl-Josef Laumann: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich bin 53 Jahre alt. Meine Frau und ich haben drei erwachsene bzw. fast erwachsene Kinder. Zumindest sind sie alle so alt, dass sie in der Jungen Union sind und zwei sogar auch in der CDU. Von daher ist das ja schon einmal gut gelaufen.

(Beifall)

In den letzten fünf Jahren war ich Arbeits-, Gesundheits- und Sozialminister in Nordrhein-Westfalen und auch Vorsitzender der CDA Deutschlands. Jetzt bin ich im nordrhein-westfälischen Landtag Vorsitzender der CDU-Fraktion und damit leider Gottes Oppositionsführer. Warum bin ich Oppositionsführer? Ganz einfach deswegen, weil Frau Kraft und die SPD entschieden haben, ohne Rücksicht auf die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen eine rot-rot-grüne Regierung in unserem Land zu bilden.

Die Landesregierung macht zurzeit eine Politik, bei der das Wort „Konsolidierung von Haushalt und Finanzen“ nicht mehr vorkommt, sondern mehr Schulden gemacht werden als in jedem anderen Bundesland in Deutschland. Sie ist dabei, unser Schulsystem zu einem Einheitsschulsystem umzubauen. Wenn man sehen will, wie man es nicht machen sollte, muss man sich leider zurzeit die Politik der nordrhein-westfälischen Landesregierung anschauen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich würde gerne in den nächsten zwei Jahren auch aus Sicht eines Christlich-Sozialen in unserem Präsidium mitarbeiten. Ich will natürlich auch gerne, dass all das, was ich in der Landespolitik erfahre, auch bei politischen Beratungen in Berlin stärker in den Blick kommt, etwa die Frage der kommunalen Finanzen und damit die Möglichkeiten der Kommunen, gestaltende Politik machen zu können. Diese Anliegen möchte ich in das Präsidium einbringen. Ich würde mich freuen, wenn ich Ihre Unterstützung bekäme. Geben Sie mir ein gutes Wahlergebnis. Wenn das Wahlergebnis nämlich nicht gut ist, freuen sich in Nordrhein-Westfalen nur diejenigen, die rot-rot-grüne Politik machen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl-Josef Laumann. – Es stellt sich jetzt Philipp Mißfelder vor und anschließend Dr. Wolfgang Schäuble.

Philipp Mißfelder: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich kandidiere als gemeinsamer Vorschlag der Senioren-Union und

der Jungen Union erneut für das Präsidium der CDU Deutschlands. Die Junge Union hat aktuell 126.000 Mitglieder, die vor allem in unseren Orts- und Kreisverbänden geworben werden. Die Junge Union ist damit mittlerweile fast doppelt so groß wie alle anderen politischen Jugendorganisationen, also unsere Wettbewerber, zusammen.

(Beifall)

Im Bundestag arbeite ich als außenpolitischer Sprecher im Auswärtigen Ausschuss sehr gut mit der FDP zusammen.

Bei dieser Gelegenheit hier möchte ich eine Sache nicht verschweigen, die mich als Vorsitzender der Jungen Union sehr stört: Für die öffentlichen Mittel, die auch die Junge Union für Bildungsmaßnahmen bekommt, gibt es einen Schlüssel, und dieser Schlüssel wird seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Ring Politischer Jugend, den Sie vielleicht auch aus Ihrer kommunalen Arbeit kennen, auch auf Bundesebene festgelegt. Die Gründungsväter des Rings Politischer Jugend waren so schlau und haben dort das Einstimmigkeitsprinzip eingeführt, was dazu führt, dass immer im Konsens entschieden werden muss. Was mich an den Jungliberalen leider seit geraumer Zeit stört, ist Folgendes: Wenn dort die Grüne Jugend und die Jungsozialisten die Aufnahme der Solid, also der Jugendorganisation der SED-Nachfolge- und Fortsetzungspartei, eben der Linkspartei, fordern und sagen, die Linksjugend solle in den RPJ kommen, um damit den Zugang zu öffentlichen Mitteln, beispielsweise für Extremismusbekämpfung, zu bekommen, dann stimmen nicht nur die Linken dafür, sondern leider auch häufig die Jungliberalen oder sie enthalten sich an dieser Stelle. Ich sage Ihnen: Gott sei Dank haben wir an dieser Stelle das Einstimmigkeitsprinzip, denn sonst würden Linksextremisten in Deutschland sogar öffentliche Gelder bekommen. Da fordere ich unseren Koalitionspartner eindringlich auf, seiner Jugendorganisation ein Stoppschild hinzustellen, denn solange ich Vorsitzender der Jungen Union bin, wird es keine Stimme der Jungen Union dafür geben, dass die Linksjugend aufgenommen wird und damit Steuergelder bekommt.

(Beifall)

Wir stehen vor einem spannenden und herausfordernden Jahr für die Christlich Demokratische Union: sechs Landtagswahlkämpfe. Auch da unterscheiden wir uns von unseren politischen Mitbewerbern, von den anderen Jugendorganisationen, die vielleicht häufig nur aus Prinzip aufmucken oder versuchen, sich gegen die eigene Partei zu profilieren. Ich sage allen, die für die CDU im nächsten Jahr in schwierige Auseinandersetzungen ziehen, heute hier die Unterstützung auch der Jungen Union zu. Jeder der Kandidaten für einen Landtag, aber auch für die Kommunalwahlen im nächsten Jahr kann sich darauf verlassen, dass wir, wenn es darauf ankommt, da sind und mithelfen, den Wahlkampf zu organisieren, um ein besonders gutes Ergebnis bei den Jungwählern zu bekommen.

(Beifall)

Die Chancen, gerade auch junge Menschen in Deutschland mit dem anzusprechen, wie wir uns als Partei präsentieren, sind gut. Anders, als vielleicht viele meiner 68er-Lehrer oder meiner Professoren an der Universität vermutet haben, ist es heute so – die Shell-Jugendstudie, aber auch die Allensbach-Umfragen belegen dies – , dass gerade traditionelle Werte, zum Beispiel der Wert Familie an sich, bei vielen jungen Menschen eine viel größere Rolle spielen, als vermutet wird, ja, sogar zur Erfüllung eines Lebensstraums von vielen jungen Menschen gehören. Ich glaube, gerade dort können wir, weil wir in der Familienpolitik in den letzten Jahren und auch aktuell so erfolgreich sind, als CDU sehr viel punkten.

Meine Damen und Herren, ich heiße Philipp Mißfelder, bin 31 Jahre alt, verheiratet, wir haben eine 14 Monate alte Tochter und ich hoffe, dass ich auch auf Ihre Stimme heute zählen kann. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank an Philipp Mißfelder! Es hat jetzt das Wort zur Vorstellung Dr. Wolfgang Schäuble, anschließend Stanislaw Tillich.

(Beifall)

Dr. Wolfgang Schäuble: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich muss mich zunächst entschuldigen, dass ich heute Vormittag hier nicht beim Parteitag anwesend gewesen bin. Ich komme eben aus Brüssel zurück. Wir haben ein intensives Gespräch über die Zukunft der Westdeutschen Landesbank geführt und es war wichtig, dass der Bundesfinanzminister dabei mit den in Nordrhein-Westfalen Verantwortlichen zusammen anwesend gewesen ist. Dafür bitte ich um Nachsicht.

(Beifall)

Genau wie die Sitzung der Finanzminister, die wir morgen Nachmittag und übermorgen wieder in Brüssel haben, in der Eurogruppe, unter den Finanzministern der Europäischen Union, zeigt das, dass wir mit den Folgen der schwersten Krise der Finanzen und mit der Überwindung der schwersten wirtschaftlichen Folgen in der Nachkriegszeit immer noch beschäftigt sind.

Wir sind in Deutschland mit der Bewältigung der Folgen dieser Krise gut vorangekommen, besser als viele andere. Die Zahlen von wirtschaftlicher Entwicklung, die Entwicklung am Arbeitsmarkt und die Entwicklung in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden zeigen, dass wir auf einem guten Weg aus der Krise sind.

Aber, liebe Freunde, deswegen – weil wir auf einem guten Weg aus der Krise sind – sind wir klug beraten, wenn wir diesen Weg unbeirrt und selbstbewusst fortsetzen und nicht, nachdem wir

die ersten Anzeichen der Besserung haben, schon wieder darüber reden, dass wir den Weg aufgeben. Nein, wir sind auf dem richtigen Weg, und der muss fortgesetzt werden.

(Beifall)

Im Übrigen, um es nur einmal gesagt zu haben – es gibt ja gelegentlich in den öffentlichen Debatten auch Missverständnisse –: Wir hatten im vergangenen Jahr noch damit gerechnet, dass wir in diesem Jahr allein beim Bund 86 Milliarden Euro neue Schulden machen müssten. Es sind jetzt „nur“ um die 50 Milliarden. Aber, liebe Freunde, es sind 50 Milliarden Euro neue Schulden! Wir schwimmen also nicht im Geld, sondern sind allenfalls dabei, in Schulden zu ertrinken. Deswegen ist es gut, wenn wir den Weg aus der zu hohen Neuverschuldung konsequent, wie es das Grundgesetz vorschreibt und wie es unserem Zukunftsinteresse und unserer Verantwortung entspricht, fortsetzen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe ein Jahr hinter mir, das schwerer gewesen ist, als ich mir das am Anfang dieses Jahres vorgestellt und gewünscht habe. Aber ich habe in den letzten Wochen – wie Sie alle – natürlich auch daran gedacht, was vor 20 Jahren gewesen ist. Sie werden mir nicht verdenken, wenn ich daran denke, was auch in diesen 20 Jahren gewesen ist, für unser Land und auch für mich persönlich. Ich sage einfach nur, wenn ich diese 20 Jahre betrachte, dann habe ich viel Grund zur Dankbarkeit, und ich glaube, wir alle haben aus den Erfahrungen dieser 20 Jahre auch Grund zur Zuversicht.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen, liebe Freunde, bin ich bereit, meinen Dienst weiter zu leisten – so gut, wie ich es kann.

(Lebhafter Beifall)

Dazu brauche ich Ihr Vertrauen, und um dieses Vertrauen möchte ich Sie bitten. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Wolfgang Schäuble! Es stellt sich jetzt vor Stanislaw Tillich.

(Beifall)

Stanislaw Tillich: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteitagsdelegierte! Ich bin sächsischer Landesvorsitzender und Ministerpräsident des Freistaates Sachsen. Die CDU Deutschlands ist meine Partei, es ist die Partei, der ich politisch und persönlich sehr viel, ja, po-

litisch alles zu verdanken habe. Ohne Helmut Kohl, ohne den Kanzler der deutschen Einheit würden wir, die sächsische Union, den Freistaat Sachsen nicht so erfolgreich regieren, hätten wir nicht so erfolgreiche Wahlergebnisse wie im Jahre 2009 mit fast allen gewonnenen Landtagswahlkreisen – 58 von 60 – und mit allen Bundestagswahlkreisen, die wir auf uns, auf die CDU Sachsens, vereinen konnten.

(Beifall)

Ohne Helmut Kohl, den Kanzler der Einheit Deutschlands, würde ich heute nicht vor Ihnen stehen und mich für das Präsidium der CDU Deutschlands als Kandidat bewerben.

Liebe Freunde, wir haben nicht nur in Sachsen der vor 20 Jahren errungenen Deutschen Einheit viel zu verdanken. Wir haben erkannt, dass die Kraft der Menschen und letztlich das Vertrauen in die Freiheit Chancen in diesem Landstrich Deutschlands eröffnet haben. Diese Chancen haben die Menschen genutzt. Wir haben sehr viel in Bildung investiert. Wir haben ein erfolgreiches sächsisches Bildungssystem aufgebaut. Wir haben ein Sozialsystem entwickelt. Jeder, der die sozialen Einrichtungen vor 1990 mit den heutigen vergleicht, stellt fest, welche Chancen die Soziale Marktwirtschaft eröffnet. Sie bedeutet nicht nur Markt, sondern auch Sozialpolitik.

Liebe Freunde, wir haben das Vertrauen der Menschen auf uns vereinen können. Im Jahr der Krise, im Jahr 2009, gab es in Sachsen zwar 1900 Insolvenzen, aber auch rund 28.800 Neugründungen von Unternehmen. Das ist das Ergebnis des Vertrauens in die Politik der CDU; das ist das Ergebnis in das Vertrauen in die Politik der sächsischen Union. Ich möchte das unterstreichen, was uns die Bundeskanzlerin heute zugerufen hat: Wohlstand ist nicht selbstverständlich; Freiheit und Demokratie müssen tagtäglich neu verteidigt und errungen werden. – Wir brauchen letztendlich Fortschritt. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Wir sind die Partei des Fortschritts. Wir sind die Partei derjenigen, die Entscheidungen voranbringen und treffen. Wir wissen, dass es einfacher ist, Nein zu sagen. Aber sich für die Zukunft des Landes auszusprechen, für die Zukunft des Landes zu entscheiden, das ist letztendlich die Aufgabe der CDU. Ich will daran sehr gerne mitwirken. Ich bitte um Ihre Stimme. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagespräsidium: Ich danke Stanislaw Tillich für seine Vorstellung. Damit haben wir die Vorstellung von allen sieben Kandidaten gehört.

Vor Eintritt in den Wahlgang darf ich darauf hinweisen, dass wir die großen blauen Stimmzettel nehmen, die alle Namen der Kandidaten für die weiteren Präsidiumsmitglieder enthalten. Sie haben sie von Ihren Landesgeschäftsführern erhalten. Jedenfalls sehe ich sie überall auf den Plätzen liegen.

Dann weise ich darauf hin, dass nach § 43 Abs. 2 unseres Statuts mindestens die Hälfte der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden muss. Das sind also vier Kandidaten. Höchstens dür-

fen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also in unserem Fall sieben. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn er vier, fünf, sechs oder sieben Kreuze bei den Kandidatenamen enthält. Denken Sie auch hier an das Frauenquorum. Ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten müssen Frauen sein. Das sind also mindestens zwei. – Damit eröffne ich den Wahlgang.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Das scheint der Fall zu sein. Dann darf ich die Wahl der sieben weiteren Präsidiumsmitglieder schließen.

Wir kommen nunmehr zum Tagesordnungspunkt 16.3. – Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden – zurück. Bei der Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden wurden 907 Stimmen abgegeben. Ungültig war davon keine Stimme. Es gab auch keine Enthaltungen. Wir haben also 907 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 450 Stimmen.

Ich darf nun die Ergebnisse im Einzelnen bekannt geben. Als stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt Dr. Norbert Röttgen mit 800 Stimmen. Das sind 88,20 Prozent.

(Beifall)

Des Weiteren wurde gewählt Volker Bouffier mit 772 Stimmen. Das sind 85,12 Prozent.

(Beifall)

Weiterhin wurde gewählt Frau Dr. Ursula von der Leyen mit 772 Stimmen. Das macht ebenfalls 85,12 Prozent.

(Beifall)

Es wurde des Weiteren Frau Dr. Annette Schavan mit 582 Stimmen gewählt. Das macht 64,17 Prozent.

(Beifall)

Ich frage jetzt die einzelnen Kandidaten, ob sie die Wahl annehmen. Dr. Norbert Röttgen? – Ja, er nimmt die Wahl an. Volker Bouffier? – Auch Volker Bouffier nimmt die Wahl an. Ursula von der Leyen? – Ja, sie nimmt die Wahl ebenfalls an. Annette Schavan? – Auch sie nimmt die Wahl an. Ich darf allen vier Gewählten sehr herzlich zu ihrer Wahl gratulieren.

(Beifall)

Das Ergebnis der Wahl zum Bundesschatzmeister liegt vor. Abgegebene Stimmen 791. Eine Stimme war ungültig. Es gab zehn Enthaltungen. Damit haben wir 780 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 391 Stimmen. Für Dr. Helmut Linsen wurden 758 Stimmen abgegeben. Das entspricht 97,18 Prozent.

(Beifall)

Mit Nein stimmten 22 Delegierte. Ich frage: Dr. Helmut Linssen, nehmen Sie die Wahl an? – Ja, er nimmt die Wahl an. Ich gratuliere sehr herzlich zur Wahl zum Bundesschatzmeister.

(Beifall)

Ich habe noch eine technische Durchsage zu machen: Ich möchte daran erinnern, dass sich die Antragskommission im Konferenzzentrum, zweiter Stock, Raum 7, trifft. Ich bitte alle Mitglieder der Antragskommission, in das Konferenzzentrum im zweiten Stock zu gehen.

Verehrte Delegierte, wir können jetzt nahtlos weitermachen mit der Vorstellung von 26 Kandidaten für den Bundesvorstand. Wir nehmen dazu einen Wechsel im Tagungspräsidium zu Frank Henkel und Thomas Röwekamp vor.

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

WAHL DER 26 WEITEREN MITGLIEDER DES BUNDESVORSTANDES

Für die Wahl der 26 Mitglieder des Bundesvorstandes liegen Ihnen die entsprechenden Bewerbungen vor. Die Namen der Kandidaten befinden sich in Ihren Tagungsunterlagen. Allen Kandidaten möchten wir Gelegenheit geben, sich den Delegierten kurz vorzustellen. Aufgrund der Vielzahl an Kandidaten bitte ich, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, die Redezeit auf jeweils zwei Minuten zu begrenzen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sehe und höre, dass Sie damit einverstanden sind. Dann verfahren wir so. Herzlichen Dank. Ich bitte darum, dass sich jeweils die zwei folgenden Kandidaten in der Nähe des Rednerpults aufhalten, sodass keine unnötigen Zeitverzögerungen auftreten. Wir gehen nach der alphabetischen Reihenfolge vor. Im Übrigen werden die neu Gewählten gebeten, auf dem Podium Platz zu nehmen, sobald die Medienanfragen beantwortet sind. – Ich rufe unseren Freund Christian Baldauf auf.

Christian Baldauf: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Minuten, das ist ein hehres Ziel. Das aber völlig richtig, weil wir vieles auf der Tagesordnung haben. Christian Baldauf, 43 Jahre, Rheinland-Pfalz.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, in der Funktion des Fraktionsvorsitzenden, der sich sehr stark mit Kurt Beck zu beschäftigen hat, zu sagen: Sie können sich nicht vorstellen, wie dringend erforderlich es ist, dass wir diesen Mann ablösen. Die rheinland-pfälzische Union ist in den letzten Jahren auf Parteitagern sicherlich nicht immer durch Geschlos-

senheit aufgefallen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute haben wir ein anderes Bild dargestellt. Liebe Julia Klöckner, wir beide gehen gemeinsam mit dem Ziel in die Wahl hinein, sie zu gewinnen. Ich darf Sie bitten, uns und mich zu unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für diesen leidenschaftlichen Redebeitrag. – Ich rufe den Kollegen Elmar Brok auf.

Elmar Brok: Herr Tagungspräsident! Parteifreunde! Mein Name ist Elmar Brok. Ich bin verheiratet und habe drei Kinder. Mein jüngstes Enkelkind ist gestern ein Jahr alt geworden. Das war ein großer Sonntag für mich.

Ich bin Kandidat des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und kandidiere aus zwei Gründen: Erstens möchte ich als Bezirksvorsitzender versuchen, die wertebezogene Politik, die praktische Notwendigkeiten mit dem christlichen Menschenbild in Übereinstimmung bringt, an der Basis umzusetzen. Ich glaube, dass dieser Parteitag in dieser Hinsicht eine Rückkehr zu unseren alten Positionen darstellt und wir aus diesem Grunde eine gute Zukunft haben. Der zweite Grund ist: Europa ist trotz vieler Kritik in vielen Fragen für uns die einzige Chance. Die Finanzkrise hat das gezeigt. Wir müssen aber auch sehen, dass viele andere Herausforderungen – Klimawandel, Energiesicherheit, Bekämpfung von Terrorismus und manches mehr – nur von den Europäern gemeinsam bewältigt werden können und müssen, wenn sie in dieser Welt mit den neuen Mächten China und Indien bestehen wollen. Diesen Herausforderungen kann sich nur eine Europäische Union stellen, die sich konsolidiert, die sich auf das Wesentliche konzentriert, die nicht alles regelt, sondern nur das, was notwendig ist. Insbesondere jetzt, nach den Erweiterungen, ist der Laden zum Laufen zu bringen. Von daher hat die Europäische Union keine Zeit, große neue Erweiterungsrounden durchzuführen. Wir müssen konsolidieren und nicht erweitern. Das wird in der nächsten Zeit die Aufgabe sein. Ich möchte im Bundesvorstand gerne die Verbindung zur Europapolitik in Brüssel herstellen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Danke schön. – Lorenz Caffier, bitte.

Lorenz Caffier: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteitagsglieder! Mein Name ist Lorenz Caffier, ich bin 55 Jahre alt, verheiratet, habe vier Kinder, drei Mädchen und einen Jungen, sowie einen Enkelsohn. Ich bin seit vier Jahren Innenminister in Mecklenburg-Vorpommern und Landesvorsitzender der CDU Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben im Jahr 2006 das rot-rote Experiment in Mecklenburg-Vorpommern beendet. Gemeinsam mit Jürgen Seidel und der Landes-CDU haben wir in den letzten Jahren eine erfolgreiche Politik betrieben. Im nächsten Jahr möchten wir stärkste Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern werden. Wir möchten alles dafür tun, dass wir kein rot-rotes Experiment mehr bekommen und wir den

Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern stellen können. Dafür brauche ich Ihre Unterstützung und Ihre Zustimmung. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Lorenz. – Die Nächste ist Frau Emine Demirbükten-Wegner. – Liebe Emine, du hast das Wort.

Emine Demirbükten-Wegner: Mein Name ist Emine Demirbükten-Wegner. Ich bin 49 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Töchter im Alter von vier und sechs Jahren. Ich bin im Jahr 1969 nach Deutschland gekommen. Im letzten Jahr habe ich 40 Jahre gelungene Integration gefeiert. Ich habe hier Germanistik und Publizistik studiert. Ich engagiere mich in der CDU, weil ich aus Überzeugung ein wertkonservativer Mensch bin und an Gott glaube. Ich bin Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, dort jugend- und familienpolitische Sprecherin. Seit 2004 darf ich im Bundesvorstand unserer Partei mitarbeiten. Ich bewerbe mich darum heute erneut und bitte um Ihr Vertrauen für weitere zwei Jahre. – Danke schön.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Der Nächste, der sich vorstellt, ist der Generalsekretär der Märkischen Union, Dieter Dombrowski.

Dieter Dombrowski: Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte der CDU! Mein Name ist Dieter Dombrowski. Ich bin verheiratet, katholisch und habe zwei Kinder. Ich bin Landtagsabgeordneter in Brandenburg und Generalsekretär der CDU Brandenburg. Als Fachpolitiker versuche ich, Ihnen die Umweltpolitik nahezubringen. Ich bin auch Vorsitzender der Gruppe der umweltpolitischen Sprecher von CDU und CSU.

Ich wurde 1951 in Ostberlin geboren, habe sieben Geschwister. Ich stamme aus einem katholischen Elternhaus, bin auch so aufgewachsen und erzogen worden – staatsfern in der DDR. Im Zuge unseres Aufwachsens, unseres Erwachsenwerdens und unseres Berufslebens sind sechs der Geschwister der Familie Dombrowski nacheinander zu politischen Haftstrafen von bis zu viereinhalb Jahren verurteilt worden. Ich selbst war mit vier Jahren dabei. Später bin ich freigekauft worden. So bin ich nach Westberlin gekommen. Ich war in der Jungen Union aktiv, auch als Landesvorsitzender. Im Zuge der friedlichen Revolution bin ich nach Brandenburg zurückgekommen. Dort habe ich als Landrat gearbeitet.

Meine jetzige Funktion habe ich Ihnen vorgestellt. Ich bin zwar Umweltpolitiker, bin aber in den letzten Monaten auf einem anderen Feld in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Sie wissen, dass wir in Brandenburg eine rot-rote Koalition haben. Die ist zwar ärgerlich, aber nichts Besonderes. Aber die SPD in Brandenburg hat den Koalitionsvertrag mit zwei Vertretern der Linkspartei unterzeichnet, die beide Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR

waren. Herr Platzek, der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident, hat sich durch dieses Bündnis am Andenken an die Opfer der SED vergangen, er hat die Täter rehabilitiert und die Opfer diskreditiert.

(Beifall)

Seine Vereidigung am 6. November des vergangenen Jahres habe ich zum Anlass genommen, in einer Häftlingsuniform, wie sie vor mir und nach mir über 200 000 DDR-Bürger getragen haben, den Plenarsaal zu betreten und in einem stillen Protest meinen Platz einzunehmen. Dieses Bild verfolgt Rot-Rot in Brandenburg. Ich bin ein rotes Tuch für die rot-rote Landesregierung von Brandenburg. Wenn Sie mich heute in den Bundesvorstand wählen, dann wird dieses rote Tuch ein bisschen größer. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung. Es soll nicht selbstverständlich werden, dass Stasileute in Brandenburg oder Deutschland regieren können. – Danke schön.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Danke schön, Dieter Dombrowski. – Ich rufe Frau Ingrid Fischbach auf.

Ingrid Fischbach: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich bin Ingrid Fischbach, verheiratet und Mutter einer erwachsenen Tochter. Von Haus aus bin ich Lehrerin, aber eine der besonderen Art; denn mir war es nicht vergönnt, 1981 mit meiner Fächerkombination Deutsch und Geschichte an die öffentliche Schule in Nordrhein-Westfalen zu kommen. Ich wollte das halbe Jahr bis zur nächsten Einstellungsphase überbrücken und habe mich bei der Polizei beworben. Aus dem halben Jahr sind 13 Jahre geworden, aber diese 13 Jahre möchte ich nicht missen. Die Erfahrungen, die ich dort gemacht habe, haben mir zum einen bei meiner politischen Arbeit geholfen, zum anderen habe ich die Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten schätzen gelernt. Angesichts der Bilder von Gorleben oder Stuttgart 21, die ich in den letzten Tagen gesehen habe, kann ich nur sagen: Wir können dankbar sein, dass wir diese Menschen haben, die uns, unseren Staat, unsere Verfassung und unsere Gemeinschaft schützen. Das ist ein gutes Pfund. Deshalb sage ich an dieser Stelle allen Polizistinnen und Polizisten danke.

(Beifall)

Ich möchte zwei Themenbereiche im Bundesvorstand verstärkt einbringen. Das ist einmal die Frauenpolitik. Ich verstehe überhaupt nicht, dass es immer noch eine Entgeltungleichheit gibt, dass Frauen in Deutschland bei gleicher Ausbildung und gleichwertiger Tätigkeit fast ein Viertel weniger verdienen als die Männer. Das ist unsäglich. Da müssen Lösungen her, und daran würde ich gerne arbeiten. Der zweite Bereich ist eine ausgewogene Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Ich glaube, es ergibt Sinn, eine vernünftige Balance zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern herzustellen. Daran würde ich gerne mitarbeiten. Damit ich das kann, brauche ich Ihr Vertrauen. Deshalb werbe ich um Ihre Stimme. – Danke schön.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Frau Fischbach. – Ich rufe Herrn Axel Fischer auf.

Axel E. Fischer: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Axel Fischer, ich bin 44 Jahre alt, komme aus Baden-Württemberg, bin verheiratet und Vater von fünf Kindern. Ich bin gelernter Elektroinstallateur, also Handwerker. Meine berufliche Bildung war mir immer sehr wichtig. Heute bin ich Diplom-Ingenieur der Fachrichtung Maschinenbau. Seit 1998 bin ich Mitglied des Deutschen Bundestages. Thematisch möchte ich mich im Bundesvorstand im Bereich Wirtschaftspolitik einbringen; denn es ist wichtig für unser Land, dass Mittelständler ausbilden und dafür sorgen, dass unser Land wirtschaftlich stark dasteht.

(Beifall)

Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass unsere Politik vorankommt. Lassen Sie uns bürgerliche Politik in den Mittelpunkt stellen – gemeinsam für ein starkes Deutschland. Ich bitte um Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich rufe Dr. Michael Fuchs auf.

Dr. Michael Fuchs: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Ich bin Michael Fuchs aus Rheinland-Pfalz und Julia-Klößner-Fan.

(Beifall)

Ich möchte ihr helfen, dass sie ihr und unser allergrößtes Ziel erreicht, nämlich dass nach 20 Jahren Rheinland-Pfalz wieder schwarz wird. Beck muss weg.

(Beifall)

Ich bin seit 2002 im Deutschen Bundestag und für Wirtschaftspolitik zuständig. Ich bin stellvertretender Fraktionsvorsitzender und für die Bereiche Wirtschaft, Tourismus, Energiepolitik, Petitionen und Mittelstandspolitik zuständig. Ich möchte das weitermachen. Ich möchte, dass Deutschland ein starkes Industrieland bleibt. Das ist unsere Chance. Es hat sich gezeigt, dass wir die Krise in Europa am schnellsten überwunden haben, weil wir ein so starkes Industrieland sind. Dafür möchte ich kämpfen. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Michael Fuchs. – Bevor Tanja Gönner das Wort bekommt, möchte ich die Landesgeschäftsführer bitten, im Büro der Stimmzäh-

lkommission die Wahlzettel Nummer sechs – das sind graue Wahlzettel für die Wahl der Beisitzer abzuholen, aber noch nicht auszuteilen. Herzlichen Dank. – Tanja Gönner hat das Wort.

Tanja Gönner: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Mein Name ist Tanja Gönner. Ich bin 41 Jahre alt und komme aus dem schwäbischen Teil Baden-Württembergs, was man mir bekanntermaßen immer an der Sprache anmerkt. Ich bin seit neun Jahren Kreisvorsitzende in meinem Heimatkreis Sigmaringen. Ich sage das deswegen, weil es mir immer wichtig war, den Kontakt zur Basis zu haben; denn es ist wichtig und wesentlich, dass die Interessen der Basis im Bundesvorstand vertreten sind. Von 2002 bis 2004 war ich Mitglied des Deutschen Bundestages. 2004 bin ich in meine Heimat zurückgekehrt, war zuerst Sozialministerin und dann fünf Jahre Umweltministerin. Seit Februar dieses Jahres bin ich zusätzlich neben der Umwelt auch für den Bereich Verkehr zuständig. Letzteres hatte zur Folge, dass ich derzeit einige Zeit in der Woche mit Heiner Geißler verbringen darf und ich vom Verhandlungsgeschick eines erfahrenen Fuchses einiges lernen kann.

Ich bin seit zehn Jahren Mitglied des Bundesvorstandes. Ich habe mich in diesen zehn Jahren immer wieder intensiv in die inhaltliche Arbeit der CDU eingebracht. Ich bin für die Bereiche Umwelt und Energiepolitik eingetreten. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir als Union uns vor niemandem verstecken müssen. Ganz im Gegenteil: Wer moderne, zukunftssträchtige Umweltpolitik macht, wer die Schöpfung bewahrt und dabei keine Ideologie verfolgt, das ist die Christlich Demokratische Union, das sind wir. Wir haben alle Fragen geklärt. Ich bin der Überzeugung, dass wir das gemeinsam vertreten können. Ich würde gerne für weitere zwei Jahre mit Leidenschaft und Freude und vor allen Dingen mit der Gewissheit mitarbeiten, dass diese CDU auf einem ausgesprochen guten Weg ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir dazu beitragen können, dass die CDU in Baden-Württemberg am 27. März ein herausragendes Ergebnis bei den Wahlen erzielen wird. Wir werden kämpfen. Wir haben Spaß am Kämpfen. Ich bitte um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Tanja Gönner. – Ich rufe Frau Dr. Regina Görner auf.

Dr. Regina Görner: Einen schönen guten Tag, meine Damen und Herren! Ich bin Regina Görner aus Saarlouis, 60 Jahre alt und verheiratet. Seit 1968 bin ich in der Union und in der CDA. Seit vielen Jahren bin ich im CDA-Bundesvorstand und seit zehn Jahren im Bundesvorstand der CDU. Von Beruf bin ich studierte Historikerin. Ich habe nach der Promotion wissenschaftlich und in der Politikberatung gearbeitet. Seit 1989 bin ich hauptamtliche Gewerkschafterin in unterschiedlichen Funktionen. Ich war im geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Von da hat mich Peter Müller als Sozialministerin in sein erstes Kabinett geholt. Sozialministerin war ich eine Legislaturperiode lang. Seit 2005 bin ich gewähltes ge-

schäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Ich habe meine Funktion immer so verstanden, dass ich die Erfahrungen und Kenntnisse der Gewerkschaften und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretungen in die Partei und in die Politik einbringe. Umgekehrt gilt das natürlich genauso. Ich hoffe, ich habe einen kleinen Beitrag dazu leisten können, dass Deutschland in der Krise vielleicht ein bisschen anders und schneller reagiert hat, als das andere Ländern getan haben.

Die Bundeskanzlerin weist immer wieder darauf hin, dass wir bei der Bewältigung der Krise sehr weit gekommen, aber noch nicht alle Probleme gelöst sind. Ich sehe noch eine ganze Reihe von Problemen, gehe aber davon aus, dass wir ausgehend von den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft auch für diese Probleme Lösungen entwickeln können. Daran würde ich gerne in den nächsten zwei Jahren im Bundesvorstand ein Stück mitarbeiten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagespräsidium: Herzlichen Dank. – Als nächstes stellt sich ein Geburtstagskind vor. Herzlichen Glückwunsch, lieber Frank Gotthardt! Du hast das Wort.

(Beifall)

Frank Gotthardt: Lieber Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Frank Gotthardt. Ich bin 40 Jahre alt. Insofern hat mich dieser Parteitag altern lassen: Ich habe ihn gestern mit 39 begonnen und werde ihn mit 40 beenden. Ich bin stolzer Vater eines neun Monate alten Sohnes, verheiratet und von Hause aus Diplomkaufmann. Ich war zwölf Jahre lang Mitglied des Hessischen Landtages und zwei Jahre lang Staatssekretär im Umweltministerium. Ich bin jetzt seit anderthalb Jahren Leiter der Abteilung Public Affairs bei Merck in Darmstadt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es gelungen ist – das ist im Vorfeld des Parteitages kritisch angeklungen –, dass der MIT-Bundesvorsitzende und unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Stück weit aufeinander zugegangen sind. Das war vorhin fast ein Zeichen des Frühlings hier auf dem Parteitag. Diesen Kurs möchte ich gerne unterstützen; denn ich bin jemand, der inhaltlich für eine gerade ordnungspolitische Linie steht. Ich glaube aber auch, dass es sinnvoll ist, dass wir unsere Arbeit in der CDU mit einer hohen Verbindlichkeit im Ton gemeinsam ausüben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte gerne meine Erfahrung aus Politik und Wirtschaft in den Bundesvorstand einbringen und würde mich freuen, wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken. Wenn Sie jetzt bei Position elf ein Kreuzchen machen, dann machen Sie nicht viel falsch und können immer noch 25 andere

Kandidaten wählen. Insofern würde mich das freuen. Es ist gesagt worden: Ich feiere heute meinen Geburtstag. Das soll man im Kreise von Familie und Freunden tun. Ich hoffe, dass wir heute Abend viel Anlass zum Feiern haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagespräsidium: Ich erteile Dr. Haseloff das Wort.

(Beifall)

Dr. Reiner Haseloff: Mein Name ist Reiner Haseloff. Ich bin 56 Jahre alt, seit 35 Jahren verheiratet und habe zwei verheiratete Söhne. Wir vier sind alle in der CDU; die vier Enkelkinder sind es hoffentlich auch bald. Ich bin seit vier Jahren Wirtschaftsminister im Lande Sachsen-Anhalt und gehöre seit acht Jahren zur Mannschaft von Wolfgang Böhmer. Wir sind die Ersten, die im nächsten Jahr den Reigen der Landtagswahlen eröffnen; am 20. März ist es bei uns soweit. Herr Gysi hat dieses Land zum Zielland erklärt; er will dort den ersten Ministerpräsidenten der Linkspartei in der Bundesrepublik Deutschland installieren. Herr Gabriel hat seinen Nebenwohnsitz ebenfalls in unsere Landeshauptstadt, nach Magdeburg, gelegt. Daran sehen Sie: Das Kampffeld in Sachsen-Anhalt ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, wir sind die stärkste Kraft im Lande. Wir regieren seit acht Jahren erfolgreich. Wir haben in dieser Zeit die Arbeitslosigkeit fast halbiert und ein gutes Wirtschaftswachstum hingelegt. Ich sehe überhaupt nicht ein, dass wir uns acht Jahre lang krummgemacht haben, um jetzt den Kommunisten unser Bett zu überlassen. Das kommt nicht infrage.

(Beifall)

Wir wollen stärkste politische Kraft werden; es soll keine Regierung an uns vorbei zu bilden sein. Das ist schaffbar. Jeder Einzelne kann hier dazu beitragen, uns den Rücken zu stärken. Ich möchte am 20. März des nächsten Jahres als Spitzenkandidat für unsere Mannschaft, den Landesverband Sachsen-Anhalt der CDU einen Sieg einfahren, auch um damit ein Signal für die Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 27. März zu setzen, um einen Rückenwind für Stefan Mappus und Julia Klöckner zu erzeugen. Wir brauchen einen Stimmungsumbruch; wir schaffen ihn heute mit dem Bundesparteitag. Demzufolge werden wir im nächsten Jahr den Reigen der Wahlsiege eröffnen. Unterstützen Sie mich dabei! Unterstützen Sie die CDU Sachsen-Anhalts! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagespräsidium: Herzlichen Dank, lieber Reiner Haseloff. – Ich erteile Ursula Heinen das Wort.

Ursula Heinen-Esser: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Name ist Ursula Heinen. Ich bin verheiratet. Wir haben eine Tochter. Ich bin Diplomvolkswirtin, stellvertretende Landesvorsitzende der CDU in Nordrhein-Westfalen, Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium.

Für mich ist der Naturschutz, der Artenschutz, ein besonders wichtiges Anliegen. Ich durfte Deutschland auf einer internationalen Konferenz in Nagoya, Japan, vertreten. Dort ist es uns, nachdem die Klimaverhandlungen in Kopenhagen gescheitert sind, erstmals wieder gelungen, ein weltumspannendes Schutzabkommen zu schaffen.

Meine Damen und Herren, eine Anmerkung dazu. Die CDU ist die einzige Kraft, die es schafft, Ökonomie und Ökologie wirklich miteinander zu verbinden, weil wir die Schöpfung wirklich bewahren wollen. Ich bin seit vier Jahren Mitglied im Bundesvorstand. Ich möchte dort gerne weiter mitarbeiten und bitte Sie ganz herzlich um Ihre Stimme. – Danke schön.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagespräsidium: Vielen Dank. – Hubert Hüppe ist der Nächste, der sich vorstellt. Ich bitte Peter Jacoby, sich schon einmal bereit zu machen.

Hubert Hüppe: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Hubert Hüppe. Ich bin 54 Jahre alt, verheiratet, Vater von drei Kindern, CDU-Kreisvorsitzender in Unna und ehrenamtlicher Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Hinter Namen steht kein Landesvotum. Deswegen gibt es keinen Grund, mich deswegen zu wählen, weil ich aus einem bestimmten Bundesland komme. Aber es gibt zwei andere Gründe, mich vielleicht in den Bundesvorstand zu wählen. Der erste Grund ist, dass ich konsequent für den Lebensschutz aller Menschen eintrete, egal ob alt oder jung, behindert oder nicht behindert.

(Beifall)

Ich will, dass die Union nicht nur Lebensschutzpartei ist, sondern auch bleibt.

(Vereinzelt Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, auch der zweite Grund ist wichtig: Ich bin Behindertenbeauftragter der Bundesregierung; ich finde, ich mache da einen guten Job. Ich hoffe, diejenigen, die mich kennen, wissen, dass ich einen guten Job mache. Ein Beweis dafür ist vielleicht, dass ich vor drei Wochen mit dem besten Ergebnis in den Bundesvorstand der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung wiedergewählt worden bin. Ich denke, es ist wichtig, dass auch diese Menschen eine Stimme im Bundesvorstand haben.

Meine Damen und Herren, ein letzter Punkt. Der Antrag „Faire Chancen für jedes Kind“ hat über viele verschiedene Kinder gesprochen: Kinder, die Gewalt erfahren haben, Kinder von Migranten. Aber er hat in der Rohfassung kein Wort zum Thema der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung und zu deren Angehörigen verloren. Inzwischen haben mein Kreisverband, der Kreisverband Düren und andere – dafür bin ich dankbar – Änderungsanträge gestellt, die aufgenommen worden sind.

Aber wer weiß, wie viele betroffene Menschen mit Bürokratie kämpfen müssen, wer weiß, wie sie von einem zum anderen geschickt werden und nicht das Recht bekommen, das sie eigentlich haben, der weiß, dass sie eine Stimme brauchen. Ich möchte eine dieser Stimmen sein. – Vielen Dank.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor sich der nächste Kandidat vorstellt, darf ich Ihnen das Ergebnis der Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums bekannt geben. Es wurden 935 Stimmen abgegeben, von denen 2 ungültig waren. Es hat sich niemand enthalten, sodass 933 gültige Stimmen verblieben sind. Die danach erforderliche Mehrheit beträgt 467 Stimmen. Für Eckart von Klaeden wurden 609 Stimmen abgegeben, das sind 65,27 Prozent. Für Julia Klöckner wurden 881 Stimmen abgegeben, das sind 94,37 Prozent.

(Beifall)

Für Annegret Kramp-Karrenbauer wurden 536 Stimmen abgegeben, das sind 57,45 Prozent. Für Karl-Josef Laumann wurden 714 Stimmen abgegeben, das sind 76,53 Prozent. Für Philipp Mißfelder wurden 535 Stimmen abgegeben, das sind 57,34 Prozent. Für Dr. Wolfgang Schäuble 799 Stimmen, das sind 85,64 Prozent.

(Beifall)

Für Stanislaw Tillich 735 Stimmen, das sind 78,78 Prozent.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit wurden alle Kandidaten als Präsidiumsmitglieder gewählt. – Ich frage Sie jetzt in der Reihenfolge der Wahl, ob Sie die Wahl annehmen. Julia Klöckner mit 881 Stimmen. Nehmen Sie die Wahl an?

Julia Klöckner: Ja.

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Sie nimmt die Wahl an. Herr Dr. Wolfgang Schäuble mit 799 Stimmen. Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Wolfgang Schäuble: Ja.

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Er nimmt die Wahl an. Herr Stanislaw Tillich mit 735 Stimmen. Nehmen Sie die Wahl an?

Stanislaw Tillich: Ja.

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Er nimmt die Wahl an. Karl-Josef Laumann mit 714 Stimmen. Nehmen Sie die Wahl an?

Karl-Josef Laumann: Ja.

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Er nimmt die Wahl an. Eckart von Klaeden mit 609 Stimmen. Nehmen Sie die Wahl an?

Eckart von Klaeden: Ja.

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Er nimmt die Wahl an. Annegret Kramp-Karrenbauer mit 536 Stimmen. Nehmen Sie die Wahl an?

Annegret Kramp-Karrenbauer: Ja.

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Sie nimmt die Wahl an. Philipp Mißfelder mit 535 Stimmen. Nehmen Sie die Wahl an?

Philipp Mißfelder: Ja.

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Er nimmt die Wahl an. – Ich gratuliere den Gewählten und darf sie bitten, hier im Präsidium Platz zu nehmen.

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Wir fahren mit der Vorstellung der Kandidaten für den erweiterten Bundesvorstand fort. Ich rufe Peter Jacoby aus dem Saarland auf.

Peter Jacoby: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Ich heiße Peter Jacoby und bin 59 Jahre alt. Der saarländischen Landesregierung gehöre ich als Finanzminister an und war bisher Mitglied im Bundesvorstand.

Was wurde im Vorfeld dieses Bundesparteitages nicht alles geschrieben? Was wurde nicht alles gesendet? Was wurde nicht alles an die Wand gemalt? Noch heute Morgen hieß es: Unruhe in der CDU, Union der Verzagten. Es hieß, hier passiere nichts Entscheidendes. Es war sogar die Rede davon, heute herrsche auf diesem Parteitag Langeweile. Ich denke, wir haben in den zurückliegenden Stunden das genaue Gegenteil erlebt. Die Chance ist wahrgenommen worden, dass sich die CDU Deutschlands klar als Partei positioniert, die ja zur Verantwortung, ja zur Veränderung und ja zur Gestaltung sagt, und das auf der Basis eines festen Wertesystems, eines festen Koordinatensystems.

Ich bin davon überzeugt: So kommen wir erneut über den Kampf wieder ins Spiel, und es wird uns gelingen, den wirtschaftlichen Aufschwung, das Zurückgehen der Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise mit der ökologischen Ausrichtung unserer Politik und insbesondere mit einer generationengerechten Haushalts- und Finanzpolitik zu verbinden, so wie es von dieser Stelle aus schon mehrfach formuliert worden ist. An dieser Ausrichtung, dieser Themenstellung möchte ich auch weiterhin im Bundesvorstand mitarbeiten und bitte um Ihre Zustimmung und Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Der Nächste, der sich vorstellt, ist Dr. Franz Josef Jung.

Dr. Franz Josef Jung: Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Mein Name ist Franz Josef Jung, ich bin 61 Jahre alt und seit 38 Jahren glücklich verheiratet. Ich habe drei Kinder und zwei Enkelkinder. Von Hause aus bin ich Rechtsanwalt und Notar. Im Deutschen Bundestag bin ich Mitglied des Innenausschusses, in der letzten Legislaturperiode war ich Bundesminister der Verteidigung.

Liebe Freunde, die größte Kompetenz hat die CDU immer noch im Bereich der Sicherheit. Dort haben wir das größte Vertrauen der Wählerinnen und Wähler. Ich möchte meinen Beitrag dafür leisten, dass sowohl die äußere als auch die innere Sicherheit weiterhin ihren Platz im Bundesvorstand der CDU haben. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. – Besten Dank.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Franz Josef Jung. – Ein Hinweis für das Plenum: Als erster der Initiativanträge wird Ihnen zurzeit der Initiativantrag des Bundesvorstands „Zukunft der Bundeswehr“ ausgeteilt. Dieser wird unter Tagesordnungspunkt 21 behandelt werden. Die weiteren Initiativanträge befinden sich jetzt noch im Druck und werden Ihnen im Anschluss ausgeteilt. Ich darf unseren Freund Armin Laschet aufrufen, sich vorzustellen.

Armin Laschet: Herr Präsident! Liebe Freunde! Mein Name ist Armin Laschet. Ich bin verheiratet und habe drei Kinder. Ich komme aus Aachen und war bis Mai 2010 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Nordrhein-Westfalen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen spannenden Wettbewerb um den Landesvorsitz hinter uns. 80.000 Mitglieder haben sich daran beteiligt. Mancher hat gefragt: Ist es nicht zu riskant, wenn zwei Leute aufeinandertreffen? Ich finde, es ist der Normalfall in der Demokratie, dass man sich in einem fairen Wettbewerb als Kandidat vorstellt und danach zusammen weiterarbeitet. Das haben wir uns in Nordrhein-Westfalen vorgenommen.

(Beifall)

Ich bin jetzt stellvertretender Landesvorsitzender. Wir wollen zusammen mit Bund und Land sehr schnell die instabile rot-grüne Minderheitsregierung ablösen. Ich kandidiere erneut für den Bundesvorstand. Vor zwei Jahren haben Sie mich zum ersten Mal in den Bundesvorstand gewählt. Ich glaube, zwei große Aufgaben liegen vor uns. Die erste ist, die Landtagswahlen im kommenden Jahr zu gewinnen. Die zweite Aufgabe ist: Wir müssen wieder für die parlamentarische Demokratie werben. Mein Gefühl ist: In dieser Stimmungsdemokratie erwerben sich diejenigen, die sich vor Tore setzen und blockieren, eine höhere moralische Legitimität. Doch 50.000 Menschen haben nicht mehr Recht, als demokratisch gewählte Institutionen.

(Beifall)

Wir als Union haben zu Beginn der 80er-Jahre gegenüber 300.000 Demonstranten die friedenspolitisch richtige Entscheidung der Nachrüstung durchgesetzt. Ich glaube, den Mut, Entscheidungen zu fällen und diese auch durchzusetzen, brauchen wir heute wieder.

(Beifall)

Das erfordert auch in der Öffentlichkeit viel Werben für die parlamentarische Demokratie. Große Infrastrukturprojekte, große Industrievorhaben, die Fragen des demografischen Wandels und der Integration lassen sich nicht in Stimmungsdemokratien lösen. Dafür sind die Parlamente die richtigen Orte. Deshalb ist die Wahl in Baden-Württemberg auch ein Parameter für die Frage, wie zukunftsfähig unsere Demokratie ist. Lässt sich ein Großprojekt noch durchsetzen? Auch dafür müssen wir als politische Partei wieder viel stärker werben. Deshalb trete ich hier an und kandidiere. – Vielen Dank.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Danke schön, Arnim Laschet. – Ich bitte als Nächsten Michael Meister nach vorn, um sich vorzustellen.

Michael Meister: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Michael Meister. Ich bin 49 Jahre alt und verheiratet. Ich habe zwei Kinder im Alter von vier und sechs Jahren. Ich möchte, dass die Union eine Finanzpolitik macht, sodass auch die Generation meiner Kinder noch Politik gestalten kann. Deshalb werbe ich für eine nachhaltige Finanzpolitik.

(Beifall)

Ich vertrete den Kreis Bergstraße im Deutschen Bundestag. Das ist der Kreis, in dem unser neuer Formel-1-Weltmeister, Sebastian Vettel, zu Hause ist.

(Beifall)

Ich habe das Vergnügen, diesen Wahlkreis seit 16 Jahren im Deutschen Bundestag zu vertreten. Ich bin dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Finanzpolitiker. Wenn sich dieses Land

in nachhaltigem Wohlstand entwickeln will, dann müssen wir dafür Sorge tragen, dass unsere Währung, der Euro, auch dauerhaft stabil bleibt. Dazu möchte ich einen Beitrag leisten.

Eine weitere Voraussetzung für den Wohlstand in unserem Land ist, dass wir wieder eine Kommunalpolitik bekommen, die selbstbestimmt entscheiden kann und nicht fremdbestimmt ist. Deshalb möchte ich einen Beitrag dafür leisten, dass wir zu einer Gemeindefinanzreform kommen, die Verantwortung von Bundes- und Landesebene auf die kommunale Ebene überträgt, damit wir wieder starke verantwortliche Kommunalpolitiker vor Ort haben. Ich bitte um Ihre Unterstützung. Ich bewerbe mich neu um eine Mitgliedschaft im Bundesvorstand und würde mich freuen, wenn ich Ihr Vertrauen bekäme. – Danke schön.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Danke schön, Michael Meister. – Ich rufe Maria Michalk auf.

Maria Michalk: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Delegierte! Maria Michalk, 60 Jahre, drei erwachsene Kinder, vier Enkel. Ich bin seit 2002 im Deutschen Bundestag und engagiere mich besonders für die Gesundheits- und Sozialpolitik.

Mein Lebensmotto ist: beharrlich bleiben, beharrlich im Privaten, beharrlich im Beruf und beharrlich in der politischen Arbeit. Seit 20 Jahren, seit der letzten frei gewählten Volkskammer, mache ich aktive CDU-Arbeit. Mir ist in dieser Zeit klar geworden, dass wir nur deshalb eine so anerkannte Volkspartei geworden und vor allen Dingen geblieben sind, weil wir die Sorgen der Menschen kennen, den Finger in die Wunde legen und so lange arbeiten, bis wir eine Lösung gefunden haben. Manchmal aber könnte man verrückt werden und auch wütend, zum Beispiel wenn man sieht, wie fleißig viele Menschen bei uns in den Ortsverbänden auf den unterschiedlichsten Ebenen arbeiten und wie das öffentliche Bild ist. Ärgern kann man sich, wütend werden kann man auch; aber man muss dies bei der richtigen Sache zum richtigen Zeitpunkt und mit den richtigen Worten tun. Ich verrate Ihnen, warum ich am Wochenende maßlos wütend geworden bin. Ich bin wütend geworden, als ich gehört habe, dass sich die Partei der Linken in Sachsen als Gesprächspartner für ihren Landesparteitag ein Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen eingeladen haben, um abzustecken, wo Zusammenarbeit möglich ist. Gerade die Partei, die „Bündnis 90“ noch in ihrem Namen trägt und viele ehrwürdige Menschen aufgenommen hat, die 1989/90 auf die Straßen gegangen sind, sollte sich schämen, mit denen quasi ins Bett zu steigen. Damit das nicht passiert, müssen wir den Finger in die Wunde legen.

(Beifall)

Ich möchte gerne weiter mit Herz und Verstand für die CDU arbeiten. Ich habe schon viele Male vor Ihnen gestanden und um Ihre Gunst geworben; das tue ich jetzt auch. Ich sage Ihnen auch jetzt schon Dankeschön.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Danke, Frau Michalk. – Auf Sachsen folgt Thüringen. Mike Mohring, bitte.

Mike Mohring: Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Mike Mohring. Ich komme aus Thüringen. Ich bin im Landtag in Thüringen, dem ich seit elf Jahren anhöre, CDU-Fraktionsvorsitzender und bin zudem Vorsitzender der Konferenz der haushalts- und finanzpolitischen Sprecher von CDU und CSU in den deutschen Landtagen.

Als im Februar 1990 Helmut Kohl auf den Erfurter Domstufen stand und seine Vision von den blühenden Landschaften zeichnete, war ich als Schüler im Neuen Forum aktiv. Jetzt, 20 Jahre später, feiern wir die Deutsche Einheit und sind froh darüber, dass es gelungen ist und dass die blühenden Landschaften entstanden sind, zum einen, weil sich die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern so engagiert haben, zum anderen, weil wir die große Solidarität für die deutsche Einheit die ganzen 20 Jahre über erfahren konnten. Dass dies gelungen ist, lag aber daran, dass damals wie heute die CDU Verantwortung getragen hat und dass sie mit Maß und Mitte Politik gestaltet hat.

Ich möchte gerne im Bundesvorstand mithelfen, dass wir auch in Zukunft Verantwortung für unser Vaterland übernehmen können, damit wir als große Volkspartei der Mitte, als starke Kraft in der Demokratie helfen können, weiter Verantwortung zu tragen. Deshalb bitte ich Sie um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Danke schön, Mike Mohring. – Die nächste Kandidatin bitte ich jetzt schon um Vergebung. Ich hoffe, ich spreche Ihren Namen richtig aus, Frau Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl.

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Vielen Dank; Sie haben es richtig ausgesprochen. – Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Es ist klar – Sie haben es alle gehört –: Ich bin hier nicht geboren. Ich komme aus Belgien und bin seit 37 Jahren mit einem Niedersachsen verheiratet. Seit 32 Jahren bin ich eingebürgert; ich habe eine einzige, und zwar die deutsche Staatsbürgerschaft. Wir sind Eltern von vier erwachsenen Kindern. Bald werde ich zum sechsten Mal Großmutter.

(Beifall)

Ja, für die Zukunft ist gesorgt. Im Europäischen Parlament bin ich Mitglied im Außenhandelsausschuss und Sprecherin der EVP-Fraktion für die Beziehungen zu Mittel- und Lateinamerika. Meinen Kollegen sage ich immer: Wir müssen uns nicht schämen, dass unsere Erzeugnisse gefertigt sind, dass unsere Erzeugnisse exportiert werden. Wir müssen uns auch nicht schämen,

dass wir der einzige europäische Staat sind, der noch eine produzierende Wirtschaft hat. Wir merken in diesen Krisenzeiten, dass dies das Rückgrat unserer Economy ist.

Ich möchte gerne meine gesellschaftlichen, meine persönlichen Erfahrungen auch in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die ich jahrelang habe exerzieren müssen, und meine politischen Erfahrungen für Sie einbringen. Wenn es so ist, dass man Aufbruch und Kontinuität braucht, dann bitte ich um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme, um ein kontinuierliches Element zu garantieren. – Danke schön.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als Nächste bitte ich Frau Professorin Dr. Dagmar Schipanski nach vorne.

Prof. Dr. Dagmar Schipanski: Mein Name ist Dagmar Schipanski. Ich bin Jahrgang 1943, seit 43 Jahren verheiratet; wir haben gemeinsam drei Kinder.

Ich bin von Beruf aus Physikerin und habe 25 Jahre an der Technischen Universität in Ilmenau Elektronik gelehrt. Im Jahre 1990 bin ich sukzessive von der Wissenschaft in die Politik gewechselt, weil ich mich beim Aufbau der neuen Länder einbringen wollte. Ich habe zu Beginn die neue Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in allen neuen Ländern mitgestaltet und war dann in meinem Heimatland Thüringen als Wissenschaftsministerin und später als Landtagspräsidentin tätig.

In die CDU bin ich eingetreten in dem Jahr, als es die größten Schwierigkeiten gab, im Jahr 2000. Ich wollte damit das Signal setzen, dass ich mich den Werten der CDU verbunden fühle und für diese Partei einstehe. Ich habe dies in verschiedenen Funktionen in der Partei getan. Ich habe für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert, war Mitglied des Präsidiums und bin seit 2006 Mitglied im Bundesvorstand.

Ich möchte mich in der nächsten Wahlperiode, wofür ich um Ihre Stimme bitte, für die Weiterentwicklung der neuen Länder einsetzen. Sie wissen, dass wir eine besondere Entwicklung genommen haben, die auf unserer 40-jährigen geteilten Geschichte beruht. Mir liegt am Herzen, dass wir diese 40-jährige geteilte Geschichte in unserem Bewusstsein behalten und das Wissen darum an die kommenden Generationen weitergeben, damit wir in Zukunft in Freiheit und Demokratie leben können und nicht durch Diktaturen gefährdet werden.

Ich möchte die Stimme der Wissenschaft einbringen, weil wir auf dem Weg in die Bildungsrepublik Deutschland sind. Deshalb werden wir in den nächsten zwei Jahren intensiv über Bildungsinhalte diskutieren müssen und nicht nur über Bildungsformen. Wir werden auch darüber diskutieren müssen, wie wir die Wissenschaft in unserem Land weiterentwickeln und noch mehr Ergebnisse in die Betriebe, in die Industrie überführen können. Dazu gehört eine Akzeptanz für

neue Technologien, eine Akzeptanz für Informatik und Informationstechnologien, eine Akzeptanz für die Atomkraft und für viele andere Dinge, über die wir uns vielleicht noch heute auf dem Parteitag streiten. Meine Stimme der Wissenschaft gilt in der CDU und soll für die Arbeit im Bundesvorstand eingebracht werden. Ich bitte um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Schipanski. – Als Nächste bitte ich Frau Ingrid Sehrbrock nach vorne.

Ingrid Sehrbrock: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Ingrid Sehrbrock. Ich bin Jahrgang 1948, bin verheiratet, komme aus dem Landesverband Hessen, bin seit 1975 Mitglied der CDU und seit dieser Zeit übrigens auch Mitglied der CDA.

Beruflich bin ich beim Deutschen Gewerkschaftsbund beschäftigt, seit 2000 im Geschäftsführenden Bundesvorstand. 2006 bin ich in einer Kampfkandidatur zur stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt worden. In diesem Jahr bin ich wiedergewählt worden.

(Beifall)

Ich habe immer versucht, die Brücke zwischen Gewerkschaften und der Partei zu bauen. Ich denke, das ist ganz gut gelungen. Das war übrigens auch durch die Unterstützung von Angela Merkel möglich. Wir haben stabile Brücken gebaut. Dies hat beiden Seiten gut getan, sowohl den Gewerkschaften als auch der CDU. Daran möchte ich auch in Zukunft weiterarbeiten.

(Beifall)

Es gibt weitere Themen, die für mich wichtig sind. Ich nenne anständige Arbeit und anständige Arbeitsbedingungen. Das ist sicherlich für eine Gewerkschafterin und für ein Mitglied der CDA nicht verwunderlich. Hier ist eine ganze Menge zu tun. Hier liegt eine Aufgabe der Gewerkschaften, aber auch eine Aufgabe der Politik. Beide haben zusammenzuwirken. Hier muss auch in Zukunft, gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, unser Augenmerk liegen.

Die Arbeitsbedingungen müssen verändert werden. Aber wir müssen auch die Qualifikationschancen in einer Zeit verbessern, in der wir es mit einer älter werdenden Generation zu tun haben. Da sind noch viele Potenziale zu heben. Genau an dieser Stelle will ich Akzente setzen.

Ich komme zum zweiten Punkt: gute Arbeit. Wir müssen genau hinschauen, unter welchen Bedingungen Arbeit geleistet wird. Es gab in den letzten Jahren viele psychische Erkrankungen durch die starke Belastung und durch die große Verantwortung, die viele übernehmen müssen.

Auch an dieser Stelle würde ich gerne weiterarbeiten im Bundesvorstand der CDU, dem ich seit 2006 angehöre.

Ich bitte um Ihre Stimme und würde mich freuen, wenn Sie mich unterstützen würden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Danke schön. – Als Nächsten bitte ich Thomas Strobl, sich vorzustellen.

(Beifall)

Thomas Strobl: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Thomas Strobl. Ich bin 50 Jahre alt, verheiratet und seit zwölf Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages. Ich habe eines der schönsten Ehrenämter in der CDU: Ich bin der ehrenamtliche Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg.

(Beifall)

Auch wenn der Rest der Republik im Moment glauben möchte, wir in Baden-Württemberg würden nur Bahnhof verstehen: Ganz so ist es nicht. Baden-Württemberg ist ein erfolgreiches Land, und die CDU in Baden-Württemberg ist eine erfolgreiche Partei. Wir von der CDU stellen seit über 50 Jahren den Ministerpräsidenten. Ich möchte Ihnen versprechen: Wir werden alles, wirklich alles zusammen dafür tun, dass das auch nach dem 27. März 2011 so bleibt.

(Beifall)

Wenn wir zusammenhalten und wenn wir zusammen kämpfen, dann werden wir es auch schaffen.

Auf ein Wort zu Stuttgart 21. Hier geht es auch um Glaubwürdigkeit, um Verlässlichkeit, um Zuverlässigkeit und um Vertrauen in Politik und politische Entscheidungen in unserer repräsentativen Demokratie. Aber es geht freilich auch um etwas anderes. Man will die jahrzehntelange Bastion CDU in Baden-Württemberg schleifen, um dann zum Halali gegen Berlin zu blasen. Auch das dürfen wir nicht zulassen, und auch das werden wir verhindern.

(Beifall)

Ich möchte meinen Teil gerne dazu beitragen, dass unsere CDU die Partei mit den besten Ideen für unser Land, für Baden-Württemberg und für ganz Deutschland bleibt. Ich will meinen Teil dazu beitragen, dass unsere CDU die erfolgreichste Partei bleibt, hier in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland. Darum möchte ich all meine Erfahrungen, die ich in gut 30 Jahren sammeln durfte – ich arbeite politisch bis heute leidenschaftlich in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik –, in der Zukunft gerne auch in unseren Bundesvorstand einbringen. Deshalb bit-

te ich sehr herzlich um Ihr Vertrauen und darum, dass Sie mich mit Ihrer Stimme unterstützen.
– Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Danke schön, Thomas Strobl. – Als Nächsten rufe ich Arnold Vaatz auf.

Arnold Vaatz: Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Mein Name ist Arnold Vaatz. Ich bin 55 Jahre alt und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich bin zuständig für Menschenrechte, Aufbau Ost und Verkehr. Als Mann für Verkehr bin ich auch ein Mann für Infrastruktur. Ich bitte Sie, mich deshalb in den Vorstand zu wählen, weil ich beabsichtige zu kämpfen. Wofür möchte ich kämpfen? – Es geht nicht an, dass Planungsverfahren in unserem Lande mittlerweile ein halbes Menschenleben dauern.

(Beifall)

Es geht nicht an, dass der Naturschutz immer dann entdeckt wird, wenn man meint, ihn als Notbremse gegen wichtige Projekte heranziehen zu können. Das ist eine Beleidigung des Naturschutzes und dient unserer Zukunft nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist richtig, dass wir die Ängste der Bürger natürlich ernst nehmen und uns mit ihnen auseinandersetzen müssen. Die Ängste der Bürger ernst zu nehmen, bedeutet aber nicht, sich von diesen Ängsten anstecken zu lassen. Es bedeutet vielmehr, sie darauf hinzuweisen, welche Risiken wirklich vernachlässigbar und welche Risiken nicht vernachlässigbar sind. Nicht vernachlässigbar sind die Risiken, die uns blühen, wenn wir wichtige Infrastrukturprojekte überhaupt nicht mehr realisieren können. Dann schieben wir eine Bugwelle vor uns her, die unsere Kinder überfordern wird. Das ist unmoralisch. Deshalb lasst uns die Verhinderer von ihrem hohen moralischen Sockel herunterholen und Tacheles reden.

(Beifall)

Es gab das Projekt Stuttgart 21 in kleiner Ausführung bereits vor Jahren in Dresden. Wir haben dort auf der Basis einer demokratischen Willensbildung ein Brückenprojekt geplant. Im nächsten Monat wird das Stahlgestell dieser Brücke über die Elbe geschoben werden. Es ist ein Sieg für die Beharrlichkeit der CDU. Es hat uns nicht im Mindesten geschadet. Denn wir haben bei den letzten Bundestagswahlen beide Wahlkreise in Dresden direkt gewonnen.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich rufe Dr. Johann David Wadephul auf.

Dr. Johann David Wadephul: Moin, moin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme

Sie mit von der Elbe bei Dresden zur Elbe bei Brunsbüttel und bitte Sie, einen Blick nach Norden zu werfen. Ich bin der Kandidat der schleswig-holsteinischen CDU und möchte das Land zwischen den Meeren im Bundesvorstand der CDU vertreten.

Ich bin Vater von drei Kindern und als Reserveoffizier der Bundeswehr weiterhin verbunden. Wir werden heute eine wichtige Debatte über die Zukunft der Bundeswehr führen. Egal, wie sie ausgeht: Es muss klar sein, dass die CDU die Partei der Bundeswehr ist. Wir stehen auf der Seite der Soldatinnen und Soldaten und vertreten ihre Interessen. Da möchte ich mich einbringen.

(Beifall)

Schleswig-Holstein hat eine wechselvolle Geschichte mit Dänemark und mit dem skandinavischen Raum insgesamt. Schleswig-Holstein ist durch die Hanse immer ein europäisch denkendes Bundesland bzw. Landstrich gewesen. Da reihe ich mich als Mitglied im Europaausschuss des Deutschen Bundestages ein und möchte daran anknüpfen.

Ich freue mich sehr, heute als Sohn von Flüchtlingen, der in Schleswig-Holstein geboren wurde, das Verhältnis zu Polen wesentlich mitgestalten zu können. Das ist ein Gewinn für uns, und das ist ein großer Schatz, den wir zu hüten haben. Wir müssen zu Polen ein genauso gutes Verhältnis haben wie zu Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Das ist für Frieden und Freiheit in Europa von entscheidender Bedeutung. An dieser Stelle müssen wir uns einbringen.

(Vereinzelt Beifall)

Weil ich darüber hinaus als Arbeitsmarktpolitiker tätig bin, möchte ich Ihnen sagen: Es kommen aber auch Anforderungen auf uns zu: die neue Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt ab dem 1. Mai des nächsten Jahres. Da müssen wir als CDU sehr behutsam sein, welche Signale wir der deutschen Bevölkerung aussenden und was wir den Arbeitslosen und denjenigen sagen, die zunächst nur einen befristeten Arbeitsvertrag von einem oder zwei Jahren haben. Wir dürfen Ihnen nicht sagen, dass sie überflüssig sind und dass wir vorrangig ausländische Arbeitskräfte hereinholen. Vielmehr müssen wir an allererster Stelle für unsere Menschen, die jetzt arbeitslos sind, Arbeitsmarktpolitik machen. Wir wollen dafür sorgen, dass sie einen Beruf bekommen, dass sie eine Aussicht haben, ihren Lebensunterhalt hier zu verdienen. Da muss sich die CDU klar von anderen Parteien unterscheiden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist eine große Erwartung auch an unsere Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

(Vereinzelt Beifall)

Bitte unterstützen Sie die schleswig-holsteinische CDU, die eine schwierige Große Koalition hinter sich hat, die jetzt wie im Bund in einer Koalition mit der FDP regieren kann. Wir sind auf einem guten Weg. Wir brauchen die Unterstützung der Bundes-CDU. Deswegen bitte ich ganz herzlich um Ihre Stimme für den Norden. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Jo Wadephul. – Als Nächsten rufe ich den Kollegen Peter Wichtel auf.

Peter Wichtel: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Peter Wichtel. Ich habe am 5. Januar Geburtstag, darf also jedes Jahr an meinem Geburtstag an Konrad Adenauer denken. Ich bin 61 Jahre alt, seit 1970 bin ich verheiratet. Meine Frau und ich haben eine Tochter und zwei Enkel, 10 und 14 Jahre alt.

Nach meiner kaufmännischen Ausbildung habe ich zunächst im Einzel- und Großhandel gearbeitet, und seit 1971 bin ich beim größten Flughafenbetreiber der Bundesrepublik Deutschland, der Fraport AG in Frankfurt am Main, beschäftigt. Ich bin dort seit 1975 Betriebsratsmitglied, und in der letzten Zeit war ich Betriebsratsvorsitzender. Wir haben viele Dinge in der CDU gemeinsam gemacht. Ich bin seit 1977 Mitglied, habe mich im Stadtverband, im Kreistag und zuletzt auch in der Stadtverordnetenversammlung als Stadtverordnetenvorsteher einbringen können.

Im Rahmen meiner Betriebsratstätigkeit konnte ich in den letzten Jahren live daran mitwirken, was die Soziale Marktwirtschaft an Möglichkeiten vorsieht. So haben wir im Betrieb immer wieder zwischen Arbeitgeber, Betriebsrat und Belegschaft verhandeln müssen. Deshalb habe ich mich besonders gefreut, dass ich 2008 den Preis der Sozialen Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten habe.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Verleihung dieses Preises hat mich deswegen so gefreut, weil damit in der Tat das, was auf betrieblicher Ebene in der Abwägung zwischen Arbeitsplatzsicherung und Geldverdienen und der Behandlung der sozialen Angelegenheiten immer wieder auf der Tagesordnung steht, besonders hervorgehoben wird. Ich denke nach wie vor wie unsere Väter: Der Markt ist für den Menschen da und nicht der Mensch für den Markt. In diesem Sinne würde ich mich gerne im Bundesvorstand einbringen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Danke schön, Peter Wichtel. – Nun der Kandidat der Jungen Union, Hendrik Wüst.

Hendrik Wüst: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin Hendrik Wüst, einziger Kandidat der Jungen Union bei den Beisitzerwahlen. Ich kandidiere auch für meinen Landesverband Nordrhein-Westfalen und freue mich über die Unterstützung der Mittelstandsvereinigung. Ich bin von Beruf gelernter Rechts-

anwalt und mein Thema ist die Wirtschaftspolitik. Ich bin wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen.

Ich will im neuen Bundesvorstand dazu beitragen, dass wir endlich anfangen, die Lebenslügen der Grünen zu entzaubern. Wenn es nach den Grünen geht, ist ein Castortransport, der unter Umweltminister Trittin gerollt ist, ein guter Transport gewesen. Wenn es nach den Grünen geht, ist ein Castortransport, der jetzt rollen muss, ein schlechter Transport. Indem Herr Trittin gewaltbereite Chaoten zum Schottern aufruft, spielt er in unverantwortlicher Art und Weise nicht nur mit der Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten sowie der Bahnmitarbeiter, die am Transport beteiligt sind, sondern auch mit der Sicherheit von uns allen. Diese Dinge dürfen wir den Grünen nicht länger durchgehen lassen. Ich will helfen, die grünen Lebenslügen zu entlarven und bitte dafür um Ihre Stimme.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Danke schön, Hendrik. – Meine Damen und Herren, Professor Dr. Otto Wulff ist durch Krankheit leider verhindert. Deshalb wird der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Philipp Mißfelder, die Kandidatenvorstellung vornehmen. – Lieber Philipp, bitte schön, du hast das Wort.

Philipp Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Otto Wulff hat im August dieses Jahres die schlechte Nachricht bekommen, dass er schwer erkrankt ist. Er hat erst lange überlegt, ob er überhaupt noch politische Ämter ausüben soll. Er hat dann engagiert und – so kennen Sie ihn ja – auch kämpferisch den Kampf um seine Gesundheit aufgenommen. Er befindet sich heute auf dem Weg der Besserung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie kennen Otto Wulff alle so gut, dass Sie sich vorstellen können, wie schwierig es in den vergangenen Tagen war, ihn davon abzuhalten, sich hier selbst vorzustellen. Ich bin froh, dass seine Ärzte ihm gesagt haben, dass er es jetzt ein paar Wochen noch langsam angehen lassen soll, bevor er sich wieder voll in die politische Arbeit stürzt. Er ist vor kurzem auf der Bundestagung der Senioren-Union in Recklinghausen in meinem Wahlkreis als Bundesvorsitzender der Senioren-Union wiedergewählt worden. Er bittet Sie heute, seine Arbeit für die Union der Generationen kraftvoll zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, auch ich möchte Sie um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen für Otto Wulff bitten. Otto Wulff ist Jahrgang 1933. Er ist seit 46 Jahren verheiratet und hat zwei erwachsene Söhne. Ich bitte Sie um ein kraftvolles Signal, damit wir ihn auf dem Weg der Besserung auch von hier unterstützen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Frank Henkel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Philipp Mißfelder. – Liebe Freunde, meine Damen und Herren, ich denke, ich spreche im Namen von uns allen: Wir wünschen Professor Dr. Otto Wulff weiterhin gute Genesung und hoffen, dass er recht bald wieder bei uns ist.

(Beifall)

Wir haben jetzt 29 eindrucksvolle Kandidatenvorstellungen gehört. Vor dem Eintritt in die Wahlen weise ich auf folgende Punkte hin:

Erstens. Die Wahl erfolgt mit dem bereits ausgegebenen großen grauen Stimmzettel Nr. 6, der in alphabetischer Reihenfolge die Namen aller Kandidaten enthält. Diesen haben Sie hoffentlich von den Landesgeschäftsführern mittlerweile erhalten.

Zweitens. Nach § 43 Abs. 3 des Statuts müssen mindestens drei Viertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten, also 20, angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also 26. Die Stimmzettel sind also gültig, wenn sie zwischen 20 und 26 Kreuze enthalten.

Drittens. Stimmzettel, auf denen andere Namen als die aufgedruckten hinzugefügt werden, sind ungültig.

Viertens. Bitte denken Sie daran, dass ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Quorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Das sind bei 26 weiteren Mitgliedern des Bundesvorstandes also mindestens neun Frauen.

Mit diesen geschäftsleitenden Bemerkungen eröffne ich den Wahlgang. Ich darf die Delegierten bitten, den Saal auch dann nicht zu verlassen, wenn sie ihren Stimmzettel bereits abgegeben haben. Wir treten sehr zeitnah in die Debatte über die Bundeswehr ein und begrüßen dazu auch unseren Bundesverteidigungsminister. Ich bitte Sie daher, wenn möglich, den Saal nach Stimmabgabe nicht zu verlassen.

Wir haben schon einige Mitglieder des Bundesvorstands gewählt. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie sich zum Podium begeben und dort Platz nehmen würden. Das ist wie auf dem Flughafen: Der nächste Aufruf erfolgt namentlich.

Ich darf fragen, ob mittlerweile alle Stimmzettel abgegeben worden sind. – Das ist erkennbar der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte die Stimmzählkommission, das Ergebnis aus-zuzählen.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Mittlerweile ist der Bundesminister der Verteidigung, Karl-Theodor zu Guttenberg, auf unserem Parteitag eingetroffen. Herzlich willkommen beim Bundesparteitag der CDU.

(Beifall)

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 17 auf:

**WAHL DER CDU-MITGLIEDER UND STELLVERTRETENDEN MITGLIEDER FÜR DEN VORSTAND
DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI (EVP)**

(für die Zeit vom 01.01.2011 bis 31.12.2012)

Die Liste der Vorschläge ist Ihnen vorgelegt worden. Wir müssen zuerst kurz darüber abstimmen, ob Sie damit einverstanden sind, dass wir diese Mitglieder per Akklamation wählen. Wer mit diesem Geschäftsordnungsvorschlag einverstanden ist, den bitte ich um sein Stimmkartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Dann ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich in der Sache abstimmen. Wer dem Vorschlag des Bundesvorstands für die CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der EVP zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen. Ich gratuliere den Gewählten.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 18 auf:

**WAHL DER DELEGIERTEN UND STELLVERTRETENDEN DELEGIERTEN
FÜR DIE EVP-KONGRESSE**

(für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2012)

Wir nutzen das gleiche Verfahren. Sind Sie damit einverstanden, dass wir die Wahl per Akklamation durchführen? Wenn ja, dann bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen.

Jetzt kommt die Abstimmung in der Sache. Wer den vorgelegten Vorschlägen für die Delegierten und stellvertretenden Delegierten für EVP-Kongresse zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 19 auf:

NACHWAHL ZUM BUNDESPARTEIGERICHT DER CDU

Die Nachwahl ist durch das Ausscheiden des ordentlichen Mitglieds Frau Dr. Heidi Lambert-Lang und des stellvertretenden Mitglieds Bernhard Hellner notwendig geworden. Als ordentliches Mitglied schlägt Ihnen der Bundesvorstand Frau Rechtsanwältin Petra Kansy aus Bad Honnef vor. Sie war bereits stellvertretendes Mitglied und soll nun ordentliches Mitglied werden.

Ich muss erst wieder entsprechend der Geschäftsordnung darüber abstimmen lassen, ob Sie damit einverstanden sind, dass wir diese Wahl per Akklamation vornehmen. Wer ist mit diesem

Geschäftsordnungsvorschlag einverstanden? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Wer mit dem Personalvorschlag Dr. Petra Kansy einverstanden ist, den bitte ich um sein Stimmkartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist Frau Dr. Petra Kansy einstimmig nominiert worden.

Jetzt kommen wir zur Wahl von zwei stellvertretenden Mitgliedern. Vorgeschlagen sind Frau RichterIn am Bundessozialgericht Dr. Elke Roos, Kassel, und Herr Universitätsprofessor Dr. Michael Brenner aus Jena.

Mein Geschäftsordnungsvorschlag ist, dass wir auch diese Wahl durch offene Akklamation durchführen. Wer stimmt diesem Geschäftsordnungsvorschlag des Tagungspräsidenten zu? – Wer stimmt dagegen? – Keiner. Enthaltungen? – Auch keine.

Dann stimmen wir in der Sache ab. Wer für Frau Dr. Elke Roos und Herrn Dr. Michael Brenner als stellvertretende Mitglieder des Bundesparteigerichts ist, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es dazu Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind die Vorgeschlagenen gewählt, und sie haben uns auch erklärt, dass sie ihre Wahl annehmen.

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 20:

WAHL DER RECHNUNGSPRÜFER

Ich danke den ehrenamtlich tätigen Rechnungsprüfern herzlich für ihre Arbeit.

Die Kandidatenvorschläge für die Rechnungsprüfer liegen in den Unterlagen. Vorgeschlagen sind Peter Rzepka, Dorothea Störr-Ritter und Ferdinand Tillmann.

Ich muss Sie nach der Geschäftsordnung wieder fragen, ob Sie einverstanden sind, dass wir diese Abstimmung per Akklamation durchführen. Sind Sie damit einverstanden? Ich bitte um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es dazu Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der Geschäftsordnungsvorschlag angenommen.

Ich stimme nun in der Sache ab. Wer für die Genannten als Rechnungsprüfer ist, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht der Fall. Dann sind Peter Rzepka, Dorothea Störr-Ritter und Ferdinand Tillmann zu Rechnungsprüfern gewählt. Glückwunsch und Gratulation!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 21:

ANTRAG DER BUNDESVORSTANDES „ZUKUNFT DER BUNDESWEHR“
REDE DES BUNDESMINISTERS DER VERTEIDIGUNG
DR. KARL-THEODOR ZU GUTTENBERG MdB

– und damit zu einer historischen Entscheidung, zu einer tiefgreifenden Entscheidung, was die Zukunft unserer Bundeswehr und was den Anschluss an den Zivildienst und die Zukunft der freiwilligen Dienste im sozialen Bereich angeht. Die Bundeskanzlerin, unsere Bundesvorsitzende, hat in ihrer Rede heute vor dem Parteitag dazu schon klar ihre Position dargelegt, und wir freuen uns nun, dass wir zwei einführende Vorträge zu dieser wichtigen Thematik hören werden, den ersten von Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg und den zweiten von unserer Bundesfamilienministerin Kristina Schröder. Ich bitte zuerst Karl-Theodor zu Guttenberg um sein Wort an den Parteitag.

(Beifall)

Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg: Lieber Peter Hintze, herzlichen Dank! – Frau Vorsitzende, Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela, zunächst erst einmal herzlichen Glückwunsch zu den Wahlen und auch zu einer, wenn ich das sagen darf, großen und richtungsweisenden Rede. Die Klang in Berlin genauso gut wie hier, meine Damen und Herren. Danke dafür!

(Beifall)

Ich gratuliere allen bereits Gewählten und jenen, die nun auch gewählt wurden und das Ergebnis noch nicht kennen. Das ist der erste Teil einer Gratulation aus Bayern; das war jetzt der fränkische Teil. Der gesamte offizielle bayerische Teil wird Sie, meine Damen und Herren, morgen Vormittag noch in ganzer Wucht und Fröhlichkeit heimsuchen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich freue mich und fühle mich geehrt, heute Abend bei Ihnen sein zu dürfen und zu einem großen Reformprojekt vortragen zu dürfen, ja, wahrscheinlich dem größten Reformprojekt mit Blick auf die Geschichte der Bundeswehr.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, ich bin sehr, sehr dankbar, dass wir in den letzten Wochen und Monaten die Möglichkeit hatten, unglaublich intensiv gerade über diesen doch sehr maßgeblichen Schritt zu diskutieren. Lieber Hermann Gröhe, danke, dass du mir die Möglichkeit gegeben hast – was sicherlich für ein CSU-Gewächs eher ungewöhnlich ist –, dass man mit Blick auf eine solche Reform, mit Blick auf ein solches Vorhaben in allen Landesverbänden vorstellig werden konnte und eine Diskussion, eine Debatte, einen Diskurs suchen konnte, der in meinen Augen auch beispielgebend war, weil es eine Diskussion war, die wirklich an den Kern ging, weil es eine Diskussion war, bei der Sie mir auch an den richtigen Stellen im-

mer mal wieder anständig den Kopf gewaschen haben, weil es eine Diskussion war, bei der man sich wirklich bemüht hat, gerungen hat, um zu einer Lösung zu kommen, die sich an vielen, vielen einzelnen auch sehr komplexen Punkten ausrichtet.

Ich kann nur sagen, ich habe diese letzten Wochen und Monate als ganz außerordentlich gewinnbringend erfahren dürfen. Diese Monate waren mit dafür verantwortlich, dass wir heute, so glaube ich, insgesamt ein sehr tragfähiges, sehr zukunftsweisendes Konzept vorlegen können. Von dieser Stelle aus also noch einmal danke, dass Sie mich über diese Wochen und Monate erduldet haben, und danke für zahlreiche Impulse, für Hinweise, für Kritik – sehr konstruktive Kritik war das stets – und dafür, dass damit eben auch ein entsprechendes Fundament gelegt wurde.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, es geht um die Zukunft der Bundeswehr. Es geht damit immer um die Sicherheit unseres Landes, auch um die Sicherheit künftiger Generationen. Und es geht um noch etwas, was mit ausschlaggebend dafür war, weshalb dieses Vorhaben anzupacken war. Es geht, wenn wir über die Zukunft der Bundeswehr sprechen, auch und gleichzeitig um die Perspektive unserer Soldatinnen und Soldaten, um die Perspektive von zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Bundeswehr, die in meinen Augen eben jene Perspektive mehr als verdient haben.

Es sind Soldatinnen und Soldaten, die derzeit nahezu täglich an unterschiedlichen Orten dieser Erde Leib und Leben riskieren, die ihren Kopf für unsere Sicherheit hinhalten. Es sind Menschen, die für unsere Sicherheit hier zuhause arbeiten und die mit einer unglaublichen Flexibilität auch Dinge abfedern, die in den letzten Jahren eben nicht so gewachsen sind, wie wir uns das vorgestellt haben. Ich glaube, neben unser aller Dank haben ebenjene auch eine Perspektive verdient, und zwar eine tragfähige Perspektive.

(Beifall)

Diese Perspektive anzupacken, aufzugreifen und zu gestalten, das ist eine Aufgabe, die ich gerne wahrnehme, eine Aufgabe, die sich in eine Tradition unserer beider Parteien einreicht, nämlich dass wir uns – das war ja heute auch schon an unterschiedlichen Stellen zu hören – mit Recht, mit Überzeugung, aber eben auch mit dem notwendigen Maß an Selbstbewusstsein als Union als die Parteien der Bundeswehr bezeichnen können, als die Parteien der inneren und äußeren Sicherheit, und zwar in einer Traditionslinie, die von Konrad Adenauer über Helmut Kohl bis hin zu Angela Merkel reicht, in einer Traditionslinie, die auch große Bundesverteidigungsminister letztlich mit geprägt haben. An dieser Stelle darf ich hier natürlich auch einmal Franz Josef Strauß nennen,

(Beifall)

– danke sehr –, ich darf aber natürlich auch einen Gerhard Stoltenberg ebenso nennen wie einen Volker Rühle,

(Beifall)

ich darf einen Manfred Wörner nennen,

(Beifall)

und ich darf heute und hier – das sage ich Ihnen auch mit ganz großer Überzeugung – gerade wieder mit Blick auf ein Erlebnis gestern auch Franz Josef Jung nennen.

(Beifall)

Ich nenne ihn dankbar und gerne, und ich schildere Ihnen dieses eine Erlebnis, aber man könnte auch viele andere Beispiele anbringen.

Wir standen gestern, am Volkstrauertag, vor dem Ehrenmal der Bundeswehr. Dieses Ehrenmal hat Franz Josef Jung gegen viele, viele Widerstände und teilweise gegen unglaublich dummes linkes Geblöke durchgesetzt und als ein wirkliches Ehren- und Mahnmal installiert.

(Beifall)

Wenn man dann, lieber Franz Josef, gestern vor diesem Ehrenmal die Angehörigen der auch in diesem Jahr wieder gefallenen Soldaten und einer gestorbenen Soldatin in die Arme nimmt und dabei spürt, welches Ausmaß an Verantwortung man selbst trägt, man aber gleichzeitig spürt, was gerade durch diesen Schritt auch an notwendiger öffentlicher Anerkennung des Dienstes unserer Soldaten bewerkstelligt wurde, wobei der Umstand, dass Soldaten fallen und verwundet werden können, nicht irgendwo verdrückt in der Ecke landet, sondern ein Teil ausgesprochener Wahrheit in unserem Lande geworden ist, was uns auch die Möglichkeit gibt, dass wir mit dieser Wahrheit so umgehen, wie wir verantwortungsvoll mit ihr umzugehen haben, dann ist das gerade diesem Umstand mit geschuldet. Deshalb wollte ich an dieser Stelle nicht nur mit Blick auf dieses Ehrenmal, sondern generell Danke sagen.

(Beifall)

Wenn man die Linien der Bundeskanzler aufzeigt, die sich in die Sicherheitspolitik für die Bundeswehr so immens eingebracht haben und einbringen, wenn man die Linie der Verantwortung aufzeigt, die die Union hatte und hat, dann stellt man fest: Das Amt des Verteidigungsministers verpflichtet in besonderer Weise. Es verpflichtet dahingehend, dass man Dinge, die gewachsen sind, die sich etabliert haben, die zukunftsfest und zukunftsfähig sind, nicht leichtfertig aufs Spiel setzt. Es verpflichtet, dass man seiner Verantwortung gegenüber den Soldatinnen und Soldaten sowie den Mitarbeitern gerecht wird und dass man eine zukunfts feste Struktur unserer Bundeswehr gestaltet und sie nicht nur fremdgestalten lässt, weil sie dann im Zweifelsfall nicht zukunfts fest wäre. Das ist einer der Ausgangspunkte, vor denen wir jetzt stehen. Wir müssen uns fragen: Wie ist die Bundeswehr aufgestellt, um ihrem Aufgabenspektrum national und international nachkommen zu können?

Ich habe in diesem Jahr einige Analysen vorgenommen bzw. vornehmen lassen, bis hin zur Analyse der sogenannten Weise-Kommission. Wir haben uns zuerst die Fragen gestellt: Wo stehen wir heute sicherheitspolitisch, und welches sind die sicherheitspolitischen Herausforderungen, die auf uns künftig zukommen? Wir haben gleichzeitig eine Analyse der vorgefundenen und gegebenen Defizite in der Bundeswehr und im Ministerium sowie in den Strukturen vornehmen lassen. Als die Ergebnisse vorlagen, wurde deutlich, dass dringender Nachbesserungsbedarf besteht, dass trotz zahlreicher, auch mutiger Reformschritte in den letzten Jahren und Jahrzehnten noch einmal ein großer Schritt gewagt werden muss, weil die Bundeswehr insgesamt angesichts des Aufgabenspektrums mit dem Rücken an einer schon leicht nach hinten geneigten Wand lehnt. Lehnen reicht nicht. Im Gegenteil: Das würde die Bundeswehr in den Abgrund werfen. Das kann nicht unser Auftrag sein. Das dürfen wir nicht verantworten.

Auf der Grundlage der Analysen gab es in diesem Jahr einen sehr heftigen Weckruf meinerseits – das weiß ich –, der viele von Ihnen ebenso heftig erschreckt hat. Aber infolgedessen kam eine Diskussion in Gang, die wir miteinander, aber auch mit der Öffentlichkeit geführt haben. Die Menschen dieses Landes haben plötzlich sehr intensiv an der Diskussion über die Zukunft der Bundeswehr teilgenommen und haben sich emotional eingebracht. Das ist etwas ganz anderes als das, was der damalige Bundespräsident Köhler noch als freundliches Desinteresse gegenüber der Bundeswehr betont hatte. Das war plötzlich eine Diskussion, die deutlich machte, dass die Bindekraft zwischen der Bevölkerung und der Bundeswehr der zwingenden Pflege bedarf. Wir haben weiterhin daran zu arbeiten, dass es an dieser Bindung niemals krankt und dass die Bindung zwischen Bundeswehr und Bevölkerung die denkbar stärkste bleibt.

(Beifall)

Wir haben auf der Grundlage dieser Diskussion und der vorgelegten Analysen erste Vorschläge eingebracht und diese dann weiterentwickelt. Es waren Vorschläge dabei, die wiederum viele Emotionen ausgelöst haben. Dazu zählt auch die Frage nach der Wehrpflicht. Zu ihr sage ich später noch zwei, drei Sätze, vielleicht auch ein paar mehr. Ich danke dafür, dass ich heute mehr als sieben bis neun Minuten sprechen darf. So lange durfte ich bei der CSU sprechen. Ich habe dort leicht überzogen. Das führt noch nicht zu einem Asylantrag, meine Damen und Herren, jedenfalls noch nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber es wurden Punkte gesetzt, die wiederum Emotionen auslösten, die erneut Diskussionen in Gang brachten. Es gab dann – das ist ein wichtiger Punkt, den ich heute noch einmal darlegen möchte – sehr bedeutende und wichtige Zwischenrufe. Einen davon hat vor wenigen Wochen Helmut Kohl gemacht, von dem ich in den letzten Jahren viel lernen durfte. Er hat folgenden notwendigen kritischen, aber auch gewichtigen Satz gesagt: Was bitte hat sich in den letzten zwei, drei Jahren so grundlegend verändert, dass wir plötzlich eine solche Debatte führen müs-

sen? – Diese Frage ist richtig gestellt, weil sich in den letzten zwei, drei Jahren so viel Grundlegendes in der sicherheitspolitischen Analyse und in manch anderen Fragen nicht verändert hat. Tatsächlich hat sich aber in den letzten 20 Jahren, seit dem Fall der Mauer, seit der Aufgabe der Bipolarität und der Gefährdungslagen in der Welt und in der globalen sicherheitspolitischen Lage unglaublich viel verändert. Ich selbst musste und muss mich bis heute selbstkritisch fragen: Haben wir überall in den letzten 20 Jahren dieser Entwicklung Rechnung getragen? Sind wir dieser Entwicklung so gerecht geworden, dass unsere Strukturen, insbesondere die der Bundeswehr, das auch wirklich abfedern und auch in Zukunft tragen können? Das Ergebnis dieser Fragestellung war leider ernüchternd und ist durch die Kommission und die Analysen verdeutlicht worden: Nein, sie können es nicht.

Was hat sich alles verändert? Mittlerweile müssen wir mit dem internationalen Terrorismus ebenso umgehen wie mit scheiternden Staaten. Wir müssen ebenso mit der Proliferation von Massenvernichtungswaffen umgehen wie mit der Gefährdung unseres Internets, was für manche noch Zukunftsmusik ist, aber inzwischen bitterste Realität geworden ist. Wir müssen selbstverständlich Fragen nach der Ressourcensicherheit, insbesondere nach der Sicherheit der Wasserversorgung, stellen, genauso wie Fragen nach der Versorgung mit Öl und Gas aus den unterschiedlichsten Teilen der Welt. Wir müssen die Frage nach der Bekämpfung der Piraterie ebenso auf die Agenda heben wie andere Punkte, die sich heute im Wesentlichen durch Unberechenbarkeit als durch Berechenbarkeit auszeichnen.

Es ist interessant, zu sehen, welche Kritik man in den letzten Tagen erfahren durfte, liebe Freunde, als man auf den Zusammenhang hingewiesen hat, dass regionale Sicherheit und Wirtschaftsinteressen sehr wohl miteinander in Verbindung stehen. Wir sollten uns hier nicht in Schüchternheit üben und uns wegducken. Wir dürfen uns von den Trittins dieser Erde nicht in die Ecke drängen lassen. Wir sollten diesen Satz weiterhin offen aussprechen.

(Beifall)

Es ist geradezu absurd, dass offensichtlich einige glauben, dass wir kein Interesse an unserer Energiesicherheit haben, dass wir offensichtlich kein Interesse an genereller Ressourcensicherheit haben, dass wir kein Interesse an einer stabilen Wasserversorgung haben, dass wir kein Interesse an sicheren Handelswegen haben. Deswegen will niemand in diesem Land einen Wirtschaftskrieg führen, wie es uns von einigen in den Mund gelegt wurde. Aber wir haben ein Interesse daran, dass beispielsweise unser Mittelstand die Versorgung bekommt, die er braucht. Das kann durchaus mit sicheren Handelswegen am Horn von Afrika zusammenhängen. Ich stelle mir derzeit die Frage, wozu die Grünen noch aufrufen wollen. Ich habe schon an anderer Stelle gesagt: Demnächst werden Frau Künast und Herr Trittin wahrscheinlich die Mitglieder ihrer Partei auffordern, das Wasser in den Häfen abzuschöpfen, damit die Fregatten nicht zur Pirateriebekämpfung auslaufen können. Wo kommen wir denn dann hin?

(Beifall)

Dieses kleine Beispiel zeigt einmal mehr, dass diejenigen, die sich jetzt so äußern, offensichtlich weder ein Interesse an der Entwicklung unserer Wirtschaft noch ein Interesse an der Beantwortung der maßgeblichen Sicherheitsfragen haben, mit denen wir uns zu befassen haben. Diese haben schon gerade deswegen nichts in irgendeiner Regierung verloren. Das sei nur noch einmal am Rande erwähnt.

(Beifall)

Dieses Szenario ist das eine. Es gibt aber drei große Konstanten, die jetzt und in der Zukunft die Umsetzung der Sicherheitspolitik, aber auch die Aufgaben der Bundeswehr bestimmen werden. An allererster Stelle – das bleibt der oberste Maßstab – stehen der Schutz Deutschlands und die Sicherheit der Menschen, die hier leben. In dieser Hinsicht darf und wird es auch in Zukunft keinerlei qualitative Abstriche irgendwelcher Art geben können. Das Zweite – auch dafür stehen wir als Union, was uns immer wieder einen Impuls gibt, ist, dass wir unserem Anspruch gerecht werden wollen, aber auch unserer Verantwortung – das ist unserer Stellung geschuldet – in Europa und in der NATO nachkommen wollen. Wir werden dieser Verantwortung auch dadurch nachkommen, dass wir etwas anbieten. Wir werden unseren Aufgaben gerecht werden. Wir müssen in dieser Beziehung im Zweifel eher noch besser werden, als dass wir Abstriche machen. Wir sind ein maßgebliches Mitglied Europas und der NATO und dürfen deshalb keine Abstriche zulassen. Der dritte Punkt betrifft das Szenario, das ich benannt habe. Wir müssen mit Verantwortung darangehen und dürfen uns nicht leichtsinnig an die Beantwortung dieser Fragenkomplexe machen. Gleichzeitig müssen wir deutlich machen, dass wir uns diesen komplexen Themen stellen werden. Das Ganze muss auf gesicherten Rechtsgrundlagen beruhen und substantiell begründbar sein.

Eine letzte Konstante kommt hinzu. Wenn wir heute unsere Soldatinnen und Soldaten in den Einsatz schicken und ihnen das zumuten, was wir ihnen zumuten – das betrifft auch viele zivile Kräfte, dann ist das oberste Gebot, dass wir sie bestens ausbilden, bestens ausstatten und ausrüsten und nicht sparen, wenn unsere Soldatinnen und Soldaten ihr Leben für die Sicherheit unseres Landes riskieren. Das ist ein ganz maßgeblicher Punkt.

(Beifall)

Das ist das Fundament der Bundeswehr der Zukunft. Dazu zählt zum einen die Landesverteidigung und die Verteidigung des Bündnisses. Zum zweiten zählt dazu der Schutz der Heimat. Diesen wesentlichen Ansatz will ich begründen. Auch in dieser Hinsicht dürfen wir nicht schwächer werden, sondern wir müssen noch besser werden, wenn es um den Einsatz unserer Soldaten etwa bei Katastrophen – ich nenne als Beispiel Hochwasser oder Schneekatastrophen – geht, wenn sie Unterstützung geben und, wie es in den letzten Jahren immer wieder gesche-

hen ist, den Bundesländern zur Hilfe kommen. Auch hierfür brauchen wir künftig unsere Soldatinnen und Soldaten. Das ist eine wesentliche Säule.

Ein weiterer Punkt betrifft das breite Einsatzspektrum. Wir müssen uns fragen, ob wir all dem angesichts der Strukturen, der Verfahren und der Prozesse gerecht werden. Es wurde leider deutlich, dass wir unsere Leistung nicht mehr erbringen können, sondern bereits über Kante genäht sind. Das Beispiel, das ich oft genannt habe, ist Ihnen allen bekannt. Wenn wir bei 252.000 Soldaten lediglich 7.000 Soldaten in den Einsatz schicken können und dabei schon über Kante genäht sind, dann ist das nichts, was einem die Tränen der Euphorie in die Augen treibt. Das zeigt, was man verbessern muss und was man verbessern kann. Wir haben uns gefragt, was wir mindestens leisten können müssen, wie viel erstklassiges Personal, wie viel erstklassige Ausrüstung und Infrastruktur wir brauchen, um diesem Aufgabenspektrum gerecht werden zu können. Der Generalinspekteur der Bundeswehr hat eine Einschätzung vorgelegt, die zuerst einmal vielen den Angstschweiß auf die Stirn getrieben hat, weil er Minimalanforderungen aufgezeigt hat. Er hat von 163.500 Soldaten gesprochen. Ich kann nur sagen: Das ist eine Zahl, die niemals unterschritten werden darf; denn ich persönlich wünsche mir mehr Soldaten, die uns künftig zur Verfügung stehen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir diese aber wollen, müssen wir den Soldaten – in dieser Hinsicht bin ich für viele Hinweise dankbar, die von unseren Fachpolitikern gekommen sind – eine saubere Perspektive bieten. Wir müssen den Dienst so attraktiv ausgestalten, dass eine genügende Zahl von Soldaten zur Verfügung steht. Wir müssen auch dafür sorgen, dass eine dauerhafte und verlässliche finanzielle Unterfütterung gewährleistet ist. Dieser Herausforderung, vor der wir stehen, können und werden wir uns mit Kraft annehmen. Das ist unser Ausgangspunkt jetzt im Herbst dieses Jahres nach einer intensiven Diskussion.

Gleichzeitig entbrannte die Debatte über die Wehrpflicht. Gestatten Sie mir dazu noch einige Worte. Diejenigen, die mich kennen, wissen, dass ich zu den wohl glühendsten Verfechtern der Wehrpflicht nicht nur zählte, sondern auch weiterhin zähle. Ich bin auch überzeugt davon, dass wir von der Union, was das Erfolgsmodell Wehrpflicht in den letzten Jahrzehnten betrifft, uns von den Besserwissern dieser Tage nicht die Butter vom Brot nehmen lassen sollten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sollten vielmehr auf das Erfolgsmodell verweisen und deutlich machen, welch ein Glücksfall die Wehrpflicht in diesem Land war. Die Wehrpflicht hat einiges in den ersten Jahrzehnten geleistet und für eine Verbindung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft gesorgt. Die Bundeswehr wurde „Schule der Nation“ genannt. Die Wehrpflicht hat mit dafür gesorgt, dass alle Gesellschaftsschichten in der Bundeswehr vertreten waren. Sie kann viele Verdienste für sich

in Anspruch nehmen. Wenn mir jemand vor einem Jahr prophezeit hätte, dass ich einmal vor der Situation stehe, über die Aussetzung der Wehrpflicht zu debattieren, dann hätte ich ihn, so glaube ich, unter wüsten Beschimpfungen aus dem Raum gejagt. Es war für mich unvorstellbar, dass diese Frage überhaupt auf uns zukommen könnte. Die Frage ist, wie es soweit kommen konnte, dass wir jetzt darüber diskutieren müssen und an einem solchen Abend wie heute sogar darüber abstimmen, wie es künftig mit der Wehrpflicht weitergeht. Das hat etwas damit zu tun, dass sich die Realitäten nicht erst in den letzten zwei Jahren entwickelt haben. Es handelt sich vielmehr um einen Entwicklungsprozess, der in den letzten 20 Jahren abgelaufen ist. Wir müssen den Realitäten ins Auge blicken. Wir haben möglicherweise vor manchen dieser Realitäten die Augen verschlossen. Ich kann für mich sagen: Ich habe das getan. Ich war noch bis vor kurzem in der CSU für Wahlprogramme im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlich und habe Grundsatzprogramme in der Außen- und Sicherheitspolitik mitverantwortet, ohne mich diesen Fragen – das sage ich für mich – zu stellen, obwohl sie sich schon vor einigen Jahren abzeichneten.

Das sind Fragen, die den Themenkomplex der Wehrpflicht betreffen. Es ist unsere Grundverantwortung, uns damit auseinanderzusetzen. Von den Soldatinnen und Soldaten kommen die Signale schon sehr viel länger. Wir haben die Diskussion in diesem Jahr aufgegriffen, und zwar mit viel Verantwortung, wie ich glaube. Was sind diese Realitäten? Den meisten von Ihnen sind sie bekannt, weil wir sie in unterschiedlichsten Kreisen diskutiert haben. Nehmen wir den Zeitraum der vergangenen 20 Jahre. Vor 20 Jahren wurden noch 60 Prozent der jungen Männer eines Jahrgangs eingezogen, vor zehn Jahren waren es noch 40 Prozent. In diesem Jahr sind es gerade einmal rund 16 Prozent. Das zeigt die Entwicklung, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat. Es mag richtig sein, dass es eine marginale Verbesserung aufgrund der demografischen Entwicklung geben kann, aber sie wird nicht dazu führen, dass wir wieder ähnliche Zahlen wie vor 20 Jahren erreichen werden. Das ist ein Punkt, der von vielen unter dem Stichwort Wehrgerechtigkeit diskutiert wird. Aber das ist nicht der maßgebliche Aspekt. Ein zweiter Aspekt, der hinzukommt ist folgender: Wenn ein junger Mann heute nicht mehr zur Bundeswehr will – das wird deutlich, wenn man sich umhört, dann geht er dort auch nicht mehr hin. Das ist mittlerweile die Realität. Wir können uns glücklich schätzen, wenn sich ein solcher junger Mann überhaupt noch für den Zivildienst entscheidet. Mittlerweile weiß man in jeder Schulklasse, wie man sich um beide Dienste drückt. Oft entscheiden sich junge Menschen für etwas anderes als den Dienst an der Gesellschaft.

Was bieten wir diesen jungen Männern, die sich mittlerweile de facto freiwillig dazu entschließen, zur Bundeswehr zu kommen? Wir haben ihnen irgendwann einmal 18 Monate Wehrdienst geboten, dann haben wir ihnen 15 Monate geboten, dann zwölf Monate, dann zehn Monate, dann neun Monate; heute bieten wir ihnen sechs Monate. Wir müssen uns hier die Fragen stellen – eigentlich mussten wir das auch schon bei einer Dienstzeit von neun Monaten

tun – was bringen diese sechs Monate eigentlich dem jungen Menschen? Was bringen sie dem Dienstherrn? Wenn man den Gedanken einmal weiterspinnt und sich die Frage stellt, was man mit einem jungen Menschen, der eine sechsmonatige Ausbildung hinter sich hat, machen will, wenn man ihn vielleicht in zehn oder fünfzehn Jahren einberuft, dann muss man schon ein gerüttelt Maß Fantasie mitbringen, um eine sinnvolle Tätigkeit auszumachen.

(Beifall)

Das ist ein Punkt, den wir zumindest zu betrachten haben und der ebenso zu berücksichtigen ist, wenn wir eine verfassungsrechtliche Begründung, also eine sicherheitspolitische Begründung dafür zu geben haben, dass wir junge Menschen einziehen. Wir müssen begründen, warum es sicherheitspolitisch unumgänglich und geboten ist, dass wir junge Menschen der Wehrpflicht unterwerfen. Dafür muss man begründen können, dass diese sechs Monate Dienst sicherheitspolitisch unumgänglich sind und weder von Freiwilligen noch von Zeit- und Berufssoldaten ebenso gut oder besser geleistet werden können.

Meine Damen und Herren, ich habe diese Begründungsmuster eigentlich angelegt, um die Wehrpflicht in der gegebenen Form zu erhalten, weil ich eigentlich so intensiv von ihrer Richtigkeit überzeugt war und bin. Trotz vieler sehr dienlicher und bester Hinweise konnten wir aber diese sicherheitspolitischen Gründe im Sinne unserer Verfassung anführen, ohne höchstes Risiko zu fahren, nicht verfassungsfest zu argumentieren. Ich bin für zahlreiche Hinweise dankbar: vom Kollegen Schünemann aus Niedersachsen, vom Kollegen von Boetticher aus Schleswig-Holstein, vom Kollegen Weinberg aus Hamburg und von vielen anderen. Die Arbeitsgruppe Verteidigung der Bundestagsfraktion hat sich enorm in diese Debatte eingebracht. Wir kamen letztlich zu dem Schluss, dass wir bei einer Dienstzeit von sechs Monaten – eigentlich schon bei einer Dienstzeit von neun Monaten – keine sicherheitspolitische Begründung anführen können, ohne in ein wirkliches Problem hineinzusteuern. Das ist ein Aspekt, der zu sehen ist.

Dann haben wir gesagt, dass wir Wehrpflichtige brauchen, um darauf aufbauen zu können, um regenerieren zu können, um die künftigen Zeit- und Berufssoldaten zu ziehen. Das ist ein maßgebliches und wichtiges Argument. Selbst das, liebe Freunde, hielt einer vertieften Prüfung nicht stand. Ich habe das Beispiel mehrfach genannt: Von heute 60.000 Wehrpflichtigen rekrutieren wir heute etwa 8.000 Berufs- und Zeitsoldaten. Zu dem Zeitpunkt, als ich diese Zahl erfuhr, habe ich endlich gedacht: Jetzt können wir die Wehrpflicht halten, denn das ist im Grunde ein sicherheitspolitisches Argument. Dann haben wir allerdings festgestellt – die Zahl kannte davor auch niemand von uns – dass wir für die Ausbildung der Wehrpflichtigen zugleich 10.000 Berufs- und Zeitsoldaten brauchen. Das heißt im Umkehrschluss: Wenn wir unsere Wehrpflichtigen nur noch ziehen, damit sie das Rekrutierungspotenzial ihrer eigenen Ausbilder bilden, dann haben wir ein zusätzliches Problem.

All das sind keine schönen Zahlen; es sind ernüchternde Zahlen, mit denen man sich eigentlich nicht befassen will, wenn man eine Tradition hat, wie wir sie haben. Insbesondere ist es nichts, das sich leicht lösen ließe, indem man sagt: Wir kümmern uns nicht mehr darum; das kann in den nächsten Jahren jemand anderes übernehmen. Es wird deutlich, dass wir jetzt dringenden Handlungsbedarf haben, weil wir sonst irgendwann nicht mehr politisch gestalten, sondern von Gerichten gestaltet werden. Damit würden wir, um es einmal deutlich zu sagen, unserer Verantwortung gegenüber den Soldaten, aber auch gegenüber der Bevölkerung nicht gerecht werden. Das ist nicht der Ansatz, den wir wählen dürfen.

(Beifall)

Deswegen war die Grundfrage letztlich: Wie kommen wir einem Grundgedanken näher, der uns als Union kennzeichnet? Das ist der Gedanke, von dem ich zutiefst überzeugt bin – um es in aller Klarheit zu sagen – es hat noch keinem jungen Menschen geschadet, wenn er einmal einen Dienst an dieser Gesellschaft und an diesem Staat geleistet hat.

(Beifall)

Es hat selbst mir nicht geschadet; das bezeugt meine Frau bis heute. Damals dauerte der Wehrdienst aber noch ein Jahr; ich konnte ein paar Monate dranhängen. Es war eine Zeit, in der man sagen konnte: Das Jahr war bestens genutzt. Dabei muss ich heute auch sagen: Man müsste an gewisse Dinge dreimal zurückdenken, um sie wieder im Kopf zu haben. Das gilt aber auch für ganz andere Dinge.

Vor diesem Hintergrund war die Frage: Wie können wir dem Gedanken des Dienstes an der Gesellschaft Rechnung tragen? Auch hier gab es gute und hilfreiche Ansätze, die ich alle bis aufs letzte Detail zu überprüfen versucht habe, weil uns auch hier die Frage wichtig war: Wie können wir möglichst viele junge Menschen dafür gewinnen, diesen Dienst zu tun? Wenn wir einmal ganz ehrlich sind, dann erkennen wir: Der Wehrdienst und der Zivildienst, wie sie sich heute gestalten, verleiten im Grunde mehr junge Menschen zum Drückebergertum als dazu, dass sie tatsächlich einen sinnvollen Dienst machen. Deswegen ist es so nicht haltbar.

(Beifall)

Deswegen musste ohnehin eine Alternative geschaffen werden, aber nicht die Alternative eines Verfassungsgerichtes, bei der plötzlich das Fallbeil heruntersaust, sondern eine Alternative, die tatsächlich trägt. Dann kam die für mich zunächst einmal sympathische Idee: Warum führen wir nicht eine allgemeine Dienstpflicht ein, die alle umfassen würde, alle jungen Männer und alle jungen Frauen?

(Vereinzelt Beifall)

Viele haben gesagt, dass wir darüber nachdenken sollten. Es gab Vorschläge, die das ein wenig abgestuft haben: Herr Schünemann hat einen Vorschlag gemacht, Herr Weinberg hat einen

Vorschlag gemacht, andere auch. Wir hatten diese Vorschläge zu überprüfen, erstens auf ihre verfassungsrechtliche Belastbarkeit, auf die Frage hin, ob sich da Kompetenzen überschneiden, und Ähnliches. Unabhängig davon, dass es hierfür einer Verfassungsänderung bedurfte, zu der es in der jetzigen Konstellation realistischerweise nicht kommen wird, und es einige gibt, die völkerrechtliche Zweifel haben und sagen, das sei Zwangsarbeit, waren wir mit der Frage befasst: Wie können wir 700.000 junge Menschen pro Jahr in eine sinnvolle Tätigkeit bringen, ganz unabhängig davon, was das kosten würde? Lieber Herr Kollege Schäuble, wir würden angesichts dessen, was uns das abfordern würde, wahrscheinlich nicht mehr jubeln. Deswegen kamen wir leider – ich sage bewusst: leider – zu dem Beschluss, dass ein solcher Weg nicht gangbar ist. Wir haben uns gefragt: Wie können wir trotzdem dem Gedanken Rechnung tragen, keine Drückebergerkultur in diesem Lande zu etablieren, wenn man eben eine Kultur, in der junge Menschen sagen: Ja, ich will mich für diesen Staat und für diese Gesellschaft einsetzen. Ich glaube, dass wir diesen Grundgedanken in den Jahrzehnten, vor denen wir jetzt stehen, dringend brauchen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen haben wir gesagt – das entspricht auch meinem christlichen Menschenbild sehr – wenn ein solcher Dienst schon nicht unter Verpflichtung möglich ist, dann ist es im Grunde sogar noch besser, wenn Menschen freiwillig bereit sind, einen solchen Dienst zu tun. Dann muss der Dienst aber auch Sinn machen. Sechs Monate Wehrdienst machen im Vergleich zu dem, was einmal war, keinen Sinn, neun Monate im Grunde auch nicht.

(Beifall)

Wir brauchen im Grunde wieder einen Dienst von einem Jahr und aufwärts; dann haben der Dienstherr und der junge Mensch etwas davon. Dieses Jahr muss dann aber so ausgestaltet sein, dass der junge Mensch, wenn er das Jahr beendet, besser ausgebildet und qualifiziert ist als zu dem Zeitpunkt, zu dem er in diese Tätigkeit eingetreten ist. Dann muss dieses Jahr, dann müssen die Monate, die man dranhängt, so ausgestaltet sein, dass jemand – das ist ein ganz wichtiger Gedanke; wir können daraus einen politischen Auftrag für uns formulieren – der sich nach einem freiwilligen Dienst an der Gesellschaft – sei es der Zivildienst, liebe Kristina Schröder, oder bei der Bundeswehr – bei einem Arbeitgeber oder für ein Studium bewirbt, keinen Nachteil erleidet, sondern dadurch einen Vorteil im Leben hat. Darauf kommt es letztlich an. Das haben wir zu gewährleisten.

Es ist unser Auftrag, sich dieser Frage zu widmen. Deswegen haben wir den Dienst so attraktiv auszugestalten, dass wir die Zahl Freiwilliger gewinnen, die wir brauchen. Wir haben derzeit erstaunlicherweise am wenigsten Nachwuchssorgen bei den im Vergleich unattraktiven Freiwilligendiensten. Bei allen Schwierigkeiten, die von vielen formuliert wurden, bei all den Vergleichen mit Nachbarländern, in denen positive und negative Erfahrungen gesammelt wurden – man kann aus den Fehlern lernen und positive Beispiele aufgreifen –, haben wir gesagt: Das

geht, das ist machbar; das ist ein Weg, den wir beschreiten wollen, weil er letztlich eine Chance für unsere Gesellschaft bietet, im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft, im Sinne des Grundsatzes: Tue etwas für dein Land und tue es von Herzen gerne, weil es dir als junger Mensch und deinem Land etwas nutzt. Dieses Denken muss man im Grundsatz verankern, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dafür brauchen wir abschließend eine entsprechende, belastbare Grundlage. Wir müssen auch den Anspruch haben, nicht die Fehler vergangener Reformen zu wiederholen. Es darf am Ende nicht an einer belastbaren Finanzierung mangeln. Ich glaube, dieses Jahr hat eines gezeigt: Wir dürfen in diesem Land keine Bundeswehr nach Kassenlage haben.

(Beifall)

Wir brauchen keine Bundeswehr, die sich darüber definiert, was wir uns noch leisten können. Es geht darum, was uns die Sicherheit in diesem Land wert ist. Das ist die Grundfrage, um die es geht.

(Beifall)

Unter Berücksichtigung dieses Anspruchs müssen wir uns ein Fundament schaffen, das so belastbar ist, dass es uns trägt. Wir brauchen noch etwas, das in den letzten Jahren versäumt worden ist, für uns als Union aber ganz wichtig ist: Wir dürfen unsere Reservisten in unserem Land nicht am langen Arm verhungern lassen.

(Beifall)

Unsere Reservisten sind ein ganz wesentliches Bindeglied zwischen Gesellschaft und Bundeswehr. Sie brauchen mehr Aufgaben und Verantwortung, und diese wollen wir ihnen auch übertragen. Der Heimatschutz muss so gewährleistet werden, wie ich es Ihnen gerade dargestellt habe. Letztlich ist noch eines wichtig, wenn die Entscheidungen anstehen und es um die Standortfragen geht, die viele von Ihnen beschäftigen. Nach meiner Überzeugung kann es in der Standortfrage nicht die Lösung geben, die einige propagieren, dass wir 10 bis 15 Großstandorte in diesem Land haben, weil das wirtschaftlich ist; denn wir brauchen weiterhin Standorte in der Fläche.

(Beifall)

Wir brauchen diesen Bezugspunkt und müssen dafür sorgen, dass diese Brücke gewährleistet ist. Daran arbeiten wir mit Verantwortung.

Zum Punkt Reformnotwendigkeit. Wie sieht es derzeit mit der Wehrpflicht aus? Ist sie so haltbar? Unsere Frau Bundeskanzlerin hat heute schon darauf hingewiesen, dass wir nicht das ma-

chen werden, was sich einige wünschen. Wir werden die Wehrpflicht nicht komplett beerdigen und aus dem Grundgesetz streichen. Sie hat im Grundgesetz zu bleiben. Die jungen Männer haben auch weiterhin erfasst zu werden. Die jungen Männer bleiben auch vom Status her Wehrpflichtige. Wer weiß, wie sich die Welt in 10, 15 oder 20 Jahren entwickelt? Es muss auch dann eine einfache Form geben, die Wehrpflicht auf einfacher gesetzlicher Grundlage und nicht durch eine Verfassungsänderung wieder aufleben zu lassen. Das unterscheidet uns auch von jenen, die die Wehrpflicht aus ideologischen Gründen einfach beerdigen wollen. Das wollen wir nicht.

(Beifall)

Die Grundlage all dieser Betrachtungen ist die Notwendigkeit, in der Sicherheitspolitik und mit Blick auf die Bundeswehr den Realitäten ins Auge zu blicken. Wir alle gemeinsam haben in diesem Jahr versucht, einen Schritt vorwärts zu machen. Das gilt für alle Aspekte unserer Sicherheitspolitik. Das gilt beispielsweise für den Afghanistan-Einsatz, dessen Verlängerung bald ansteht, das gilt aber auch dafür, wie wir den Alltag unserer Soldaten betrachten. Ich glaube, es war wichtig, dass wir über den Afghanistan-Einsatz realistische Betrachtungen angestellt und eine sachliche Diskussion geführt haben. Ohne die Klarstellung, dass es in Afghanistan zumindest kriegsähnliche Zustände gibt oder sogar Krieg herrscht, wären wir nicht dazu gekommen, eine Debatte über die Ausrüstung, Ausstattung und die notwendige Unterstützung zu finden. Es war notwendig, das zu tun.

(Beifall)

Wir wären nicht dazu gekommen, ihnen endlich – das beansprucht jetzt ein anderer für sich, das soll er ruhig machen – die Rechtssicherheit zu geben, die sie im Einsatz brauchen. Es war doch ein absurder Zustand, dass unsere Soldaten, wenn sie mandatsgemäß von ihrer Waffe Gebrauch machten, befürchten mussten, hier nach Polizei- oder Strafrecht abgeurteilt zu werden. Ein verrückter Zustand ist das gewesen.

(Beifall)

Deswegen kommt dieser realistischen Betrachtung des Einsatzes so viel Gewicht zu. Es sind die Soldaten, die uns als Union zurufen: Übernehmt Verantwortung für unsere Zukunft! Gebt uns eine Perspektive! Verändert das, was verändert werden muss! Schaut euch unsere Realität an!

Ich danke jenen, die mich nach Afghanistan begleiten und sich vor Ort ein Bild vom Einsatz machen. Auch das gehört dazu. Einige quengeln jetzt: Der Guttenberg, der kriegslüsterne Minister. – Es gehört sich, dass der Minister sich die Dinge vor Ort anschaut und nicht vom Schreibtisch aus entscheidet. Wo kommen wir denn da hin?

(Beifall)

Deswegen ist all das, was wir Ihnen heute vorstellen, ein Wunsch, der aus der Truppe heraus wächst. Wir, die wir die Partei der Bundeswehr, die Partei der äußeren und inneren Sicherheit sind, sollten diesen Auftrag annehmen und die Verantwortung tragen. Ich bitte diesbezüglich um Unterstützung und auch um das notwendige Vertrauen, damit wir uns verantwortungsvoll dieser schwierigen Fragen annehmen. Das ist ein Vertrauen, das ich nicht enttäuschen will. Ich will das mit der Ernsthaftigkeit angehen, die bereits in den vergangenen Monaten eine Rolle gespielt hat und die auch künftig das Fundament für unsere Bundeswehr, das wir gemeinsam legen wollen, sein soll.

Herzlichen Dank für die Unterstützung bisher. Gottes Segen und alles Gute. – Danke sehr.

(Anhaltender Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde! Zwei klare Konsequenzen aus der Rede von Karl Theodor zu Guttenberg: Erstens. Wir haben einen exzellenten Verteidigungsminister. Zweitens. Die CDU ist jederzeit aufnahmebereit.

(Beifall)

Apropos CSU. Wir freuen uns, dass heute der Chef der CSU-Landesgruppe und der erste stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans-Peter Friedrich bei uns ist.

(Beifall)

Wir freuen uns, dass Manfred Weber, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der EVP-Fraktion, bei uns ist.

(Beifall)

Ich habe den Generalsekretär der CSU nicht gesehen. Falls er da sein sollte, ist auch er herzlich willkommen.

(Beifall)

Auch wenn wir ihn heute Mittag schon einmal begrüßt haben, so freue ich mich, im Zusammenhang mit der Beratung des Bundeswehrantrages noch einmal den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus, zu begrüßen. Ich freue mich ebenso, den Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, Oberst Kirsch, bei uns begrüßen zu dürfen.

(Beifall)

Die Mitglieder des Bundesvorstandes sind gewählt worden. Es gibt keine Stichwahl. Ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt.

Auf Platz 1: Tanja Gönner mit 816 Stimmen; das sind 87,55 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 2: Christian Baldauf mit 809 Stimmen; das sind 86 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 3: Franz Josef Jung mit 781 Stimmen; das sind 83 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 4: Arnold Vaatz mit 779 Stimmen; das sind 83 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 5: Michael Meister mit 769 Stimmen; das sind 82 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 6: Arnim Laschet mit 750 Stimmen; das sind 80 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 7: Dr. Reiner Haseloff mit 749 Stimmen; das sind 80 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 8: Ingrid Fischbach mit 747 Stimmen, 80 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 9: Godelieve Quisthoudt-Rowohl mit 744 Stimmen; das sind 79 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 10: Elmar Brok mit 741 Stimmen; das sind 79 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 11: Professor Dr. Dagmar Schipanski mit 723 Stimmen; das sind 77 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 12: Professor Dr. Otto Wulff mit 719 Stimmen, das sind 77 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 13: Emine Demirbüken-Wegner mit 712 Stimmen; das sind 76 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 14: Maria Michalk mit 708 Stimmen; das sind 75 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 15: Thomas Strobl mit 701 Stimmen; das sind 75 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 16: Dr. Johann Wadephul mit 698 Stimmen; das sind 74 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 17: Michael Fuchs mit 660 Stimmen; das sind 70 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 18: Ingrid Sehrbrock mit 656 Stimmen, das sind 70 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 19: Mike Mohring mit 651 Stimmen; das sind 69 Prozent. Auf Platz 20 ist Ursula Heinen-Esser mit 624 Stimmen; das sind 66 Prozent. Auf Platz 21 ist Hendrik Wüst mit 622 Stimmen; das sind 66 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Auf Platz 22 ist Dr. Regina Görner mit 614 Stimmen; das sind 65 Prozent. Auf Platz 23 ist Lorenz Caffier mit 610 Stimmen; das sind 65 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Auf Platz 24 ist Hubert Hüppe mit 600 Stimmen; das sind 64 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Auf Platz 25 ist Axel Fischer mit 592 Stimmen; das sind 63 Prozent. Auf Platz 26 ist Peter Jacoby mit 588 Stimmen; das sind 63 Prozent. Leider nicht gewählt wurden Dieter Dombrowski mit 586 Stimmen – das sind 62 Prozent – Frank Gotthardt mit 505 Stimmen – das sind 54 Prozent und Peter Wichtel mit 440 Stimmen – das sind 47 Prozent.

Ich frage den Parteitag – und bitte um absolute Ruhe –, ob einer der glücklich Gewählten die Wahl nicht annimmt. – Ich höre nichts. Dann gratulieren wir den Gewählten. Der Wahlgang ist damit positiv abgeschlossen.

(Beifall)

Insgesamt wurden 947 Stimmen abgegeben, 15 waren ungültig, keiner hat sich enthalten. Gültig waren 932 Stimmen. Die erforderliche Mehrheit betrug 467. So viel der Korrektheit halber.

Nun freuen wir uns auf die Rede der Familienministerin zum Zivildienst und zur Zukunft der Freiwilligendienste. Das Wort hat Bundesministerin Kristina Köhler.

(Beifall)

Kristina Schröder, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Lieber Herr Hintze, ich heiße inzwischen Schröder, höre aber immer noch gerne auch auf Köhler. Das ist gar kein Problem, gerade in der Union.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Ich wollte nur testen, ob es noch klappt.

Kristina Schröder, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Liebe Parteifreunde! Generationen von jungen Männern haben im Zivildienst das erste Mal in ihrem Leben erfahren, was es heißt, Verantwortung für andere zu übernehmen. Einer von ihnen hat darüber kürzlich im „Zeit“-Magazin berichtet. Ich zitiere:

Ich war 19 Jahre alt und hatte noch nie in meinem Leben gearbeitet. Ich hatte nie mit älteren Menschen zu tun gehabt. Ich wusste nichts von Krankheit, Schmerzen, Hilflosigkeit, Leid und auch nichts vom Tod.

Eine Lehre in Sachen Menschlichkeit und Fürsorge sei der Zivildienst für ihn gewesen, so der Autor, der erste Realitätscheck für einen etwas verweichlichten Gymnasiasten, so schreibt er selbst.

Dieser Realitätscheck in Sachen Menschlichkeit und in Sachen Verantwortung für andere hat bis heute in Deutschland mehr als 2,5 Millionen Männer geprägt: in Behindertenwerkstätten, Altenheimen, Krankenhäusern, im Rettungsdienst, in der ambulanten Pflege, im Umweltschutz, in Kindergärten und in Schulen für Menschen mit Behinderungen. In mehr als 37.000 sozialen und karitativen Einrichtungen haben oft sehr behütet aufgewachsene junge Männer das Leben von einer anderen Seite kennengelernt. Gebraucht zu werden und helfen zu können, das macht stolz und demütig zugleich. Das verändert den Blick auf das Leben und lehrt, Kranken und Schwächeren mit Anstand und Respekt zu begegnen. Die Sozialkompetenzen, die man hier erlernt, werden neudeutsch Softskills genannt, seitdem sich herumgesprochen hat, wie wichtig diese Kompetenzen im Berufsleben sind.

Der Zivildienst hat aber nicht nur junge Männer geprägt, sondern auch unsere Gesellschaft. Es wurde ein dichtes Netz der Fürsorge geknüpft, ein tragender Pfeiler für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Der ersatzlose Wegfall dieses Engagements hätte gravierende Auswirkungen nicht nur für die soziale Infrastruktur, sondern für unsere Gesellschaft insgesamt.

Wir Christdemokraten sind die Einzigen, die ohne Wenn und Aber zum Zivildienst stehen und Danke sagen, Danke den vielen Einrichtungen, die den Zivis so viel für das Leben mitgegeben haben, Danke aber vor allen Dingen den Zivis selbst, die in oft schwierigen Einsätzen ihren Dienst gemeistert haben und damit vielen, vielen Menschen geholfen haben.

(Beifall)

Doch war uns immer klar, dass der Zivildienst nicht mehr und nicht weniger ist als Wehrersatzdienst. Das heißt, wenn die Wehrpflicht ausgesetzt wird, dann muss am selben Tag der Zivildienst ausgesetzt werden. Natürlich hätte ich um des Zivildienstes Willen gegen eine Aussetzung der Wehrpflicht kämpfen können. Ich habe das aber nicht getan und werde es auch nicht tun, weil es falsch ist. Die Wehrpflicht kann nicht über den Zivildienst begründet werden. Wenn es keine verteidigungspolitische Begründung mehr für die Wehrpflicht gibt, dann gibt es auch keine Begründung für einen verpflichtenden Zivildienst, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dann müssen wir aber darüber reden, welche anderen Möglichkeiten es gibt, wenn wir eine große Zahl von Menschen für das bürgerschaftliche Engagement gewinnen wollen. Wir sind uns einig: Jeder profitiert davon, sich eine Zeit lang für sein Land zu engagieren. Das kann, ganz nebenbei bemerkt, auch in einer Partei sein. Wir müssen deshalb viel mehr Menschen als bisher die Chance geben, einen Freiwilligendienst zu leisten, wenn wir den Zivildienst aussetzen. Deswegen wird das unsere große Herausforderung sein: Ab jetzt müssen wir die Menschen von einem solchen freiwilligen Zivildienst überzeugen.

Wir hatten in den vergangenen Wochen eine lebhafte Debatte darüber, wie man dieses Ziel am besten erreichen kann. Wir haben diese Debatte mit allen Beteiligten geführt und intensiv nach Wegen gesucht, Kosten und Risiken abgewogen und uns vor allen Dingen immer gefragt, was vor Ort wichtig ist. Wir haben mit den Vertretern der Länder gesprochen und den Wohlfahrtsverbänden, mit den Trägern des Zivildienstes und des Freiwilligen Sozialen Jahres und des Freiwilligen Ökologischen Jahres. Ich denke, wir haben gemeinsam ein Konzept entwickelt, das in der Sache richtig und konsensfähig ist. Wir wollen zum einen die Vielfalt der bestehenden Freiwilligendienste erhalten. Deshalb wollen wir auch künftig jeden Freiwilligen und jede Freiwillige in FSJ oder FÖJ mit Bundesmitteln fördern. Dafür werden wir die Förderpauschale für das FSJ fast verdreifachen. So soll es mit jeder anderen Form des bundesweiten Zivildienstes konkurrenzfähig werden.

(Beifall)

Zum anderen wollen wir ergänzend dazu einen Bundesfreiwilligendienst, also eine Art Freiwilligenzivildienst für Männer und Frauen aller Generationen einführen. Dieser Punkt ist mir ganz besonders wichtig. Ich bin der festen Überzeugung, dass gerade bei den über 65-Jährigen ein riesiges Potenzial besteht. Zum Glück sind die meisten über 65-Jährigen gesundheitlich in einer sehr guten Situation. Sie wollen sich auch engagieren; sie wollen etwas für ihre Familie, für ihr Umfeld, aber auch für die Gesellschaft tun. Da liegt ein Schatz, der zu heben ist, meine Damen und Herren. Wir müssen nur Fantasie haben, um diesen Schatz zu heben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben ein Modell entwickelt, das jede negative Konkurrenz ausschließt und das gleichzeitig der Finanzierungskompetenz des Bundes Rechnung trägt; denn eine umfassende eigene Finanzierungskompetenz hat der Bund nur für einen Freiwilligendienst in Bundesverwaltung. Unser Modell ist verwaltungsarm und vermeidet Doppelstrukturen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit einem Bundesfreiwilligendienst die Freiwilligendienste in Deutschland insgesamt stärken und ausbauen können.

Viele Länder, vor allen Dingen diejenigen, in denen die CDU und die CSU Regierungsverantwortung tragen, engagieren sich bereits jetzt mit eigenen Programmen, mit eigenen Ideen und mit eigenem Geld für die Freiwilligen. Das sind die Freiwilligendienste der Länder. Herr Beck wollte das alles mit einem Federstrich wegwischen und komplett auf den Bund übertragen. Da sage ich: Nicht mit der CDU.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist doch absurd, bis zum nächsten Sommer sämtliche Freiwilligendienste plattmachen zu wollen und ein komplett neues Bundesprogramm auflegen zu wollen, und zwar eines, mit dem sichergestellt werden soll, dass das FÖJ genauso im Wattenmeer wie im Bayerischen Wald funktioniert. So geht es eben nicht. Deshalb wollen wir die bewährten und die gewachsenen Strukturen erhalten. Wir wollen dieses Engagement durch einen zusätzlichen Bundesfreiwilligendienst stärken.

Entscheidend für den Erfolg dieser Umstellung wird natürlich sein, dass wir viele Menschen, Jüngere und Ältere, für einen Bundesfreiwilligendienst gewinnen. Da gibt es viele gute Ideen: Werbekampagnen und Anrechnung auf Wartesemester für die Uni. In den Freiwilligendiensten der Länder gibt es sehr kluge Modelle. Man hat zum Beispiel die Möglichkeit, im Rahmen eines Freiwilligendienstes seinen Schulabschluss zu machen. Auch das können wir für die Bundesebene übernehmen. Es gibt auch noch Ideen, die Regelungen in Bezug auf Rentenpunkte beinhalten. Über jede dieser einzelnen Ideen werden wir sehr genau nachdenken müssen.

Ich bin davon überzeugt: Entscheidend ist die persönliche Ansprache vor Ort. Weil ich genau weiß, wie wichtig vielen von Ihnen das Engagement gerade junger Menschen für das Gemeinwohl ist, bitte ich Sie herzlich um Ihre Unterstützung. Den ehemaligen Zivis – es gibt bestimmt welche in diesem Saal –, den ehemaligen FÖJlern und FSJlern sage ich: Erzählen Sie von Ihren Erfahrungen! Teilen Sie Jüngeren mit, was Sie erlebt und was Sie gelernt haben! Machen Sie ihnen klar, wie wichtig und wie gut solch ein Jahr war! Sprechen Sie auch als Kommunalpolitiker mit den Geschäftsführungen der Sozialeinrichtungen in Ihren Kommunen und Kreisen! Denn wir brauchen deren Kreativität und deren Eigeninitiative, um Freiwillige zu gewinnen.

Es darf kein Sozialpraktikum ohne Abschlussgespräch und die Frage „Sehen wir uns in zwei Jahren wieder?“ geben. Es darf keine Adventsfeier im Altenheim ohne die Frage „Hat Ihr Enkel schon einmal überlegt, bei uns einen Freiwilligendienst zu machen?“ geben. Es darf keinen Vereinsabend geben, bei denen nicht der 64-jährige zukünftige Rentner die Frage gestellt bekommt: „Hast du dir auch schon einmal überlegt, mit 65 Jahren ein halbes Jahr Zivildienst dranzuhängen?“

Warten wir nicht, bis die letzte Detailregelung im Bundesgesetzblatt steht und bis der letzte Zuwendungsbescheid unterschrieben ist! Fangen wir heute an! Wir alle sind gefordert, wenn wir die Idee des Zivildienstes erhalten wollen und wenn wir möglichst viele Menschen dafür gewinnen wollen, sich Zeit für Verantwortung zu nehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Es entspricht unserem christlich-demokratischen Politikverständnis, dass wir dabei auf staatlichen Zwang verzichten. Wir trauen den Menschen zu, sich aus eigener Motivation heraus zu engagieren. Dafür brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen und dafür brauchen wir geeignete Möglichkeiten.

Reden wir also mit den jungen und mit den älteren Menschen! Gewinnen wir sie für die Freiwilligendienste! Überzeugen wir sie davon, dass es sich lohnt, sagen zu können: Ich habe gedient. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Frau Dr. Schröder, herzlichen Dank für Ihre Rede zu diesem wichtigen Aspekt unserer Debatte.

Ich möchte Sie jetzt gerne unterrichten, wie wir mit der Thematik weiter umgehen. Wir haben jetzt eine allgemeine Aussprache zu den Themen Wehrdienst und Anschluss an den Zivildienst mit Rednern Pro und Kontra. Wir werden dann in die eigentliche Antragsberatung einsteigen. Ihnen liegt ja der Initiativantrag E des Bundesvorstandes zur Zukunft der Bundeswehr vor. Die Änderungsanträge und die Vorschläge der Antragskommission, wie jeweils mit den Anträgen umzugehen ist, liegen Ihnen ausgedruckt auf dem Tisch vor.

Ich nenne jetzt die nächsten Redner, damit sie sich auf ihre Wortmeldung einstellen können. Es wäre schön, wenn alle versuchen, mit ihrer Redezeit im Rahmen von drei Minuten zu bleiben, damit wir durch den heutigen Abend kommen. Zur Information für die Delegierten: Wir wollen uns dann nach der Beratung und Verabschiedung des Bundeswehrkonzeptes für heute Abend nur noch den zweiten Schwerpunkt inhaltlicher Natur des heutigen Tages, nämlich die Beratung der PID-Fragestellung, vornehmen. Alle sonstigen Anträge wollen wir morgen weiter beraten. Ich sage dies, damit jeder weiß, wie der Ablauf ungefähr ist.

Jetzt rufe ich die nächsten drei Redner auf: Professor Dr. Korte, Christian von Boetticher und dann den Kollegen Beck. Zuerst Professor Korte, bitte.

Prof. Dr. Niels Korte: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU ist und bleibt die Partei der Bundeswehr. Sie war stets auch die Partei der Wehrpflicht. Ich bin sicher: Viele im Saal werden heute dem Beschluss zur Aussetzung der Wehrpflicht nur mit gemischten Gefühlen zustimmen. Ich bekenne: Das wird auch bei mir vor dem Hintergrund meiner persönlichen Erfahrungen so sein.

Im Sommer 1989 wurde ich – da war der Kalte Krieg noch nicht beendet, und die Wehrpflicht war gerade auf 18 Monate verlängert worden – als Grundwehrdienstleistender nach Goslar in den Schatten der innerdeutschen Grenze einberufen. Eineinhalb Jahre später hatte ich dann die ehrenvolle Aufgabe, als Reserveoffiziersanwärter selbst die ersten Wehrpflichtigen aus den neuen Bundesländern auszubilden. Wohl zu keinem anderen Zeitpunkt hat sich die integrierende Funktion der Wehrpflicht, die junge Menschen aus allen Schichten, aus allen Regionen, aus Ost und West zusammenbrachte, so deutlich gezeigt wie bei der Schaffung der Armee der Einheit.

Aber die sicherheitspolitischen Herausforderungen für unser Land haben sich seitdem grundlegend geändert. Die Aussetzung der Wehrpflicht und ihre fortdauernde Verankerung im Grundgesetz, über die wir heute gemeinsam beraten, sind die richtige Antwort auf die verteidigungspolitischen Herausforderungen unserer Tage. Ich bin stolz darauf, einer Partei anzugehören, die wieder einmal – genauso wie in vielen anderen entscheidenden Stunden der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: bei der Einführung der Wehrpflicht und bei der deutschen Wiedervereinigung – die politische Kraft aufbringt und die Vision hat, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen, in Richtung einer Zukunft in Freiheit und Sicherheit.

Die Berliner CDU steht hinter der Reform der Bundeswehr und der Aussetzung der Wehrpflicht, wie sie von Bundesminister zu Guttenberg vorgeschlagen wird. Aber mit dem Übergang zur Freiwilligenarmee stellen sich neue Herausforderungen. Mehr denn je müssen wir, die CDU, uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Bundeswehr in der Mitte unserer Gesellschaft verankert bleibt. Daher werbe ich im Namen der Delegierten der Berliner CDU für unseren Initiativantrag „Die Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft halten“, dessen Kurzfassung Sie in dem Heft der Initiativanträge abgedruckt finden. Wir wollen mit diesem Antrag erreichen, dass auch die neue Bundeswehr ein attraktiver Arbeitgeber insbesondere für freiwillig Wehrdienstleistende und Zeitsoldaten bleibt.

Die Bundeswehr muss auch bei einem zunehmenden Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig sein. Deshalb enthält unser Antrag zahlreiche konkrete Vorschläge, die wir unter dem Begriff „Duales Dienen“ zusammenfassen. Was meinen wir damit? Die freiwillige Dienstzeit in den Streitkräften darf auch für die persönliche Berufs- und Lebensplanung des Einzelnen niemals eine verlorene Zeit sein. Dienstlich erworbene Qualifikationen sollen danach

im Zivilleben einen schnelleren Weg zum Gesellenbrief, zum Meister und auch zum Studienabschluss ermöglichen. Wir wollen, dass die Jugendoffiziere und Wehrdienstberater der Bundeswehr auch weiterhin in Schulen über den Dienst in den Streitkräften informieren können. Leider sind schon jetzt die Stimmen derjenigen aus dem politisch linken Lager zu hören, die die Bundeswehr als einen Arbeitgeber wie jeden anderen betrachten und daher der Bundeswehr den Zugang in den Schulen verwehren wollen. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen, dass auch nach Aussetzung der Wehrpflicht die Bundeswehr mit öffentlichen Vereidigungsfeiern in der Mitte unsere Städte präsent bleibt.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Namen der Delegierten des Landesverbandes der Berliner CDU bitte ich Sie um die Unterstützung unseres Initiativantrages. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Als Nächster spricht der Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Christian von Boetticher, dem ich zur Wahl zum Landesvorsitzenden gratuliere.

Christian von Boetticher: Vielen Dank, Herr Tagungspräsident. – Frau Bundeskanzlerin! Lieber Karl-Theodor! Liebe Kristina! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Zunächst einmal, lieber Karl-Theodor, Glückwunsch zur großen Rede heute, wieder einmal brillant, und auch für jemanden, der nicht in allen Bereichen zustimmt, war es eine Freude, zuzuhören. Dennoch muss ich sagen, dass ich anderer Meinung bin. Manch ein Parteifreund hat heute versucht, mich zu bewegen, nicht zu reden. Mir wurde gesagt: Du reitest einen toten Gaul, du wirfst dich hinter einen abfahrenden Zug. Das bringt nichts mehr.

Trotzdem erscheint mir ein Spruch, den ich einmal gelernt habe, heute wichtiger denn je; er lautet: Was du erkennst als Recht und Ehr, glaub nie, dass es unfehlbar wär. Doch halte daran unbeugen, wenn dich nichts Bessres überzeugt! Darum geht es mir heute ein Stück weit; ich will klar machen, dass es auch hier heute eine Menge an Leuten gibt, die aus Überzeugung an der Wehrpflicht festhalten.

Ich will einen Satz aus dem Programm zitieren, der zeigt, dass wir ein Stück weit ehrlicher debattieren müssen. In Zeile 40 steht der schöne Satz – der Verteidigungsminister hat ihn heute gebracht –: „Wehrreform darf nicht nach Haushaltslage gemacht werden.“ Aber genau das, liebe Freundinnen und Freunde, haben wir zu Beginn getan. Wir alle haben das auch noch bejubelt. Wir haben es heute sogar wieder bejubelt, als gesagt wurde, dass Wolfgang Schäuble bei seinem Sparkurs unterstützt werden soll, als wir Sparen zu einem ganz vorrangigen Haushaltsziel erklärt haben.

Wolfgang Schäuble war es, der im Mai dieses Jahres dem Verteidigungsministerium erhebliche Sparanforderungen aufgegeben hat: 600 Millionen Euro im Jahr 2011, 1,1 Milliarden Euro im Jahr 2012 und 1,3 Milliarden Euro im Jahr 2013. Dies war der Hintergrund für die ersten Vorschläge des Verteidigungsministers damals. Ich muss nur ein paar Überschriften vorlesen, um zu zeigen, dass es sich um eine Spardebatte gehandelt hat. „Financial Times Deutschland“ am 20. Mai: „Guttenberg wird oberster Sparminister“. „Zum Sparen vorwärts, marsch!“, schrieb der „Tagespiegel“. Und der „Spiegel“ schrieb am 27. Mai sogar: „Mitarbeiter machen gegen Sparkurs mobil“. Es war eine Spardebatte, die wir geführt haben. In diese Spardebatte kamen zwei Vorschläge aus dem Verteidigungsministerium. Der eine lautete: Reduzierung der Truppenstärke auf 150.000 Mann. Der andere Vorschlag lautete: Aussetzung der Wehrpflicht, und zwar ganz gezielt im Hinblick auf die Spardebatte. Ich fand das taktisch sympathisch, weil ich damals noch geglaubt hatte, dass niemand in der Union den Weg zur Aussetzung der Wehrpflicht mitgeht und man am Ende sagen kann: Ich habe es versucht, ich habe hart gekämpft, aber wenn das nicht mitgetragen wird, kann ich auch nicht sparen.

Natürlich hat man schnell gemerkt – das hat schon die damalige Haushaltsklausur gezeigt –, dass man, um ein solches Vorgehen rechtfertigen zu können, mehr braucht. Dann, lieber Karl-Theodor, habt ihr die Sommerpause genutzt, um das aufzuarbeiten. Nach der Sommerpause kamen dann Argumente.

Das Argument Sicherheitslage hast du ja eben schön dargestellt. In der Tat, die Sicherheitslage hat sich von Franz Josef Jung zu Karl-Theodor zu Guttenberg nicht geändert. Wer heute Angst hat vor der Verfassungsgerichtsrechtsprechung muss einräumen, dass die Verfassungsgerichtsrechtsprechung genau unter derselben Sicherheitslage stattfand, die wir heute haben. Daran hat sich nichts geändert. Ein Parameter hat sich aber geändert, und das ist der wesentliche. Darauf beruht auch der Rückgang der Zahlen derjenigen, die einberufen werden, und davon hängt auch das Argument der Wehrgerechtigkeit ab. Es handelt sich um die Reduzierung der Wehrpflichtzeit auf sechs Monate. Das ist der Kardinalfehler gewesen, liebe Freundinnen und Freunde, den wir alle gemacht haben.

(Teilweise Beifall)

Das ist auch die Ursache dafür, dass wir heute so einen niedrigen Wert bei den Einberufungen haben. So kann kaum noch Wehrgerechtigkeit vermittelt werden.

Am Abschluss dieser ganzen Debatte steht jetzt, dass wir nicht nach Haushaltslage urteilen sollen, dass wir die Bundeswehr vernünftig ausstatten. Der Verteidigungsminister hat eben einen Freiwilligendienst vorgeschlagen, der nicht mehr ein halbes Jahr dauert, weil er sagt, das sei Unsinn, sondern zwölf Monate dauern soll. Wenn all das richtig ist, dann stelle ich mir heute die Frage, warum wir nicht zu einer Wehrpflichtzeit von zwölf Monaten zurückkehren, meine Damen und Herren, liebe Freunde.

(Teilweise Beifall)

Eines ist doch klar: Bei der Wehrpflicht geht es um das Dienen am Staat. Es geht um die Tatsache, dass wir heute noch dazu stehen, dass junge Menschen diesem Staat dienen müssen. Das ist vielleicht nicht Mainstream, es ist vielleicht auch unangenehm, Menschen das erklären zu müssen. Das war aber immer das Grundprinzip, für das wir gestanden haben.

Darum noch einmal ganz deutlich: Es klang gut, liebe Kristina Schröder, wie du die Freiwilligendienste dargestellt hast. Wer aber heute einmal bei Sportvereinen nachfragt, ob es gelingt, junge Menschen zu motivieren, als Übungsleiter von Sportgruppen tätig zu werden, dem wird gesagt werden, dass das immer schwieriger wird. Selbst im normalen Ehrenamtsbereich gelingt uns das immer weniger. Ich stelle fest, dass es umso schwerer sein wird, für schwierige Zivildienste, aber auch für den Wehrdienst am Ende Freiwillige zu gewinnen. In anderen Ländern hat das auch nicht geklappt. Ich sage das ganz deutlich. Die britische Armee wäre heute stolz darauf, wenn es noch eine Wehrpflicht gäbe; denn die jungen Menschen, die nun zum Wehrdienst kommen, sind ganz andere, als man sich erhofft hat. Ich möchte nicht eine solche Entwicklung.

Ich selber bin Reserveoffizier. Ich habe mich für eine Armee entschieden, die von den Ideen von Ulrich de Maizière und Graf Baudissin geprägt war. Wer heute sagt, Innere Führung und Wehrpflicht hätte nichts miteinander zu tun, negiert die damalige Debatte. Natürlich haben wir andere Rahmenbedingungen. Das weiß auch ich. Natürlich muss die Bundeswehr insgesamt angepasst werden. Aber es ist sehr schwierig, das eine ohne das andere zu tun. Dafür gibt es viele Beispiele in der Geschichte.

Jetzt das letzte Argument, das ich für besonders wichtig halte: Wir kaufen ja heute keine Katze im Sack. Eine Katze im Sack zu kaufen, heißt ja, dass man einen Sack kauft, den man sieht, und eine Katze, die man nicht sieht. Wir kaufen heute eine Katze im Sack, bei der wir weder die Katze noch den Sack sehen. Wir wissen nämlich nicht, wie es weitergeht. Niemand kann heute sagen, ob das Modell gelingt. Niemand kann sagen, ob wir damit Erfolg haben werden, weder beim Zivildienst noch bei der Wehrpflicht.

Ich denke hier auch an den Katastrophenschutz. Ich komme aus Schleswig-Holstein, einem Land zwischen zwei Meeren, mit Sturmfluten und Elbhochwasser. Ich weiß, dass das Verteidigungsministerium sagt: Wir haben das berechnet; das bekommen wir hin. Das ist schön. Ich nehme das auch zur Kenntnis. Aber wer bei der letzten Elbflut vor Ort war, lieber Peter Harry Carstensen, der konnte – es tut mir leid, dass ich jetzt polemisch werde – nur relativ wenige Portepepe-Offiziere Sandsäcke schleppen sehen. Die das taten, waren alles Wehrpflichtige. Das war immer schon so. Das war zur großen Sturmflut 1962 so, das war bei der Schneekatastrophe 1978 so, und das war bei den letzten Fluten so. Es handelte sich immer um Wehrpflichtige.

(Teilweise Beifall)

Nehmen Sie mir darum bitte ab, dass ich ein Stück weit Zweifel habe, ob das aufrechterhalten werden kann.

Wenn all dieser Zweifel ein Stück weit berechtigt ist, dann halte ich es nur für angemessen, dass wir über diese wichtige Frage, die in der Tat ein Stück Kernidentität unserer Partei berührt, erst dann entscheiden, wenn wirklich vernünftige Konzepte vorliegen. Diese müssen wir beurteilen können und anhand dieser Kostenfolgeeinschätzungen vornehmen, wie es heute bei jedem normalen Gesetz der Fall ist.

Wir entscheiden heute über diesen Punkt, ohne zu wissen, wie es weitergeht. Alle anderen Anträge sollen wir in den Bereich der Bundestagsfraktion überweisen. Ich habe hohes Vertrauen in die Bundestagsfraktion. Das heißt aber auch, dass ein Parteitag der CDU Deutschlands sich nicht wieder mit diesem Thema beschäftigen wird. Ich halte es aber für wichtig, dass die CDU Deutschlands, dass wir gemeinsam als das Gremium, das immer hinter der Wehrpflicht gestanden hat, die Entscheidung mitverantworten und bei der Frage mitbeteiligt werden, mit welchem System es weitergeht. Darum, obwohl es mir sehr schwer fällt, meine herzliche Bitte, den Antrag des Bundesvorstandes abzulehnen.

Ich will meine Rede nicht beenden, ohne unserer Soldatinnen und Soldaten zu gedenken, die im Einsatz sind oder auch hier sind, die heute mit ihrem Leben draußen für unsere Freiheit und Sicherheit eintreten. Gott schütze unsere Soldatinnen und Soldaten! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Die nächsten Wortmeldungen: unser verteidigungspolitischer Sprecher Ernst-Reinhard Beck, danach Dr. Philipp Murmann und Marcus Weinberg. – Kollege Beck, bitte.

Ernst-Reinhard Beck: Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin! Lieber Karl-Theodor! Meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde! Mein Vordredner hat eine für mich nachvollziehbare, außerordentlich sympathische Argumentation vorgetragen, wie ich es bis zur Sommerpause als engagierter und überzeugter Anhänger der Wehrpflicht auch immer getan habe. Aber, Herr von Boetticher, ich gebe Ihnen in zwei Punkten recht: Der Ausgangspunkt der Spardiskussion war außerordentlich ungünstig. In der Tat kann nicht die Kassenlage das entscheidende Kriterium für die Sicherheitsvorsorge eines Landes sein. Es ist sehr richtig, was der Minister hier dazu gesagt hat. Das, was für die Sicherheitsvorsorge notwendig ist, muss bezahlt werden, nicht andersherum. Es muss also klar sein, dass wir der elementaren Aufgabe des Staates, für die Sicherheit seiner Bürger und für die Sicherheit seines Territoriums zu sorgen, gerecht werden.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens zu den sechs Monaten. Die sechs Monate waren sicher der Sargnagel, aber ich glaube, wir haben den sechs Monaten natürlich auch dank des Koalitionsvertrages zugestimmt und haben diesen Koalitionsvertrag umgesetzt. Jetzt dem Minister vorzuwerfen, dass er diese Koalitionstreue gezeigt hat, ist, glaube ich, nicht unbedingt zielführend.

Trotzdem möchte ich, Herr von Boetticher, an einem Punkt ansetzen und widersprechen. Es gibt mindestens drei Begründungen für die Wehrpflicht. Es gibt eine staatspolitische: dass Rechte und Pflichten zusammenhängen. Eine zweite ist die gesellschaftspolitische, und hier liegt eines der großen Verdienste der Wehrpflicht, nämlich die Einordnung des Militärs in die demokratische Gesellschaft und die lebendige Verbindung von Bürger und Soldat in diesem Land.

Es gibt die dritte, die sicherheitspolitische Begründung, und da setze ich an. Die sicherheitspolitische Begründung bezieht sich auf eine sich verändernde sicherheitspolitische Landschaft.

Sehr verehrter Herr von Boetticher, die Panzerarmeen des Warschauer Pakts und damit die Massenheere des 20. Jahrhunderts haben sich Gott sei Dank aufgelöst, und damit fällt mit dem Wegfall der konventionellen Bedrohung sicherheitspolitisch ein ganz entscheidender Parameter für die Frage, ob wir den entsprechenden Umfang einer Armee aufrechterhalten müssen, für die die allgemeine Wehrpflicht notwendig war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an der Stelle vielleicht auch einmal dies: Die Wehrpflicht in dieser Mixtur von Berufs- und Zeitsoldaten, von längerdienenden Freiwilligen und Reservisten und von Grundwehrdienstleistenden hat sich in der Vergangenheit bewährt. Sie war Garant für die Abschreckung, sie hat über ein halbes Jahrhundert Sicherheit und Freiheit unseres Landes garantiert. Dafür gebührt allen, die diesen Dienst getan haben, den 8 Millionen Reservisten und den 8 Millionen, die ihre Wehrpflicht erfüllt haben, unser ausdrücklicher Dank.

(Beifall)

Wenn wir nun an dieser Stelle stehen und sagen, es war ja in der Vergangenheit auch nicht nur Jux und Dollerei, dass wir gesetzgeberisch die Parameter eigentlich so verändert haben, dass wir möglichst wenig einziehen mussten, so ist die Frage der Wehrgerechtigkeit angesprochen, die tatsächlich einer der ganz wichtigen Aspekte ist. Ich bin mein Leben lang mit jungen Leuten umgegangen. Die sagen, jawohl, wir möchten einen Dienst für diese Gemeinschaft tun, aber dann bitte einen Dienst, den alle tun müssen und der nicht nur wenige trifft, so dass die einen verdienen und die anderen dienen.

Lassen Sie mich auf einige Punkte kurz eingehen. Wenn wir heute von der Wehrpflicht Abschied nehmen, ist dies ein schmerzhafter, ein historischer Einschnitt in der Geschichte der Christlich Demokratischen Union. Wir waren und sind die Partei der Wehrpflicht, aber darüber hinaus sind wir die Partei der äußeren und inneren Sicherheit.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen unsere Konzepte jeweils daraufhin überprüfen lassen, ob sie den zukünftigen Herausforderungen der Sicherheitsvorsorge für dieses Land entsprechen.

Da liegt ein weiterer Punkt, den wir heute auch mit bedenken sollten. Ich glaube, dass wir in der Frage des Umfangs eine kritische Grenze nicht unterschreiten sollten. Wir werden bei 190.000, vielleicht sogar in Richtung 200.000 die entsprechende Größe haben, die der Bedeutung eines Landes in der Mitte Europas und den Erwartungen auch der Bündnispartner entspricht.

Wenn ich sage, dass wir von der Wehrpflicht Abschied nehmen, möchte ich noch drei Aspekte hinüberretten. Der erste: Die Bundeswehr muss in der Mitte der Gesellschaft bleiben. Das heißt, Herr Minister, ich begrüße es, dass Sie sagen: Die Stationierung muss so sein, dass die Bundeswehr in der Fläche bleibt, damit wir unsere Soldaten nicht völlig aus dem Blickfeld verlieren.

Das Zweite: Wir müssen eine Offensive der Freiwilligkeit starten. Ich begrüße es sehr, dass Sie gesagt haben: Tu was für dein Land! Der Reservistenverband macht unter diesem Motto eine Kampagne, um auf einer ganz breiten Ebene für die freiwilligen Dienste zu werben.

Ein Drittes: Damit die Bundeswehr in unserer Mitte bleibt, muss im Grunde das Konzept der Reservisten gestärkt werden. Sie werden dann die Bindeglieder in die Gesellschaft hinein sein und werden in ihrer Bedeutung wichtiger.

Lassen Sie mich noch einen letzten Aspekt ansprechen. Entscheidend für das Gelingen der Reform – und ich bin sehr dankbar dafür, dass wir dies im Kontext diskutieren und nicht als eine Bundeswehrdebatte, die isoliert auf die allgemeine Wehrpflicht fokussiert ist – wird sein, dass wir die richtigen Leute, die klügsten Köpfe für die Streitkräfte gewinnen. Dies wird, so meine ich, für das Gelingen der Reform entscheidend sein, auch für die Qualität der Bundeswehr. Das heißt, Nachwuchs und Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber gehören zusammen.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, hierzu gehört natürlich maßgeblich ein Stichwort: Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst ist nicht etwas, was nur mit Blick auf Attraktivität angesprochen werden soll, sondern es ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe für die Soldatinnen und Soldaten, die weltweit ihren Kopf hinhalten und die gesellschaftliche Anerkennung und gesellschaftlichen Respekt bereits heute verdienen, nicht erst in der Zukunft.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag zielt auf eine moderne, auf eine effiziente, auf eine für Einsätze optimierte Bundeswehr, ohne dabei das Ziel der Heimatverteidigung und der Bündnisverteidigung außer Acht zu lassen. Dieser Antrag macht den Weg dafür frei. Ich bitte, diesen Antrag zu unterstützen.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Kollege Beck! Ich möchte Ihnen auch im Namen des Parteitages für Ihre verantwortungsvolle Arbeit an der Spitze des Reservistenverbandes herzlich danken.

(Beifall)

Als Nächster spricht Dr. Murmann.

Dr. Philipp Murmann: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Frau Bundeskanzlerin! Lieber Herr Minister Karl-Theodor zu Guttenberg! Liebe Ministerin Kristina Schröder! Ich möchte gern zu Punkt 6 des Antrags ganz kurz ein paar Dinge einwerfen.

Der Antrag hat ja zwei Säulen, zum einen die Wehrpflicht. Christian von Boetticher hat schon viel dazu gesagt, wie wir in Schleswig-Holstein auch darüber denken. Zum anderen geht es um den sogenannten Wehersatzdienst.

Mein Kreisverband Plön, dem ich mit großer Freude angehöre, hat einen Antrag zur Entwicklung eines freiwilligen Bürgerdienstes gestellt. Es ist der Antrag C 80 auf Seite 309. Der Antrag hat eine Schwäche: Wir in Norddeutschland denken viel und reden wenig. Deswegen sind wir immer sehr kurz und knapp in unseren Worten. Der Antrag ist kurz, die Begründung ist knackig. Leider wurde die Begründung nicht mit abgedruckt. Insofern fehlt ein bisschen Substanz, und die möchte ich noch hinzufügen.

Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag als erledigt zu betrachten. Ich möchte gerne zwei Argumente anführen, warum wir glauben, dass die Schaffung eines freiwilligen Bürgerdienstes gerade für die CDU ein Markenkern und ein politisches Instrument sein sollte. Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Rede zu Recht gesagt, dass mit der Wehrpflicht ein gesellschaftlicher Wert entstanden ist. Diesen Wert gilt es weiterzuentwickeln. Mit einem freiwilligen Bürgerdienst unterstützen wir unser christlich-demokratisches Staatsverständnis einer aktiven Bürgergesellschaft und unser christliches Menschenbild. Ich danke Kristina Schröder ausdrücklich für die Ideen, die sie geäußert hat. Diese sind im den Antrag nicht zu erkennen. Wir unterstützen diese Ideen ausdrücklich.

Ein freiwilliger Bürgerdienst muss natürlich Menschen aus allen Gesellschaftschichten, Altersklassen, Generationen sowie Frauen und Männer begeistern. Ich werbe dafür, diesen Antrag nicht einfach beiseite zu schieben, sondern noch einmal in die Begründung zu schauen und einige der Gedanken, die wir uns dazu gemacht haben, einzubringen. Ein freiwilliger Bürgerdienst bietet uns die Chance, Profil zu gewinnen. Gerade das Wort „Bürgerdienst“ ist für die CDU ein möglicher Begriff. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Nächster Redner ist Kollege Marcus Weinberg. Danach kommt Elmar Brok.

Marcus Weinberg: Lieber Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Ich will dort fortfahren, wo Christian von Boetticher aufgehört hat. Ich teile seine Einschätzung. Der erste Punkt, den der Minister angesprochen hat, war die Diskussionskultur in den letzten Monaten. Richtig ist, dass wir – auch auf regionaler Ebene – viel diskutiert haben und viele einzelne Punkte immer wieder angesprochen haben. Aber entscheidend auf diesem Parteitag ist: Sind wir bei einer solch wegweisenden Entscheidung in der Lage, abschließend ein Urteil zu treffen? Ich sage ganz deutlich: Nein.

(Teilweise Beifall)

Ich kämpfe vehement für die Wehrpflicht und will alles versuchen, diese zu retten. Ich werde gleich erläutern, warum. Christian von Boetticher hat ansatzweise die Frage angesprochen, warum es nicht zwölf Monate oder drei Monate wie im Schweizer Modell sein können. Ich glaube nicht, dass wir schon alle Alternativen geprüft haben. Der Minister hat deutlich gemacht, dass er zu einer Entscheidung gekommen ist. Ich bin es noch nicht. Deshalb muss ich den Antrag leider ablehnen. Das ist die erste Vorbemerkung.

Zweite Vorbemerkung. Wir hatten 2007 – das haben wir uns selbst eingebrockt – eine Grundsatzprogrammdiskussion geführt. Damals stand das Thema Wehrpflicht auf der Agenda. Wir haben formuliert: Die Wehrpflicht wird beibehalten und weiterentwickelt. – Unser Fehler war, dass wir nach 2007 keine konzeptionellen Überlegungen angestellt haben.

Dritte Vorbemerkung. Wie soll es weitergehen? Häufig hieß es heute, die Wehrpflicht bleibe im Grundgesetz bestehen. Die Stärke der Wehrpflicht ist nicht, dass sie im Grundgesetz verankert ist. Vielmehr besteht ihre Stärke darin, dass sie tagtäglich gelebt wird. Das würden wir verlieren.

(Teilweise Beifall)

Herr Minister, wir beide haben Karriere bei der Bundeswehr gemacht. Ich bin Stabsunteroffizier der Reserve. Ich gehöre zu denjenigen, die als Wehrpflichtiger zur Bundeswehr gegangen sind und dann Zeitsoldat wurden. Ich bin in die CDU eingetreten, weil die CDU für einen klaren sicherheitspolitischen Kurs stand, weil sie die Bundeswehr gestärkt hat und weil sie zur Wehrpflicht stand. Das soll ich heute Abend nach nur wenigen Monaten intensiver Diskussion aufgeben? Dazu bin ich nicht bereit.

Christian von Boetticher hat angesprochen, was Schleswig-Holstein und Hamburg mit der Bundeswehr verbindet. Das waren 1962 die Sturmflut in Hamburg mit über 300 Toten und die Schneekatastrophe 1978/79. Es waren nicht die sowjetischen Panzerdivisionen, die uns damals bedroht haben, sondern Naturkatastrophen. Die Bundeswehr, die Wehrpflichtarmee, hat unse-

re Stadt gerettet. Das muss auch in Zukunft der Ansatz jeglicher konzeptionellen Überlegung sein – der Minister hat das bereits angesprochen –: Katastrophenschutz, Zivilschutz und die Frage, wie man den Ersatzdienst stärken kann.

Zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen: Das ist im Antrag deutlich formuliert. Wir haben 2007 diskutiert. Damals wollte man die Wehrpflicht beibehalten. Wenn ich mir die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen anschau, dann frage ich mich, ob es in den letzten Jahren wirklich so gut geworden ist, dass wir die Wehrpflicht aufgeben können. Wenn wir zu einem anderen Beschluss kommen, dann müssen wir darüber reden, dass sechs Monate Wehrpflicht falsch sind. Das ist nicht praktikabel.

Angesprochen wurde bereits das Thema Wehrgerechtigkeit. Man muss dazu Folgendes feststellen: 15 bis 16 Prozent werden eingezogen. Gleichzeitig entscheidet sich eine hohe Zahl der Männer für den Zivildienst. Natürlich kann man darauf hinweisen, dass noch nicht einmal 50 Prozent der jungen Männer eingezogen wird. Aber das kann kein Anlass sein, nun die Wehrpflicht auszusetzen und sie damit zu kippen. Das kann nur ein Anlass sein, darüber nachzudenken, ob eine grüne Ausbildung von drei Monaten dazu geeignet ist, mehr Männer einzuziehen.

Da mir nur drei Minuten zugestanden wurden, möchte ich kurz noch einen wichtigen Punkt ansprechen. Bitte bedenken Sie die Auswirkungen! Ich will zwei, drei Beispiele nennen. Rund 50 Prozent der Zeit- und Berufssoldaten kommen aus dem Bereich der Wehrpflichtigen; ich gehörte dazu. Was passiert denn in Zukunft? Wir stehen vor den Herausforderungen des demografischen Wandels. Des Weiteren braucht unsere Wirtschaft junge Männer. Das heißt, die Bundeswehr muss rekrutieren und steht in Konkurrenz zu großen Wirtschaftsunternehmen. Man muss sich ernsthaft überlegen, wie das in Zukunft aussehen soll. Was ist, wenn zu wenige junge Männer zur Bundeswehr gehen? Wird demnächst vor unseren Schulen, vor den Gymnasien, rekrutiert? Muss man hohe Prämien zahlen? Die Finanzen dürfen keine Rolle spielen. Aber man darf den Vergleich mit anderen Ländern ziehen. Dort gibt es Steigerungen von 5 bis 7 Prozent. Möglicherweise wird es ein Prämienmodell geben. Ich weiß nicht, ob es Sinn macht, wenn junge Soldaten vor Schulen stehen und werben müssen, damit die Bundeswehr eine ausreichende Zahl an Soldaten bekommt.

Sicherlich stellen auch die konzeptionellen Ansätze ein Problem dar. Wir wollen heute die Wehrpflicht aussetzen und damit kippen. Dabei wissen wir noch nicht einmal, über wie viele Soldaten die Bundeswehr in Zukunft verfügen soll. Gehen wir einmal von 200.000 Mann aus. Wenn sich 10.000 Soldaten im Auslandseinsatz befinden, dann sind das 10 Prozent. 5 Prozent befinden sich in der Vorbereitung, 5 Prozent in der Nachbereitung. 15 Prozent sind also im engeren Sinn mit Auslandseinsätzen befasst. Ist das noch realistisch? Die Franzosen haben 4,4 bzw. 4,6 Prozent ihrer Soldaten im Ausland; das ist mit Abstand der höchste Wert. Wir wissen bereits heute, dass es teilweise eine Überlastung gibt. Das muss in die Betrachtungen einbezogen werden.

Zum Schluss komme ich zum wichtigsten Punkt. Herr Minister, Sie haben zu Recht die Bindung zwischen Gesellschaft und Bundeswehr angesprochen. Genau die Wehrpflicht ist die Bindung zwischen Gesellschaft und Bundeswehr. Das setzt für mich ein deutliches Signal der Identität mit der Gesellschaft, ob beim THW, der Freiwilligen Feuerwehr, im Krankenhaus oder bei der Bundeswehr, man kann von jungen Männern verlangen, einen Teil ihrer Zeit für die Gesellschaft zu opfern, denn das stärkt die Gesellschaft und die Identität. Man hat so eine Verbindung zwischen dem Bürger in Uniform, der Gesellschaft und der Bundeswehr.

Das alles nun aufzugeben, dazu bin ich heute nicht bereit. Möglicherweise bin ich es nach weiteren Diskussionen in einem Jahr. Aber heute kann ich dem Antrag nicht zustimmen. Ich werde dagegen stimmen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Nun spricht Elmar Brok. Danach kommt Andreas Schockenhoff.

Elmar Brok: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Der Schritt, die Wehrpflicht auszusetzen, ist natürlich für jeden, der in der CDU sozialisiert worden ist, ungeheuer schwierig. Aber man muss sehen, dass sich die bindende Wirkung im Hinblick auf die Bevölkerung wegen der mangelnden Möglichkeiten, Wehrgerechtigkeit herzustellen, ins Gegenteil verkehren kann. Das ist noch nicht einmal das ausschlaggebende Argument. Von entscheidender Bedeutung sind die Herausforderungen: nicht mehr die Panzerschlachten in der norddeutschen Tiefebene, sondern kleine Einsätze in bestimmten Teilen der Welt aus Gründen, die Karl-Theodor zu Guttenberg bereits zum Ausdruck gebracht hat.

Es geht nicht nur um Afghanistan. Vor allem die schnellen Einsatztruppen, die Battle Groups im Rahmen von NATO und Europäischer Union, erfordern einen schnellen Einsatz, zu dem nur Berufssoldaten, die in einer besonderen Weise ausgebildet und ausgerüstet wurden, in der Lage sind. Ich glaube, dass wir mit einem solchen Konzept diesen Erfordernissen eher gerecht werden, als mit dem Konzept, das wir in den letzten zwanzig Jahren in struktureller Hinsicht leider nicht verändert haben.

Mir ist wichtig, dass wir in diesem Zusammenhang deutlich machen, dass wir zu einer Arbeitsteilung kommen müssen. Unter Punkt 3 des Antrags steht:

„Zur Leistungsfähigkeit von Streitkräften gehört auch eine moderne Ausrüstung.“

Das halte ich für ein Schlüsselthema. Aber: Soll das jedes europäische Land für sich machen? Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union geben etwa 40 Prozent der Haushaltsmittel für Ausrüstung aus, erreichen aber nur 10 Prozent des operationellen Ergebnisses der Vereinigten Staaten, weil, wenn ich es platt sagen darf, in Europa jeder seine eigene Munition herstellt. Es

wäre gut, wenn wir bei Forschung, Entwicklung und Beschaffung eine stärkere Kooperation hätten, und zwar nicht so, wie beim A 400 M. Da hatte man zwar ein gemeinsames Projekt, aber im Prinzip hat jeder es selbst ausgestaltet, sodass das Ding am Ende gar nicht fliegen konnte. Das muss wirklich gemeinschaftlich gemacht werden. Außerdem muss die European Defence Agency stärker einbezogen werden. Auf diesem Weg könnten wir weit mehr und eine weitaus bessere Ausrüstung für weniger Geld zur Verfügung stellen. Wir könnten zu Synergieeffekten kommen. Das würde diesem Konzept entsprechen. Deswegen bitte ich dich, Karl-Theodor, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, auf europäischer Ebene die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Beschaffung erheblich auszubauen, auch wenn wir Deutsche vor dem industriepolitischen Ansatz der Franzosen Angst haben. Vielleicht sollte man hier mehr Mut haben.

Ich meine, dass dies auch aus industriepolitischen Gründen wichtig ist. Wenn wir Europäer auf Dauer keine eigene Rüstungsindustrie haben, verlieren wir auch unsere Unabhängigkeit. Wir müssen sehen, dass dies aus wirtschaftlichen Gründen und für unsere Unabhängigkeit von ungeheurer großer Bedeutung ist.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. In diesem Papier werden die Freiwilligendienste betont; darüber hat auch Frau Schröder gesprochen. Freiwilligendienste auch für die Bundeswehr? Das darf nicht unterschlagen werden. Das muss stark herausgearbeitet werden.

Wenn die Bundeswehr in der Vergangenheit eine starke Verbindung zur Bevölkerung hatte, sollten wir in viel größerem Maße dafür sorgen, dass nicht nur für den Zivildienst, sondern auch für den Freiwilligendienst in anderen Bereichen geworben wird. Es geht auch um die Freiwillige Feuerwehr, die technischen Hilfsdienste und den Entwicklungshilfedienst. Allein das Dritte-Welt-Haus in Bielefeld betreut zurzeit 53 junge Leute, die nach dem Abitur in diesem Jahr einen Entwicklungshilfedienst in Lateinamerika absolvieren. Auf diesem Gebiet gibt es ein gewisses Maß an Bereitschaft, das man fördern sollte.

Wenn man das mit dem Europäischen Freiwilligendienst koordinieren würde, könnte man den Zivildienst vielleicht auch in Toulouse leisten und die Franzosen könnten ihren Dienst in Deutschland absolvieren. Das würde einen Mehrwert für die Persönlichkeitsentwicklung bedeuten. Man muss den Freiwilligendienst attraktiv gestalten. Ich denke, wir können unserer jungen Generation eine große Chance bieten.

Aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass es außerordentlich wichtig ist, dass wir dafür werben. Die Verbindung zum Gemeinwesen muss gegeben sein. Dazu gehört aber auch – das ist Teil der allgemeinen Diskussion über das Ehrenamt –, dass der Aspekt Sozialprestige wieder stärker betont wird. Der Übungsleiter im Fußballverein leistet einen großen Dienst für die Gemeinschaft und ist nicht der Trottel der Gemeinschaft.

(Vereinzelt Beifall)

An dieser Stelle müssen wir deutlich werden. Wenn wir diese Verbindung herstellen, dann kann daraus etwas Gutes erwachsen, nämlich eine moderne Bundeswehr und eine junge Generation, die eine stärkere Verbindung zur Gesamtgesellschaft hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Elmar Brok. – Als Nächster spricht der Kollege Schockenhoff. Dann folgt Thomas Stritzl, und zum Schluss spricht Thomas de Maizière. – Andreas Schockenhoff, bitte.

Dr. Andreas Schockenhoff: Frau Bundesvorsitzende! Liebe Delegierte! Die überwältigende Mehrheit der Union hat immer zur Wehrpflicht gestanden und wird auch in Zukunft zur Wehrpflicht stehen. Gerade deshalb sage ich: Die Wehrpflicht verdient keinen Tod auf Raten, sondern eine völlige Neuausrichtung. Markenkern der Union ist und bleibt eine berechenbare und international bündnisfähige Außen- und Sicherheitspolitik.

Zur Wehrgerechtigkeit ist das Notwendige gesagt worden. Es werden nur noch 18 Prozent eines Jahrgangs eingezogen.

Ich will noch ein Argument zum Thema Bündnisfähigkeit vorbringen. Für Auslandseinsätze kann die Bundeswehr zurzeit bis zu 8.000 von rund 250.000 Soldaten zur Verfügung stellen. Da sich jeweils ein gleichgroßer Anteil in der Vorbereitung, im Einsatz und in der Nachbereitung befindet, sind das 24.000 Soldaten. Das ist weniger als ein Zehntel der Soldaten, die uns zur Verfügung stehen, um unserer Bündnisverpflichtung, um unserer internationalen Verantwortung gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, ich unterschreibe das – wir alle tun das –: Natürlich wollen wir keine Bundeswehr nach Kassenlage. Im Umkehrschluss kann das aber nicht heißen, dass unwirtschaftliche und ineffiziente Strukturen bei der Bundeswehr für uns auf Dauer unantastbar bleiben.

(Teilweise Beifall)

Deshalb ist eine Reform der Bundeswehr – hin zu schlankeren, effektiveren und sparsameren Strukturen; verbunden mit einer besseren Einsatzfähigkeit – seit Jahren überfällig.

Ich will auch etwas zu der Diskussion der letzten Monate sagen. Meine Damen und Herren, diese Diskussion fand nicht zwischen der SPD und uns statt. Sie fand auch nicht zwischen unserem Koalitionspartner und uns statt. Sie wurde nicht aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts angestoßen. Diese Diskussion fand vielmehr innerhalb der Union statt. CDU und CSU haben die Wehrpflicht 1955 gegen die Linken durchgesetzt. Die Union stellt sich jetzt einer veränderten Realität. Deswegen ist die Diskussion, die in den letzten Monaten stattgefunden hat, nicht Ausdruck einer gruppenspezifischen Übung, die wir miteinander abhalten, sondern sie ist Ausdruck des Gestaltungswillens der Union. Wir warten nicht, bis uns ein Koalitionsver-

trag zwingt. Wir warten nicht, bis wir uns mit dem Freiwilligenwehrdienst auseinandersetzen müssen. Wir warten nicht, bis uns das Verfassungsgericht zum Handeln zwingt. Wir haben viel mehr den notwendigen Gestaltungswillen. Wir sind auch bei der Wehrpflicht nicht die Dagegenpartei, sondern die Dafürpartei, die leistungsfähige Strukturen schaffen will, die sich einem schwierigen Anpassungsprozess unterzieht. Wir haben den Gestaltungswillen, der notwendig ist, um unser Land sicher und bündnisfähig zu halten.

Deswegen sind der Vorschlag, der uns vorgelegt wurde, aber auch die Art und Weise, wie wir diesen Vorschlag in der Partei erarbeitet haben, Ausdruck des Gestaltungswillens der Union. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Als Nächster spricht Thomas Stritzl. Danach Henning Otte und zum Abschluss Thomas de Maizière.

Thomas Stritzl: Herr Tagungspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Herr Bundesminister der Verteidigung! Frau Bundesfamilienministerin! Herr Verteidigungsminister, ich möchte Ihnen für die Art und Weise danken, wie Sie die Fragen, die an die Wehrpflicht zu stellen sind, hier und heute dargelegt haben. Die Fragen haben insbesondere durch ihre Offenheit beeindruckt. Gleichwohl, Herr Bundesminister, bei allem Respekt: Die Schlussfolgerung „Abschaffung bzw. Aussetzung der Wehrpflicht“ kann ich nicht teilen.

Ich kann sie nicht teilen, weil das Werben um Freiwillige, wie es hier beworben wird, deutlich teurer werden wird als die jetzige Struktur.

(Teilweise Beifall)

In den USA gibt man allein für die Werbung um einen einzelnen Soldaten bis zu 80.000 Dollar aus; bis dahin hat er noch keinen einzigen Schritt für die dortigen Streitkräfte unternommen. Haben wir dieses Geld?

Ich teile Ihre Schlussfolgerung nicht, weil das bedeuten würde, dass wir Sicherheit nicht mehr als gemeinschaftliches Anliegen der Mittel der Gesellschaft verstehen. Wir würden die Aufgabe, für Sicherheit zu sorgen, an die Streitkräfte delegieren. Diese Verlagerung, weg aus der Mitte unserer Gesellschaft, halte ich nicht für richtig.

Ich teile Ihre Auffassung nicht, weil wir wissen – das müssen wir zugeben, wenn wir ehrlich sind –, dass ein Aussetzen die Abschaffung der Wehrpflicht bedeutet.

(Vereinzelt Beifall)

Sie, Herr Bundesminister, haben zu Recht gesagt: Wer weiß, wie die Welt sich in zehn Jahren verändert? – Das ist eine berechtigte Frage. Erlauben Sie mir, in unsere eigene Geschichte zurück-

zugehen. Ich kann mich an eine Diskussion Ende der 80er-Jahre erinnern, als wir – zugegebenermaßen auch wir in der Union – darüber nachgedacht haben, ob die Präambel des Grundgesetzes mit dem Wiedervereinigungsgebot gestrichen werden soll. Wir haben nicht darüber diskutiert, weil wir gegen die Wiedervereinigung waren, sondern weil gesagt wurde, das passe nicht mehr zum Zeitgeist und wir brauchten dieses Signal an diejenigen, die die Wiedervereinigung nicht wollen, um über den Wandel durch Annäherung letztlich zum Ziel zu gelangen. Ich kann nur sagen, dass ich froh bin, dass die Union trotz der Diskussion in den eigenen Reihen die Kraft besessen hat, dem zu widerstehen.

(Vereinzelt Beifall)

Zwei Jahre später hatten wir die Einheit. Heute feiern wir das 20-jährige Jubiläum dieser Einheit. Das ist ein geschichtlicher Erfolg. Es war die Leistung der Regierung von Helmut Kohl, diese geschichtliche Chance ergriffen zu haben. Die Einheit war zwei Jahre vorher weder absehbar noch planbar. Wenn dem so ist, wie können wir dann wissen, wann wir die Wehrpflicht wieder einzusetzen hätten? Wir haben dann gar keine Instrumentarien, um überhaupt eine Vorlaufzeit von fünf Jahren einhalten zu können. Das wäre zur Unzeit ein politisches Signal, das wir uns sehr gut überlegen müssten. Das könnte nach meiner Überzeugung im Ausland politisch missverstanden werden, nämlich als eine Form von Mobilmachung.

Wenn Geschichte nicht planbar ist, sondern stattfindet, sind wir dann nicht gut beraten, an dem Instrument festzuhalten, das sich über Jahrzehnte bewährt hat, von dem wir vor zwei Jahren alle der Überzeugung waren, dass es beibehalten werden soll, das das Miteinander und Füreinander – auch mit dem Zivildienst – für die Menschen in unserem Lande unterstreicht? Die Wehrpflicht ist niemandes Bedrohung, aber sie ist ein Stück mehr Sicherheit auch in unsicheren Zeiten. Bitte folgen Sie dem Votum von Christian von Boetticher und stimmen Sie dem Antrag des Bundesvorstands auf Aussetzung der Wehrpflicht nicht zu. – Danke.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Hennig Otte und zum Schluss Thomas de Maizière.

Hennig Otte: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Herzlichen Dank für die intensive Debatte, die wir heute auf dem Bundesparteitag hier in Karlsruhe führen. Ja, es ist ein elementares Thema, und es muss auch auf einem Bundesparteitag diskutiert werden; aber wir müssen es heute abschließend diskutieren. Am Anfang dieser Debatte stand eine von Minister zu Guttenberg in Auftrag gegebene Defizitanalyse, die festgestellt hat, dass wir bei den jetzigen Strukturen bis 2013 5 Milliarden Euro mehr brauchten. Sie kennen die Herausforderungen. Herr Minister zu Guttenberg hat eine Strukturkommission eingesetzt, die jüngst, Ende Oktober, Ergebnisse vorgetragen hat und zu dem Schluss gekommen ist, dass wir eine Strukturreform brauchen. Es gab ein Papier unseres Generalinspektors, in dem er dargestellt hat, wo die sicherheitspolitischen Herausforderungen liegen. Auch dieses Papier hat ergeben, dass wir eine

Strukturreform brauchen. Deswegen steht die Sicherheitspolitik am Anfang. Ich gebe allerdings zu, dass die Haushaltsdebatte dazu geführt hat, dass wir den richtigen Schwung bekommen haben, um diese Reformdebatte intensiv zu führen, ohne sie zu verschieben.

Vom Einsatz her denken – das muss unser Anspruch an unsere Sicherheitspolitik sein. Wir müssen den Gefahren dort begegnen, wo sie entstehen, und das ist häufig im Ausland. 250.000 Soldaten haben wir, nur 7.000 können wir in den Einsatz schicken. Wissen Sie, welche Dienstbelastung das bedeutet und welche Einschränkungen wir bei der Durchhaltefähigkeit haben? Wir müssen deshalb unsere Sicherheitspolitik stärker auf den Einsatz ausrichten und dabei auf die gegenwärtigen und künftigen Szenarien vorbereitet sein. Ist die Wehrpflicht noch das richtige Instrument? Ob sechs Monate oder neun Monate – das nimmt sich nichts. Fakt ist: Bestand unsere Armee 1990 noch zu 40 Prozent aus Wehrpflichtigen, so besteht sie heute nur noch zu 8 Prozent aus Wehrpflichtigen. Das heißt, unsere Bundeswehr baut nicht auf dem Grundwehrdienst auf. Vor allem haben wir eine rechtliche Herausforderung; denn was passiert, wenn uns das Bundesverfassungsgericht die Grundlage nehmen wird?

Ja, es ist eine Herausforderung für Politik und Bundeswehr. Die Bundeswehr muss attraktiver werden. Wir müssen unseren Soldaten, die als Berufssoldaten, als Zeitsoldaten oder als freiwillig Längerdienende zu uns kommen, etwas bieten, nicht nur Geld, sondern auch eine bessere Vereinbarkeit von Dienst und Familie. Ich darf sagen: Wir müssen die Sicherheitspolitik im Auge haben. Das ist unsere Aufgabe. Diese Strukturreform ist notwendig, um den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen begegnen zu können. Dafür brauchen wir eine Aussetzung der Wehrpflicht. Deshalb müssen wir hier und jetzt eine Entscheidung treffen. Denn unsere Soldaten sind im Inland und im Ausland im Einsatz. Sie brauchen eine Entscheidung, damit sie wissen, wie ihre Zukunft aussieht. Ich bin davon überzeugt: Die Strukturreform ist ebenso wie die Aussetzung der Wehrpflicht notwendig. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Kollege Otte. – Bevor ich Thomas de Maizière das Wort gebe, möchte ich in unserer Mitte den Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Dr. Jens Kreuter, herzlich begrüßen.

(Beifall)

Ich erteile Thomas de Maizière das Wort.

Thomas de Maizière: Frau Bundeskanzlerin, Frau Parteivorsitzende, liebe Angela! Lieber Karl-Theodor! Normalerweise bin ich sparsam mit persönlichen Bemerkungen. Heute aber will ich mit einer beginnen. Herr von Boetticher hat dafür die Begründung geliefert. Ich bin, wenn Sie so wollen, ein Kind der Bundeswehr. Ich bin mit einer Wehrpflichtarmee aufgewachsen. Das hat unser Familienleben tief geprägt. Deswegen fällt mir, wie sicher auch vielen anderen, der Ab-

schied von dem Vollzug der Wehrpflicht besonders schwer. Die ganzen Debatten, ob das sein muss, habe ich selbst durchgemacht. Aber wahr ist auch: Die Lage hat sich geändert. Ich will die Gründe nicht im Einzelnen vortragen. Das ist bereits geschehen. Auch das verfassungsrechtliche Risiko hat sich erhöht. Wir hatten Glück, dass das Verwaltungsgericht Köln bisher so über die Wehrpflicht entschieden hat. Ehrlich gesagt: Darauf zu setzen, dass es die nächsten zehn Jahre bei den 16 Prozent bleibt, halte ich für riskant.

Wenn man genau hinschaut, Karl-Theodor, dann sieht man, dass die Bundeswehr immer in einem Abstand von 20 Jahren große Veränderungen erlebt hat. In den 50er-Jahren erfolgte der große Aufbau, in den 70er-Jahren der Umbau. Damals vollzog sich eigentlich erst die echte Einbeziehung in die NATO durch die Mitbestimmung in wirklich ernstesten Angelegenheiten. Damals wurden auch die Bundeswehrhochschulen aufgebaut. In den 90er-Jahren hatten wir die Armee der Einheit. Jetzt, 20 Jahre danach, vollzieht sich der Umbau in eine Armee, die nicht nur Verantwortung in Deutschland, sondern auch in internationalen Einsätzen übernimmt. Diese Entwicklung ist logisch und unvermeidlich. Nun sollten wir aber, wenn dem so ist, dies nicht als unvermeidlich zur Kenntnis nehmen und sagen: Schade, das war's dann eben. Leider müssen wir von der Wehrpflicht Abschied nehmen. Wird schon irgendwie. – Vielmehr müssen wir, wenn wir klug sind, daraus eine Chance machen. Wie meine ich das? Erstens. Es muss doch mit dem Teufel zugehen, wenn es uns nicht gelingt, mit guten Argumenten aus faktisch nur 16 Prozent Freiwilligen 20 Prozent und mehr echte Freiwillige zu machen. In welchem Land leben wir denn?

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens. Ich glaube, dass wir, anders als bisher, eine neue Form der Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft erreichen. Da kann der Katastrophenschutz, wenn wir das klug organisieren, eine ganz neue und gute Rolle spielen.

Den dritten Punkt will ich nur andeuten, weil das vermintes Gelände ist. Möglicherweise ergeben sich Chancen bei einer anderen Debatte, für eine Verbindung von äußerer und innerer öffentlicher Sicherheit, über die wir in Deutschland so schwer und so schwierig diskutieren. Vielleicht bietet sich eine Chance, darüber – auch anderen gegenüber – anders zu diskutieren.

Kurzum: Ich finde, wir sollten dieses Thema – das ist einerseits schmerzlich – zuversichtlich angehen und aus der Not eine Tugend machen: Machen wir aus der Wehrpflicht einen freiwilligen Ehrendienst für Deutschland! – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Thomas de Maizière. Wir sind am Ende der Debatte.

Wir treten jetzt in die Abstimmungen ein. Zur Abstimmung steht der Antrag E. Die Antragskommission hat empfohlen, die Anträge C 60, C 63, C 76, C 80 und C 81 sowie C 62, C 97 und C 99 ge-

meinsam mitzuberaten und zu bescheiden. Die Antragskommission empfiehlt uns, den Antrag E – das ist der Antrag des Bundesvorstandes, für den heute Morgen die Bundeskanzlerin, später der Bundesverteidigungsminister und soeben die Kollegen, die wir gehört haben, gesprochen haben – anzunehmen und bei der Annahme des Antrags die Anträge C 60, C 63, C 76, C 80 und C 81 als erledigt zu betrachten und die Anträge C 62, C 97 und C 99 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen sowie den Antrag C 99 zusätzlich an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin zu überweisen. Über diesen Antrag der Antragskommission lasse ich jetzt abstimmen. Wenn er eine Mehrheit findet, dann ist das Konzept, so wie es uns hier vorgetragen ist, und die Bescheidung der Anträge, so wie ich es vorgetragen habe, beschlossen. Ich darf nun diejenigen, die dem Antrag der Antragskommission zustimmen, bitten, ihre Stimmkarte zu erheben. – Die Gegenprobe: Wer möchte dagegen stimmen? – Enthaltungen? – Bei einer beträchtlichen Zahl von Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist damit das Bundeswehrkonzept des Antrags E 1 angenommen. Recht herzlichen Dank.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, Sie waren heute sehr diszipliniert. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, dass wir diese Disziplin für die weiteren Beratungen nutzen, um morgen nicht vollständig aus dem Terminplan zu kommen. Das setzt allerdings voraus, dass wir uns bei der Beratung des Tagesordnungspunktes 25 – SONSTIGE ANTRÄGE – nach unserer Empfehlung heute auf den Antrag C 9 und die damit verbundenen weiteren Anträge zur Präimplantationsdiagnostik konzentrieren. Wir haben zu diesem Tagesordnungspunkt 21 Wortmeldungen vorliegen. Ich schlage Ihnen vor, dass wir, um das Verfahren in einem geordneten Rahmen zu halten, nach diesen 21 Wortmeldungen den Schluss der Rednerliste beschließen. Ich werde die Namen zu den bisher vorliegenden Wortmeldungen gleich verlesen.

Darüber hinaus schlage ich Ihnen vor, dass wir die Redezeit der jeweiligen Redner mit Ausnahme des Redners für die Antragskommission auf drei Minuten je Redner begrenzen.

(Teilweise Widerspruch)

Ich sage Ihnen zu – ich komme aus Bremen und habe nichts zu verlieren –: Ich klinge nach drei Minuten und breche ab.

(Teilweise Beifall, teilweise Widerspruch)

Wenn wir uns auf dieses Verfahren verständigen können, würde ich Ihnen empfehlen, diesen Punkt noch heute aufzugreifen. Wenn wir uns nicht darauf verständigen können, dann müssten wir den Tagesordnungspunkt und diese Anträge morgen aufrufen.

Ich lese die Wortmeldungen vor, die mir bisher vorgelegt worden sind: Hermann Gröhe für die Antragskommission, Peter Hintze, Julia Klöckner, Bundesministerin von der Leyen, Hubert Hüppe, Ursula Heinen-Esser, Herr Sensburg, Herr Kretschmer, Herr Krings, Frau Reiche, Herr Mißfelder, Bundesministerin Schröder, Herr Liese, Frau Böhmer, Frau Kramp-Karrenbauer, Herr Dörflinger, Frau Dr. Görner, Herr Kauder, Frau Flachsbarth, Herr Spahn und Herr Henke. Darüber hinaus haben sich eben noch Herr Rachel und Frau Widmann-Mauz gemeldet. Darf ich fragen, ob der Parteitag unter diesem Eindruck mit dem Vorschlag des Präsidiums der Begrenzung der Rednerliste auf die soeben vorgelesenen Namen und der Redezeit auf drei Minuten einverstanden ist?

(Zurufe: Nein!)

Dann bitte ich Sie um das Kartenzeichen: Wer ist dafür, dass wir die Rednerliste begrenzen? – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das Erste war die eindeutige Mehrheit.

Jetzt frage ich Sie, ob Sie damit einverstanden sind, die Redezeit auf drei Minuten je Redner zu verkürzen?

(Zurufe: Nein! – Weitere Zurufe: Zwei!)

– Ich höre auch „Zwei!“, ich schlage drei Minuten vor. Wer für eine Begrenzung der Redezeit auf drei Minuten ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Ich bitte um die Stimmenthaltungen.

Ich würde vorschlagen, wir wiederholen die Abstimmung noch einmal. Jeder kann sich kürzer fassen. Der Vorschlag des Präsidiums war: maximal drei Minuten. – Frau Bundeskanzlerin.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Darf ich ein Wort sagen. Waren diejenigen, die gerufen haben, für zwei Minuten? Haben wir das richtig verstanden?

(Zurufe: Ja! – Weitere Zurufe: Nein! – Weitere Zurufe: Zwei! – Weitere Zurufe: Drei!)

Ich möchte, dass dieses Thema umfassend und ausführlich diskutiert wird.

(Beifall)

Ich möchte aber auch, dass wir hier morgen um zwölf Uhr nicht nur mit der Hälfte des Parteitages sitzen.

(Beifall)

Ich weiß, wovon ich rede. Deshalb machen wir es vielleicht anders. Wir stellen die Frage: Wer ist dafür, dass das morgen beraten wird? Diejenigen, die dafür sind, mögen das Kartenzeichen geben. – Das sind zu viele, als dass wir das jetzt auszählen könnten usw. Dann wird das morgen beraten.

(Teilweise Beifall, teilweise Widerspruch)

– Dann bleibt uns verfahrensmäßig nur, schriftlich darüber abzustimmen, ob wir morgen oder heute darüber beraten.

(Zurufe)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Ich würde vorschlagen, jetzt noch einmal eine vollständige Abstimmung zu der Frage durchzuführen, ob wir die Debatte auf morgen vertagen oder heute stattfinden lassen wollen. Wer dafür ist, das auf morgen zu vertagen, den bitte ich, sich jetzt kurz von seinem Platz zu erheben. – Ich darf Sie bitten, sich wieder zu setzen. Wer dafür ist, darüber noch heute, aber mit den Einschränkungen, die ich genannt habe, zu beraten, den bitte ich, aufzustehen. – Ich habe den deutlichen Eindruck, dass das die Mehrheit ist. Dann beraten wir jetzt in der von mir vorgeschlagenen Art und Weise.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich rufe jetzt den Antrag C 9 der Jungen Union zur Präimplantationsdiagnostik, PID, auf.

Sie finden den Antrag

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich möchte nicht, dass wir hier unter der Maßgabe, dass die Hälfte sagt, das war nicht die Mehrheit, und es war doch die Mehrheit, arbeiten. So geht das nicht.

(Teilweise Beifall)

Deshalb schlage ich vor, das auf morgen zu verschieben. Wir haben nur morgen ausreichend Zeit. Wir können die Debatte nicht mit dem Argument führen, „heute müssen wir die Redezeit auf drei Minuten beschränken“. Wenn das auf Widerspruch stößt, geht das eben nicht.

(Beifall)

Morgen früh um 9 Uhr wird dieser Antrag in der dafür notwendigen Länge und in einem Stück debattiert. Das ist mein Vorschlag, und das wird so gemacht.

(Beifall)

Das bedeutet aber – darum bitte ich wirklich; denn sonst schaffen wir unser morgiges Programm nicht –, dass jetzt nicht alle zum Baden-Württemberg-Abend stürzen. Wir werden jetzt noch eine Dreiviertelstunde Antragsberatungen über die Anträge machen, über die sonst morgen beraten hätten.

(Teilweise Beifall)

Ich bitte jetzt um Konzentration. Wir werden das Grußwort von Horst Seehofer etwas nach hinten verlegen, sodass wir von 9 Uhr an die Gelegenheit haben, zu argumentieren.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich lasse jetzt über diesen Vorschlag abstimmen. – Ich habe dem Beifall entnommen, dass wir entsprechend verfahren wollen.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 25 auf:

SONSTIGE ANTRÄGE

Es gibt vorher noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung.

Georg von Weichs: Frau Vorsitzende! Liebe Delegierte! Mein Name ist Georg von Weichs, CDU-Kreisverband Hochsauerlandkreis, Nordrhein-Westfalen. Wir haben hier gerade eine Diskussion erlebt, die nicht sauber durchgeführt wurde,

(Teilweise Beifall)

und zwar nicht hinsichtlich der Frage, wie wir das wichtige Thema PID diskutieren, sondern wann und in welcher Zeit. Sie, verehrte Frau Vorsitzende, haben einen Vorschlag gemacht und diesen Vorschlag als Festlegung definiert. So geht das nicht.

(Teilweise Beifall)

Wenn Sie einen Vorschlag machen – ich bin ja nur Waldarbeiter –, dann verstehe ich diesen Vorschlag als Antrag. Über diesen Antrag muss befunden werden. Wir haben einen Kompromissvorschlag durch das Tagungspräsidium bekommen, und diesem Vorschlag hat die Mehrheit zugestimmt. In Hamburg haben wir vor vielen Jahren eine ähnliche Situation erlebt. Das haben wir gesagt: Aufgrund der Wichtigkeit des Themas diskutieren wir, auch wenn es Mitternacht wird.

(Teilweise Beifall)

Hier geht es nicht nur um ein besonderes CDU-Profil, sondern um ganz wichtige Fragen, die von vitaler Bedeutung sind. Daher haben wir uns zu disziplinieren und heute Abend programmgemäß dieses Thema zu Ende zu führen und einer geordneten Beschlussfassung zuzuführen. – Ich bedanke mich.

(Teilweise Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Ich glaube, die Sache ist ziemlich einfach aufzulösen. Wir machen jetzt Folgendes: Ich habe einen Vorschlag gemacht, und dieser hieß, dass wir morgen ohne jede Restriktion mit offener Rednerliste und ohne Zeitbegrenzung diskutieren.

(Beifall)

Es ist nicht eindeutig festzustellen gewesen, ob dieser Antrag eine Mehrheit hat oder nicht. Deshalb stelle ich jetzt genau diesen Antrag zur schriftlichen Abstimmung.

(Teilweise Widerspruch)

– Doch. – Leute passt mal auf. Wir wollen über das Thema ernsthaft diskutieren und das geht nicht über Zurufe hier!

(Teilweise Beifall)

Es gibt unterschiedliche Meinungen. Wenn es darüber, wie wir verfahren wollen, unterschiedliche Meinungen gibt, dann möchte ich, dass wir eine klare Antwort darauf finden, was die Mehrheit des Parteitags möchte. Ich beantrage auch mit Unterstützung der Antragskommission, es morgen zu machen. Gleich wird jemand die Nummer des Stimmzettels bekanntgeben. Wer für den Vorschlag ist, der stimmt mit Ja. Wer dagegen ist, stimmt mit Nein. Der Tagungsvorsitzende wird gleich die Farbe oder die Nummer des Stimmzettels nennen. Dann wird das schnell ausgezählt, damit sind wir in einer Viertelstunde fertig. Dann haben wir die richtige Basis. Wenn der Antrag eine Mehrheit findet, dann verfahren wir so. Wenn der Antrag keine Mehrheit hat, dann wird über die PID heute Abend diskutiert, und zwar so lange, wie es dauert, und mit so vielen Leuten, wie dazu sprechen wollen. Das ist die Alternative.

Nach dieser Diskussion gibt es keine Möglichkeit mehr, Rednerzeitbeschränkungen, Listenbeschränkungen oder Ähnliches zu machen.

(Beifall)

Entweder heute Abend oder morgen. Mein Antrag ist: morgen in aller Ruhe.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Die Bundesvorsitzende hat jetzt zur Geschäftsordnung vorgeschlagen, dass wir schriftlich darüber abstimmen, ob über den Antrag C 9 mit den damit verbundenen Punkten noch heute oder erst morgen abgestimmt werden soll. Ich würde vorschlagen, dass wir dafür die vor Ihnen liegenden Stimmblocke verwenden. Sie finden in Ihrem Block einen dreigeteilten Stimmzettel mit der Ziffer 1 und den Worten Ja, Nein und Enthaltung. Mit diesen drei Stimmzetteln werden wir jetzt über diesen Verfahrensvorschlag abstimmen.

Wer den Stimmzettel Ja benutzt, der stimmt dafür, dass wir diesen Antrag morgen zu Beginn des Parteitags debattieren. Wer den Stimmzettel Nein abgibt, der stimmt dafür, dass wir den Antrag unmittelbar im Anschluss an das Ergebnis der Auszählung heute debattieren. Was derjenige macht, der mit Enthaltung stimmt, brauche ich Ihnen, glaube ich, nicht zu erklären.

Ist das Wahlverfahren so weit verstanden worden? – Das ist der Fall. Dann darf ich Sie jetzt bitten, den Stimmzettel für die Abstimmung zu nutzen. Wer dafür ist, noch heute zu beraten, nimmt den Stimmzettel mit Nein. Wer dafür ist, dass wir morgen gemäß dem Vorschlag der Bundesvorsitzenden beraten, der nimmt bitte den Stimmzettel Ja. Ist das Verfahren verstanden?

– Das ist der Fall. Dann darf ich die Stimmzähler bitten, die Stimmzettel einzusammeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Delegierte, darf ich darum bitten, dass diejenigen aufzeigen, die bisher noch nicht die Gelegenheit hatten, ihren Stimmzettel abzugeben? – Hinten links sind noch Stimmzettel abzugeben, hier vorne links ebenfalls. – Liebe Delegierte, darf ich fragen, ob alle ihre Stimmzettel abgegeben haben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte die Stimmzähler, die Stimmzettel auszuzählen.

Ich schlage Ihnen vor, in der Auszählpause weiter nach der Tagesordnung zu verfahren und die übrigen Sonstigen Anträge in laufender Nummerierung aufzurufen. – Ich stelle Einverständnis fest.

Sie finden die Anträge in der dickeren der beiden Sammlungen der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 246 bis 315 sowie in der Sammlung der Initiativanträge und Sachanträge auf den Seiten 1 bis 19. Sie sind jeweils mit dem Buchstaben C gekennzeichnet.

Meine Damen und Herren, ich rufe zunächst den Antrag C 1 auf. Es handelt sich um einen gemeinsamen Antrag der CDA und der Senioren-Union. Sie finden den Antrag zur Aufnahme der Zeitarbeitsbranche ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf Seite 246 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags C 1. Ich darf fragen, ob zu dem Antrag das Wort gewünscht wird. – Zu diesem Antrag hat sich Dr. Regina Görner gemeldet. Ich darf Frau Dr. Görner bitten, an das Mikrofon zu kommen.

Dr. Regina Görner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, es ist schwierig, sich jetzt auf ein anderes Thema zu konzentrieren, aber ich möchte um Ihre Aufmerksamkeit bitten.

Ich will als Erstes feststellen, dass ich froh bin, dass die Antragskommission dafür plädiert, dass wir diesen Antrag mit Ja beschließen. Ich will aber darauf hinweisen, dass dieses Votum das Problem, dem wir uns gegenübersehen, nicht wirklich lösen wird.

Leiharbeit bzw. prekäre Beschäftigung ist ein Thema, das sich in den letzten Jahren in einer Weise ausgebreitet hat, das wir in der Vergangenheit so wahrscheinlich nicht annähernd erwartet hätten. In der Krise sind die etwa 800.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sehr schnell entlassen worden. Man muss dazu sagen: Es waren junge Beschäftigte, die in diesen Beschäftigungsverhältnissen waren. Wir stellen jetzt fest: Es wird wieder eingestellt, aber zum größten Teil in prekärer Beschäftigung, in Leiharbeit, in Arbeitsverhältnissen mit Befristungen. Ich kann den jungen Leuten heute nicht mehr die Aussicht geben, dass an eine kurze Phase von Leiharbeit oder eine kurze Phase von befristeter Beschäftigung ein Dauerarbeitsverhältnis anschließt. Was bedeutet es für unsere Gesellschaft, wenn eine immer größere Anzahl von jungen Leuten nicht mehr die Chance hat, in absehbarer Zeit so etwas wie wirtschaftliche Sicherheit zu bekommen?

Heute Nachmittag ist hier sehr überzeugt von der Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements für unsere Partei gesprochen worden. Ich kann nur sagen: Das hat eine große Bedeutung. Aber was wird aus dem ehrenamtlichen Engagement werden, wenn immer mehr junge Leute nicht mehr wissen, ob und wo sie morgen beschäftigt sein werden, ob sie diese oder jene Arbeitszeiten haben werden? Wo bleiben dann unsere Freiwilligen Feuerwehren? Wo bleiben unsere Parteiarbeit, die Jugendmusikschulen oder der Sport? Ich glaube, wir müssen uns diese Frage stellen.

Wir müssen uns aber auch eine zweite Frage stellen: Was bedeutet diese Struktur eigentlich für die Zukunft junger Familien? Wenn junge Menschen nicht ein Mindestmaß an ökonomischer Sicherheit haben, dann werden sie keine Chance bekommen, sich für Kinder zu entscheiden, obwohl sie eigentlich Kinder wollen. Ich denke, wir haben größtes Interesse daran, sicherzustellen, dass junge Leute ihre Familie unter halbwegs stabilen ökonomischen Bedingungen gründen können. Das können sie nicht, wenn Leiharbeit den Status behält, den sie jetzt für junge Leute hat.

Aus diesem Grund will ich darauf hinweisen, dass wir dafür sorgen müssen, andere Bedingungen in der Leiharbeit zu bekommen. Leiharbeit sollte nur noch da angewendet werden, wo sie angewandt werden muss. Es gibt gute Gründe für Leiharbeit, meine Damen und Herren, etwa wenn es Auftragsspitzen gibt, die man nicht absehen konnte, oder wenn Krankheit auftritt. In diesen Fällen gibt es gute Gründe für Leiharbeit; aber es gibt keinen einzigen guten Grund für Leiharbeit, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter schlechter zu bezahlen als andere. Die anderen Länder machen das übrigens ganz anders.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen uns für die Zukunft dafür stark machen, in diesem Bereich den Grundsatz „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ gesetzlich festzuschreiben, wie es im Übrigen die europäischen Richtlinien schon heute vorsehen. Zudem wird es darauf ankommen, dass wir der Praxis des Heuerns und Feuerns endlich etwas entgegensetzen. Das bedeutet nämlich keine Sicherheit für junge Familien, und das ist auch keine Verlässlichkeit für ehrenamtliches Engagement. Ich bitte deshalb sehr dringend darum, dass Sie diesem Problem mehr Aufmerksamkeit schenken als, wie ich jetzt verstehe, Sie meinen Ausführungen schenken wollten. Ich wollte Sie aber auf jeden Fall daran erinnern, dass wir dieses Thema in Zukunft dringend weiter behandeln müssen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Görner. Ich habe zu diesem Punkt keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu dem vorliegenden Antrag C 1 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission –

Annahme des Antrags – zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen und einigen wenigen Enthaltungen ist der Antrag so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 2 der CDA auf. Sie finden den Antrag zur Bekämpfung der Altersarmut auf den Seiten 246 bis 248 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 2 gemeinsam mit dem Antrag C 45 zu behandeln und die Anträge an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Berücksichtigung in der vom Koalitionsvertrag vorgesehenen Kommission zur Altersarmut zu überweisen. – Ich gebe hierzu zunächst Karl-Josef Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir von der CDA haben diesen Antrag gestellt, weil es hier aus unserer Sicht um eine wichtige Frage, um eine Frage von Gerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit geht. Wenn man das heute in Deutschland geltende Rentenrecht zugrunde legt, dann muss ein Mensch, der 7,50 Euro pro Stunde verdient, allein 49 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, um eine Rente zu bekommen, wie jeder andere, der nie in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, als Grundsicherung aus Steuermitteln bekommt. Das heißt, all die Menschen in unserem Land, die in diesem Lohnniveau arbeiten – man sagt, das seien etwa 20 Prozent der Arbeitsplätze –, haben im Alter aufgrund ihrer gezahlten Rentenversicherungsbeiträge so gut wie keine zusätzliche Leistung gegenüber denen, die nie in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Ich glaube, dass das mit dem Leistungsgedanken der Union nicht ganz vereinbar ist.

(Beifall)

Der zweite Punkt ist: In dieser Entwicklung steckt ein gewaltiger Sprengstoff für die Entwicklung der kommunalen Finanzen in unserem Land.

Denn die Grundsicherung im Alter ist eine Sozialleistung, die aus kommunalen Mitteln finanziert werden muss. Wir sollten nicht so tun, als sei dies kein Problem. Denn seit der Einführung der Grundsicherung sind die Kosten dafür in Nordrhein-Westfalen, um nur ein Beispiel zu nennen, jedes Jahr um 16 Prozent gestiegen. Die Mittel dafür müssen allein aus kommunalen Haushalten bereitgestellt werden.

Wenn Sie einmal daran denken, dass es den Niedriglohnbereich gibt und dass wir für alle, die vor 1992 in die Rentenversicherung einbezahlt haben, noch die Rente nach Mindesteinkommen haben, wodurch diese Renten künstlich aufgestockt werden, dass das aber für alle Beiträge ab 1992 nicht mehr gilt, dann können Sie sich darauf gefasst machen, dass in zehn bis 15 Jahren die Frage der Grundsicherung Sprengstoff für unsere kommunalen Haushalte sein wird. Dagegen war das, was Sie bei der Pflege vor Jahrzehnten erlebt haben, eine Kleinigkeit.

(Beifall)

Deswegen ist es wichtig, dass dieser Teil der Koalitionsvereinbarung, dass nämlich in dieser Wahlperiode Lösungen gesucht werden müssen, die sicherstellen, dass diejenigen, die über Jahrzehnte Vollzeit beschäftigt waren, aber wenig verdient haben, im Alter eine Alterssicherung haben, die oberhalb der Grundsicherung liegt und aus einer Versicherungsleistung bezahlt wird, nicht ein Anhängsel des Koalitionsvertrages wird. Vielmehr muss dieser Teil umgesetzt werden. Deswegen wäre eine Überweisung an die Bundestagsfraktion eine Beerdigung erster Klasse, wie es Überweisungen von Anträgen in Wahrheit oft sind.

Da gilt es nach meiner festen Überzeugung auch zu beachten, dass wir eine Lösung innerhalb der Rentenversicherung finden müssen. Ich glaube nicht, dass eine bürgerliche Partei ein Interesse daran haben kann, dass immer mehr Menschen in unserem Land von staatlichen Fürsorgeleistungen abhängig sind. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine bürgerliche Partei vielmehr ein Interesse daran haben muss, dass viele Menschen von der Leistung ihres Berufslebens leben. Dann befinden sie sich als Bürger auf gleicher Augenhöhe mit dem Staat. Sie wählen dann eher bürgerliche Parteien als diejenigen, die immer wieder in die Grundsicherungssysteme verwiesen werden.

Grundsicherung ist ein Wahlprogramm für Linke und Sozialdemokraten. Sozialversicherung und daraus abgeleitete Rechte sind ein Wahlprogramm für die Christlich Demokratische Union. So muss man es einfach einmal strategisch sehen.

(Beifall)

Deswegen sage ich ganz deutlich: Der Antrag beinhaltet nicht die Forderung, zu beschließen, dass es so gemacht wird, sondern er besteht aus Prüfaufträgen. Deshalb bin ich der Meinung, dass man darüber auch abstimmen kann und dass man ihn nicht nur überweist. Ich bitte in dieser Frage um Mut zur Entscheidung. Deswegen möchte ich, dass über diesen Antrag mit Ja oder Nein abgestimmt wird.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl-Josef Laumann. – Möchte jemand für die Antragskommission erwidern und die Empfehlung auf Überweisung begründen? – Herr Storm, bitte.

Andreas Storm, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Karl-Josef Laumann hat deutlich gemacht, mit welchem Engagement die Union nicht nur in den letzten Jahrzehnten, sondern auch für die Zukunft das Thema Alterssicherung behandelt.

Wir haben in Deutschland eine Erfolgsgeschichte, die zeigt, dass das Armutsrisiko bei Menschen im Rentenalter niedriger ist als in nahezu allen anderen Altersgruppen. Nur 2,5 Prozent der Menschen über 65 Jahre benötigen eine ergänzende Grundsicherung im Alter. Das ist gera-

de auch ein Erfolg christdemokratischer Rentenpolitik und nicht zuletzt ein Ergebnis der großen Rentenreform des Jahres 1957.

Aber diese Bundesregierung mit Bundesarbeits- und Bundessozialministerin Ursula von der Leyen macht es sich nicht so einfach, indem sie sagt: Wir können uns auf diesen Wert von 2,5 Prozent Armutsquote im Alter ausruhen. Im Gegenteil: Es soll zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Regierungskommission eingesetzt werden, die sich mit dem Thema Vermeidung von Altersarmut beschäftigt.

Lieber Karl-Josef Laumann, all die berechtigten Fragen, die die CDA in diesem wirklich hervorragenden Antrag gestellt hat, wollen wir ab dem kommenden Frühjahr in einer Regierungskommission behandeln. Aber zum heutigen Zeitpunkt bereits diese Punkte zu beschließen, wäre zu früh. Deshalb müssen diese Punkte an die Regierungskommission überwiesen werden. Das ist aber alles andere als eine Beerdigung erster Klasse. Denn diese Punkte sind ein hervorragendes Material. Das gilt im Übrigen auch für den Antrag C 45. Wir wollen uns damit intensiv befassen. Im Spätsommer des Jahres 2012 wollen wir als erste Bundesregierung einen Vorschlag unterbreiten, wie wir die Altersarmut nicht nur heute, sondern auch für die Zukunft dauerhaft vermeiden. Deshalb bitte ich Sie, dem Votum der Antragskommission auf Überweisung dieser Materialien in die Kommission zu folgen.

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher möchte ich zunächst über die Empfehlung der Antragskommission, also Überweisung gemeinsam mit dem Antrag C 45 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, abstimmen. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Das Letztere war die Mehrheit.

(Teilweise Beifall)

Dann stimmen wir jetzt in der Sache ab. Wer dem Antrag C 2 der CDA in der vorliegenden Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass der Antrag bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen worden ist.

(Beifall)

Liebe Delegierte, ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der Abstimmung über die Behandlung der PID-Anträge bekannt. Abgegebene Stimmen 790, davon waren keine ungültig. Es gab vier Enthaltungen. Damit verbleiben 786 gültige Stimmen. Die danach erforderliche Mehrheit beträgt 394. Mit Ja, das heißt für die Verschiebung der Antragsberatung auf Morgen, haben 580 gestimmt.

(Beifall)

Mit Nein haben 206 gestimmt. Damit ist entschieden, dass wir den Antrag morgen beraten. Ich schlage Ihnen vor, dass wir ihn zu Beginn unserer Beratungen des morgigen Parteitags um 9 Uhr aufrufen. – Ich stelle fest, dass sich dagegen kein Widerspruch erhebt.

Wir haben jetzt für die weiteren Anträge bis einschließlich C 12 keine Wortmeldungen vorliegen. Der Antrag C 12 beschäftigt sich mit der Sonderbriefmarke für Helmut Kohl. Da wir Helmut Kohl heute Abend noch treffen, ist meine dringende Empfehlung, dass wir bis zum Antrag C 12 noch zügig beraten und abstimmen. – Ich stelle fest: Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ich rufe den Antrag C 3 der Frauen-Union auf. Sie finden den Antrag auf Seite 248 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Dann lasse ich jetzt über die Empfehlung abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission auf Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das Votum der Antragskommission ohne Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen.

Ich rufe auf den Antrag C 4 der Jungen Union zur Erinnerungskultur und Aufarbeitung der Geschichte der DDR-Diktatur. Sie finden den Antrag auf den Seiten 248 und 249 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag in der Fassung der Antragskommission zu beschließen. Wortmeldungen hierzu sind nicht angezeigt. Dann lasse ich jetzt über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 5 der Jungen Union auf. Sie finden den Antrag auf den Seiten 249 und 250 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Dann lasse ich jetzt über diese Empfehlung abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist der Antrag in der Fassung der Antragskommission bei wenigen Gegenstimmen beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 6 der Jungen Union zum Ausschluss einer politischen Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf. Sie finden den Antrag auf Seite 250 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt hier die Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Dann lasse ich jetzt über diese Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei einer Enthaltung im Übrigen so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 7 „Keine öffentliche Unterstützung der Linksjugend“ auf. Der Antragsteller ist auch hier die Junge Union. Sie finden den Antrag auf Seite 251 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages. Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor. Dann lasse ich jetzt über die Empfehlung der Antragskommission „Annahme des Antrages“ abstimmen. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 8 der Jungen Union auf. Sie finden den Antrag auf Seite 251 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 8, C 18, C 40, C 42, C 59, C 74 und C 82, die alle in verschiedener Hinsicht steuerpolitische Themen betreffen, gemeinsam zu behandeln und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Der Antrag C 8 soll zusätzlich auch an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament überwiesen werden. Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor. Dann lasse ich über diese Empfehlung der Antragskommission jetzt abstimmen. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Den Antrag C 9 werden wir mit den verbundenen Anträgen morgen früh beraten.

Ich rufe deswegen jetzt den Antrag C 10 der Jungen Union „Zuwanderung durch Punktesystem steuern“ auf. Sie finden den Antrag auf den Seiten 251 und 252 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt auch hier Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Dann lasse ich jetzt über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dieser Empfehlung auf Überweisung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist das bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Antrag C 11 der Jungen Union „Keine Bundesparteitage im Advent“ auf. Sie finden den Antrag auf Seite 252 der Antragsbroschüre. Dieses Jahr brauchen Sie keine Angst zu haben. Egal, wie lange wir tagen, den Advent erreichen wir nicht mehr. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 11 an den Generalsekretär zu überweisen.

(Vereinzelt Beifall und Heiterkeit)

Weitere Empfänger des Antrages kommen nicht in Betracht. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen an den Generalsekretär überwiesen.

Jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, rufe ich den letzten Punkt unserer heutigen Beratung auf, nämlich den Antrag C 12 der Jungen Union „Sonderbriefmarke zur Ehrung der herausragenden politischen Lebensleistung von Dr. Helmut Kohl“.

(Beifall)

Sie finden diesen Antrag auf Seite 252 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag zusammen mit dem Antrag C 47 der Senioren-Union zu behandeln und die Anträge in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Dann lasse ich jetzt über diese Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Ich bitte um Enthaltungen. – Der Parteitag hat einstimmig den Antrag in der Fassung der Antragskommission beschlossen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Delegierte, ich habe nun die Ehre, Sie einzuladen bzw. aufzufordern, zum Baden-Württemberg-Abend zu kommen. Sie haben es sich verdient. Ich wünsche uns noch eine schöne Feier und morgen früh einen pünktlichen Beginn unserer Beratungen. – Vielen Dank.

(Schluss: 21.15 Uhr)

Dienstag, 16. November 2010

Zweite Plenarsitzung

Beginn: 9:01 Uhr

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Guten Morgen, liebe Delegierte! Ich freue mich, dass die Reihen vereinzelt doch schon besetzt sind, und begrüße die, die da sind, und sie begrüßen mich.

(Beifall)

Wir haben heute eine anspruchsvolle Arbeit vor uns, und deshalb wollen wir pünktlich beginnen. Ich übergebe die morgendliche Leitung an Thomas Röwekamp.

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Wir setzen unsere Beratungen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 25 fort:

SONSTIGE ANTRÄGE

Wir haben uns gestern Abend darauf verständigt, heute Morgen unmittelbar mit dem Antrag C 9 und den damit verbundenen Anträgen zu beginnen. Ich schlage deswegen vor, dass wir zur Fortsetzung der Antragsberatung jetzt den Antrag C 9 und die damit verbundenen Anträge aufrufen. Als Erstem gebe ich für die Antragskommission unserem Generalsekretär das Wort.

Hermann Gröhe, Antragskommission: Herr Präsident, lieber Thomas Röwekamp! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen, liebe Freunde! Seit der Entscheidung des

Bundesgerichtshofs aus dem Juli dieses Jahres hat es erneut auch in unseren Reihen eine intensive Diskussion über die Zulassung der sogenannten Präimplantationsdiagnostik gegeben, über ein Thema, das uns umtreibt, weswegen wir auch gestern Abend entschieden haben, den Parteitag hier und heute damit zu beginnen.

Verschiedene Anträge, nicht nur die Anträge in Ihrer Antragsmappe, sondern auch weitere Initiativanträge sind zu diesem Themenkomplex eingegangen. Gestern ist Ihnen eine geänderte Empfehlung der Antragskommission, die von der vorher versandten Antragsmappe abweicht, zugegangen.

Wenn wir uns die Debatten der letzten Tage zum Thema Präimplantationsdiagnostik auch in unseren eigenen Reihen noch einmal vor Augen führen, dann fällt, so denke ich, zweierlei auf. Es sind Debatten voller Leidenschaft, und das Bemerkenswerte ist, es sind zugleich auch Debatten der leisen Töne. Debatten mit Leidenschaft: Es geht um das Kostbarste, das menschliche Leben, die gleiche unverfügbare Würde jedes Menschen. Wo sie bedroht ist, ist der Schutz der Gemeinschaft gefordert.

(Vereinzelt Beifall)

Gleichzeitig ist es eine Debatte der leisen Töne. Wir alle sehen das Leid von Paaren, die um das hohe Risiko schwerer Erbkrankheiten wissen, von Paaren, die sich sehnlichst ein gesundes Kind wünschen, mitunter auch als Geschwisterkind für ein bereits vorhandenes Kind mit einer Behinderung, ein Geschwisterkind, das Sorge tragen möge auch über das Leben der Eltern hinaus.

Noch etwas ist auch in der Debatte über die jetzt eingegangenen Anträge deutlich geworden: Uns alle in der Union verbindet in dieser Debatte Wertvolles und Entscheidendes. Es ist das Bekenntnis zur gleichen Würde jedes menschlichen Lebens, das klare Nein zu jeder Unterscheidung zwischen lebenswertem und lebensunwertem Leben, der Wille, für ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung einzutreten,

(Vereinzelt Beifall)

und das Wissen, dass wir dazu noch viel tun müssen.

Die Empfehlung der Antragskommission, die neu ausgeteilt wurde, lässt Raum für die Benennung genau dieser Gemeinsamkeiten, um dann auch zwischen verschiedenen Optionen entscheiden zu können. Wir haben in den Ziffern 1 bis 7 und in der Ziffer 9 der Empfehlung der Antragskommission diese wertvollen Gemeinsamkeiten festgehalten. Diese empfiehlt Ihnen die Antragskommission zur Annahme. Dann haben wir Ihnen in der Ziffer 8 Alternativen ohne Empfehlung der Antragskommission vorgetragen, unter 8.1 die Möglichkeit, zu entscheiden, dass wir diese Frage auf der Grundlage der Prinzipien, die vorher beschrieben sind, offenhalten. Wenn das eine Mehrheit fände, wäre für diesen Parteitag die Entscheidungsfindung mit den

vorgenannten Ziffern und der ersten Variante von Ziffer 8 abgeschlossen. Wenn es keine Mehrheit fände, würden wir in einer alternativen Entscheidung zwischen der Variante 2 – Verbot der PID – und der Variante 3 – Zulassung ihrer Möglichkeit in engen Grenzen – entscheiden müssen.

Gestatten Sie mir, an dieser Stelle über das hinaus, was ich für die Antragskommission sage – aber ich habe mich in dieser Frage öffentlich positioniert, und ich denke, dann gehört es sich auch, das vor diesem Parteitag zu tun -, meine eigene Entscheidung zu benennen. Ich trete für ein Verbot der PID ein.

(Beifall)

Ich habe Respekt vor denen, die noch hin und her gerissen sind, deren Meinungsbildungsprozess anhält. Ich habe Respekt vor denen, die anders denken als ich. Es geht um die Verpflichtung unserer Rechtsordnung zum Schutz des Lebens,

(Vereinzelt Beifall)

aber auch ich kann mir menschliche Dramen vorstellen, in denen neben dieses Bekenntnis, dem Lebensschutz dienen zu müssen, etwas anderes hinzutritt, das Schweigen, die Demut in der Erkenntnis, dass es menschliche Dramen, Grenzsituationen gibt, in denen die Berechtigung eines gesetzlichen Verbots an ihre Grenzen stößt.

Gleichzeitig bin ich davon überzeugt: Noch so enge Ausnahmeregelungen etwa zur Vermeidung von Implantationen, denen ein Absterben des Embryos im Mutterleib folgt, werden nicht halten.

(Vereinzelt Beifall)

Mehr und mehr werden wir hineingezogen in Entscheidungen, in denen dann eben doch festgelegt wird, welches Leben zugelassen und welches Leben verworfen wird. Dies wäre nach meiner festen Überzeugung mit der Heiligkeit des Lebens unvereinbar. Deswegen trete ich persönlich für ein Verbot der PID ein. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir haben auch heute Morgen wieder prominente Gäste unter uns. Ich begrüße an dieser Stelle den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Peter Heesen. Herzlich willkommen, Herr Heesen!

(Beifall)

Ich freue mich auch sehr, dass wir unter uns auch den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßen können, Herrn Michael Sommer. Herzlich willkommen, Herr Sommer!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum weiteren Beratungsverlauf möchte ich jetzt darauf hinweisen, wie wir nachher die Abstimmungen gestalten werden. Nachdem zum PID-Antrag zwei Initiativanträge eingegangen sind, hat die Antragskommission gestern in ihrer Sitzung noch einmal darüber beraten. Die Antragskommission empfiehlt nunmehr, den Antrag C 9 – das ist der Antrag, den ich eben aufgerufen habe – zusammen mit den inhaltsbezogenen Anträgen C 70, C 71 und C 79 sowie dem Initiativantrag C 100 der Delegierten Julia Klöckner, Josef Rosenbauer, Christian Baldauf und weiterer 27 Delegierter und dem Initiativantrag C 104 der Delegierten Peter Hintze, Ursula Heinen, Kristina Schröder und weiterer 27 Delegierter zu behandeln.

Sie finden diese Anträge in der dicken Antragsbroschüre und die Initiativanträge C 100 auf den Seiten 2 und 3 und C 104 auf der Seite 8 der Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission. Die Antragskommission hat die folgenden Anträge in einem eigenen Antrag zusammengefasst. Grundlage hierfür ist § 10 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung. Die neu vorgelegte Fassung finden Sie auf den Seiten 2 bis 5 der Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission sowie als Tischvorlage auf Ihren Plätzen. Die Antragskommission empfiehlt, wie eben von Hermann Gröhe vorgetragen, aus diesem Antrag die Ziffern 1 bis 7 sowie die Ziffer 9 anzunehmen, da diese die gemeinsame Position aller Antragsteller beschreibt.

Zu Ziffer 8 hat die Antragskommission einen Verfahrensvorschlag gemacht. Danach müssen die dort dargestellten Varianten gesondert abgestimmt werden. Zunächst ist in der Variante 1 darüber abzustimmen, ob es gegebenenfalls weiterer Diskussionen über dieses Thema bedarf oder ob sich der Parteitag bereits heute auf eine Haltung zur PID festlegt. Für den Fall, dass die Variante 1 abgelehnt wird, bedeutet dies, dass wir anschließend alternativ zwischen den Varianten 2 und 3 entscheiden, weil dort die unterschiedlichen Auffassungen zur PID zur Abstimmung stehen. Das Tagungspräsidium empfiehlt für den Fall, dass es zu einer Entscheidung zwischen den inhaltlichen Varianten 2 und 3 kommt, schriftlich abzustimmen. Gibt es gegen dieses Verfahren Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Dann fahren wir jetzt fort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen. Ich rufe als Nächste Frau Maria Flachsbarth auf. Danach kommt Frau Katherina Reiche.

Frau Flachsbarth, Sie haben das Wort. – Frau Flachsbarth, sind Sie anwesend? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Frau Katherina Reiche bitten, zu uns zu sprechen.

Katherina Reiche: Verehrter Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren Delegierte! Liebe Freunde! Als dreifache Mutter kann ich mir nichts Schlimmeres vorstellen als den Tod des eigenen Kindes, eine Totgeburt, einen frühen Kindstod oder die Pflege des eigenen Kindes bis zu

dessen Tod. Wie grausam und eiskalt läuft es einem bei diesem Gedanken über den Rücken! Ein totes Kind ist eine Lebenskatastrophe, die niemals heilt. Selbst scheinbar „normale“ Fehlgeburten bedürfen oft langer Zeit der Verarbeitung und der Trauer. Meistens sind sie nie zu Ende. Über Fehl- oder Totgeburten redet man nicht, erst recht nicht in der Öffentlichkeit, genauso wenig wie über die Reproduktionsmedizin. Das ist Privatsache, oft Frauensache.

Wie sieht derzeit die Rechtssituation in Deutschland aus? Die juristische Diskussion über die PID in Deutschland kreist im Wesentlichen um die Frage, ob die PID mit dem 1990 verabschiedeten Embryonenschutzgesetz vereinbar ist. Es gab Widersprüche zu klären. Die wegen dieser bis dahin ungeklärten Frage bestehende Rechtsunsicherheit wurde durch ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs am 6. Juli dieses Jahres beseitigt. Der Bundesgerichtshof hat am 6. Juli ganz klar gesagt, dass Embryonen in Deutschland nun vor dem Einsetzen in die Gebärmutter auf genetische Defekte und Erbkrankheiten untersucht werden dürfen.

Wie kam es überhaupt zu diesem Urteil? Der Hintergrund ist folgender: Ein Gynäkologe in Deutschland hatte erblich vorbelasteten Paaren, also werdenden Eltern in schwersten Konfliktsituationen, geholfen. Er pflanzte die untersuchten Embryonen ein und zeigte sich anschließend selbst an. Man muss sich vorstellen: Ein Arzt zeigt sich selbst an, um Hilfe für seine Patientinnen und Rechtssicherheit zu bekommen.

Was würde nun ein Verbot bedeuten? Frauen würden per Gesetz gezwungen, vorhersehbare Fehlgeburten oder Spätabtreibungen zu erleiden. Sie müssten neun Monate mit der Gewissheit leben, ihr möglicherweise nicht lebensfähiges Kind sterben zu sehen. Ja, es ist richtig: Es gibt kein Recht auf ein gesundes Kind. Aber es gibt den verständlichen Wunsch danach. Es heißt, manche wollten über Leben und Tod entscheiden. Nein, ich und die Unterstützer des Antrages möchten Paaren in schweren Konfliktsituationen helfen.

Vielleicht ist es sinnvoll, einen Blick auf die aktuelle Situation zu werfen. Abtreibungen sind bis zur zwölften Schwangerschaftswoche möglich. Man darf auch Kinder im Mutterleib auf vielerlei Krankheiten untersuchen. Wir haben es gemeinsam geschafft, die Zahl der Spätabtreibungen zurückzudrängen. Gleichwohl sind sie möglich. Es gibt die Spirale und die Pille danach. Wolfgang Schäuble hat im Jahr 2001 einen bemerkenswerten Aufsatz mit der Überschrift „Vergesst die Mutter nicht“ geschrieben. Er befasst sich hier damit, dass eine befruchtete Eizelle in einer Petri-Schale Lebenschancen erhält und dass diese an das Erreichen des mütterlichen Körpers gekoppelt sind.

Welche Paare brauchen eigentlich PID? Die PID brauchen Paare mit einem hohen Risiko, ein genetisch schwer geschädigtes Kind auf die Welt zu bringen. Das wissen die betroffenen Paare in der Regel aber nicht vorher. Das wissen nur ganz wenige vorher. Diejenigen, die dann dorthin gehen, haben schwere Schicksale durchlitten und meistens auch den Tod des ersten Kindes verarbeiten müssen. Als ich in Amerika war, habe ich bei einer Gastfamilie gelebt, die sieben Kinder

hatte, sechs Jungen und ein Mädchen. Fünf Jungen sind an Dychenne-Muskeldystrophie gestorben. Meinen höchsten Respekt davor, wie es diese Frau geschafft hat, fünf Kinder zu begraben und trotzdem ihren Lebensmut zu behalten! Das Mädchen, mittlerweile eine Frau, hat sich allerdings in Amerika für eine PID entschieden, weil sie es nicht geschafft hätte, den Leidensweg ihrer Mutter noch einmal zu gehen.

Wenn ein PID-Verbot käme, dürften Frauen schwanger werden, könnten Fehlgeburten erleiden, so viele sie in der Lage zu ertragen sind. Sie dürften abtreiben oder spätabtreiben. Aber sie hätten keinen Ausweg. Ich weiß nicht, ob das christlich ist. Für mich jedenfalls ist das unbarmherzig. Eine Frau, die sich auf den Weg der Tortur der Reproduktionsmedizin begibt, will einfach nur eines: Mutter sein, nach Fehlgeburten, Eileiterschwangerschaften, Depressionen und Tränen. Für mich ist die PID ein Weg, Ja zum Leben zu sagen. Ich würde mich freuen, wenn wir die PID auch in Deutschland in engen Grenzen für die betroffenen Paare zulassen könnten.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagespräsidium: Vielen Dank, Katherina Reiche. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch heute haben wir wieder Geburtstagskinder unter uns. Ich freue mich sehr, dass heute der Präsident des Deutschen Bundestages unter uns ist und mit uns seinen Geburtstag feiert. Herzlichen Glückwunsch unserem Freund Norbert Lammert!

(Beifall)

Was gibt es Schöneres, als im Kreis der engsten Freunde zu feiern? Das gilt auch für ein Mitglied des Tagungspräsidiums, für den Fraktions- und Landesvorsitzenden aus Berlin, Frank Henkel. – Lieber Frank, auch dir herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Gleichfalls feiert heute mit uns der Abgeordnete Klaus Zeh seinen Geburtstag. Er ist Minister a. D. und ehemaliger Landesgeschäftsführer in Thüringen. – Herr Zeh, auch Ihnen herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Als Nächster hat Dr. Günter Krings das Wort. Ihm folgen Peter Hintze und Julia Klöckner. – Dr. Günter Krings, bitte.

Dr. Günter Krings: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche mich heute für ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik aus, dafür werbe ich.

(Teilweise Beifall)

Zunächst bitte ich Sie aber, mit mir dafür zu votieren, dass wir hier und heute eine Entscheidung treffen.

(Teilweise Beifall)

Ich weiß, dass das manchen schwerfällt, weil das eine komplexe Fragestellung ist, bei der es darum geht, dass man sein Wissen auffrischt, bevor man sein Gewissen befragt. Als CDU Deutschlands kommen wir aber nicht so oft zusammen wie der Deutsche Bundestag. Parteitage finden für gewöhnlich einmal pro Jahr statt. Es wäre fatal, wenn wir zu lange warten würden, wenn wir vielleicht sogar einen weiteren Parteitag abwarten würden. Damit würden wir dem Bundestag das Signal geben: Lasst euch viel Zeit, vielleicht bis Mitte nächsten Jahres. Der Bundesgerichtshof hat im Sommer eine für viele in höchstem Maße überraschende Entscheidung getroffen: Zulassung der PID. Das Tor ist aufgestoßen worden. Wenn wir es nicht zügig wieder zumachen, dann werden Tatsachen geschaffen sein. Dann können wir das Rad nicht mehr zurückdrehen. Dann ist die PID faktisch zugelassen.

Als Partei, die das „C“ im Namen führt, haben wir eine besondere Verantwortung, uns diesem Thema zu stellen. Ich sage damit ausdrücklich nicht, dass man auf der Grundlage christlicher Verantwortung nur zu einer, nur zu meiner Entscheidung kommen kann. Aber eine Partei, die das „C“ im Namen führt, kann diesem Thema nicht ausweichen. Ich finde, sie kann bei diesem Thema auch einer Entscheidung nicht ausweichen.

(Teilweise Beifall)

Von daher ist es gut, dass wir uns in den Punkten 1 bis 7 und 9 auf die gemeinsamen Werte verständigen, die uns in dieser Frage leiten. Unter Punkt 8 müssen wir heute aber auch eine Entscheidung darüber treffen, wie das höchste Beschlussorgan der CDU Deutschlands mit diesem Thema umgehen möchte.

Es gibt – das hat Katherina Reiche gerade eindrucksvoll dargelegt – natürlich auch eine Ethik des Heilens. Diese Ethik des Heilens gibt es aber nicht um jeden Preis. Für mich und viele andere ist die entscheidende Frage in dieser Debatte, welchen Zeitpunkt ich für den Beginn des menschlichen Lebens zugrunde lege. Das haben wir im Rahmen der Debatte über die Stammzellenforschung und in vielen anderen Bereichen diskutiert. Ich habe für mich entschieden, dass ich bei all meinen Entscheidungen davon ausgehe, dass bei einem kontinuierlichen Prozess der Entstehung von Leben die entscheidende Zäsur die Verschmelzung von Ei- und Samenzelle ist. Kann ich sicher sein, dass damit Leben beginnt? Sicher kann ich nicht sein; aber bei einer so wichtigen Entscheidung muss ich den Beginn möglichst risikoarm definieren. Für mich wäre es auch ethisch zu gefährlich, einen späteren Zeitpunkt anzunehmen. Von daher ist für mich auch das Leben, das in der Petrischale entsteht, menschliches Leben. Diese Definition bestimmt alle weiteren Entscheidungen.

Der Embryo genießt gerade im Labor, in der Petrischale, keinen natürlichen Schutz. Er ist nicht umgeben von der natürlich schützenden Hülle des Mutterleibes. Er ist besonders verletzlich. Es ist richtig, was gestern in Bewerbungsreden hier gesagt worden ist: Wenn wir es mit der Ehrfurcht vor dem Leben ernst meinen, wenn wir es mit dem Lebensschutz und der Menschen-

würde ernst meinen, müssen wir vor allem am Anfang und am Ende des Lebens besonders vorsichtig, besonders umsichtig vorgehen. Besonders schutzwürdig, weil er schutzlos ist, ist der Embryo in der Petrischale im Labor. Deswegen müssen wir den gesetzlichen Schutz hier verstärken und betonen.

Es wird vielfach behauptet – wir werden dieses Argument sicherlich auch in der Diskussion gleich noch hören –, es gäbe hier einen Widerspruch zur Abtreibung, die wir in vielen Fällen faktisch und auch rechtlich zulassen. Das ist erst einmal ein starkes Argument. Dieser angebliche Widerspruch resultiert aber aus dem Vergleich von zwei ganz unterschiedlichen Situationen. Bei der Präimplantationsdiagnostik haben wir es mit einem medizinischen Vorgang zu tun. Er wurde geplant, gesteuert und organisiert von Medizinerinnen im Labor. Bei der Abtreibung hingegen haben wir es mit einer existenziellen Konfliktsituation von Frauen und jungen Paaren zu tun; wir haben es mit einer Notsituation zu tun. Ich finde, dass man diese beiden Umstände letztendlich nicht vergleichen und deshalb aus dem einen keine Schlussfolgerung für das andere ziehen kann.

(Teilweise Beifall)

Vielfach wird gesagt, man könne die PID eingeschränkt zulassen, man könne sie in engen Grenzen zulassen. Ich sage nur: Wer meint, die PID eingrenzen zu können, der muss auch sagen, wen er ausgrenzen will. Welche Krankheit, welche Behinderung soll ausgegrenzt werden? Wer soll aussortiert werden?

Meine Damen und Herren! Gleich werden wir hoffentlich gemeinsam die Punkte 1 bis 7 und 9 beschließen. Wir werden beispielsweise sagen, dass wir dagegen sind, dass zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben unterschieden wird. Wir werden den Schutz der Menschenwürde in den Punkten 1 bis 7 betonen. Ich finde, dass diese beiden Prinzipien am sichersten und am konsequentesten umgesetzt werden, wenn wir gemeinsam auch für das Verbot der PID stimmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Günter Krings. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben ein weiteres Geburtstagskind unter uns. Ich freue mich, Herrn Albert Ratien, CDU-Kreisvorsitzender aus Rotenburg an der Wümme, die herzlichen Glückwünsche des Parteitages übermitteln zu dürfen.

(Beifall)

Zu Ehren seines Geburtstags gibt es auch heute in Karlsruhe Rotenburger Wetter. Ich rufe nun Peter Hintze auf. Es folgen Frau Julia Klöckner und Frau Maria Flachsbarth.

Peter Hintze: Liebe Parteifreunde! Es gibt Situationen im menschlichen Leben, da ist die Politik

zu einer ganz besonderen Behutsamkeit aufgefordert, und es gibt Situationen, da müssen sich unsere Prinzipien am Maß der Mitmenschlichkeit messen lassen. Die Präimplantationsdiagnostik ist eine medizinische Hilfe für Eltern, die sich in einer schweren seelischen Notlage befinden, und sie ist eine menschenfreundliche Alternative zur Pränataldiagnostik, zur Untersuchung im Mutterleib.

Der Bundesgerichtshof hat zwei sehr interessante Feststellungen getroffen. Er hat gesagt: Diese Untersuchung einer entwicklungsfähigen Zelle in der Petrischale ist mit unserer Rechtsordnung voll vereinbar. Wichtiger noch ist die Feststellung: Wenn wir hier ein Untersuchungsverbot erlassen würden, dann würden wir in einen Wertewiderspruch hineinkommen. Jeder im Saal möge sich einmal folgende Fragen stellen: Die Untersuchung im Mutterleib ist zu jedem Zeitpunkt erlaubt; aber die Untersuchung in der Glasschale soll verboten werden? Der Schwangerschaftsabbruch ist in den ersten drei Monaten aus jedem Grund erlaubt, bei Vorliegen einer medizinischen Indikation – darüber sprechen wir hier – sogar bis zum neunten Monat mit dem qualvollen Ende einer Spätabtreibung; aber die abtreibungsvermeidende PID soll verboten werden?

Wer kann das verstehen? Der Bundesgerichtshof kann das nicht verstehen. Auch ich kann das nicht verstehen. Ich weiß nicht, wer sich als Mutter oder Vater, Großvater, Tante oder Onkel jemals um eine Geburt gesorgt, das Bangen und das Zittern erlebt hat. Der kann vielleicht nachempfinden, dass es das Schönste auf der Welt wäre, wenn nie und nirgendwo eingegriffen würde. Aber wenn untersucht wird, dann ist doch die Untersuchung in der Glasschale der menschlichere Weg. Jetzt möge sich jeder einmal vorstellen, er sei der verantwortliche Arzt, die künstliche Befruchtung von drei Eizellen sei gelungen und der Arzt wüsste, dass eine davon eine qualvolle Totgeburt erleiden würde. Würden Sie der Frau eine solche Eizelle einschwemmen, wenn Sie das wüssten? Ich glaube, das würde keiner tun. Deswegen setzt die Regelung der Verbotsbefürworter auf ein Untersuchungsverbot, auf ein Erkenntnisverbot. Wenn wir es nicht wissen, dann kommt der Konflikt erst später. Aber wann kommt er dann? Im Mutterleib, und dann kann die Frau diesen Konflikt austragen. Dieser wird oft bitter enden.

(Teilweise Beifall)

Ich glaube, es ist ein Gebot der humanitären Vernunft, dass wir nicht das Wissen verbieten. Für diejenigen, die sich für Geistesgeschichte interessieren, verweise ich darauf, dass alle Versuche in der Geschichte der Menschheit, Erkenntnis zu verbieten, zwar manchmal gut gemeint waren, aber immer gescheitert sind.

Jetzt gibt es eine Reihe von Vorwürfen. Der härteste Vorwurf greift einen bösen Begriff aus der deutschen Geschichte auf. Man spricht von Selektion. Das ist bitter. Da zucken wir zusammen. Das ist aber eine Begriffsfalle; denn die Frage lautet: Untersuchung Ja oder Nein? Die Untersuchung im Mutterleib ist zu jedem Zeitpunkt mit jeder Konsequenz erlaubt. Sollte nicht viel eher die Untersuchung in der Glasschale erlaubt sein, bevor das Drama seinen Lauf nimmt?

(Teilweise Beifall)

Grenzüberschreitung. Seit 20 Jahren wird PID in nahezu allen zivilisierten Ländern der Welt angewandt. Sie wird überall verantwortlich angewandt. Ich höre in der Debatte viele Fantasien, zum Beispiel vom künstlichen Uterus, vom Kind, das in der Maschine entwickelt wird, und vieles mehr. Die Wirklichkeit ist aber ganz anders. Wir können den Eltern und den Ärzten einen verantwortlichen Umgang bescheinigen.

Dammbruch. Welcher Damm bricht denn da? Wir haben im Jahr 200.000 Schwangerschaftsabbrüche. Das ist bitter. Es gibt wahrscheinlich eine halbe Million bis 1 Million Menschen, die die Spirale benutzen. Die Spirale führt dazu, dass sich die befruchtete Eizelle nicht einnisten kann. Dammbruch? Im Mutterleib ist jede Untersuchung erlaubt. Worin besteht denn der Dammbruch, wenn man schon in der Glasschale nachschaut?

Das Absurdeste: Designerbaby. Liebe Freunde, wer einmal mit einer Frau gesprochen hat, die die künstliche Befruchtung versucht und dabei viele Fehlversuche erlitten hat – 15 Prozent gelingen – der weiß, welche Belastung die Hormongaben für den Körper und die Seele darstellen. Der kennt die Dramen, die mit der künstlichen Befruchtung verbunden sind. Dahinter steht die Sehnsucht nach einem Kind. Wer glaubt, dass die Sehnsucht nach blauen Augen irgendeinen Menschen zur künstlichen Befruchtung treiben wird, der geht an der Lebenswirklichkeit total vorbei.

(Teilweise Beifall)

Günter Krings hat gesagt, für ihn sei die juristische Definition, wann menschliches Leben beginne, entscheidend. Ich will auf die juristische Argumentation nicht eingehen. Dazu hat sich der Bundesgerichtshof klar geäußert. Ich will uns menschlich eine Frage stellen. Egal welche juristische Definition wir wählen, machen wir denn keinen Unterschied zwischen einem Fötus im Mutterleib, dessen Köpfchen, Arme und Beine wir erkennen, und einer schützenswerten, entwicklungsfähigen Zelle in der Glasschale, die vor uns liegt? Ich mache da einen Unterschied.

(Teilweise Beifall)

Bleiben unsere Prinzipien: Mitmenschlichkeit, Menschenwürde, Schutz des Lebens und Stimmigkeit der Rechtsordnung. Wir, die wir die Variante 3 unterstützen, sind der Meinung, dass wir diesen Prinzipien treu sind, dass wir dem christlichen Verständnis vom Menschen treu sind. Ich weiß nicht, wer von Ihnen gestern im Gottesdienst war. Es waren die meisten von uns. Die beiden Bischöfe haben über Offenbarung, 21, das letzte Buch der Bibel über das Ende der Welt gepredigt. Der Kernvers war:

Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen, und es wird kein Leid mehr sein und kein Schmerz mehr.

Dann haben sie in ihrer Predigt gesagt, das sei am Ende der Tage Gottes Handeln an uns. Bis dahin sei die Politik aufgefordert, alles daran zu setzen, Leid und Tränen zu verhindern. Deswegen glaube ich, dass wir als Christenmenschen guten Gewissens zu dieser Hilfe Ja sagen können. Ich bin froh, dass Ursula von der Leyen, Kristina Schröder, Wolfgang Schäuble und viele Delegierte gesagt haben: Ja, gerade als Christen sagen wir, dass diese Mitmenschlichkeit ein Gebot ist, dem wir folgen. – Dafür werbe ich. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Hintze. – Als nächste Rednerin hat Julia Klöckner das Wort. Ihr folgen Maria Flachsbarth und Ursula Heinen-Esser.

Julia Klöckner: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Hauptsache gesund – das ist wohl der normalste Wunsch der Welt, den Eltern haben. Auch der Wunsch, die Politik möge Leid und Tränen verhindern, ist ein hoher Wunsch, den die Politik im Leben niemals erfüllen können wird; denn zum Leben gehören leider auch Schattenseiten. Hauptsache gesund – das ist ein Wunsch, den ich mit vollem Herzen unterstütze. Eltern tun alles, damit ihre Kinder gesund bleiben oder, wenn sie krank sind, gesund werden, geheilt werden. Wenn eine Heilung nicht möglich ist, dann muss der Staat alles Mögliche tun, um diese Eltern zu unterstützen, damit Leben angenommen werden kann und Leben gelingt.

Mich hat das Gespräch mit Vertretern von Behindertenverbänden sehr betroffen gemacht. Sie sagten: Frau Klöckner, die Debatte über die PID betrifft uns in unserem tiefsten Inneren. Viele derer, die Ihnen heute gegenüber sitzen, würden heute nicht hier sitzen, wenn es PID gegeben hätte.

(Teilweise Beifall)

Wenn etwas zugelassen ist, wenn die Tür nicht mehr geschlossen werden kann, dann wird auch der Druck wachsen.

(Teilweise Beifall)

Dann werden sich Eltern rechtfertigen müssen, warum ein Kind, das geboren wird, vermeintlich nicht perfekt ist, was auch immer in dieser Gesellschaft unter perfekt verstanden wird. Die Frage danach, welches Leben glücklicher ist, das Leben eines Kindes, das behindert ist, das eines Kindes, das nicht so schwerwiegend behindert ist, oder das Leben eines Kindes, das gesund ist, kann ich nicht beantworten. Ich bezweifle auch, dass der Deutsche Bundestag über eine Liste von Krankheiten entscheiden kann, die der Grund dafür sein können, dass ein Leben nicht angenommen wird, ein anderes aber doch. Können Sie sich vorstellen, dass wir im Bundestag über Krankheiten abstimmen?

(Beifall)

Mich leitet der Hinweis: Bedenke das Ende! Die CDU ist anders als andere Parteien; denn wir reden über PID. Die SPD duckt sich in dieser Frage und springt nachher auf den Zug auf, auf dem sie am meisten Applaus bekommt. Wir machen das anders. Das ist gut so; das eint uns hier heute Morgen.

(Beifall)

Ich sage noch einmal, dass mich der Hinweis leitet: Bedenke das Ende! Wenn man den ersten Schritt geht, sollte man auch wissen, wo man ankommen könnte.

(Teilweise Beifall)

Es gibt Krankheiten wie Mukoviszidose; ich selber bin Schirmfrau einer MS-Selbsthilfegruppe. In früheren Zeiten haben Kinder mit dieser Krankheit gerade einmal das Grundschulalter erlebt; heute gibt es Erwachsenenelbsthilfegruppen. Man kann genetisch feststellen, ob ein Mädchen – die Tochter, die noch nicht geboren ist –, eine Veranlagung zu Brustkrebs hat. Wenn das so ist, heißt das aber nicht, dass der Brustkrebs ausbrechen muss, geschweige denn, dass in den kommenden 50 Jahren keine neuen Therapien dagegen entwickelt werden. Wenn man bei der PID, bei dem Aussuchen und Aussortieren, Ja zu einem Kind sagt, dann ist dieses Ja zu einem Kind immer auch mit einem Nein zu einem anderen Kind verbunden. Wollen wir das? Ich will das nicht.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte den Blick auf das mögliche Ende der Entwicklung richten. Sie erinnern sich, dass die Spätabtreibung damals unter der Prämisse zugelassen worden ist, dass man den Frauen, den werdenden Müttern, das Leid nimmt, wenn ihr Leben gefährdet ist. Heute führt ein Chromosom mehr dazu, dass man kurz vor der Geburt Kinder abtreiben kann. Ich mag nicht darüber richten – das steht mir auch gar nicht zu –, aber mein Glaube und meine Logik sagen mir: Wenn das Leben ein Geschenk Gottes ist, dann ist dieses Geschenk nicht unter Bedingungen gegeben. Dann dürfen wir das Geschenk nicht neu packen.

(Teilweise Beifall)

Wenn Leben – Embryonen – in Zukunft nur noch unter Vorbehalt gezeugt werden darf, bis ein TÜV, ein Check besagt, dass dieser Embryo reif und wert für das Leben ist, dann ist mir sehr unwohl dabei.

Liebe Freundinnen und Freunde, Leben ist Selbstzweck. Zur Frage der Erkenntnis: Kollege Hintze, ich glaube nicht, dass es um ein Erkenntnisverbot geht; das ist nicht die Frage. Die Frage ist: Was machen wir mit dieser Erkenntnis? Sie führt zur Selektion.

(Teilweise Beifall)

Die Aussage, die These, dass der Fötus im Mutterleib etwas anderes ist als der Embryo in der

Petrischale, ist meiner Meinung nach gerade das Problem; denn ich kann nicht nachvollziehen, an welchem Tag das Leben ein Stückchen mehr Würde und wieder ein Stückchen mehr Würde erwirbt. Entweder sind Wert und Würde von Anfang an da oder eben nicht.

(Teilweise Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind alle so unterschiedlich. Wenn wir alle in unsere Kindertage, zur Geburt und weitere Schritte zurückgehen, dann wird klar: Wir alle haben als Embryonen begonnen, als Embryonen, bei denen wir heute darüber richten, ob das Programm, was in ihnen ist, überhaupt gelebt werden darf, ob das Leben auf der Welt sein darf. Es macht mir Sorge, wenn wir das in die Hände von Menschen legen, wenn wir aussortieren.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt Entscheidungen, da kann man nicht ein bisschen schwanger sein, da sei euer Ja ein Ja und euer Nein ein Nein. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir die erste Variante, die bedeutet, die Entscheidung darüber zu vertagen – es wird kein Vertagen sein, weil wir uns über keinen zweiten Termin verständigen könnten –, ablehnen sollten. Ich finde, es steht den Delegierten eines Parteitages sehr gut an, darüber zu entscheiden und zu zeigen, was Partei bedeutet. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir heute entscheiden sollten und müssen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich gehöre weiß Gott nicht zu denjenigen, die jeden Tag behaupten, die CDU hätte sich von ihren Grundsätzen entfernt. Aber welche konkreten Entscheidungen folgen denn aus unserem Grundsatzprogramm? In unserem Grundsatzprogramm von 2007 – unser Parteitag fand am 3. und 4. Dezember in Hannover statt –, das von der Mehrheit der Partei akzeptiert bzw. angenommen worden ist, steht ganz klar:

Das noch nicht geborene Leben bedarf beginnend mit der Verschmelzung von Samen und Eizelle unseres besonderen Schutzes und unseres kritischen Umgangs mit den sich weiter entwickelnden Möglichkeiten der Pränataldiagnostik. Wir treten für ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik (PID) ein.

Das steht im Grundsatzprogramm von 2007.

(Teilweise Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, viele haben an diesem Grundsatzprogramm mit gearbeitet. Wenn nach drei Jahren Grundsätze nicht mehr gelten sollen, dann frage ich mich, warum wir überhaupt noch über Grundsätze debattieren.

(Teilweise Beifall)

Deshalb meine ich: Euer Ja sei ein Ja, euer Nein sei ein Nein. Das Leben ist ein Geschenk; dort, wo es vermeintlich nicht so perfekt ist, liegt eine große Chance darin, Menschen zu begleiten und das Antlitz der Gesellschaft so wirken zu lassen, dass sich Humanität im Sinne des Nächsten und nicht im Sinne des Perfekten widerspiegelt. Deshalb trete ich für eine klare Aussage gegen PID ein.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Julia Klöckner. – Als Nächste hat Maria Flachsbarth das Wort. Es folgen Ursula Heinen-Esser und Patrik Sensburg.

Maria Flachsbarth: Herr Tagungspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Delegierte! Ich verkenne nicht das schwere Schicksal von Paaren, die sich sehnlichst ein Kind wünschen; Katharina Reiche und Peter Hintze haben dazu vorgetragen. Ich verkenne auch nicht das schwere Schicksal von Familien, die mit Hingabe und oft unter Aufbietung aller Kräfte behinderte Kinder pflegen und in ihrer Umgebung dafür nicht immer die notwendige Zuwendung oder auch nur das notwendige Verständnis finden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich meine deshalb, dass wir im Zusammenhang mit dieser Debatte über Alternativen, über Hilfen sprechen müssen, so wie wir das zum Beispiel im Rahmen der Debatte zur Spätabtreibung getan haben: Wie können wir Familien mit behinderten Kindern besser helfen? So haben wir das auch im Rahmen der Stammzelldebatte getan. Wir haben überlegt: Kann es nicht alternative Untersuchungsmethoden geben, die uns von den embryonalen Stammzellen wegbringen?

Gibt es hier Methoden, die uns von der PID wegbringen? Ich nenne in diesem Zusammenhang die Polkörperchenuntersuchung, die Untersuchung von unbefruchteten Eizellen, bei der schon eine Vielzahl von Eizellen aussortiert werden könnte, die noch kein menschliches Leben sind, weil sie noch nicht befruchtet sind, aber an denen man Schäden erkennen könnte.

Ich bin trotz Anerkennung des Leides, das behindertes Leben bringen kann – übrigens kann es auch ein sehr erfülltes und erfreuliches Leben sein –, dafür, dass wir uns heute, wie es unser Grundsatzprogramm vorsieht, ganz klar gegen die PID aussprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Als Tierärztin weiß ich, dass mit dem Zeitpunkt der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle ein neuer Chromosomensatz entsteht und dass damit das Individuum in seiner Besonderheit, in seiner Einzigartigkeit, ja in seiner Individualität entsteht. Auf dieser Grundlage entwickelt sich vom Embryo zum Fetus, zum Säugling, zum Kind, zum Jugendlichen, zum Erwachsenen, zum Greis. Jeder Einzelne von uns, der hier ist, hat diese Entwicklung durchlaufen bzw. durchläuft sie noch. Zu jedem Zeitpunkt dieser Entwicklung ist der Mensch ein Mensch.

(Beifall)

Als Christin bin ich zutiefst davon überzeugt, dass jeder Mensch von Anfang an von Gott gewollt ist.

(Vereinzelt Beifall)

Er ist geliebt, und er ist angenommen, egal wie er ist, egal wie klein er ist, wie verletzlich er ist, wie unvollkommen er ist oder wie fehlerhaft aus unserer Sicht er sein mag. Er ist von Gott gewollt und angenommen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, kommt jedem Menschen in jeder Lebensphase der Schutz unseres Grundgesetzes, insbesondere von Art. 1 unseres Grundgesetzes, der jedem Menschen die Unverletzlichkeit seiner Würde zusichert, zu. Ich habe die Sorge, dass, wenn wir PID aus humanitären Gründen in engen Grenzen zulassen könnten, diese Eingrenzung eben nicht möglich sein wird; denn die entscheidende Frage hat Julia Klöckner gerade schon gestellt: Wer definiert die Grenzen? Wer schreibt die Grenzen entsprechend der medizinischen Entwicklung fort? Ich muss Ihnen sagen: Ich möchte das als Bundestagsabgeordnete nicht machen müssen. Ich glaube, das dürfen wir auch gar nicht tun.

(Teilweise Beifall)

Wir haben die Entwicklung in Großbritannien beobachtet. Dort werden über inzwischen 100 Erkrankungen im Rahmen von PID untersucht. Dort kommt es zur Zeugung von Heilgeschwistern, die gezeugt werden, um zum Beispiel als Stammzellenspender für ihre erkrankten Geschwister zu dienen. Ich glaube, diese Tür dürfen wir nicht öffnen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich fürchte, dass wir auf eine schiefe Bahn geraten. Ich finde, wir sollten dem Schöpfer nicht ins Handwerk pfuschen.

(Teilweise Beifall)

Deshalb bitte ich den Parteitag um das eindeutige Signal, dass wir an unserem Grundsatzprogramm festhalten. Ich bitte zugleich um den Respekt für alle, die sich im wahrsten Sinne des Wortes um eine gewissenhafte Entscheidung in dieser schwierigen Frage bemühen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Flachsbarth. – Als Nächste hat Ursula Heinen-Esser das Wort. Ihr folgen Patrick Sensburg und Dr. Regina Görner.

Ursula Heinen-Esser: Liebe Freunde! Es gibt Paare, die um ihre erbliche Vorbelastung wissen und sich dennoch von ganzem Herzen ein Kind wünschen. Vielleicht haben sie keine andere Möglichkeit als die künstliche Befruchtung. Vielleicht haben sie schon eine Fehlgeburt erlebt, vielleicht haben sie eine Totgeburt erlebt. Gerade haben die Mütter noch das Herz ihres Kindes schlagen gespürt, in der nächsten Stunde ist es im Mutterleib gestorben. Sie haben vielleicht neun Monate lang ein Kind ausgetragen und es ist direkt nach der Geburt gestorben. Diese Eltern, diese Paare verstehen nicht, warum die Präimplantationsdiagnostik verboten werden soll. Sie verstehen nicht, dass eine Untersuchung an einer befruchteten Eizelle, die außerhalb des Mutterleibs nicht lebensfähig ist, verboten werden soll. Sie verstehen nicht, dass gleichzeitig die Untersuchung des Kindes im Mutterleib erlaubt ist, notwendig ist, mit manchmal bitteren Konsequenzen, wenn wir an Fruchtwasseruntersuchungen oder Ähnliches denken, die zur Lebensbedrohung des Kindes werden können.

Maria Flachsbarth, du hast gerade gesagt, der Deutsche Bundestag könne nicht vorschreiben, welche Krankheiten untersucht werden. Aber wer schreibt denn vor, auf welche Krankheiten das Kind im Mutterleib untersucht wird? Wir sprechen hier über einen Dammbbruch, aber die Tür steht schon offen. Es ist doch ein Wertungswiderspruch, zu sagen, wir erlauben die Untersuchungen im Mutterleib, aber wir erlauben nicht die Untersuchung einer befruchteten Eizelle außerhalb des Mutterleibs.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Eltern verstehen auch nicht, warum die Präimplantationsdiagnostik verboten werden soll, während die Abtreibung, die Tötung des Kindes bis zur 12. Woche ohne Angabe von Gründen und danach die Spätabtreibung erlaubt ist.

(Vereinzelter Beifall)

Wir dürfen also keine befruchtete Eizelle untersuchen, wir dürfen aber das Kind untersuchen, und wir dürfen abtreiben. Die Tür steht doch schon sperrangelweit offen.

Meine Damen und Herren, die Eltern wünschen sich sehnlichst ein Kind, das eine Chance zum Leben bekommt. Sie wünschen sich nicht blaue Augen, es geht nicht darum, ob es dick, groß oder klein ist. Es geht darum, dass ein Kind eine Chance zum Leben bekommt. Dafür unterziehen sich die Mütter enormen körperlichen Anstrengungen, zum Beispiel Hormonbelastungen; Peter Hintze hat es vorhin ausgeführt. Sie tun das immer verbunden mit der Angst, das Kind zu verlieren. Liebe Freunde, die PID ist ein klares Ja zum Leben. Sie hilft Eltern, die sich ein Kind wünschen.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ursula Heinen-Esser. – Als Nächster hat Herr Patrick Sensburg das Wort. Ihm folgen Frau Dr. Regina Görner und dann Herr Peter Liese.

Patrick Sensburg: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es handelt sich bei der Präimplantationsdiagnostik um genetische Untersuchungen am Embryo und nicht, wie immer gesagt wird, an der befruchteten Eizelle; denn die befruchtete Eizelle allein kann ich gar nicht untersuchen, ohne sie zu zerstören. Es geht also um Untersuchungen am Embryo, an einem weiter fortgeschrittenen Zellstadium. Das festzuhalten ist ganz wichtig, damit wir wissen, worüber diskutiert wird.

(Teilweise Beifall)

Der Bundesgerichtshof hat auch nicht, wie teilweise gesagt wurde, festgestellt, dass die PID zugelassen ist oder dass wir gar das Verfahren der Präimplantationsdiagnostik zulassen müssen. Er hat in einem einzelnen Strafverfahren entschieden, dass die zugrunde liegenden Normen nicht bestimmt genug sind, eine Verurteilung eines Arztes herbeizuführen, der eine Präimplantationsdiagnostik vorgenommen hat. Es ist ein ganz großer Wertungsunterschied, ob wir nicht hinreichend bestimmte Normen haben oder ob uns ein Gericht sagt, dass wir die PID zulassen müssen. Wir müssen es nicht, vielmehr müssen wir hinreichend klare Normen schaffen. Das ist unser Auftrag.

(Teilweise Beifall)

Es besteht auch kein Wertungswiderspruch gegenüber Abtreibungen oder gar Spätabtreibungen. Es gibt Verfahren, nicht die Präimplantationsdiagnostik, sondern beispielsweise die eben genannte Polkörperchenuntersuchung, die nicht in einem späten Stadium beim Embryo ansetzt, sondern in einem frühen Stadium, bevor die Eizelle überhaupt befruchtet ist. Es geht nicht um die Frage, lassen wir Erkenntnisgewinn zu, ja oder nein, sondern es geht um die Frage, welches Verfahren wir wählen.

Da frage ich mich: Warum müssen wir immer Untersuchungen am Embryo vornehmen? Es gibt heute mit der Polkörperchendiagnostik die Möglichkeit, 90 Prozent der Erkrankungen festzustellen, die ich mit der PID feststellen würde, aber durch Untersuchung nur der Eizelle, also in einer Situation, in der ich noch keinen Embryo habe. Ich frage mich deshalb: Warum müssen wir Untersuchungen am Embryo durchführen?

(Vereinzelt Beifall)

Ich stelle mir vor, wie es in fünf Jahren aussehen würde, wenn wir die Präimplantationsdiagnostik zulassen. Wir werden weitere Fragen einbeziehen; das ist eben schon gesagt worden. Die Möglichkeit, an Brustkrebs zu erkranken, oder das Risiko, einen Herzinfarkt zu bekommen, kann ich genetisch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit untersuchen. All diese Dinge werden mit einbezogen werden. Damit werden Tür und Tor weit geöffnet.

Und was wird in fünf Jahren passieren, wenn wir die PID verbieten? Es wird andere Untersuchungsmethoden geben. Untersuchungen, die nicht am Embryo ansetzen, werden perfektioniert werden. Diese Diskussion erinnert mich sehr stark an die Diskussion zur embryonalen Stammzellenforschung. Auch da hat man uns gesagt, man müsse unbedingt mit embryonalen Stammzellen forschen, sonst gingen die Erkenntnisse den Bach runter. Heute wissen wir: Mit adulten Stammzellen lassen sich in den allermeisten Fällen die gleichen Erkenntnisse gewinnen. 75 Erkrankungen können heute aufgrund der Forschung mit adulten Stammzellen behandelt werden, keine Erkrankung aufgrund der Forschung mit embryonalen Stammzellen. Wir werden, wenn wir die Präimplantationsdiagnostik verbieten, mit der Polkörperchendiagnostik weitere Erkenntnisse gewinnen; sie wird uns die gleichen Erkenntnisse bringen. Wir brauchen aber keine Forschung an Embryonen.

(Teilweise Beifall)

Ich glaube, dass wir heute ein klares Votum brauchen. Wir dürfen diesen Punkt nicht verschieben; denn wenn wir heute keinen Beschluss dazu fassen und dann als Gesetzgeber im Deutschen Bundestag tätig werden, wird es die Präimplantationsdiagnostik geben, und wir werden dieses Thema nicht mehr neu aufrollen können, wenn es bereits ein Jahr lang PID gegeben hat.

Ich hoffe, dass die CDU heute ein klares Signal für ein Verbot setzt, die klare Entscheidung trifft, PID zu verbieten. – Ich danke Ihnen.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsident: Vielen Dank, Patrick Sensburg. – Als Nächste rufe ich Frau Dr. Regina Görner auf. Ihr folgt Peter Liese.

Dr. Regina Görner: Schönen guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich möchte meine Ausführungen mit dem Hinweis beginnen, dass mir bewusst ist, dass es in dieser Frage keine 100 Prozent richtige oder 100 Prozent falsche Entscheidung gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Wie immer man sich entscheidet: Man muss Menschen in ihren Perspektiven beeinträchtigen. In einer solchen Situation kann es ethisch immer nur um eine Abwägung von Gütern gehen. Mir ist wichtig, dass wir uns klarmachen, dass es hier nicht nur um die Menschenwürde des Embryos geht, sondern um die Würde aller Menschen, nicht nur der ungeborenen, sondern auch und gerade der geborenen. Von denen möchte ich hier reden.

Meine Damen und Herren, wir erwarten heute als Verbraucher, dass die Produkte, für die wir Geld ausgeben, fehlerfrei funktionieren und unseren Ansprüchen genügen. Ich habe den Eindruck, dass wir diese Erwartungen nicht nur an Güter und Dienstleistungen stellen, sondern zu-

nehmend auch an die Menschen. Wenn es dann doch zu Funktionsstörungen und Abweichungen vom Erwartungsprofil kommt, dann verlangen wir von der medizinischen Forschung, dass sie rasch Abhilfe schafft. Wir erwarten nicht nur, dass die Medizin das Kinderkriegen auch denen ermöglicht, bei denen die Natur versagt hat, sondern dabei soll auch sichergestellt werden, dass die Medizin nicht versagt und nicht abermals unsere Erwartungen an Gesundheit und Funktionsfähigkeit beeinträchtigt werden. Dass dies heute von vielen gar nicht mehr als Problem empfunden wird, hat natürlich auch mit diesem Gesundheits- und Jugendlichkeitskult zu tun, der körperliche Funktionsfähigkeit zu einer absoluten Norm erhebt und alles abwertet, was nicht dieser Norm entspricht.

(Vereinzelt Beifall)

Fitness und makellose Ästhetik sind das Maß aller Dinge. Was dem nicht entspricht, wird wegeoperiert. Wir glauben, einen Anspruch zu haben auf Gesundheit, körperliches Wohlbefinden, auf ein erfülltes Sexualleben und einen Alterungsprozess, der von Vergänglichkeit und körperlichen Defiziten nichts weiß. Dass wir damit zunehmend die Welt unwirtlicher machen für alle, die den Normen der Werbewelt nicht entsprechen, blenden wir gezielt aus.

Mein Plädoyer gegen die Freigabe der Präimplantationsdiagnostik hat nicht Embryos, Zellhaufen oder was auch immer im Blick, sondern die menschliche Wirklichkeit, die auch in Zukunft von Vergänglichkeit, Tod, Krankheit, gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Behinderungen charakterisiert sein wird.

(Teilweise Beifall)

Ich frage mich, was die Freigabe der PID, auch in engen Grenzen, für Menschen bedeutet, die mit Krankheit und Behinderung leben müssen. Müssen sie sich nicht fragen, ob sie nicht eine Zumutung für die Gesellschaft darstellen, ob sie das Recht haben, die Kosten zu verursachen, die ihre Erkrankungen und Behinderungen mit sich bringen? Die Menschen, die schon mit ihren Behinderungen auf die Welt gekommen sind, werden sie sich künftig dafür rechtfertigen müssen, dass ihre Eltern nicht rechtzeitig mittels PID verhindert haben, dass sie geboren wurden? Behinderungen, Krankheiten, Alter und geminderte Leistungsfähigkeit gehören zum menschlichen Leben. Menschen haben ein Recht darauf, dass wir ihre Würde, ihr Bedürfnis nach Teilhabe und Selbstverwirklichung auch dann respektieren, wenn sie nicht oder nicht mehr problemlos funktionieren, und dass wir ihnen und ihren Angehörigen in dieser Situation beistehen.

(Teilweise Beifall)

Ich glaube deshalb, meine Damen und Herren: Der Staat kann nicht zulassen, dass Menschen nur dann menschliche Bindung eingehen wollen, wenn daraus allein eitel Sonnenschein entspringen kann. Wer mit Kindern leben will – niemand muss das, und niemand hat ein Recht darauf –, der muss auch bereit sein, Defekte und Schwierigkeiten anzunehmen. Das ist die Basis der Humanität unserer Gesellschaft.

(Teilweise Beifall)

Das heißt im Übrigen nicht, dass man Menschen verurteilen muss, die nicht die Kraft haben, diese Verantwortung zu tragen. Im Schwangerschaftskonflikt beispielsweise entsteht ein tragisches Dilemma. Hier stehen zwei Leben im Konflikt miteinander. Wenn das eine nur auf Kosten des anderen überleben kann, dann ist der Schwangerschaftsabbruch vielleicht das kleinere Übel; aber es bleibt ethisch ein Übel, das allerdings auch durch Strafbewehrung nicht beseitigt werden kann. Die Präimplantationsdiagnostik hingegen wird mit diesem Konflikt nicht einfach nur konfrontiert. Sie ruft diesen Konflikt überhaupt erst hervor, und das ist meines Erachtens auch mit dem verständlichen Wunsch von Menschen, gesunde Kinder zu bekommen, nicht zu rechtfertigen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Regina Görner. – Als Nächster hat Peter Liese das Wort. Ihm folgen Rolf Koschorrek und Jens Spahn.

Dr. Peter Liese: Frau Vorsitzende! Meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde! In dieser Debatte müssen wir beides berücksichtigen: unsere Prinzipien und die konkrete Lebenssituation, das konkrete Leiden der Familien, die das Risiko tragen, ein krankes Kind zu bekommen. Seit über 20 Jahren arbeite ich mit diesen Familien. Ich habe meine Doktorarbeit am Institut für Humangenetik geschrieben und dabei viele Familien mit schweren Konflikten kennengelernt. Ich habe in einer Kinderklinik gearbeitet und schwerkranke Kinder, die an genetisch verursachten Erkrankungen leiden, behandelt.

Ich bin als Europaabgeordneter für die Gesundheitspolitik unserer Fraktion verantwortlich. Jede Woche kommen Familien zu mir, die zum Beispiel Kinder mit Mukoviszidose – dieser Schleimdrüsenenerkrankung, die vor allen Dingen die Lunge schädigt – oder mit anderen genetisch bedingten Erkrankungen haben. Ich nehme das Leid dieser Familien sehr ernst. Es ist meine tägliche Arbeit, diesen Familien bestmöglich zu helfen. Mir geht es bei dieser Arbeit nicht darum, wie man menschliche Lebewesen, die ein Gen für eine Erkrankung haben, aussortieren kann. Mir geht es vielmehr darum, wie man durch Forschung die Therapie verbessern kann und wie man lebenswürdige Rahmenbedingungen für diese Familien schaffen kann, um ihnen – auch das steht in unserem Grundsatzprogramm – das Ja zum Kind zu erleichtern.

(Teilweise Beifall)

Über das Thema Mukoviszidose habe ich letzte Woche sehr intensiv mit Patienten aus ganz Europa gesprochen. Es ist ein Beispiel dafür, dass man dieses Leid vorgeburtlich nicht voraussagen kann.

In meinem Büro in Brüssel war eine Mutter aus Litauen mit ihren erkrankten Kindern. Sie ringt darum, dass sie überhaupt eine Therapie für ihre Kinder und für andere Betroffene bekommt.

Beim gleichen Gespräch war eine junge Rechtsanwältin aus Brüssel anwesend, die mit Mukoviszidose, also mit dem gleichen Gen, geboren wurde und die durch eine gute Therapie so weit ist, dass sie ein fast normales Leben führen kann. Die Mukoviszidose ist eine der häufigsten Erkrankungen, die durch PID in den Ländern, in denen sie zugelassen ist, diagnostiziert wird. Ich sage: Das Leid, das jemand hat, lässt sich durch diese Diagnostik überhaupt nicht voraussagen, sondern es hängt viel damit zusammen, wie die Gesellschaft mit diesen betroffenen Familien und den betroffenen Kindern hinterher umgeht. Daran sollten wir arbeiten.

(Teilweise Beifall)

Nun kann man sagen, dass das eine das andere nicht ausschließt: Warum sollen wir also nicht die Methode anbieten und trotzdem dann, wenn sich Paare für ein Kind entscheiden, die bestmögliche Unterstützung geben? Die Erfahrung im Ausland und im Inland zeigt leider, dass es sich eben doch ausschließt. Es wird nämlich von Verwandten, von Eltern, vom Partner und leider auch von meinen Berufskollegen, also von Ärzten, die Frage gestellt: Kann man das heute nicht vermeiden? Es sollte nicht sein, aber aufgrund des ärztlichen Haftungsrechts sind wir schon in eine Schiefelage gekommen.

Mein früherer Chefarzt hat mir einen ganz schlimmen Fall geschildert. Die zweithäufigste Erkrankung, die neben der Mukoviszidose im Ausland diagnostiziert wird, ist das Downsyndrom. Er hat mir berichtet, dass der Medizinische Dienst einer Krankenkasse zu einer Familie gekommen ist, die Hilfen für ein Kind mit Downsyndrom, dem sogenannten Mongolismus, beantragt hat. Die erste Frage, die dieser Arzt vom Medizinischen Dienst gestellt hat: Warum haben Sie nicht vorgeburtliche Untersuchungen in Anspruch genommen und das Kind abtreiben lassen? – Das ist Gott sei Dank noch eine Ausnahme. Aber dieses Denken ist in unserer Gesellschaft leider vielfach verbreitet. Auch das sollten wir im Hinterkopf haben.

(Teilweise Beifall)

Damit sind wir bei den engen Grenzen. Wir können von den engen Grenzen in jeder Debatte hören. Wenn in den Nachrichten nur zehn Sekunden für eine entsprechende Meldung Zeit ist, dann wird immer gesagt, dass sich die Befürworter für enge Grenzen aussprechen. Aber wie sind denn diese engen Grenzen definiert? Keiner hat eine klare Definition dafür, was eine schwerwiegende Krankheit und was keine schwerwiegende Krankheit ist. Ist Mukoviszidose eine schwerwiegende Krankheit? Ist das Downsyndrom eine schwerwiegende Erkrankung? Ich möchte, dass sich jemand hier an das Rednerpult stellt und sich zu der Frage äußert: Mukoviszidose – ja oder nein, Downsyndrom – ja oder nein? Dann wissen wir, worüber wir reden.

(Teilweise Beifall)

Die Festlegung von schwerwiegenden Erkrankungen ist immer subjektiv. Natürlich ist es für Eltern ein Schock, wenn sie erfahren, dass ihr Kind ein Risiko für Brustkrebs hat. Es ist aber nicht sicher,

dass die Krankheit auftritt, sondern die Erkrankung ist nur wahrscheinlicher als bei anderen Kindern. Die entsprechende Untersuchung wird im Ausland gemacht. Mit der Definition, die uns heute über schwerwiegende genetisch bedingte Erkrankungen vorliegt, kann man das machen.

Ich habe vor einigen Tagen im Deutschen Ärzteblatt gelesen, dass wir über die Genetik des Herzinfarkts immer mehr lernen. Wo ist denn da die Grenze? Bei Brustkrebs geht es um eine Wahrscheinlichkeit für eine Erkrankung von 90 Prozent im Vergleich zu einer Durchschnittswahrscheinlichkeit von 10 Prozent. Wäre ein Verhältnis von 80 zu 20 oder vielleicht auch von 50 zu 50 akzeptabel? Diese Grenzen müssen wir beschreiben.

Im Ausland wird auf diesem Gebiet leider sehr viel gemacht. Alle sprechen von engen Grenzen. Ich habe noch keinen Briten, keinen Spanier und keinen Belgier getroffen, der nicht gesagt hat, dass es nur in engen Grenzen gemacht wird. Aber keiner beschreibt diese Grenzen und keiner sagt, wo diese engen Grenzen aufhören. Da haben wir ein Problem. Deswegen hat Frau Merkel recht, wenn sie sagt: Das kann man nicht.

(Teilweise Beifall)

Das Schwierigste an der Debatte – das sehe ich sehr wohl – ist der zumindest teilweise vorhandene Wertungswiderspruch zwischen der Praxis der Abtreibung und der Diskussion über Präimplantationsdiagnostik. Man kann es sich dabei nicht einfach machen. Man muss anerkennen – das hat auch Frau Merkel in ihrer gestrigen Rede getan – dass wir auch bei der Abtreibung ein Problem haben. Es ist nicht so, dass wir hier keinen Handlungsbedarf haben. Die einfache Rechnung „Wir lassen die PID zu, und dann haben wir weniger Abtreibungen“ geht nicht auf.

(Vereinzelt Beifall)

Die internationalen Statistiken besagen, dass wir sogar sehr viele Abtreibungen aufgrund medizinischer Indikation nach der PID haben.

(Vereinzelt Beifall)

Die Paare lassen erst eine PID durchführen, und trotzdem kommt es zur Abtreibung. Woran liegt das? Die PID ist eine sehr unsichere Methode. Viele Erkrankungen werden nicht festgestellt. Da sich die Paare aber so sehnlichst ein gesundes Kind wünschen, wird eine Fruchtwasseruntersuchung gemacht. So kommt es auch noch zu Abtreibungen nach dem dritten Monat. Das sind leider die medizinischen Fakten. Die Rechnung „PID zulassen, dann gibt es diese Abtreibungen nicht mehr“ geht leider nicht auf. Deswegen sollten wir dieses Argument nicht benutzen.

(Teilweise Beifall)

Wir müssen auch auf die Rechtslage hinweisen. Es ist nicht so, dass wir eine Rechtslage haben, die besagt: Wenn eine Behinderung droht, dann wird abgetrieben. Es gibt nämlich keine eu-

genische Indikation. Die Krankheit des Kindes alleine darf nicht zur Abtreibung führen, sondern es gibt nur eine medizinische Indikation, bei der man sagt: Die Frau schafft es nicht. Es muss sogar eine schwerwiegende psychische Notlage in der Zukunft drohen. Es geht im Grunde um die Gefahr, dass sich die Frau umbringen könnte, weil sie ein behindertes Kind bekommt.

Das war damals die Rechtskonstruktion, mit der man diese Möglichkeit zugelassen hat. In der Praxis ist es so, dass sich Frauen wehren müssen. Ich kenne das. Die Frauen müssen sich wehren, wenn sie keine Pränataldiagnostik in Anspruch nehmen wollen. Diese Praxis ist falsch; denn die Rechtslage ist ganz anders.

(Teilweise Beifall)

Wir müssen Frauen unterstützen, die sich für das Kind entscheiden, auch in einem solchen Konfliktfall. Auch da haben wir alle von engen Grenzen, von schwierigen Konfliktlagen und von Ausnahmesituationen gesprochen. Wie kommen wir denn dazu, zu glauben, dass wir da von engen Grenzen sprechen könnten? Denn jetzt müssen sich die Frauen wehren, wenn sie es nicht machen wollen. Nun öffnen wir das nächste Tor mir der Begründung, dass wir in diesem Zusammenhang über enge Grenzen reden. Auch da gibt unser Grundsatzprogramm die richtige Antwort. Abtreibung ist eine andere Konfliktsituation. Deswegen ist das Strafrecht – das hat Regina Görner schon gesagt – in den meisten Fällen nicht das richtige Mittel. Man muss anders damit umgehen.

In unserem Grundsatzprogramm steht, dass wir uns nicht mit den hohen Zahlen von Abtreibungen und vor allen Dingen nicht von Spätabtreibungen abfinden. Ich habe großen Respekt vor allen Mitgliedern der Bundestagsfraktion, die kleine Schritte im Sinne unseres Grundsatzprogramms auf diesem Weg gegangen sind. Wenn wir heute sagen „Weil wir diese hohen Spätabtreibungszahlen haben, lassen wir die nächste Technologie zu, obwohl wir wissen, dass wir damit das Problem nicht lösen; das zeigt die Praxis im Ausland“, dann verletzen wir unser Grundsatzprogramm nicht nur an der einen Stelle bei der PID und bei der Frage, wann das menschliche Leben beginnt – dazu haben wir nämlich klare Aussagen gemacht – sondern dann finden wir uns auch ab mit den hohen Abtreibungszahlen, weil wir diese als Begründung für die Zulassung der PID nehmen. Wir verletzen unser Grundsatzprogramm dann nicht nur einmal, sondern dreimal.

(Teilweise Beifall)

Es gibt diese Alternativen. Das ist jetzt zweimal gesagt worden. Aber weil es medizinisch-fachlich so schwierig ist, möchte ich es noch einmal sagen. Gerade die Erkrankung, die Katherina Reiche genannt hat, Muskeldystrophie, ist ein Beispiel dafür, dass über 90 Prozent der Risiken schon mit einer Untersuchung der Eizelle ausgeschlossen werden können. Es ist ethisch etwas anderes, ob ich eine Untersuchung vor der Befruchtung oder nach Abschluss der Befruchtung

made. Und aufgrund der engen Grenzen, die in Deutschland und in anderen Ländern wie Italien gelten – auch das ist ein Fortschritt –, gibt es Forscher, die diese Methode immer weiter verbessern. Die neueste Meldung kommt von der Uni Bonn: Demzufolge ist die Polkörperchendiagnostik in vielen Fällen möglich, und zwar in viel mehr Fällen und viel besser möglich, als wir es in der Vergangenheit überhaupt ahnen konnten. Auch das sollte man bei der Debatte nicht außer Acht lassen.

Meine Damen und Herren, viele Dinge sind sehr kompliziert. Ich kann es sehr gut verstehen, dass sich viele Delegierte schwertun, dass sich vor allen Dingen Nichtmediziner schwertun, die ganzen medizinischen Fakten zu verstehen. Aber gerade als Arzt, als jemand, der sich wissenschaftlich mit dem Thema beschäftigt hat, sage ich: Wir dürfen dieses Thema nicht den Experten überlassen. Deswegen müssen wir auch schnell entscheiden. Wenn wir nicht schnell entscheiden, werden Fakten geschaffen. Es laufen schon die Ausschreibungen für solche Zentren, die dann in Deutschland im großen Stile eingeführt werden können.

Man muss kein Mediziner sein, um zu erkennen, dass sich hier ein Problem ergeben könnte und die Menschen zu Recht fragen dürften: Was gilt denn bei euch noch, wenn ihr 2007 nach langer Debatte – seitdem hat sich wissenschaftlich nichts geändert – ins Grundsatzprogramm schreibt, dass ihr dagegen seid, aber dann, wenn daraus konkrete Handlungen folgen sollen, das Grundsatzprogramm auf einmal nicht mehr gilt? Meine Damen und Herren, was gilt denn dann noch?

Ich bin für die Variante 2. Wir sollten für ein Verbot der PID im Sinne unseres Grundsatzprogramms eintreten.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Liese. – Als Nächster hat das Wort Rolf Koschorrek; ihm folgen Jens Spahn und Rudolf Henke.

Dr. Rolf Koschorrek: Frau Bundeskanzlerin! Liebes Tagungspräsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren im Saal! Auch ich will als Mediziner versuchen, meine medizinischen Kenntnisse ein wenig in den Hintergrund zu stellen, und auf das Thema zurückkommen, um das es eigentlich geht. Wir befassen uns heute Morgen viel mit theoretischen Fragen, damit, was rechtlich geht, was medizinisch möglich ist, was wir vor oder nach Problemen in der Schwangerschaft machen. Ich würde aber doch empfehlen, den Fokus wesentlich mehr auf die Betroffenen und auf Notsituationen zu richten.

(Teilweise Beifall)

Es gibt Notsituationen nicht nur bei den Frauen, die während ihrer Schwangerschaft Probleme bekommen. Diese Notsituationen gibt es natürlich auch im Vorfeld von Schwangerschaften bei

denen, die sich vergebens darum bemüht haben, sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen, und denen medizinische Forschung nun einen Weg aufzeigt, sich diesen Wunsch zu erfüllen. Es gibt aber auch Notsituationen bei den Medizinerinnen, die bei Untersuchungen der Dinge, die in den Mutterleib eingepflanzt werden sollen, möglicherweise Anzeichen von Schädigungen erkennen. Wie soll der Mediziner mit dieser ethischen Not fertig werden? Auch diese Fragestellung bitte ich anders zu bewerten, als es der Kollege Liese eben getan hat.

Wir tun so, als ob wir PID verbieten könnten. Wir werden sie nicht verbieten können. Nahezu in allen Ländern um uns herum ist PID tägliche Praxis.

(Teilweise Beifall)

Das kann man gut finden, das kann man schlecht finden. Man kann insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen, die PID in manchen Ländern eingeräumt wurden, kritisieren. Deswegen werbe ich vehement dafür, dass wir uns die Mühe machen, PID in Deutschland zu etablieren, allerdings in einem klar umfassten Rechtsrahmen. Diese Mühe muss sich der Deutsche Bundestag als Gesetzgeber machen und gemeinsam mit der Ärzteschaft die Grenzen für PID in Deutschland definieren, und zwar so, dass sich kein PID-Tourismus in Länder entwickelt, wo es andere Rahmenbedingungen gibt als die, die wir hier in Deutschland selbst bestimmen können.

(Teilweise Beifall)

Wir werden im Deutschen Bundestag in den nächsten Monaten Debatten zu diesem Thema führen. Wir werden auch Entscheidungen treffen. Ich werbe dafür, dass Sie uns Bundestagsabgeordneten ermöglichen, selbst entscheiden zu können. Im Bundestag werden wir ganz anders, als es hier möglich ist, ausführliche Anhörungen mit Wissenschaftlern und Betroffenen, aber auch mit Ethikern, die uns mit Rat und Tat zur Seite sowie Rede und Antwort stehen, durchführen können. Wir werden uns dies sicherlich nicht leicht machen. Ich bin aber zusammen mit den Kollegen Peter Hintze, Katherina Reiche, Ulla Heinen und anderen, die in dieser Sache auch in meine Richtung argumentiert haben, der Meinung, dass wir uns dieser Verantwortung sowie so stellen müssen, ganz egal, welches Votum dieser Parteitag heute fällt.

Ich bin, anders als der Kollege Liese eben, auch der Meinung, dass ein Grundsatzprogramm einer Partei nichts Ehermes ist. Wenn eine gesellschaftliche Debatte angestoßen wurde, wodurch auch immer – in diesem Fall durch ein Gerichtsurteil –, und sich weiterentwickelt, dann müssen wir auch die Festlegungen aus einem Grundsatzprogramm wieder hernehmen und das eine oder andere auch infrage stellen dürfen, so wie wir das gestern bei der Wehrpflicht getan haben und so, wie wir es letztlich auch heute machen, indem wir in dieser Debatte zeigen, dass wir bereit sind, über diesen Punkt in unserem Grundsatzprogramm zumindest zu diskutieren.

(Teilweise Beifall)

Ich werbe als Arzt, als Mitglied des Bundestages und auch als zuständiges Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages ganz eindeutig dafür, dass wir uns heute hier gemeinsam, hoffentlich mit großer Mehrheit, für die Variante 1 entscheiden, um dann mit allen gesellschaftlichen Kräften unter Wahrnehmung unserer politischen Verantwortung offen über dieses Thema diskutieren zu können. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Koschorrek. – Als Nächstes hat das Wort Jens Spahn. Ihm folgen Rudolf Henke und Hubert Hüppe.

Jens Spahn: Frau Vorsitzende! Herr Präsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Als gesundheitspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion weiß ich, dass es in unserer Arbeitsgruppe – das ist auch gerade deutlich geworden –, in der Fraktion und in der Partei ganz unterschiedliche Auffassungen zu diesem Thema gibt. Ich bin dankbar dafür, dass wir uns heute Morgen auf diesem Parteitag auch mit der nötigen Zeit darüber austauschen können und diese Debatte auch mit der nötigen Ernsthaftigkeit führen. Ich denke, das tut uns als Christlich Demokratischer Union gut, dass wir uns inhaltlich und auf diese Art und Weise mit diesem Thema beschäftigen.

(Vereinzelt Beifall)

Wer mit Paaren, mit Frauen und Männern, die eine genetische Veranlagung zu schwersten Erkrankungen haben, über ihren Kinderwunsch, ihr Schicksal, ihre Verzweiflung gesprochen hat, der kann und der darf sich eine solche Entscheidung heute nicht leicht machen. Er wird, er muss fast mit dieser Entscheidung hadern. Er weiß aber auch, dass er um diese Entscheidung nicht herumkommt, dass er diese Entscheidung treffen muss. Deswegen werbe ich sehr dafür, heute Morgen darüber zu entscheiden.

(Teilweise Beifall)

Aus meiner Sicht muss der über allem stehende Grundsatz dabei sein, dass im Zweifel für das Leben entschieden wird und bei Unsicherheit größtmögliche Sicherheit für das Leben zu suchen.

(Teilweise Beifall)

Hier gibt es viele Zweifel. Einige sind schon angesprochen worden. Ich habe zum einen Zweifel, dass es bei dem einmal definierten Ausnahmekatalog bleibt. Es ist ja schon gefragt worden: Wer soll ihn definieren? Der Bundestag? Oder soll dieser die Entscheidung auslagern und an andere delegieren? Sich für bestimmte Kriterien zu entscheiden, heißt, andere auszuschließen. Ich unterstelle niemandem – ich glaube, darum geht es auch nicht –, dass es ihm um Design-Babys, um die Frage der Augenfarbe oder ähnliche Dinge geht. Ich habe aber schon die Sorge, dass eine positive Entscheidung zwar nicht zu einem Dammbbruch, aber doch zu einem langsam anschwel-

lenden Fluss führt, sodass wir, wenn wir heute einmal das Tor geöffnet haben, die Dinge am Ende nicht mehr werden aufhalten können.

(Teilweise Beifall)

Ich habe zum Zweiten Zweifel – das ist auch schon angeklungen –, weil auch die PID keine hundertprozentige Sicherheit bringt. Trotz PID besteht das Risiko, dass das Kind später krank ist. Ist der Druck, ist das Leid in einem solchen Fall nicht noch viel größer und noch viel stärker?

Ich habe auch Zweifel, weil für eine PID bis zu 40 Embryonen gebraucht werden. Was passiert mit den anderen, die nicht eingepflanzt werden? Wer wollte darüber entscheiden?

Lieber Peter Hintze, man kann das mit der Petrischale und dem Embryo so darstellen, wie wir das gerade gehört haben. Man kann es aber auch anders sehen. Denn das, was manchmal als Zellklumpen bezeichnet wird, das hat das Potenzial, ja, das ist aus meiner Sicht menschliches Leben, und wer wollte über die Chance, die Wertigkeit dieses Lebens entscheiden? Ich jedenfalls – egal, was andere Länder da entschieden haben – will das nicht, und ich denke, es ist einem anderen, Höheren vorbehalten, das zu entscheiden.

Im Übrigen denke ich auch, dass gerade der Embryo in der Petrischale, weil sein Potenzial, sein Leben-Sein eben nicht augenfällig ist, vielleicht nicht auf den ersten Blick zu erkennen ist, einen noch höheren Schutz braucht, ein noch größeres Maß an Sicherheit und Zurückhaltung in der Frage, was wir regeln. Gerade deswegen sollten wir an die PID mit größter Bedachtheit herangehen.

Auch sehe ich da keinen Wertungswiderspruch zur Abtreibung, wie er hier schon mehrfach angesprochen worden ist. Bei der PID geht es voll und ganz und unmittelbar um den Schutz des Embryos in der Petrischale, dessen Leben-Sein – ich habe es schon gesagt – nicht augenfällig ist. Beim Schwangerschaftsabbruch geht es im Kern um die konflikthafte Situation, um die schwierige Lebenslage der Mutter, wo der Embryo natürlich mittelbar auch eine Rolle spielt; aber es ist eine andere Ausgangslage. Peter Liese hat es gerade schon angedeutet: Muss nicht eigentlich die Entwicklung, die wir beim Schwangerschaftsabbruch haben, die ja auch einmal mit strengsten und striktesten Kriterien begonnen hat, muss nicht diese Praxis, wie wir sie heute beim Schwangerschaftsabbruch zum Teil haben, weniger leuchtendes Beispiel als vielmehr Mahnmal dafür sein, was passiert, wenn man einmal bei der Entscheidung, die wir heute treffen, die Tür geöffnet hat?

(Teilweise Beifall)

Deswegen: in dubio pro vita, im Zweifel für das Leben. Ich möchte Sie bitten, im Sinne unseres Grundsatzprogramms heute für ein Verbot der PID zu stimmen. – Danke schön.

(Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jens Spahn. Als Nächster hat Rudolf Henke das Wort.

Rudolf Henke: Herr Präsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Meine Damen und Herren! Ich weiß, dass die Rede, die ich hier jetzt halte, unter den Ärztinnen und Ärzten, insbesondere unter den Kolleginnen und Kollegen, die in der Reproduktionsmedizin tätig sind, außerordentlich kritisch beobachtet und bewertet werden wird, weil ich weiß, dass ich in einer Woche vor die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein treten muss, weil ich weiß, dass ich mich auf den Versammlungen des Marburger Bundes für das, was ich hier sage, verantworten muss, weil ich weiß, dass ich in der Bundesärztekammer Rede und Antwort stehen muss.

Deswegen will ich an den Anfang setzen: Ja, die Notsituation der Familien, in denen es schon ein, zwei oder – wie es eben in dem Beispiel von Katherina Reiche geschildert worden ist – mehrere Kinder gibt, deren Leiden und deren Tod die Eltern miterlebt haben, ist ein ganz, ganz starker Anreiz für die Ärztinnen und Ärzte, die in der Frauenheilkunde, in der Geburtshilfe, in der Reproduktionsmedizin tätig sind, zu helfen und aus dieser Notsituation Auswege zu finden. Ich zolle jedem dieser ärztlichen Kolleginnen und Kollegen dafür Respekt, und ich danke ausdrücklich allen, die ihrerseits sagen, wir wollen diesen Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeit erleichtern.

Aber als Arzt muss ich Sie auch darauf aufmerksam machen, dass der Ausweg aus der Notsituation ja überhaupt kein kompletter Ausweg ist. Meine Damen und Herren, im Falle eines einzelnen Zyklus kommt es vielleicht in 5 oder 6 oder 7 Prozent der Fälle auf der Basis der In-vitro-Fertilisation, der künstlichen Befruchtung, zur Schwangerschaft und zur Geburt eines Kindes. Insgesamt werden von 100 Frauen, die sich den oft quälenden, psychisch und physisch belastenden und das Leben über Zeiträume komplett mit Beschlag belegenden Prozeduren der künstlichen Befruchtung unterziehen, vielleicht 20 ein Kind zur Welt bringen können, eine von fünf! Das heißt, die Notsituation, die die Triebkraft dafür ist, sich diesen Prozeduren zu unterziehen, hilft in vier von fünf Fällen nicht. Deswegen ist, ob mit oder ohne Präimplantationsdiagnostik, dieser Weg der In-vitro-Fertilisation eben keine Automatik zur Erfüllung des Wunsches nach einem gesunden Kind, ja, nicht einmal nach einem Kind, und daher dürfen wir, finde ich, nicht so tun, als sei die Perfektionierung dieses Weges ein Ausweg aus aller Not.

Ich will eine zweite Bemerkung machen, weil ja der Bundesgerichtshof erwähnt worden ist. Von dem Urteil des Bundesgerichtshofs ist gesagt worden, der Bundesgerichtshof habe jetzt einmal klargestellt, dass die Präimplantationsdiagnostik mit unserer Werteordnung vereinbar ist.

Ich möchte Sie an ein Urteil des Bundesgerichtshofs vom 18. Juni 2002 erinnern. Da hat der Bundesgerichtshof in einem Fall geurteilt, in dem eine mögliche Beendigung der Schwangerschaft unterblieben ist, weil der Arzt die Eltern nicht komplett aufgeklärt hat und nicht danach gefragt hat und weil dann geprüft werden musste, was daraus folgt. Da hat der Bundesgerichtshof ge-

sagt, dass es einen Unterhaltsschaden der Eltern bei unterbliebenem Schwangerschaftsabbruch gibt. Das Kind als Schaden, geboren werden oder nicht geboren werden, leben oder nicht leben, ich frage mich, ob hier nicht Menschen mit Behinderungen zu Ursachen von Kosten und Vermögensschäden entwertet werden,

(Beifall)

und ich frage mich, ob nicht die bloße Existenz eines Menschen in einen Vermögensschaden umgewertet wird.

(Beifall)

Deswegen bin ich allen unendlich dankbar, die darauf hinweisen, dass natürlich, ob behindert oder unbehindert, der Wert dieses einzelnen Menschen identisch ist, gleich ist. Das finden wir in der übereinstimmenden Passage aus dem Antrag der Antragskommission, in dem eben zu Recht die Position vertreten wird: „Für uns gilt: Jeder Mensch ist gleich wertvoll. Für uns gibt es keine Unterscheidung zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben.“ Daraus muss auf der Ebene der staatlichen Gesetzgebung eine Konsequenz gezogen werden!

(Teilweise Beifall)

Ich kann ja verstehen, was im Einzelfall in einer Familie geschieht. Wenn man als einzelne Mutter, als einzelner Vater diese Frage gestellt bekommt, was soll man denn da antworten? Die Frage lautet: Willst du lieber ein Kind mit oder ein Kind ohne Down-Syndrom? Was wird denn die Antwort sein? Willst du lieber ein Kind mit oder ein Kind ohne Mukoviszidose? Was wird denn die Antwort sein? Willst du lieber ein Kind, das einmal mit 90-prozentiger Wahrscheinlichkeit einen Brustkrebs bekommt, oder lieber nicht? Willst du lieber ein Kind, das mit hoher Wahrscheinlichkeit später an die Dialyse muss, weil es eine polyzystische Nierenerkrankung erbt, oder willst du lieber, dass das Kind das nicht erbt? In all diesen Fällen werden die Eltern im Einzelfall diese Frage immer so beantworten, dass sie sagen, lieber möchte ich natürlich, dass mein Kind diese Behinderung nicht hat. Aber das ist doch eine Evidenz, das geht doch jedem von uns hier im Raum so, und die Frage ist doch, ob wir deswegen das staatliche Recht so gestalten dürfen, dass dieser Wunsch, diese Sehnsucht praktisch zum Gestaltungsmaß für alles staatliche Recht wird, auch unter Inkaufnahme der Konsequenz, dass wir dann im Einzelfall den Schwächeren jeweils nicht mehr wirksam schützen können. Das möchte ich nicht.

(Beifall)

Ich glaube aber, dass sich die Befürworter und die Gegner der PID in einer Verfahrensfrage einigen können; denn es tritt hier niemand dafür ein, die PID grundsätzlich freizugeben. Auch Peter Hintze und Katherina Reiche sowie alle anderen, die die entsprechenden Anträge unterstützen, haben gesagt: Wir wollen eine PID in engen Grenzen für Paare mit schwerer genetischer Vor-

belastung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass diese Forderung nicht erfüllt werden kann, wenn das nicht unter dem Schutz eines Verbotes der PID geschieht. Wenn diese Forderung erfüllt werden soll, dann kann man die Situation nicht so lassen, wie sie der BGH herbeigeführt hat; denn das bedeutet, dass es im Grunde keine Begrenzung gibt. Wir müssen in jeder individuellen Situation sagen: Nein, es gibt kein Verbot der PID. Dort, wo ihr es für richtig haltet, könnt ihr diese Diagnostik durchführen. Deswegen glaube ich: Wer eine enge Begrenzung will, muss genauso wie derjenige, der ein Verbot will, angesichts der jetzigen Situation dafür eintreten, wieder die Situation herstellen, die vor dem Urteil des BGH bestanden hat. Es muss ein Verbot gelten. Dann kann über enge Grenzen diskutiert werden. Bislang sind die engen Grenzen nicht definiert. International hat die Diskussion darüber einen völlig unterschiedlichen Verlauf genommen.

Alle Fragen betreffend den Schweregrad, die Therapiemöglichkeiten, die Genauigkeit der Prognose der infrage stehenden Krankheit, die Beeinträchtigung der Schwangeren und der künftigen Mutter, das Alter der Eltern, die spätmanifestierenden Krankheiten sowie die Frage, welche Möglichkeiten es gibt, die PID im Rahmen der Sterilitätstherapie anzuwenden, werden von den Befürwortern einer Erlaubnis in engen Grenzen jetzt nicht beantwortet. Sie können sie jetzt auch nicht beantworten. Deswegen finde ich es richtig – darin kann Übereinstimmung bestehen –, zumindest zu sagen: Zum jetzigen Zeitpunkt sollte der Bundestag das Verbot der PID wieder herstellen. Dann wird die Diskussion fortgesetzt. – Das ist das Signal, das ich mir von diesem Parteitag wünsche; denn anders werden wir eine Erlaubnis in engen Grenzen nicht erhalten. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp: Vielen Dank, Herr Henke. – Ich möchte an dieser Stelle den Vorsitzenden der Gesellschaft Verdi, Herrn Frank Bsirske, in unseren Reihen begrüßen.

(Vereinzelt Beifall – Pfiffe – Buhrufe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir haben uns gestern vorgenommen, heute ausführlich über den Antrag zu reden. Ich finde, die Debatte spiegelt eine dem Parteitag entsprechende Beratung wider. Gleichwohl haben Sie einen Anspruch darauf, zu erfahren, wie weit wir sind. Wir haben zurzeit 15 von 31 Wortmeldungen gehabt. Ich rufe als Nächsten Herrn Hubert Hüppe auf. Ihm folgen Frau Bundesministerin Kristina Schröder und Herr Thomas Dörflinger.

Hubert Hüppe: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Vor drei Jahren haben wir eine lange Debatte über den Import von embryonalen Stammzellen geführt. In diesem Zusammenhang haben wir im Rahmen unseres Grundsatzprogramms beschlossen, dass die Grenze dann erreicht ist – dies akzeptieren auch die Befürworter des Imports embryonaler Stammzellen –,

wenn es um die aktive Tötung von Embryonen geht. Deswegen haben wir im Grundsatzprogramm festgeschrieben, dass die PID verboten bleiben soll. Meine Damen und Herren, damals wurde unter anderem gesagt: Wenn wir den Import von embryonalen Stammzellen erlauben, wird es bald zu einer ethischen Wanderdüne kommen. Wenn wir das erst erlauben, kommt der nächste Schritt.

Wenn wir über ein Grundsatzprogramm sprechen, dann geht es auch um unsere Grundsätze. Heute stehen wir vor der Frage: Lassen wir zu, dass menschliches Leben getötet wird, oder lassen wir es nicht zu? Man kann darüber denken, wie man will. Wenn man aber menschliches Leben geschaffen hat – wir alle waren damals der Überzeugung, dass auch der Embryo Mensch ist –, dann handelt es sich bei der Entscheidung über die PID um eine Werteentscheidung. Man muss dann sagen: Der eine Mensch ist es wert, implantiert zu werden, und ein anderer ist es nicht.

Da heute sehr viel von den Betroffenen die Rede war, darf ich vielleicht auch über Menschen mit Behinderung sprechen. Man sollte bedenken, dass die Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung – das ist der größte Verband dieser Art – gegen die PID ist. Dort sind doch die Menschen, die es wissen. Dort sind doch die Menschen, die erfahren haben, welchen Wert Menschen mit Behinderung haben.

(Teilweise Beifall)

Wenn dieser Verband uns sagt: „Bitte lasst die PID nicht zu; denn sonst kommt es zu einem nie wieder rückgängig zu machenden Dammbbruch“, dann sollte man das ernst nehmen. Ich hätte mir gewünscht, dass man den Eltern, die jetzt Probleme mit Behörden haben, weil sie behinderte Kinder haben, genauso viel Aufmerksamkeit geschenkt hätte wie der in Rede stehenden kleinen Gruppe. Erst dann sind wir glaubwürdig.

(Teilweise Beifall)

Diejenigen, die mich kennen, wissen, dass ich immer gegen die Spätabtreibung gekämpft habe. Die FDP nimmt nun diese Regelung als Begründung. Aber wer hat denn diese Regelung geschaffen? Warum war die FDP nicht auf unserer Seite, als wir die Möglichkeiten zur Spätabtreibung einschränken wollten? Man darf nicht mit einem Übel, das man selbst geschaffen hat, argumentieren, um ein weiteres Übel zuzulassen.

(Teilweise Beifall)

Jetzt zu den Zahlen. Wenn die PID tatsächlich eine Methode wäre, die sicherstellt, dass man nach einer künstlichen Befruchtung ein nicht behindertes Kind bekommt, könnte man die Befürworter verstehen. Ich habe mir die sogenannten EFRE-Daten, die man im Internet nachlesen kann, genau angeschaut. Es handelt sich dabei um Kliniken, die schon heute weltweit die

PID anwenden. Nach diesen Daten verhält es sich wie folgt: 2009 wurden 119.711 Embryonen erzeugt. Von diesen 119.711 Embryonen wurden 21 478 transferiert. Es kam zu 3.158 Schwangerschaften. Es kam allerdings nur zu 2.287 Geburten. Von diesen waren 99 Kinder schwerstbehindert. Es gab also in 4 Prozent der Fälle Kinder, die an der Krankheit erkrankt waren, nach der man gesucht hatte. Wenn noch nicht einmal jede fünfte Frau nach vielen Versuchen ein Kind bekommt und wenn jede dritte Frau trotzdem eine Fehlgeburt hat, dann muss ich sagen: Wir machen das Leid nicht weg, indem wir die Leidenden wegmachen. In diesem Fall verschärfen wir sogar das Leid; denn 80 Prozent werden sich schlechter fühlen und schlimmer dran sein als dann, wenn sie diese Methode nicht angewendet hätten.

(Teilweise Beifall)

Ein weiterer Punkt: Bis heute weiß keiner, welche medizinischen Spätfolgen diese Methode für die Kinder selbst hat. Ist es wirklich völlig unerheblich für das spätere Kind, wenn man so früh einige Zellen wegnimmt?

Ich kenne ganz viele Menschen, die von der Problematik betroffen sind. Ich weiß, dass es auch Leid gibt, aber längst nicht immer sind behinderte Menschen Leid.

(Teilweise Beifall)

Wenn man mit der Schwierigkeit der Situation argumentiert, wie es heute früh teilweise geschehen ist, mit welcher Begründung können wir dann noch die Eizellspende verbieten? Mit welcher Begründung können wir dann noch die Leihmutterchaft verbieten? Es geht dabei doch um dasselbe Leid der Betroffenen. Dann müssen wir auch konsequent sein und sagen: Auch das lassen wir zu, weil es im Ausland erlaubt ist.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass dieser Staat engere Grenzen setzt. Ich glaube, dass ein Staat nie dadurch zum Unrechtsstaat wird, dass er den Begriff der Lebenswürde zu weit fasst. Das war immer nur im gegenteiligen Fall so.

Liebe Delegierte! Ich bitte Sie wirklich ganz eindringlich, hier keinen Fehler zu machen, den wir vielleicht nie wieder heilen können. Ich weiß, dass es die Ausnahmesituationen gibt, die Katherina Reiche heute Morgen vorgetragen hat. Ich bitte Sie aber: Lassen Sie nicht zu, dass die Ausnahme die Regel aushebelt. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hubert Hüppe. – Als Nächste hat Frau Bundesministerin Kristina Schröder das Wort. Ihr folgen Thomas Dörflinger und Annette Widmann-Mauz.

Kristina Schröder, Bundesministerin: Liebe Parteifreunde! Vor einigen Jahren war ich noch der Überzeugung, dass es richtig ist, die PID in Deutschland zu verbieten.

(Vereinzelt Beifall)

Inzwischen bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass wir sie in eng begrenzten Ausnahmen zulassen sollten.

(Teilweise Beifall)

Mich haben vor allem drei Argumente überzeugt: Das erste Argument bezieht sich auf die Frage, wann das menschliche Leben beginnt. In der Tat ist das die Gretchenfrage. Man muss diese Frage beantworten, bevor man sich eine Meinung zur PID bilden kann. Sehr viele sagen: Das menschliche Leben beginnt mit der Vereinigung von Ei und Samenzelle. Ich glaube aber, wenn wir unsere eigenen Wertungen prüfen, dann müssen wir feststellen, dass wir Unterschiede machen. Wir unterscheiden zwischen der befruchteten Eizelle vor Einnistung in die Gebärmutter und nach Einnistung in die Gebärmutter. Das kann man sich an einem Gedankenexperiment verdeutlichen, das der amerikanische Philosoph Michael Sandel entwickelt hat. Stellen Sie sich vor, Sie sind in einem Labor. In diesem Labor sind ein Baby und eine Petrischale. In dieser Petrischale befinden sich zehn befruchtete Eizellen. Es brennt. Sie können entweder die Petrischale oder das Baby retten. Alle hier im Raum – da bin ich mir sicher – würden sich für das Baby entscheiden, obwohl man eigentlich sagen müsste: Wenn es gleichwertiges menschliches Leben ist, müsste man die zehn Leben in der Petrischale retten. Aber wir tun es nicht, weil wir eben doch Unterschiede machen.

Dass wir Unterschiede machen, sehen wir auch daran, dass wir die Spirale zulassen. Die Spirale verhindert die Einnistung der befruchteten Eizelle. Die Spirale tötet befruchtete Eizellen ab. Wer sagt, dass mit der Vereinigung von Ei und Samenzelle das menschliche Leben beginnt, der muss die Spirale verbieten.

(Teilweise Beifall)

Ich kann die Spirale aber nicht als Unrecht empfinden. Wenn ich zu dieser Wertung komme, dann hat das Konsequenzen für meine Bewertung der PID. Dann muss ich doch auch sagen, dass es sich, wenn man eine befruchtete Eizelle verwirft, um ein kleineres Übel handelt, als wenn man eine Abtreibung vornimmt.

(Teilweise Beifall)

Das zweite Argument ist das Dambruchargument, das immer wieder vorgebracht wird. Man muss sich klarmachen, dass es hier um Paare geht, die in der Regel auf natürlichem Weg Kinder bekommen können, die sich aber, um eine PID machen zu können, einer In-vitro-Fertilisation unterziehen müssen. Eine In-vitro-Fertilisation ist – das wurde hier bereits geschildert – mit un-

glaublichen physischen und psychischen Belastungen verbunden. Dieser Prozess zieht sich über Monate hin. Im Rahmen dieses Prozesses müssen starke Medikamente mit schweren Nebenwirkungen genommen werden. Häufig führt dieser Prozess zur Enttäuschung: Es hat doch nicht geklappt. Es klappt eben nur in 20 oder 25 Prozent der Fälle. Allein dadurch sind wir vor dem Dammbbruch geschützt. Kein Paar wird sich einem so quälenden Prozess unterziehen, nur um die Haarfarbe des Kindes festzulegen.

(Teilweise Beifall)

Das dritte Argument: Es geht um Paare, die sich wirklich sehnsüchtig ein Kind wünschen, die Fehlgeburten oder Totgeburten im achten Monat erlebt haben oder die erlebt haben, wie ein Kind im ersten Lebensjahr gestorben ist. Jetzt sagen manche, dass man diesen Paaren sagen muss: So schlimm es ist, ihr müsst auf ein Kind verzichten. Man muss sich aber auch anschauen, was dieser Kinderwunsch für diese Paare bedeutet. Das ist ein tiefer, ein existenzieller Wunsch dieser Paare. Für viele ist das der Sinn ihres Lebens. Diese Paare werden nicht auf ein Kind verzichten. Sie werden entweder ins Ausland gehen, oder es wird in Deutschland zu mehr Fehlgeburten, zu mehr Totgeburten und zu mehr Abtreibungen kommen. Auch wenn keiner von denen, die die PID ablehnen, das will, wird das die Konsequenz sein.

Deswegen bin ich der festen Überzeugung: Es ist das kleinere Übel, wenn wir die PID zulassen. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Bundesministerin Kristina Schröder. – Als Nächster hat Herr Thomas Dörflinger das Wort. Ihm folgen Frau Annette Widmann-Mauz und Herr Thomas Heilmann.

Thomas Dörflinger: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Es gibt in den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, in der Rechtswissenschaft, in der Medizin und in der Philosophie, keine herrschende Lehrmeinung zu der Frage, wann menschliches Leben beginnt, die von allen ohne Widerspruch zu akzeptieren ist. Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich glaube, dass es einer Partei, die das „C“ im Namen führt, gut ansteht, zu versuchen, diese Frage, die wissenschaftlich nicht eindeutig beantwortet ist, zu klären, zum Beispiel, indem sie sagt: Wir definieren den Beginn des Lebens so, dass der Schutz des Lebens möglichst groß ist.

Deswegen komme ich zu diesem Ergebnis: Wenn wir die Entstehung menschlichen Lebens an den Zeitpunkt knüpfen, zu dem Ei und Samenzelle sich vereinigen, dann ist Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, nach dem die Würde des Menschen unantastbar ist, sowohl für den Embryo als auch für das ungeborene Kind, dessen Umriss auf dem Ultraschallbild schon zu sehen sind, als auch für den hochbetagten Demenzerkrankten einschlägig. Für alle gilt: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Ich gebe zu, dass man als Vater oder Mutter von gesunden Kindern relativ leicht – ich sage das in Anführungszeichen – über die Situation von Eltern redet, deren Kinder behindert sind oder deren Kinder behindert zur Welt kommen werden. Ich bin Hubert Hüppe für den Hinweis auf die Lebenshilfe dankbar. Ich möchte jeden von uns einladen, das Gespräch mit der Lebenshilfe zu suchen, aber nicht auf der Bundesebene, sondern auf der Ebene der Landkreise und Wahlkreise mit denjenigen, die die Interessen behinderter Menschen dort vertreten. Dann werden die Dinge sehr konkret. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Betroffener die Frage, ob er, wenn er die Möglichkeit gehabt hätte, von der PID Gebrauch zu machen und diese Technologie angewandt hätte, heute glücklicher wäre, wenn sein behinderter Sohn oder seine behinderte Tochter nicht leben würde, mit Ja beantworten würde.

(Teilweise Beifall)

Ich will ein Wort zu der gesetzlichen Situation in unseren Nachbarstaaten sagen. Rolf Koschorrek hat Recht, dass vermutlich in der überwiegenden Zahl unserer Nachbarstaaten diese Technologie zugelassen ist. Aber ich warne: Wenn wir die gesetzliche Norm in anderen Ländern, die in einigen Punkten über das, was wir in Deutschland gesetzlich zulassen, hinausgeht, zum Prinzip unserer eigenen Rechtsetzung erheben, dann können wir uns im Grunde genommen als Gesetzgeberinnen und Gesetzgeber verabschieden; denn dann sind wir Getriebene der Situation, die irgendwo anders herrscht. Das kann nicht das Prinzip der Rechtsetzung in der Bundesrepublik Deutschland sein.

(Teilweise Beifall)

Nun ist diese Debatte – ich gestehe: auch nicht meine eigene Position – nicht frei von Widersprüchen. Dem kann man schlecht widersprechen. Aber die Tatsache, dass die Tür ein Spalt offen ist, darf nicht dazu führen, dass wir die Tür ganz öffnen oder gar aushängen. Eine Partei, die sich dem Lebensschutz verpflichtet fühlt, sollte mindestens dafür sorgen, dass sich der Spalt nicht vergrößert, sondern dass er so bleibt, wie er ist.

(Vereinzelt Beifall)

Mein letztes Wort hat etwas mit der Gemeinsamkeit dieser Partei und mit der Gemeinsamkeit mit denen, die sich für diese Partei interessieren und ihr möglicherweise bei Abstimmungen und Wahlen ihre Stimmen geben möchten, zu tun. Ich weiß aus vielen Gesprächen nicht nur im eigenen Wahlkreis, dass speziell die Fragen der Bioethik für viele konstitutiv sind, sich in einer Partei, die das C im Namen führt, entweder weiter zu engagieren oder aber für diese Partei zu stimmen. Deswegen habe ich die herzliche Bitte: Lassen Sie uns diejenigen, die ganz offensichtlich in dieser Frage – dazu gehöre auch ich – einen Gewissenskonflikt haben, angesichts der Tatsache, dass die medizinischen Alternativen vorhanden sind, wie Patrick Sensburg dargestellt hat, nicht einem Gewissenskonflikt aussetzen, sondern konzentrieren wir uns darauf, die Alter-

nativen, die ethisch unbedenklich sind – das gilt für dieses Thema genauso wie für die embryonale Stammzellforschung –, weiter zu erforschen und zu nutzen. Lassen Sie uns aber das verbieten, was wir gemeinsam für ethisch bedenklich halten. Wir sind nicht der Herr über Leben und Tod. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Dörflinger. – Als nächste Rednerin hat Annette Widmann-Mauz das Wort. Ihr folgen Thomas Heilmann und Philipp Mißfelder.

Annette Widmann-Mauz: Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Liebe Freundinnen, liebe Freunde! Wir haben heute die Möglichkeit in der Medizin, mithilfe der künstlichen Befruchtung den Kinderwunsch von Menschen zu erfüllen, die ihn sich auf natürlichem Wege nicht selbst erfüllen können. Wir regeln dies ausdrücklich im Embryonenschutzgesetz und aus gutem Grund nicht in einem Fortpflanzungsgesetz; denn für uns ist der Embryo in der Petrischale besonders schützenswert. Deshalb, liebe Kristina Schröder, will ich Folgendes deutlich machen: Man kann über die Frage, wann menschliches Leben beginnt und wann es schützenswert ist, sicherlich trefflich streiten. Man kann auch über die Frage diskutieren, ob die Nidation der passendere Zeitpunkt ist. Wenn man sich dafür aber entscheidet, dann muss in der Konsequenz die Antwort auf die Frage, wie wir mit der embryonalen Stammzellforschung umgehen, deutlich anders ausfallen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe dieses Bekenntnis im Rahmen einer konsequenten Entscheidungsfindung bisher nicht gehört. Ich will noch etwas deutlich machen: Wir können das Leben des Embryos im Mutterleib nicht gegen das Leben der Mutter und ihre Gesundheit durchsetzen. In der Petrischale besteht aber dieser Konflikt „Leben gegen Leben“ nicht. Hier wird vielmehr bewusst ein Konflikt erzeugt. Deshalb haben wir die Verpflichtung, mit diesem Konflikt anders umzugehen, als mit dem Konflikt während der Schwangerschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Häufig wird argumentiert, wir dürften den Menschen den medizinischen Fortschritt nicht vorenthalten. Deshalb ist es aus meiner Sicht schon wichtig, zu prüfen, ob die PID für die Menschen in unserem Land ein medizinischer Fortschritt ist. Wir wollen Krankheiten heilen, Schmerzen lindern, Krankheiten vermeiden. Die Präimplantationsdiagnostik ist ein diagnostisches Verfahren. Heilung schließt sich diesem Verfahren nicht an. Das Ziel ist auch nicht eine Therapie, sondern das Ziel ist die Selektion von Embryonen. Den Anspruch, Leid zu lindern und zu vermeiden, halte ich zunächst einmal für sehr bedenkenswert; denn wir dürfen über das Leid, das in vielen Familien herrscht, nicht leichtfertig hinweggehen. Aber die Kategorie des Leides und die Frage, wie wir damit auch rechtlich umgehen wollen, sind differenziert zu betrachten. Wir müssen uns auch fragen, ob das Leid hier überhaupt ein Kriterium für die Zulassung der PID sein kann.

Was ist zumutbar, und wo endet die Zumutbarkeit für die Betroffenen? Lassen Sie mich auf den Antrag, der vorgelegt wird, gerade unter diesem Gesichtspunkt eingehen. Dort wird definiert, dass eine enge Begrenzung auf schwerwiegende genetische Veranlagungen erfolgen soll. Ich muss schon fragen: Ist das Vorliegen einer schweren genetischen Vorbelastung denn etwas, was stärker wiegt als eine tatsächliche Beeinträchtigung oder Behinderung in einer Familie, die nicht aufgrund einer genetischen Vorbelastung entsteht? Ich denke an eine chromosomale Schädigung, die nicht genetisch durch die Elternteile vorbedingt ist. Das müssen wir, was die Beeinträchtigung durch Leid und die Betroffenheit betrifft, mindestens in demselben Umfang berücksichtigen. Wenn wir darüber sprechen, dass wir Leid vermeiden wollen oder das Leid der Eltern vermindern wollen, warum reden wir dann nicht auch über das Leid, dem diejenigen ausgesetzt sind, die mit einer Behinderung leben und sich dafür rechtfertigen müssen? Sie werden sich rechtfertigen müssen; denn ihr Leben, diese Belastung hätte ja vermieden werden können.

Ich bin Rudolf Henke sehr dankbar, dass er die Diskussion über die Frage des vermeidbaren Schadens hier erwähnt hat. Auch dann, wenn die Präimplantationsdiagnostik von Ärzten durchgeführt und bei der Pränataldiagnostik später festgestellt wird, dass der Erfolg nicht eingetreten ist, muss man sich fragen, auf welche Haftungsrisiken wir uns einlassen, gerade bei Medizinerinnen und Medizinern.

Wir haben im § 218 bewusst auf eine eugenische Indikation verzichtet. Wir gehen explizit von einem konkreten und unausweichlichen Konflikt aus, wenn es um die Frage der Güterabwägung geht. Diejenigen, die für die Präimplantationsdiagnostik sind, halten es gleichsam für nicht vorstellbar, dass einer Frau ein Embryo eingepflanzt wird, dessen Einpflanzung für sie nicht zumutbar ist und zu vergleichbaren Folgen führen könnte. An dieser Stelle ist aber wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass dies nicht derselbe Konflikt ist, denn die Situation wird über diese Maßnahme bewusst herbeigeführt.

Peter Hintze, du hast zu Beginn gesagt, dass die wenigsten Menschen wissen, dass sie erbliche Vorbelastungen haben, wenn sie eine künstliche Befruchtung durchführen. Das stimmt; die Frauen nutzen die künstliche Befruchtung meist, weil sie nicht schwanger werden. Auch wenn das der Hauptgrund für künstliche Befruchtungen ist, besteht jedoch die Gefahr, dass die Präimplantationsdiagnostik zu einem Qualitätskriterium für den Erfolg einer künstlichen Befruchtung wird. Das kann sicherlich nicht in unserem Interesse sein: die bloße Steigerung der Erfolgsaussichten einer künstlichen Befruchtung durch die PID.

Für mich ist nur ein Konflikt denkbar – das gebe ich offen zu –, bei dem es schwierig ist, ihn aufzulösen, nämlich die Zumutbarkeit der Einpflanzung eines Embryos, von dem wir wissen, dass seine Entwicklung in einer Totgeburt enden wird oder es schon während der Schwangerschaft zu einem Abgang kommen wird. Hierbei geht es um schwerwiegende und schwierige medizinische Fragestellungen. Ich bin deshalb der Antragskommission dankbar, dass sie uns den Weg

eröffnet, diese komplizierten Sachverhalte in aller Sorgfalt und Ruhe zu diskutieren und zu besprechen. Deshalb spreche ich mich eindeutig für die Variante 1 aus. Wir sollten uns die Zeit zur Diskussion nehmen, im Interesse der Menschen mit Behinderungen in unserem Land, im Interesse derjenigen, die sich sehnlichst ein gesundes Kind wünschen.

(Vereinzelt Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Annette Widmann-Mauz. – Als Nächster spricht Herr Thomas Heilmann. Ihm folgen Philipp Mißfelder und Michael Brand. Herr Heilmann, bitte.

Thomas Heilmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit will ich es sehr kurz machen und nur zwei Argumente nennen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin von der Debatte heute Morgen wirklich beeindruckt. Ich glaube, alle hier im Saal haben gespürt, wie wichtig es ist, dass wir von der Union uns für den Wert des Lebens – ich sage dazu: für den Wert jedes Lebens – einsetzen. Mir ist bei den vielen Beiträgen, die sich gegen PID ausgesprochen haben, deutlich geworden: Wir sollten uns sehr gut überlegen, wie wir ein Land bleiben können, dass diese Werte hochhält.

Dennoch bitte ich Sie heute sehr herzlich, angesichts der Argumente für die Erlaubnis der PID in engen Grenzen zu stimmen, und zwar aus einem zentralen Grund: Die Selektion, die wir nicht wollen, findet heute statt; sie wird auch nach einem Verbot der PID stattfinden, und zwar – wir reden Gott sei Dank über wenige Fälle – im Mutterleib.

Wir reden hier nicht über etwas Theoretisches. Wir haben die PID in Deutschland 15 Jahre lang nicht zugelassen. Danach hat die Selektion im Mutterleib stattgefunden. Diese Selektion im Mutterleib finde ich weniger erfreulich als die Selektion in der Petrischale.

(Vereinzelt Beifall)

Sollten wir den Eltern wirklich die Vorschrift machen, eine solche Gewissensentscheidung nicht im Stadium der PID zu treffen, sondern erst später die Gewissensentscheidung für oder gegen eine Abtreibung zu treffen? Ich finde, wir sollten diese Gewissensentscheidung den Eltern überlassen; denn viele Eltern entscheiden sich in den Situationen, über die wir hier reden, gegen eine PID; das ist auch gut so. Aber können wir als Politiker entscheiden, dass man eine PID nicht durchführen darf, während wir den Eltern später die Gewissensentscheidung für oder gegen eine Abtreibung überlassen?

(Vereinzelt Beifall)

Unter diesen Gewissensmaßgaben will ich Sie herzlich bitten, die PID in engen Grenzen – so wie vorgeschlagen – zuzulassen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Heilmann. – Als Nächster hat Philipp Mißfelder das Wort. Ihm folgen Michael Brand und Frau Staatsminister Maria Böhmer.

Philipp Mißfelder: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir machen uns die Entscheidung nicht leicht. Wir haben uns die Entscheidungen schon an anderer Stelle nicht leicht gemacht, nämlich als wir intensiv, über Monate hinweg, über das Grundsatzprogramm beraten haben. Ich plädiere zunächst einmal dafür, dass wir heute die Entscheidung treffen, weil ich der Meinung bin, dass Sie als Parteitagsdelegierte genauso wie die Bundestagsabgeordneten Ihre Meinung zum Ausdruck bringen sollten,

(Vereinzelt Beifall)

damit das Meinungsspektrum in der Union deutlich wird. Der Verlauf dieser Diskussion zeigt schon jetzt, dass sie ein Gewinn für die Union ist.

Das Grundsatzprogramm ist über Monate hinweg intensiv diskutiert worden. Das zeigt mir genauso wie die Diskussion jetzt: Je mehr man sich im Detail mit einer Frage auseinandersetzt, wird die Frage für einen selbst nicht unbedingt einfacher, sondern in der Regel schwieriger. Das ist in den vergangenen Jahren bei fast allen Fragen der Humangenetik immer so gewesen. Insofern ist es ratsam, sich immer seinen eigenen Standpunkt zu vergegenwärtigen und sich zu fragen, von welchem Grundsatz her man solch eine Frage angeht, denn die detailliertere Diskussion bürgt teilweise die Gefahr, dass Einzelaspekte aufgehoben werden und in der Diskussion Verschiebungen stattfinden, die ich so nicht stehenlassen möchte.

Als grundsätzlicher Gegner von Abtreibungen möchte ich hier in diesem Auditorium deutlich zu Protokoll geben: Nur weil wir an anderer Stelle schon einmal den Rubikon überschritten haben, nur weil an anderer Stelle die Gesetzgebung inkonsequent ist, ist es keineswegs legitim, eine solche Überschreitung an anderer Stelle zuzulassen.

(Teilweise Beifall)

Ich finde, selbst wenn man Abtreibungen bzw. die heutige gesetzliche Situation in diesem Bereich befürwortet, kann man – angesichts der demografischen Probleme in unserem Land, des vielen Leids, das damit verbunden ist, und der eigenen religiösen Überzeugung – nicht damit zufrieden sein, dass die Abtreibungsrate in Deutschland so hoch ist.

(Vereinzelt Beifall)

Die Abtreibungsrate ist viel zu hoch. Deshalb ist es wichtig, dass die CDU mit ihrem Beitrag zur Familienpolitik konsequent versucht, den jungen Frauen – meistens sind es junge Frauen, die alleingelassen werden – in Hinblick auf ihre persönliche Entscheidung eine optimistischere und bessere Zukunft möglich zu machen.

Wir müssen uns die Grundsatzfrage stellen: Was darf der Mensch? Wir dürfen nicht fragen: In welchen Grenzen darf der Mensch dies tun? Peter Liese hat das in einem bemerkenswerten Aufsatz in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom Montag in den europäischen Vergleich gerückt. Ich muss sagen, dass mir das klar vor Augen geführt hat, wie kompliziert die Definition der engen Grenzen ist: Was darf der Mensch? Das haben sich viele, die wie ich für ein PID-Verbot plädieren, gefragt. Nicht ohne Grund sind Angela Merkel, Volker Kauder, Julia Klöckner und viele andere, auch aus unserer Parteispitze, zu dem Ergebnis gekommen, sich genauso wie damals im Grundsatzprogramm auch jetzt für das PID-Verbot auszusprechen, weil sich die Situation im Vergleich zu dem Zeitpunkt, als wir die Entscheidung im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm zu treffen hatten, im Wesentlichen nicht verändert hat. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Philipp Mißfelder. – Als Nächster hat Michael Brand das Wort. Ihm folgen Frau Staatsministerin Maria Böhmer und Frau Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Michael Brand: Grundsätze entstehen, wenn es konkret wird. Deswegen ist es gut, dass wir dieses wichtige Thema nicht nur in Expertengremien oder in der Bundestagsfraktion allein, sondern auch hier auf dem Parteitag diskutieren. Liebe Parteifreunde, ich möchte mich für ein Verbot der PID aussprechen, wie wir es im Grundsatzprogramm beschlossen haben. Ich möchte, dass wir das heute entscheiden.

(Teilweise Beifall)

Ich befürchte, dass wir mit einer Entscheidung zur PID weiter auf die schiefe Ebene geraten, dass eine Mentalität gefördert wird, Leben auszuwählen statt zu wählen. Es ist nicht viel Fantasie notwendig, um sich auszumalen, dass die Zulassung der PID auch in sehr engen Grenzen gesellschaftlichen Druck entfalten wird. Es ist nicht viel Fantasie notwendig, um sich auszumalen, dass Schritt für Schritt der Katalog erweitert wird und dass schon eine leichte Behinderung zur Selektion führt.

Liebe Parteifreunde, wer entscheidet eigentlich, was eine leichte und was eine schwere Behinderung ist? Wer hat eigentlich das Recht, zu entscheiden, was wertvoll und was unwertvoll Leben ist? Vertreter beider großer Kirchen haben darauf hingewiesen, dass schon die pränatale Diagnostik das gesellschaftliche Klima gegenüber Behinderten verändert hat. „Muss das denn heute noch sein, bei so vielen Möglichkeiten?“ – Das ist ein Satz, den ich im eigenen Freundeskreis gehört habe. Auch die Kosten werden angesprochen.

Mich hat in den vergangenen Tagen eine Begebenheit in meinem Wahlkreis zum Nachdenken gebracht, eine Aussage bei einem Diskussionsabend mit Ärzten in meiner Heimatstadt Fulda.

Da stand eine Ärztin auf und berichtete von einem Mann mit Down-Syndrom, der sagte: Menschen wie ich tun niemandem etwas zuleide, warum wollt ihr uns nicht leben lassen und stattdessen abschaffen?

(Teilweise Beifall)

Diese Aussage sollte uns zu denken geben, sie sollte auch Anlass sein, die Perspektive zu wechseln. Wir müssen die Perspektive desjenigen berücksichtigen, der keine Stimme hat, der sich nicht zu Wort melden kann oder dessen Lobby nicht immer stark genug ist. Deswegen bitte ich Sie ganz herzlich, nach einer ermutigenden und mutigen Rede der Parteivorsitzenden am ersten Tag dieses Parteitags am zweiten Tag des Parteitages ebenfalls eine mutige und ermutigende Entscheidung gegen PID und für das Leben zu treffen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Thomas Röwekamp, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Michael Brand. – Als Nächste hat die Staatsministerin Maria Böhmer das Wort. Ihr folgen Frau Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und Herr Michael Kretschmer.

Prof. Dr. Maria Böhmer: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir haben uns in der Stammzellforschung mit der Grundfrage menschlichen Lebens befasst. Wir haben uns bei der Frage der Abtreibungen und Spätabtreibungen mit der Frage menschlichen Lebens befasst, und auch jetzt, bei der PID, geht es um die Grundfragen des menschlichen Lebens. Immer wieder stehen wir vor diesen Fragen, und immer wieder bewegt uns die Frage, wie wir menschliches Leben schützen können. Das zeichnet diese Partei in ganz besonderem Maße aus. Das hat uns auch beim Grundsatzprogramm bewegt.

Als wir damals die Entscheidung trafen und für ein Verbot der PID stimmten, lag das auch daran, dass wir damit den Schutz des menschlichen Lebens von Anfang an verbinden wollten. Deshalb spreche ich mich heute auch wieder dafür aus, nachdem ich mich gründlich geprüft habe und nachdem ich mich nach dem Urteil des Bundesgerichtshof gefragt habe: Stehst du noch zu dieser Entscheidung, die wir getroffen haben, ist sie richtig?

Ich habe viele Gespräche mit Eltern von behinderten Kindern geführt. Ich bin Schirmfrau der Nierenerkrankten. Dort ist es mir ein Anliegen, mich der Kleinen, der Kinder anzunehmen und mit den Müttern und Vätern zu sprechen, die diese Situation Tag für Tag bewältigen müssen. Ich habe mich auch intensiv mit der Reproduktionsmedizin auseinandergesetzt, als es um die Stammzellforschung ging. Immer wieder ist die Grundfrage, die wir zu beantworten haben: Wann beginnt menschliches Leben? Auch heute zieht sich diese Frage wie ein roter Faden durch die Diskussion. Wenn menschliches Leben – dazu stehe ich – mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle beginnt, dann ist das der Zeitpunkt, ab dem wir dieses Leben schützen wollen. Das ist unser Grundsatz, und dieser muss uns auch bei dieser Entscheidung leiten.

(Teilweise Beifall)

Ich sehe genauso wie viele, die vor mir gesprochen haben, die Situation von Eltern, die aufgrund erblicher Bedingungen vielleicht schon ein schwerbehindertes Kind haben oder von der Sorge umgetrieben werden, sie könnten ein behindertes Kind bekommen. Diese Menschen machen sich Hoffnungen, dass die PID sie bei der Lösung dieser Frage unterstützen könnte. Es ist für die Menschen, die sich ein gesundes Kind wünschen, ein Gewissenskonflikt; denn, wer sich auf die PID einlässt, weiß, dass dann, wenn das Ergebnis der Untersuchung am Embryo vorliegt, zwischen den Embryonen ausgewählt wird. Man wird auswählen müssen, ob man Embryonen auswählt, von denen man annimmt, dass sich ein behindertes Kind entwickelt, oder Embryonen auswählt, von denen man annimmt, dass sich kein behindertes Kind entwickelt. Es wird eine Wertung vorgenommen. Davor können wir nicht die Augen verschließen. Das muss einem bewusst sein, wenn man über die PID spricht.

Man muss auch die Frage, die hier bereits mehrfach in den Blick gerückt worden ist, stellen: Hilft die PID wirklich, Leid zu ersparen? Die Diskussion hat sehr deutlich gemacht, dass die Frage nicht mit Ja zu beantworten ist; denn wenn es darum geht, dass definiert werden muss, wann ein Fall so schwerwiegend ist, dass PID zugelassen werden soll, dann muss man auch an diejenigen denken, denen man sagen wird: Bei euch gilt das nicht. Leid und Sorge sind immer etwas Subjektives. Deshalb hat uns die Ärztekammer geraten, auf keinen Fall zu einer Liste von Indikationen zu kommen. Dann würden wir nämlich aufzählen, welche Behinderungen nicht lebenswert sind.

(Teilweise Beifall)

Das können und dürfen wir nicht machen. Dann könnte man sagen, man muss in jedem Einzelfall entscheiden. Das ist schwierig. Wir können die Eltern nicht mit einer Einzelfallentscheidung allein lassen.

Man muss allerdings auch so ehrlich sein, zu sagen, dass die PID nicht die einzige Möglichkeit ist. Wir haben andere Möglichkeiten. Hier können wir uns den Eltern zuwenden, die sich ein Kind wünschen, das gesund aufwächst, das vielleicht Unterstützung in der Familie sein kann, wenn schon ein behindertes Kind da ist. Hier sage ich: Wir lassen die Eltern nicht allein, wenn wir ein Nein zur PID sagen.

Ich finde beachtlich, was Peter Liese in den Blick gerückt hat. Die neuere Forschung an der Universität Bonn ist jetzt so weit, dass bei der Untersuchung der Eizelle mit 90-prozentiger Wahrscheinlichkeit auf Chromosomenschäden aufmerksam gemacht werden kann. Das geschieht, bevor ein Embryo da ist, das geschieht, bevor menschliches Leben entstanden ist. Wir eröffnen also Paaren, die sich ein gesundes Kind wünschen, einen Weg. Wir lassen sie nicht allein.

Wir müssen einen dritten Punkt in den Blick rücken. Was geschieht mit den vielen Embryonen, die im Zuge der Reproduktionsmedizin, wo PID angewandt wird, erzeugt werden?

Hubert Hüppe hat eine Zahl genannt: über 100.000 Embryonen; 20.000 werden eingesetzt. Was ist mit den anderen 80.000 Embryonen, wenn wir uns einmal auf diese Zahl einlassen? Ich war in einer Fortpflanzungsklinik in Belgien. Dort wurden mir zuletzt auch die Kühlbehälter mit den Embryonen gezeigt. Mir wurde deutlich gemacht, dass die Embryonen nach einer gewissen Zeit nicht mit existieren oder zu Forschungszwecken verwandt werden. Wir wissen, dass, wenn die Entscheidung für PID getroffen wird, der Prozess entsprechend abläuft.

Nach langer Prüfung und der Überlegung, wie wir Leben schützen und wie wir uns Eltern zuwenden können, bin ich der Auffassung: Lassen Sie uns heute eine Entscheidung treffen! Die Diskussion heute Vormittag zeigt, dass sich die CDU mit höchster Intensität, mit großer Gründlichkeit und auch mit Prüfung des Gewissens dieser Frage zuwendet, dass wir von unseren Grundsätzen ausgehen und alles daransetzen wollen, dass Ja zum Kind gesagt wird und dass wir nicht den Weg über PID gehen; denn dieser Weg bedeutet Nein zum Leben. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als Nächste spricht Frau Annegret Kramp-Karrenbauer.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Präses Nikolaus Schneider hat am Sonntag einen Kommentar zur anstehenden PID-Debatte abgegeben. Er hat die Grundsätze der Evangelischen Kirche dargelegt, und er hat dargelegt, wo für ihn persönlich der schmerzliche Konflikt beginnt, nämlich dort, wo Grundsätze auf persönliche Betroffenheit stoßen. Er hat in seinem Kommentar letztendlich offen gelassen, wie seine Haltung ist.

Wir als politisch Verantwortliche können diese Frage nicht unbeantwortet lassen. Wir sind gefordert – aus meiner Sicht sind wir heute gefordert – eine klare Position zu beziehen. Natürlich handelt es sich beim Thema PID um eine Diskussion, bei der beide Seiten gute Argumente vorbringen. Natürlich ist es so, lieber Peter Hinze, dass man als guter Christenmensch mit guten Argumenten für eine begrenzte Öffnung der PID sein kann. Aber genauso, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, kann man als guter und barmherziger Christenmensch auch für das Verbot der PID eintreten. Das möchte ich an dieser Stelle tun.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte dies tun, obwohl ich viele betroffene Eltern kenne und ihr Leid und ihre Unsicherheit nachvollziehen kann. Ich möchte dies tun, weil es grundsätzliche Fragen gibt, die eben nicht beantwortet sind.

Die erste grundsätzliche Frage, die nicht beantwortet ist, ist die Frage nach den engen Grenzen. Es ist die Frage, wer diese Grenzen festlegt und wer zusichert, dass wir nicht, wie wir es im Be-

reich der Schwangerschaftsabbrüche erleben, in den nächsten Jahren einen Prozess der Ausweitung haben werden.

Der zweite Punkt ist, dass in der Diskussion um die PID aus meiner Sicht der falsche Eindruck erweckt wird, den betroffenen Menschen, vor allen Dingen den betroffenen Frauen, werde es erspart, eine Entscheidung für oder gegen Leben, für oder gegen das Kind zu treffen. Sie müssen über Leben und Tod entscheiden, ob es sich um einen Embryo in der Petrischale handelt oder um einen Embryo, der schon im Mutterleib heranwächst. Die Entscheidung ist gleichermaßen hart für diese Frauen.

Das dritte Argument ist: Wie ist es eigentlich mit denjenigen, die sich trotz einer entsprechenden Diagnose für diesen Embryo entscheiden? Wir bekommen schon heute Rückmeldungen von Eltern von behinderten Kindern, dass sie sehr subjektiv das Gefühl haben, sie müssten sich dafür rechtfertigen, dass sie ein behindertes Kind haben und es eben nicht abtreiben ließen.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu passt eine sehr persönliche Erfahrung, die ich in der vergangenen Woche gemacht habe. Bei einem Besuch des saarländischen Kinderhospizdienstes habe ich eine Mutter eines schwerst mehrfachbehinderten 16-jährigen Sohnes getroffen. Wir sind in ein persönliches Gespräch gekommen, und ich habe sie gefragt, wie sie zur PID steht und ob sie, wenn es bei ihr die Möglichkeit der PID gegeben hätte, sagen könne, wie sie sich damals entschieden hätte. Sie hat sehr lange überlegt und hat dann gesagt: Ich glaube, damals hätte ich mich gegen das Kind entschieden, weil ich mir gar nicht vorstellen konnte, dass ich die Kraft habe, mit und für dieses Kind zu leben. Heute aber sehe ich in diesem Kind vor allen Dingen meinen Sohn. Ich sehe nicht die Behinderung; ich sehe den Menschen, den ich liebe.

(Beifall)

Wenn wir die PID ermöglichen, dann, glaube ich, nehmen wir Menschen zu einem sehr frühen Stadium die Möglichkeit, diese Abwägung zu treffen. Deswegen bin ich in der Gesamtsumme der Argumente, auch in Anerkennung der Nöte der Betroffenen dafür, dass wir beim Verbot der PID bleiben.

(Teilweise Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Kramp-Karrenbauer. – Als Nächster spricht Michael Kretschmer.

Michael Kretschmer: Meine Damen und Herren! Das Schwierige an dieser Debatte ist, dass wir nicht vor einem weißen Blatt sitzen und mit der ethischen Bewertung anfangen können. Vielmehr gibt es schon eine ganze Reihe von Dingen, die wir zur Kenntnis nehmen müssen, von Entscheidungen, die wir getroffen haben. In diese Entscheidungen fügt sich die Entscheidung

über die PID ein. Wir haben in Deutschland die künstliche Befruchtung zugelassen, akzeptieren also, dass Kinder außerhalb des Mutterleibs gezeugt werden können. Wir akzeptieren in Grenzen eine Abtreibung. Jetzt kommt das Thema PID. Ich finde, man kann es sich nicht so leicht machen – das tun wir auch nicht als Union – zu sagen, dass wir uns nicht damit beschäftigen. Doch, wir müssen uns damit beschäftigen und müssen das im Kontext mit den bereits getroffenen Entscheidungen sehen.

Wir haben heute schon eine ganze Reihe von Beiträgen gehört. Man merkt daran, wie schwer es uns fällt, wie schwer es aber auch ist, die richtigen Bewertungen zu finden. Wir akzeptieren offensichtlich, dass befruchtete Eizellen im Mutterleib in einem viel höheren Entwicklungsstadium abgetrieben werden. Im Übrigen finde ich die Zahl von 130.000 Abtreibungen im Jahr in Deutschland völlig inakzeptabel; darüber brauchen wir überhaupt nicht zu reden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde, ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, ein aufgeklärtes Land, in dem es Verhütung gibt und das ein gutes Sozialsystem hat, braucht nicht 130.000 Abtreibungen im Jahr. Das ist ein großes Thema, über das man auch reden muss.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sagen auch – das ist heute häufig gesagt worden – Ja zu einer Polkörperchenanalyse. Die Mehrzahl der Menschen wird nicht genau wissen, was das bedeutet. Wir haben gelernt, dass dies eine Untersuchung der Eizelle und der Samenzelle ist, und zwar unmittelbar vor dem Stadium der Befruchtung. Wir haben in vielen Wortbeiträgen gehört, dass es in Ordnung ist, wenn man diese Untersuchung durchführt, dass es in Ordnung ist, wenn man das Vorhaben verwirft, dass es aber nicht in Ordnung ist, wenn man dies später, im Stadium der Befruchtung, macht.

Was mich im Übrigen getroffen hat, war der latente Vorwurf, dass diejenigen, die für eine restriktive Zulassung der PID sind, möglicherweise ein Problem mit Behinderten haben könnten.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, das habe ich nicht, und diesen Vorwurf möchte ich mir auch nicht machen lassen. Ich muss aber natürlich zurückgeben, dass das Argument derjenigen, die sagen, eine Polkörperchenanalyse sei in Ordnung und andere Untersuchungen ebenfalls, ins Leere geht, wenn es um die Frage geht: Behinderte – ja oder nein? Natürlich muss die CDU – das ist gar keine Frage – sagen: Jedes Leben ist gleich viel wert. Behinderte haben ein Recht auf Leben; das ist eine völlige Selbstverständlichkeit in unserer Gesellschaft. Im Übrigen geht das Argument auch deswegen in die Leere, weil es viele Risiken des Lebens gibt, durch die Behinderungen entstehen können. Diese wird es auch in Zukunft geben.

Es gibt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches kein Dambruch ist, sondern welches in engen Grenzen die PID erlaubt, wenn es eine schwere genetische Vorbelastung der Eltern gibt und wenn es schon Fehlgeburten oder Todgeburten gegeben hat. Dafür treten wir auch im Deutschen Bundestag ein. Ich glaube, dass man das unter der Überschrift „Im Zweifel für das Leben“ stellen kann. Ich denke, wir sollten dies tun.

Der Blick ins Ausland bedeutet nicht, dass das in Deutschland auch so gemacht werden soll. Wir müssen unsere eigenen Regeln und unseren eigenen ethischen Grundsätze finden, die mit unserer christlichen Position vereinbar sind. Deswegen trete ich dafür ein, dass wir in engen Grenzen die PID ermöglichen. Wir können den Betroffenen damit sehr viel Leid ersparen.

(Teilweise Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Michael Kretschmer. – Jetzt folgt Thomas Rachel und danach folgen Hermann Kues und Christean Wagner.

Thomas Rachel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir uns Zeit für diese intensive Debatte zu diesem wichtigen und zentralen Thema nehmen.

Die künstliche Befruchtung, die sogenannte IVF, hat vielen Paaren die Chance auf das langersehnte Kind gegeben. Allein hier bei uns in Deutschland sind in den vergangenen zehn Jahren über 100.000 Kinder durch IVF zur Welt gekommen. Durch medizinische Hilfe haben Familien ihren Nachwuchs bekommen, den sie als einen Segen empfinden. Der Wunsch vieler Ehepaare, Eltern gesunder Kinder zu werden, ist vollkommen verständlich und zu respektieren. Aber haben diesen Wunsch nicht alle Paare, ob sie nun ein Kind auf dem Wege der IVF oder auf natürliche Weise bekommen?

Als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU sind wir gegen eine Zulassung der PID; denn sie ist mit einem zentralen ethischen Problem behaftet. Als Folge der PID findet eine Auswahl von genetisch geeignet erscheinenden Embryonen statt, eine Auswahl nach genetischen Kriterien. Ausgehend vom christlichen Menschenbild wissen wir aber, dass menschliches Leben ein Geschenk ist. Es ist etwas Wertvolles, das wir schützen möchten.

Wie sind die Fakten? Pro Jahr suchen rund 130 Paare aus Deutschland Hilfe zur Durchführung von PID im Ausland. Aber auch die PID gibt keine Garantie auf ein gesundes Kind. Viele Erkrankungen haben ganz andere Ursachen. Es wurde schon angesprochen, es gebe ein anderes Verfahren. Löst aber ein anderes Verfahren den Konflikt, um den es hier geht, auf? Ich glaube, nein. Natürlich kann man eine Polkörperdiagnostik durchführen. Es ist ein vernünftiges Verfahren. Aber es ist letztlich kein Ersatz für das, um was es geht. Denn bei der Polkörperdiagnostik wird das mütterliche Erbgut untersucht. Oder anders gesagt: Die Polkörperdiagnostik hilft nicht bei genetischen Veränderungen, die der Vater überträgt.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, der evangelische Theologe Helmut Thielecke hat gesagt: Ethik ist immer Ethik im Widerstreit. – So ist es auch hier. Hat ein Embryo eine Erbschädigung, kann er bei konsequenter Anwendung der PID verworfen werden. Wird die PID aber verboten, können wir in der Tat nicht ausschließen, dass die Eltern später in eine Situation kommen, in der sie sich für eine Spätabtreibung des Embryos entscheiden. Beide Alternativen zeigen, dass wir uns in moralischen Dilemmata befinden, aus denen wir uns nicht vollständig befreien können. Deshalb ringen wir um die richtige Antwort.

Wir als Evangelischer Arbeitskreis kommen letztlich zu dem Schluss, PID nicht zuzulassen. Wenn eine Mutter sich in einem existenziellen Schwangerschaftskonflikt befindet, während das Kind im Mutterleib heranwächst, ist dies von einer deutlich anderen Dramatik, als wenn Paare noch vor der Frage stehen, ob sie überhaupt eine PID durchführen wollen. Insofern kann man beide Situationen nicht gleichsetzen. Empfindet eine Mutter ihre vorhandene Schwangerschaft als für sie existenzielle Notsituation, ist der Konflikt unausweichlich. Im Angesicht der noch nicht gefüllten Petrischale ist die PID hingegen eine Option, auf die man gegebenenfalls verzichten kann.

Unter Abwägung all dieser Punkte raten wir von der PID ab. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich darf kurz geschäftsleitend folgende Bemerkung machen. Ich glaube, diese wichtige Diskussion, die mehr als zweieinhalb Stunden andauert, ist sehr nützlich. Ich will aber darauf hinweisen, dass es noch neun Wortmeldungen gibt. Der Sprechzettel für die danach folgende Antragsberatung umfasst fast 70 Seiten. Da sich die Anzahl der neuen Argumente in Grenzen hält, möchte ich vorschlagen, dass sich die folgenden Redner ein bisschen kürzer fassen. Wenn der eine oder andere auf seinen Redebeitrag verzichten würde, dann würde sich das Tagungspräsidium nicht beschweren. Weil wir noch eine große Wegstrecke in der Tagesordnung vor uns haben, wäre es gut, wenn wir die Debatte auf diese Weise komprimieren könnten.

Als nächsten Redner darf ich Hermann Kues bitten. Ihm folgt Christean Wagner. – Einen Moment bitte! Wir wollen zunächst den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, der CSU, begrüßen. Wir heißen Horst Seehofer als Gast am heutigen Tage auf dem Bundesparteitag der CDU Deutschlands herzlich willkommen.

(Anhaltender Beifall)

Damit wir uns richtig verstehen: Es soll nichts abgeboten werden. Aber ich will Folgendes sagen: Wir haben jetzt 25 Wortmeldungen abgearbeitet. Ich glaube, die Argumente sind nach knapp drei Stunden Diskussion relativ gut bekannt. Ich möchte daher in die Runde fragen, ob die Möglichkeit bestünde, sich mehrheitlich darauf zu einigen, dass nach knapp drei Stunden Dis-

kussion die Argumente so ausgetauscht sind, dass man sich zu einer Abstimmung entlang der Vorschläge der Antragskommission im Stande sieht.

(Beifall)

Wir wollen es formal korrekt machen. Ich bitte jeden, seinen Stimmzettel zur Hand zu nehmen.
– Entschuldigung, Herr Kollege Kauder, wir befinden uns in der Abstimmung über einen Geschäftsordnungsantrag. Wenn die Mehrheit sagt, dass wir weitermachen sollen, dann machen wir weiter. Kein Problem. Man kann während einer laufenden Debatte immer einen Geschäftsordnungsantrag stellen. Das ist so.

(Beifall)

Man kann schlecht sagen, dass man darüber nicht abstimmen kann. Es tut mir leid. Eine Gegenrede ist selbstverständlich erlaubt. Wenn Volker Kauder dagegenreden will, dann kann er dies jeder Zeit tun. – Bitte sehr.

(Unruhe)

Volker Kauder: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich weiß, dass es Situationen gibt, in denen man sich unbeliebt macht. Ich muss aber auch darauf hinweisen, dass beispielsweise ich als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereit war, meinen Rechenschaftsbericht weit nach hinten zu schieben, um diese Diskussion heute Morgen sofort ablaufen lassen zu können.

(Vereinzelt Beifall)

Ich war bereit, nicht gleich in der vordersten Reihe mit meinem Votum zu kommen und damit etwa die Diskussion zu beeinflussen, sondern habe darum gebeten, im letzten Drittel dieser Diskussion sprechen zu können, da ich als einer, der bei dem Themenbereich „Spätabtreibung, Abtreibung, Lebensschutz“ in besonderer Weise engagiert ist, auch zu diesem Thema reden möchte. Wenn jetzt gesagt wird: „Wir haben 25 Beiträge gehört und schließen nun die Debatte einfach ab“, dann finde ich das im Hinblick auf das, was wir gestern zu dieser Debatte vereinbart haben, nämlich dass es keine Redezeitbegrenzung gibt und jeder reden darf, nicht richtig.

(Teilweise Beifall)

Dass jetzt auf einmal diejenigen, die noch sprechen wollen – zum Beispiel Norbert Lammert und Peter Müller –, nicht zum Zug kommen sollen, halte ich nicht für angemessen.

(Teilweise Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Die Geschäftsordnung ist klar. Ich darf darauf hinweisen, dass, nachdem Volker Kauder gegengeredet hat – das ist ja auch in Ordnung –, wir jetzt über die

Frage abstimmen müssen, ob wir nach den bisherigen Wortmeldungen zum nächsten Punkt gehen oder ob wir die Diskussion weiterführen.

Damit wir uns richtig verstehen: Wir stimmen jetzt per Handzeichen über die Frage ab, ob wir stoppen oder weitermachen. Ich bitte jetzt diejenigen um Handzeichen, die der Meinung sind, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt stoppen. – Gegenstimmen? – Ich glaube, dass es relativ eindeutig ist, dass die Mehrheit dafür ist, dass wir weitermachen. Wir machen jetzt also weiter.

(Teilweise Beifall)

Wir fahren jetzt mit dem Tagesordnungspunkt fort. Ich habe nur die Bitte, sich so kurz wie möglich zu fassen. Als nächste Wortmeldung haben wir Hermann Kues.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Hermann Kues: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es wird offenkundig – das ist auch gut so –, dass wir uns mit dieser zentralen Frage quälen. Ich bekenne auch ganz offen: Je länger ich mich mit dem Urteil des Bundesgerichtshofs zu PID beschäftige und je mehr ich mich in diese Thematik einarbeite, desto unsicherer werde ich eigentlich. Mir fallen auch keine schneidigen Erklärungen dazu ein, weil ich glaube, dass die Fragen, die dadurch aufgeworfen werden und die Antwortversuche, die heute darauf gegeben worden sind, nämlich auf der einen Seite das Festhalten an klaren ethischen Prinzipien und auf der anderen Seite die Berücksichtigung wissenschaftlich-technischer Möglichkeiten und der Not von Menschen, ethisch nicht vollkommen aufgehen und über alle Zweifel erhaben sind.

Es geht um grundlegende Wertentscheidungen. Peter Hintze hat zu Recht gesagt, auch bei seinem Anliegen gehe es nicht um Selektion. Das ist völlig klar. Der Mensch ist ein Geschöpf Gottes und seine Würde ist der menschlichen Verfügung nicht zugänglich. Deswegen haben wir diese Frage im Prinzip vor drei Jahren im Grundsatzprogramm völlig richtig entschieden. Ich bin auch der Meinung, dass man über so grundlegende Dinge aus dem Grundsatzprogramm nicht alle zwei oder drei Jahre neu abstimmen sollte. Grundpositionen stehen fest.

(Teilweise Beifall)

Ich sage aber auch – das gehört für mich auch zur Ehrlichkeit –: Wir müssen uns der Entscheidungssituation der Menschen, der jungen Paare aussetzen, die das Risiko in sich tragen, schwerwiegende Erbkrankheiten zu vererben. Wenn man sich am christlichen Menschenbild orientiert, gehört auch das für mich zur Verantwortung.

Ich sage auch ganz deutlich: Politik muss sich unabhängig von festen Überzeugungen mit der Mehrheit des Parlaments im Bundestag auf Regeln und Gesetze verständigen. Deswegen habe ich mich in der Bundestagsfraktion auch dafür ausgesprochen, die Dinge nicht übers Knie zu brechen – die Grundposition steht –, dass wir uns Zeit lassen, um vor dem Hintergrund der

Dinge, über die wir uns einig sind – diese finden sich ja unter den Punkten 1 bis 7 und Punkt 9 –, mit Fachleuten die verschiedenen Möglichkeiten auszuloten. Deswegen bin ich für die Variante 1. Ich sage aber ganz klar: Wenn es dafür keine Mehrheit gibt, bleibt für mich die Variante 2, an einem Verbot für PID festzuhalten, wohlwissend, dass wir dafür im Bundestag klare Regeln finden müssen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Christean Wagner verzichtet auf seine Wortmeldung. Als Nächstes kommt Volker Kauder.

(Vereinzelt Beifall)

Volker Kauder: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Wir haben heute über einen Konflikt, über eine schicksalhafte Frage für Familien und Paare zu entscheiden und darüber, ob wir mit unserer Entscheidung den Schutz des Lebens lockern, relativieren oder verändern.

Als wir vor mehr als einem Jahrzehnt die Abtreibungsfrage diskutiert haben, wurde auch die Thematik angesprochen, ob die Behinderung eines Kindes Grund für eine Abtreibung sein kann. Diesen Tatbestand hat man verneint. Man hat gesagt, die Behinderung eines Kindes kann kein Grund für Abtreibung sein, aber die schwere Situation, die eine Mutter seelisch schwer belastet, kann dazu führen, dass bis kurz vor der Geburt eine Spätabtreibung stattfinden darf. Uns wurde damals gesagt, das werde nur in ganz wenigen, seltenen Fällen geschehen. Dann kamen die Ärzte auf uns zu und haben gesagt: Wir dürfen den Skandal der Spätabtreibung so nicht weiterlaufen lassen. Jetzt führt in der Praxis nämlich nicht mehr die Situation der Mutter dazu, dass eine Abtreibung vorgenommen wird, sondern die Situation ist, dass der Mutter gesagt wird: Heute braucht man ein behindertes Kind nicht mehr zur Welt bringen. Wir können bis zum letzten Moment vor der Geburt noch eine Abtreibung vornehmen. Muten Sie sich das nicht zu! – Das heißt, die Praxis hat das, was wir theoretisch im Gesetz ohne mein Zutun – ich war ja dagegen – beschlossen haben, radikal verändert.

Ich sage Ihnen: Wenn wir die PID zulassen, dann wird die Praxis auch das, was wir uns jetzt vornehmen wollen, radikal verändern.

(Teilweise Beifall)

Wir machen eine Tür auf und wissen nicht, was nach der Tür kommt. Ich bin vor diesem Hintergrund der Meinung: Das Risiko ist zu groß. Menschliches Leben beginnt mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle. Danach gibt es keinen einzigen qualitativen Sprung mehr.

(Teilweise Beifall)

Wenn wir nicht wollen, dass am Leben experimentiert wird, dann dürfen wir heute die PID nicht zulassen.

(Teilweise Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Kauder. – Als Nächstes Urban Lanig, danach Ursula von der Leyen. – Herr Lanig.

Dr. Urban Lanig: Ich werde es kurz machen. – Ich bin seit 26 Jahren niedergelassener Allgemein- und Hausarzt und Vater von vier Kindern. Mir als Hausarzt sind das Leid und die Notsituation der Familien mit behinderten Kindern nicht nur bekannt, sondern auch Belastung und tägliche Herausforderung zugleich.

Ein Antrag sieht vor – ich möchte es abkürzen –, dass die PID nur zur Diagnostik erlaubt wird. Wie können und wollen wir – Herr Kauder hat es kurz vorher auch schon erwähnt, ebenso Kollegen, die vorher gesprochen haben – gewährleisten, dass nur die Diagnostik durchgeführt wird und in Zukunft nicht Augenfarbe, Intelligenz und Größe nach menschlichem Ermessen gestaltet werden?

Über die Unsicherheit bezüglich der PID-Diagnostik hat mein Kollege kompetent vorgetragen. Ich teile diese Einstellung und möchte Sie bitten, auch die Stellungnahmen der Ärzteschaft, der Ärztevertreter, der Kammervereine, die ähnlich wie bei Ihnen von ethischem Grundwissen und Grunddenken und von christlicher Verantwortung geleitet sind, zu beachten und umzusetzen.

Auch möchte ich davor warnen, weiter eine Werteaufweichung zu betreiben, denn wir müssen in unserer Gesellschaft davon ausgehen, dass das Recht auf Leben eines Behinderten im täglichen Leben – das merke ich bei den Patienten – leider nicht mehr selbstverständliche Maxime ist. Behinderungen kann man nach den heutigen medizinischen und technischen Möglichkeiten nicht exakt voraussagen. Wenn wir die PID erlauben, helfen wir nicht, zu heilen und zu lindern, sondern wir greifen aktiv in den Schöpfungsprozess ein, ohne die Folgen absehen zu können, die wir damit in Zukunft auslösen können.

(Teilweise Beifall)

Lebenswirklichkeit wird von uns hier und heute gestaltet. Wir sind die Partei, die die Lebenswirklichkeit prägend mitgestaltet. Das bedeutet, wir müssen nicht nur die Menschenwürde und die Freiheit des Menschen sichern, sondern es ist uns auch verpflichtender Auftrag, das Recht auf Leben sicherzustellen, auch auf das Leben von Behinderten.

(Teilweise Beifall)

Die politischen Fehler, die wir in der Vergangenheit bezüglich der Abtreibungsregelung begangen haben und die damals viele nicht voraussehen konnten, können nicht als Argument dafür gelten, jetzt weitere Dammbürche zu rechtfertigen.

(Vereinzelt Beifall)

Jedes Kind ist ein Geschenk, ein Geschenk Gottes, nicht ein Produkt der Mediziner oder von unausgereiften technischen Methoden oder von ethisch bedenklichen Möglichkeiten.

(Teilweise Beifall)

Humanität bedeutet, zum Leben zu verhelfen, vornehmlich behindertes Leben zu schützen, nicht aber, dieses Leben überhaupt nicht oder nur manipuliert zur Welt kommen zu lassen. Wir müssen uns darüber klar sein, dass die Manipulation kommen wird.

Wir bekennen immer wieder: Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar. Die Würde eines jeden Menschen zu schützen, ist nicht nur unsere vornehmste Pflicht und Aufgabe als Christen, sondern insbesondere als Christdemokraten. Machen Sie es uns Ärzten und den jungen Frauen durch weitere Wertaufweichungen nicht noch schwerer, dem Leben zum Leben zu verhelfen! Helfen Sie uns, das Leben eines jeden Einzelnen als einzigartig und einmalig zu begreifen und anzunehmen! Ich bin sicher, dass wir mit Blick auf unseren Schöpfer und die Schöpfung die richtige Entscheidung treffen und die PID verbieten. Gott helfe uns dabei!

(Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Zwischendurch darf ich bitten, dass die Landesgeschäftsführer zur weiteren Vorbereitung all dessen, was noch kommt, in den Raum der Stimmzählkommission kommen. Als Nächste hat jetzt Frau Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Ursula von der Leyen: Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Politik im Zeichen des C braucht ein Fundament von christlichen Tugenden wie Nächstenliebe, Fürsorge, Achtung vor dem Leben und Bewahrung der Schöpfung. Daraus ergibt sich unser Verständnis für ganz konkrete Politik für den Menschen, und dieses gemeinsame Verständnis leitet unsere Debatte über die PID. Ich danke an dieser Stelle von Herzen für das differenzierte Ringen mit Argumenten um einen gemeinsamen Weg auf diesem Parteitag.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, manche wissenschaftlichen Erkenntnisse führen nicht zu eindeutigen Verbesserungen, sondern eben auch zu neuen Fragen. Vor 25, 30 Jahren haben wir über das Thema künstliche Befruchtung leidenschaftlich debattiert. Das hat uns die Diskussionen um den Begriff „Retortenbaby“ eingebracht, aber alle hier im Saal kennen in ihrem Bekanntenkreis Kinder, die es ohne diese künstliche Befruchtung nicht gegeben hätte. Wir haben damals gesagt, wir dürfen das nicht. Aber würden wir heute sagen, das war falsch?

Wenn wir jetzt über die PID debattieren, stehen wir vor genau demselben Dilemma, nämlich dass wir es mit medizinischen Erkenntnissen zu tun haben, die uns die Eindeutigkeit einer Entscheidung schwer machen.

Als ich als junge Ärztin mit dem Studium fertig war und in der Gynäkologie und Geburtshilfe anging, dachte ich, dass ich alles medizinisch Notwendige wüsste. Ich habe dann in der Ambulanz unserer Klinik junge Frauen erlebt, glücklich, rund, schwanger, die sich auf die nächsten Wochen freuten. Ich habe verzweifelte Frauen erlebt, die sich sehnsüchtigst ein Kind wünschten. Ich habe Frauen erlebt, die zu einer Abtreibung kamen und nicht mit uns sprechen wollten, und ich habe Frauen erlebt, die zitternd vor Angst dasaßen, weil sie die diagnostischen Ergebnisse gleich bekommen würden.

In dieser Zeit bin ich in meinem Urteil vorsichtiger geworden. Ich glaube, man kann diese sensible ethische Frage nur mit dem Blick auf die Mütter, auf die Paare beantworten. Hier handelt es sich um Paare, die wegen einer schweren genetischen Vorbelastung Fehlgeburten oder mehrere Totgeburten erlebt haben oder deren Kinder wenige Tage nach der Geburt gestorben sind oder die ein oder zwei schwerbehinderte Kinder liebevoll pflegen. Sie wünschen sich ein Kind und sie haben Angst, das alles noch einmal durchleben zu müssen.

Meine Damen und Herren, wenn ein sehnsüchtiger Kinderwunsch von solch einer erblichen Belastung überschattet wird, dann kann die PID das Ja zum Kind stärken. Deshalb bin ich für eine Zulassung der PID in engen Grenzen.

(Teilweise Beifall)

Wenn der Satz stimmt, der Mensch darf nicht alles tun, was technisch möglich ist – und ich unterschreibe diesen Satz –, dann treibt mich aber dieser Widerspruch um. Aus einer befruchteten Eizelle in einer Glasschale wird niemals ein Mensch, es sei denn, der Mensch schwemmt diese Eizelle aktiv mit medizinischer Technik in eine Gebärmutter ein. In dieser Phase lassen wir keinerlei Untersuchung zu. Aber eine befruchtete Eizelle, die sich in der Gebärmutter eingenistet hat, wächst zu einem Menschen heran, es sei denn, der Mensch unterbricht aktiv diese Schwangerschaft. In dieser Phase lassen wir alle Untersuchungen auf schwere genetische Schäden zu. Ich glaube, diesem Widerspruch, mit dem wir im Augenblick leben, müssen wir uns stellen.

Warum stellen wir uns nicht vorher, wenn die befruchtete Eizelle in der Glasschale ist, der Last des Wissens und damit auch der Last der Verantwortung einer wie auch immer gearteten Entscheidung? Warum machen wir erst, wenn das Kind im Mutterleib heranwächst, alle Untersuchungen und verlangen dann von den Eltern, nicht nur die alleinige Last der Verantwortung und der Entscheidung zu tragen, sondern sie auch seelisch und körperlich zu durchleben? Die PID kann helfen, schwere Schwangerschaftskonflikte nicht entstehen zu lassen. Sie kann Totgeburten und spätere Abtreibungen vermeiden helfen.

(Teilweise Beifall)

Ein letzter Gedanke. Ich sage das auch als Ministerin für Soziales. Es ist meines Erachtens eines der größten Missverständnisse in der Sache, wenn so getan wird, als würde sich das Selbstverständnis unserer behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger oder unsere Empathie für sie an dieser Frage messen.

(Teilweise Beifall)

Gerade diejenigen, die als Mütter und Väter ihre ganze Kraft für ein geliebtes behindertes Kind einsetzen, ermutigen uns, dem Urteil des Bundesgerichtshofes zu folgen. Deshalb bitte ich Sie, der Variante 3 zuzustimmen.

(Teilweise Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsident: Vielen Dank. – Wir haben jetzt noch drei Wortmeldungen: Peter Müller, Norbert Lammert und Frau Elisabeth Winkelmeier-Becker. – Peter Müller.

Peter Müller: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Zu Beginn der Debatte hat Peter Hintze gesagt, der Bundesgerichtshof habe in seiner Entscheidung die PID als mit unserer Rechtsordnung voll vereinbar bezeichnet. Ursula von der Leyen hat eben daran angeknüpft. Ich habe mich zu Wort gemeldet, um dem zu widersprechen.

(Teilweise Beifall)

Der Bundesgerichtshof hat etwas anderes entschieden. Er hat in einem ganz konkreten Einzelfall erklärt, dass nach den geltenden Regelungen des Embryonenschutzgesetzes eine Bestrafung des Arztes nicht möglich ist. Die Begründung dafür lautet: Die Regelungen des Embryonenschutzgesetzes sind hinsichtlich der PID nicht hinreichend eindeutig und nicht hinreichend bestimmt. Hier besteht eine Regelungslücke. Deshalb gilt der Grundsatz „keine Strafe ohne Gesetz“. Daher ist in diesem Fall von einer Bestrafung abzugehen. Die Feststellung, dass ein bestimmtes Verhalten nicht einer positiv im Gesetz geregelten Strafandrohung entspricht, ist etwas völlig anderes als die Behauptung, dieses Verhalten sei mit unserer Rechtsordnung vereinbar.

(Teilweise Beifall)

Eigentlich dokumentiert diese Entscheidung das Dilemma, in dem wir uns befinden. Es gibt keine widerspruchsfreie Lösung. Egal welchen Weg wir gehen, er ist immer mit Wertungswidersprüchen verbunden. Diejenigen, die für die Zulässigkeit der PID in engen Grenzen plädieren, haben das Problem, die Fragen, welches die engen Grenzen sind, welche Fälle als schwer bezeichnet werden können und um welche Krankheiten und Behinderungen es geht, nicht beantworten zu können. Es ist nicht klar, nach welchen Kriterien die Grenzen gezogen werden können.

Als Christdemokrat stelle ich mir die Frage, warum wir als Partei des Schutzes des Lebens gerade bei einer Form des menschlichen Lebens – darum handelt es sich auf jeden Fall – das des besonderen Schutzes bedarf, den Lebensschutz ein Stück weit aushöhlen bzw. ein Stück weit zurücknehmen wollen. Das bedarf einer gesteigerten Begründung. Deshalb sage ich: Wer für die Zulässigkeit der PID ohne Ausnahme plädiert, geht einen Weg, der eigentlich mit unseren Vorstellungen zum Lebensschutz nicht vereinbar ist.

(Teilweise Beifall)

Wer für ein ausnahmsloses Verbot eintritt, kommt ebenfalls zu Wertungswidersprüchen. Er muss mit dem Wertungswiderspruch leben – den hat Frau Ursula von der Leyen eben dargelegt – dass wir die PID verbieten, aber die PND zulassen. Auch er wird sich unter christlichen Gesichtspunkten mit der Frage nach der Barmherzigkeit mit Blick auf die Situation junger Familien auseinandersetzen müssen. Auch hier ist man nicht frei von Wertungswidersprüchen. Wenn wir uns in einer solchen Situation befinden, wenn also beide Wege mit Wertungswidersprüchen verbunden sind, stellt sich doch die Frage, ob es nicht vermittelnde Wege geben muss und ob wir uns nicht die Zeit nehmen müssen, diese vermittelnden Wege zu gehen. Ich will dazu eine Überlegung anstellen. Es ist eben zu Recht die Parallele zur Abtreibungsregelung angesprochen worden. Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wir sagen, dass die Tötung menschlichen Lebens nicht zu unserer Rechtsordnung passt. Ich meine, dass das auch im Hinblick auf die PID gelten muss. Deshalb sollten wir am Verbot der PID festhalten bzw. das Verbot eindeutig im Gesetz festschreiben.

(Teilweise Beifall)

Des Weiteren stellt sich die Frage, wann der Staat das Strafrecht bemüht. Wann bestraft der Staat menschliches Verhalten, das möglicherweise aus großer Not geboren ist? Ich kann mir durchaus vorstellen, dass es Fälle gibt, in denen der Staat mit Blick auf die Situation der Eltern, der jungen Familien seinen Strafanspruch ausnahmsweise zurücknimmt. Dieser Ansatz findet sich in keiner Variante, die heute zur Abstimmung steht. Mir ist die Variante 1 die sympathischste. Es ist doch kein Zufall, dass die EKD gesagt hat: Wir müssen über diese Frage noch einmal nachdenken. – Ich glaube, wir als christliche Demokraten sollten nach einer Lösung suchen, die deutlich macht: Wir sind die Partei des Lebensschutzes. Deshalb halten wir die PID für grundsätzlich falsch. Wir halten am Verbot fest. Wir stellen uns aber auch den Geboten der Barmherzigkeit und denken darüber nach, wann der staatliche Strafrechtsanspruch schweigen muss. Das scheint mir eine vernünftige, vermittelnde Lösung zu sein, über die wir nachdenken sollten.

(Teilweise Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsident. Vielen Dank, Peter Müller. – Als Nächster spricht unser Bundestagspräsident Norbert Lammert.

Prof. Dr. Norbert Lammert: Liebe Delegierte! Verehrte Gäste! Wir alle spüren: Dies ist eine Debatte, die an die Seele der Partei rührt. Ich bin stolz auf meine Partei, die eine Debatte führt, die uns in dieser Form niemand vorgemacht hat und die uns nur wenige nachmachen werden.

(Beifall)

Wir reden hier über sehr lebenspraktische und zugleich sehr grundsätzliche Fragen. Wir haben uns mit ethischen Grundsätzen und Fragen der Rechtsgestaltung gleichermaßen auseinandergesetzt. Wir alle spüren, wie es Peter Müller gerade ausgeführt hat: Wie immer die Entscheidung ausgeht, sie wird nicht widerspruchsfrei sein. Sie lässt immer Zweifel nach der einen oder der anderen Seite zurück. Deswegen wünscht man sich möglicherweise, das nicht entscheiden zu müssen. Aber – auf diesen Unterschied möchte ich aufmerksam machen – die Frage, ob überhaupt, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt jemand von den Optionen der modernen Medizin Gebrauch macht und wie er die damit verbundenen ethischen Fragen beantwortet, ist zuerst einmal seine ganz persönliche Entscheidung, die ihm niemand abnehmen kann.

Das, was der Gesetzgeber regeln muss, ist die Frage, ob und welche der verfügbaren technischen Möglichkeiten im Rahmen unserer Rechtsordnung erlaubt sein sollen, was bitte schön nicht dasselbe ist, was unser Problem allerdings auch nicht verkleinert. Wir müssen zwar nicht heute als Gesetzgeber entscheiden, im späteren Verfahren müssen wir aber auch zu einer gesetzgeberischen Antwort kommen, die den vielfältigen, hier dargestellten Aspekten Rechnung trägt.

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich persönlich habe zunächst auch geglaubt, dass die richtige, konsequente und unseren Grundüberzeugungen entsprechende Entscheidung ein striktes Verbot sei. Ich bin inzwischen sehr zögerlich.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will Ihnen auch sagen: Ich jedenfalls weiß noch nicht, wie ich am Ende eines Gesetzgebungsverfahrens, das ich aus den dargestellten Gründen für unverzichtbar halte, votieren werde, weil ich die möglichen gesetzlichen Ausgestaltungen, die außerordentlich schwierig sind, noch gar nicht kenne und deswegen eine abschließende Abwägung noch gar nicht vornehmen kann. Eine solche Abwägung muss am Ende der Diskussion über die schwierigen, hier angesprochenen Probleme aber so oder so gefunden werden. Diese kann man am Ende für vertretbar oder nicht vertretbar halten, überzeugend oder nicht überzeugend finden.

Meine Zweifel an einem rigiden gesetzlichen Verbot, das regelmäßig mit einer Strafanordnung verbunden ist, sind im Laufe der Beschäftigung mit diesem Thema gewachsen. Natürlich geht es bei Schwangerschaftskonflikten und den Möglichkeiten der PID nicht um den gleichen Sachverhalt. Dass es sich um vergleichbare Sachverhalte handelt, die beide im Rahmen unserer Rechtsordnung ausgehandelt werden müssen, das scheint mir aber schwer bestreitbar zu sein. Meine Damen und Herren! Wie überzeugend wäre eine Rechtsordnung, die den Fötus im Mutterleib weniger schützt als den Embryo in der Petrischale?

(Teilweise Beifall)

Ein Argument, das viele Kolleginnen und Kollegen hier heute vorgetragen haben, halte ich für zutreffend: Die Rechtsordnung, die wir mit Blick auf Schwangerschaftskonflikte haben, entspricht nicht unseren Vorstellungen. Wir hätten sie an manchen Stellen lieber anders.

(Teilweise Beifall)

Dann müssen wir uns aber auch die Frage gefallen lassen: Wie überzeugend ist unser politischer Einsatz gegen die gesetzliche Zulässigkeit von Abtreibungen auch gesunder Föten in den ersten drei Monaten und unser Einsatz gegen die rechtliche Zulässigkeit von Spätabtreibungen, wenn wir gleichzeitig Möglichkeiten verbieten wollen, die bei schweren Erbkrankheiten das Risiko einer Fehlgeburt oder einer Spätabtreibung in erheblichem Umfang verringern oder sogar vermeiden können? Diese Frage müssen wir bitte beantworten.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren! Auch mir wäre es am liebsten, wenn der Parteitag nach dieser grandiosen Debatte die Größe hätte, zu sagen: Wir sind heute nicht in der Lage, das abschließend zu entscheiden. Wir brauchen vor allen Dingen Gestaltungsvarianten, die abstimmungsfähig sind. Wenn aber, was ich für genauso verständlich und nachvollziehbar halte, dieser Parteitag heute ein Signal geben will, auch und gerade an die eigene Bundestagsfraktion, dann würde ich mir wünschen, dass der Parteitag darauf verzichtet, zu dieser Möglichkeit kategorisch Nein zu sagen. Lieber Volker Kauder, wir würden heute keine Tür öffnen. Die Tür ist längst offen.

(Teilweise Beifall)

Seitdem wir die künstliche Befruchtung zugelassen haben, ist die Tür offen. Nun müssen wir die Fragen beantworten, die sich daraus ergeben.

Ich habe Schwierigkeiten, mir vorzustellen, dass eine gerechte Rechtsordnung bei einem aus meiner Sicht unverzichtbaren prinzipiellen Verbot der Manipulation menschlichen Lebens am Anfang und am Ende in absehbaren, schweren, nicht auflösbaren Konfliktsituationen mit Strafandrohungen aufmarschiert, die sie an anderer Stelle der gleichen Rechtsordnung für verzichtbar hält. Liebe Delegierte, deswegen würde ich mir wünschen, dass wir, wenn es heute überhaupt ein Votum gibt, die Fraktion durch Annahme der dritten Variante ermutigen, weiter darüber nachzudenken, ob wir eine Lösung für die Ausgestaltung eines Raumes mit engen Grenzen finden, wo man trotz eines prinzipiellen Verbots straffrei bleibt.

(Teilweise Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Norbert Lammert. – Frau Winkelmeier-Becker hat ihre Wortmeldung zurückgezogen.

Daher kommen wir jetzt zum Abstimmungsverfahren. Ich darf um Aufmerksamkeit bitten. Ich werde zunächst im Schnellverfahren erklären, in welcher Reihenfolge wir abstimmen. Danach werden wir Punkt für Punkt vorgehen. Als Erstes werden wir über die Punkte 1 bis 7 und 9 abstimmen, die relativ unproblematisch sein dürften. Dann kommen wir zum Punkt 8. Zunächst werden wir dann über Variante 1, die Ihnen vorliegt, abstimmen. Dabei handelt es sich um die Variante, die zuletzt Norbert Lammert vorgeschlagen hat, sprich: keine Entscheidung am heutigen Tag. Wenn diese Variante eine Mehrheit bekommen würde, hätten sich die Varianten 2 und 3 für heute erledigt. Wenn die Variante 1 keine Mehrheit bekommen würde, würden wir über die Varianten 2 und 3 abstimmen, und zwar in schriftlicher Form. Über Variante 1 lassen wir in offener Form abstimmen. Das dazu im Schnellverfahren.

Ich gehe jetzt Punkt für Punkt vor. Ich lasse jetzt über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen und rufe deshalb die Ziffern 1 bis 7 und 9 auf, die seitens der Antragskommission als gemeinsame Position aller Antragsteller angesehen werden. Wer den Ziffern 1 bis 7 und 9 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Wenn ich das richtig sehe, wurde das einstimmig angenommen. Das heißt, die Ziffern 1 bis 7 und 9 sind einstimmig angenommen worden.

(Beifall)

Nun lass ich über Ziffer 8 abstimmen. Wir beginnen, wie besprochen, mit der Variante 1. Ich darf daran erinnern: Wenn Variante 1 zugestimmt wird, dann entfällt eine Abstimmung über die Varianten 2 und 3. Ich lese Variante 1 vor:

Geleitet von den hier festgestellten Grundüberzeugungen sind wir der Auffassung, dass es vor einer gesetzlichen Regelung der PID einer ausführlichen Analyse und Diskussion bedarf, um den vielfältigen Anforderungen gerecht werden zu können, die eine solch komplexe Frage des Lebensschutzes aufwirft.

Wer Variante 1 der Antragskommission zustimmt, den darf ich jetzt um das Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich glaube, es war eindeutig, dass die Gegenprobe – sprich: Ablehnung der Variante 1 – die Mehrheit war. Damit ist die Variante 1 abgelehnt.

(Teilweise Beifall)

Da es für Variante 1 keine Mehrheit gibt, rufe ich nunmehr die Varianten 2 und 3 auf. Hierzu hatten wir uns bereits auf eine schriftliche Abstimmung verständigt. Ich bitte deshalb darum, dass jetzt die Stimmzettel im Saal und auf dem Podium verteilt werden. Wenn die Stimmzettel verteilt sind, werde ich den Modus nochmals erklären. Zunächst bitte ich aber um Verteilung der Stimmzettel.

Ich darf die Zeit, bevor wir in die Abstimmung eintreten, nutzen, um Ihnen nochmals die beiden Varianten zu erläutern. Ich lese deshalb die Varianten 2 und 3, die Sie auf dem Stimmzettel fin-

den werden, vor. Die Variante 2 lautet:

Deshalb hält die CDU, wie im Grundsatzprogramm verankert, am Verbot der PID fest.

Die Variante 3 heißt:

Deshalb setzt sich die CDU für die Möglichkeit der PID in engen Grenzen für Paare mit schwerer genetischer Vorbelastung ein.

Wie Sie sehen, schließen sich die Varianten 2 und 3 gegenseitig aus. Das heißt logischerweise: Bei Annahme von Variante 2 ist die Variante 3 abgelehnt und umgekehrt. Ich darf der Form halber fragen, ob es hierzu Fragen gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich gehe davon aus, dass das eindeutig ist.

Die Stimmzettel werden jetzt verteilt, und wir treten dann in den Abstimmungsvorgang ein. Ich darf die Stimmzählkommission bitten, unmittelbar danach mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. Darf ich darum bitten, auch das Tagungspräsidium mit Stimmzetteln zu versorgen? Auch wir würden gern an der Abstimmung teilnehmen.

(Die Stimmzettel werden verteilt)

Ich habe bereits gesagt, dass der Wahlgang eröffnet ist. Ich bitte darum, die Stimmzettel einzusammeln. – Ich sehe aber noch einige Delegierte, die keine Stimmzettel haben. Auch der Delegierte Schäuble aus Baden-Württemberg hat noch keinen Stimmzettel. Wir sorgen dafür, dass er einen bekommt. Wir haben jetzt drei Stunden diskutiert. Jetzt kommt es bei der Abstimmung auf fünf Minuten mehr oder weniger nicht an.

Ich darf Folgendes ankündigen: Wenn der Wahlgang geschlossen sein wird, kommt unser Freund Horst Seehofer, der große Geduld bewiesen hat, mit seiner Rede zu Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Darf ich fragen, ob noch Stimmzettel fehlen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ist noch jemand im Saal, der seinen Stimmzettel nicht abgegeben hat? – Wenn ich es richtig sehe, konnten alle ihren Stimmzettel abgeben. Die Stimmzettel sind eingesammelt. Ich schließe den Wahlgang und bitte um Auszählung der Stimmen.

Wir gehen gleich ohne Lücke zu einem weiteren Höhepunkt des Bundesparteitags der CDU Deutschlands weiter. Es ist eine schöne und gute Tradition, dass der Vorsitzende unserer Schwesterpartei, der CSU aus Bayern, zu uns kommt und zu uns spricht. Deshalb: Herzlich willkommen Ministerpräsident Horst Seehofer. Er hat sogleich das Wort.

(Beifall)

Horst Seehofer, Vorsitzender der CSU: Lieber Tagungspräsident Stefan Mappus! Verehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Zu allererst ein herzliches Grüß Gott aus dem Freistaat Bayern von der Christlich Sozialen Union. Wir fahren in das Land Baden-Württemberg mit seinen geistigen und kulturellen Höhen immer mit sehr gemischten Gefühlen; denn wenn die Sportvereine aus Bayern hier auftreten, kommen sie nicht immer mit einem Erfolg nach Hause.

(Vereinzelt Beifall)

Baden-Württemberg gehört zu den Ländern, die gelegentlich vor den Bayern im internationalen Ranking rangieren.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage Grüß Gott und Dank für die gute Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, liebe Angela Merkel, für die gute Zusammenarbeit mit Christine Lieberknecht und den Kollegen Ministerpräsidenten, für die gute Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion unter Führung von Volker Kauder und Hans-Peter Friedrich

(Vereinzelt Beifall)

und für die gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien und zwischen Hermann Gröhe und Alexander Dobrindt. Wir haben nicht nur eine gute Zusammenarbeit, sondern auch unsere Politikergebnisse können sich sehen lassen. Seitdem ich Politik betreibe, bemühe ich mich, nicht so sehr auf der Grundlage von Umfragen und Schlagzeilen Politik zu machen,

(Zurufe: Oh!)

sondern mich an der Frage zu orientieren, was gut für unser Land ist. Wenn ich mir anschau, wo unser Land steht, dann kann ich sagen: Es ist in ganz Europa kein Land aus dieser Wirtschaftskrise so gut herausgekommen wie unser Vaterland, die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Natürlich haben dafür die Wirtschaft und die Arbeitnehmervertretungen viel getan. Aber auch die Politik hat unter Angela Merkel in den letzten Jahren die richtigen Entscheidungen getroffen. Nachdem wir Investitionsprogramme, Konjunkturprogramme, Arbeitnehmerschutzschirme, die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und vieles andere wie zum Beispiel Steuerentlastungen verabschiedet haben, sage ich: Wir haben die Krise besser überwunden als alle anderen. Deshalb ist dies unser Aufschwung; es ist der Aufschwung von Angela Merkel.

(Beifall)

Wir haben Währungsstabilität. Auch das hat etwas mit unseren politischen Maßnahmen zu tun, mit dem Rettungsschirm für den Euro infolge der Griechenland-Krise. Die Inflation liegt bei et-

wa 1 Prozent. Liebe Freunde, ich weiß aus meiner politischen Erfahrung der letzten 30 Jahre: Die beste Sozialpolitik ist eine Stabilitätspolitik, die für eine Stabilitätskultur bei den Finanzen und bei der Währung sorgt; denn Inflation ist in Wahrheit eine Enteignung des kleinen Mannes. Wenn ich unsere Politik an der Stabilität des Euros und an der Inflationsrate messe, dann erkenne ich: Wir haben eine sehr soziale Politik für die kleinen Leute betrieben. Danke, Angela Merkel!

(Beifall)

Wir waren nicht nur innenpolitisch erfolgreich; unsere Bundeskanzlerin hat auch außenpolitisch Akzente gesetzt. Liebe Freunde, mich hat der Auftritt unserer Kanzlerin beim G-20-Gipfel in der letzten Woche in Seoul sehr gefreut. Sie hat dort unsere Interessen, die Interessen der Exportnation Bundesrepublik Deutschland, sehr selbstbewusst und nachhaltig vertreten, auch gegenüber den Amerikanern und Franzosen. Ich denke, sie hat ein gutes Beispiel dafür gegeben, dass man auf der einen Seite sehr weltoffen sein kann, auf der anderen Seite aber deutsche Interessen im internationalen Konzert sehr nachhaltig vertreten kann. Danke, Angela Merkel, für diesen erfolgreichen außenpolitischen Auftritt!

(Beifall)

Wir von der Union können sagen: Wir haben das Erbe von Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Franz Josef Strauß unter der Führung von Angela Merkel bestens gehütet und gemehrt. Insofern dürfen wir als Union, als Konservative stolz und selbstbewusst auf die Ergebnisse unserer Politik schauen.

(Beifall)

Jetzt schauen wir uns einmal unseren politischen Gegner an, zuerst die SPD, die in Wahrheit nur noch die Reclam-Ausgabe einer Volkspartei ist.

(Vereinzelt Beifall)

Schröder behauptet jetzt über die „Bild“-Zeitung, das sei sein Aufschwung. Er hatte 3,5 Millionen Arbeitslose versprochen und gesagt: Daran könnt ihr mich messen. Später hat er fast 6 Millionen Arbeitslose übergeben.

Die Sozialdemokraten haben sich bei der Abstimmung über den Rettungsschirm für den Euro im Bundestag und Bundesrat der Stimme enthalten, was Ausdruck einer besonders kraftvollen Politik ist. Sie haben sich damit wie so oft in der Geschichte geirrt: bei der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, bei der deutschen Einheit – wenn sie sich an viele Äußerungen, etwa von Oskar Lafontaine, im Vorfeld der Deutschen Einheit zurückerinnern – und auch jetzt wieder, bei der Überwindung der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte. Deswegen stelle ich zu den Sozialdemokraten fest: Irren ist menschlich; immer irren ist sozialdemokratisch.

(Beifall)

Bei den Grünen bitte ich euch: Entlarvt die Grünen! Demaskiert sie! Ihre Positionen sind unglaubwürdig und in vielen Bereichen verlogen.

(Vereinzelt Beifall)

Lieber Stefan Mappus, die Grünen haben noch am 16. Februar 2005 – da waren sie noch in der Bundesregierung – einen Antrag im Deutschen Bundestag gestellt. Darin heißt es wörtlich:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ... der „Magistrale für Europa Paris–Budapest“ als Rückgrat im europäischen Schienennetz auf deutschem Boden weiterhin höchste Priorität einzuräumen ...

und

... sicherzustellen, dass die deutschen Abschnitte ... zeitnah und zügig ... ausgebaut werden.

Liebe Freunde, das sind die Grünen: In der Regierung treten sie für ein Projekt und dessen zügige und zeitnahe Umsetzung ein; in der Opposition sind sie dagegen. Das ist die Wahrheit über die Verlogenheit der Grünen.

(Beifall)

Überall in Deutschland – auch in Bayern – treten die Grünen für Verbindungen auf der Schiene ein; überall dort, wo es tatsächlich dazu kommt, blockieren sie sie und sind dagegen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist noch nicht allzu lange her – gerade einmal ein Jahr –, dass Renate Künast zum Kauf japanischer Autos aufgerufen hat:

... wenn die Deutschen zu blöd sind, moderne Autos zu bauen, muss man den Leuten empfehlen, Toyota Prius zu kaufen.

Das war im August 2009. Ich sage hier im Autoland Baden-Württemberg: Das ist Verrat an den deutschen Arbeitsplätzen.

(Beifall)

Ich nenne das Beispiel der Energie. Auf der einen Seite treten die Grünen für die Nutzung der regenerativen Energien ein. Auf der anderen Seite blockieren sie aber und sind dagegen, wenn es darum geht, die Stromleitungen vom Norden zum Süden, zum Verbraucher und zur Wirtschaft zu bauen. Man kann nicht auf der einen Seite für erneuerbare Energien eintreten und auf der anderen Seite alles verhindern, was für die praktische Nutzung der erneuerbaren Energien in unserem Vaterland notwendig ist.

(Beifall)

Ich nenne das Beispiel Gorleben. Trittin sagte als Minister 2001:

Gegen diese Transporte sollten Grüne in keiner Form, sitzend, stehend, singend, tanzend, demonstrieren.

Heute sagt Trittin, es sei richtig, in Gorleben zu demonstrieren. Renate Künast spricht von einer „Sternstunde der Demokratie“. 131 verletzte Polizeibeamte, 1.300 in Gewahrsam genommene Demonstranten und 172 Strafverfahren, Brandsätze gegen Polizeiautos und geschotterte Gleise sind nicht die Bilanz einer Sternstunde der Demokratie. Ich fordere die Grünen auf, sich von solchen Gewalttaten zu distanzieren und keine Grauzonen zuzulassen.

(Beifall)

Zur Nachhaltigkeit der Grünen in der Finanzpolitik. In Nordrhein-Westfalen, wo die Grünen jetzt in der Verantwortung stehen, kommt es zu einer Rekordneuverschuldung von 9 Milliarden Euro. Das ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

Wir müssen uns weniger mit uns selbst beschäftigen; wir müssen unsere politischen Gegner, ihre Widersprüchlichkeit und ihre Verlogenheit in der praktischen Politik, viel selbstbewusster, nachhaltiger und eindeutiger angehen.

(Beifall)

Jammern, Meckern, Nöhlen: Wenn die Tränen-Claudia von den Grünen auftritt, dann geht – das kann man nicht anders sagen – eine Träne auf Reisen.

(Heiterkeit und Beifall)

Es gibt nicht nur den Knuddelbären Sigmar und die Tränen-Claudia, sondern auch den Spargeltarzan von der Linken. Er redet ständig von sozialer Gerechtigkeit, fährt aber als Vorsitzender der Linken einen Porsche 911 und sagt, es sei nach dem Grundgesetz nicht verboten, dass auch Linke reich sind. Wir müssen diese Politik demaskieren. Liebe Freunde, holt sie von der hohen Palme der Moral runter! Geht raus und sagt es den Menschen.

(Beifall)

Ich sagte eingangs, dass wir in unserer praktischen Politik große Erfolge erzielt haben. Wir haben in Amerika erlebt, dass man ohne ökonomische Erfolge von vornherein Schwierigkeiten hat, eine Wahl überhaupt erfolgreich zu gestalten. Umgekehrt haben wir die Erfahrung gemacht, dass positive ökonomische Daten allein noch nicht dazu führen, dass man automatisch ein größeres Vertrauen in der Bevölkerung genießt.

Ökonomisch positive Daten sind eine Voraussetzung, aber noch keine Garantie für die Zustimmung in der Bevölkerung. Deshalb möchte ich zwei Dinge ansprechen, die aus meiner Sicht not-

wendig sind, um auch die geistigen Grundlagen unseres Tuns stärker in der Bevölkerung zu vermitteln, als wir das gemeinsam in der Vergangenheit getan haben. Wir haben nämlich eine große Wertorientierung, wir haben ein gutes geistiges Gerüst für unsere praktische Politik. Ich nehme zuallererst, dass wir die Partei der Sozialen Marktwirtschaft sind, dass bei uns Leistung und Solidarität großgeschrieben wird und dass in keiner anderen Partei die Union mit beiden Lungenflügeln atmet. Wir sind immer für eine starke Wirtschaft, aber auch für ein hohes Maß an sozialer Verantwortung eingetreten. Beides ist von uns immer erfüllt worden, und das, liebe Freunde, werden wir auch künftig tun.

Übersetzt auf die Hartz-IV-Reform sage ich: Das war eine sehr gute Reform, zu der ich in allen Punkten stehe. Wir haben im Vorfeld der Reform viel zu viel über jene geredet, die vom Staat leben, und viel zu wenig über diejenigen, die diesen Staat finanzieren.

(Beifall)

Deshalb müssen wir uns bemühen, bei jeder politischen Maßnahme nicht nur zur Sache, sondern verstärkt auch zu den Menschen zu reden. Wir müssen den Menschen vermitteln, was uns bei einer Entscheidung bewegt hat und was maßgeblich dafür gesprochen hat, eine Reform so auszugestalten, wie wir es getan haben.

Ehrlich gesagt wusste ich bis zur Hartz-IV-Reform auch nicht, dass in den Regelsätzen erhebliche Beträge für Alkohol und Zigaretten enthalten sind: 11 Euro für Alkohol und 8 Euro für Zigaretten. Angesichts der Tatsache, dass wir über die Hartz-IV-Förderung zu wenig für die Bildung der Kinder und damit zur Vermeidung der Vererbung von Armut von den Eltern auf die Kinder tun, halte ich es für geboten, dass jetzt weniger für Alkohol und Zigaretten und mehr für die Bildung der Kinder vorgesehen wird. Das ist der Kern der Hartz-IV-Reform.

(Beifall)

Liebe Ursula, es war eine wichtige Weichenstellung hin zu unserem gesellschaftspolitischen Anliegen, alles zu tun, damit sich Armut nicht auf die Kinder vererbt. Ich glaube schon, dass man von Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, staatlicherseits mehr einfordern darf. Die Solidarität kann sich nicht darin erschöpfen, Geld zu verteilen. Solidarität verlangt auch, die Eigenverantwortung einzufordern. Unsere große Marschrichtung bei dieser Hartz-IV-Reform war: Wir müssen alles tun, damit wir Menschen nicht auf Dauer alimentieren, sondern sie aktivieren. Das ist die geistige Grundlage unserer Reform.

(Beifall)

Deshalb, Ursula, ist es gut, dass wir jetzt mehr Mittel in die Bildung umlenken. Bei aller Bescheidenheit der Bayern: Wenn man über Bildung spricht, dann, so glaube ich, dürfen wir durchaus mitreden. Liebe Freunde, wir haben Bildungspolitik nie danach ausgerichtet, wo die lauteste

Bildungsdiskussion stattfindet. Wir haben uns vielmehr immer von der Frage leiten lassen: Wie erreichen wir für unsere jungen Leute die besten Bildungsergebnisse?

Wir haben in Bayern ein sehr differenziertes Bildungssystem. Wir wollen keine Einheitsorganisation, keine Gesamt- oder Einheitsschule, sondern wir legen Wert darauf – das ist die Position der gesamten Union –, flexibel auf die Talente, die der Herrgott dem einzelnen Jugendlichen mitgegeben hat, zu reagieren. Deshalb haben wir gute Bildungsergebnisse.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte euch, reden wir nicht immer über die Allgemeinbildung und über die akademische Bildung. Reden wir auch über jene, die bei uns in die Hauptschule gehen. Das ist ein Drittel der Kinder in Bayern. Sie werden bewährte Arbeitskräfte in der bayerischen Wirtschaft.

(Beifall)

Wir sagen immer und immer wieder: Wie müssen es diese Kinder und ihre Eltern empfinden, wenn sie in deutschen Talkshows, von denen noch keine einzige zur Lösung des Problems beigetragen hat, erfahren müssen, dass Hauptschulen angeblich Restschulen sind. Ja, liebe Freunde, ein Drittel der bayerischen Kinder gehen in diese Hauptschule. Sie sind anschließend gefragte Arbeitskräfte in der bayerischen Wirtschaft. Ich sage euch: Es darf niemals – bei uns ist das auch nicht der Fall – in der Union eine Position vertreten werden, wie sie Linke und andere vertreten. Es gibt in einer Gesellschaft keine Restkinder, und deshalb gibt es auch keine Restschulen.

(Beifall)

Aktivieren statt alimentieren – das ist die Grundlage unserer Hartz-IV-Reform. Ich sage auch in Anwesenheit von Gewerkschaftern: Was ist da alles behauptet worden? Wer mich kennt, weiß, dass ich auf die soziale Ausgewogenheit von Reformen sehr achte, aber wir haben den größten Sparbeitrag im sozialen Bereich dadurch erbracht, dass wir Geld für die Aktivierung, für die Qualifizierung, für die Ausbildung und die Umschulung umgelenkt haben, statt einfach nur Leistungen für die Betroffenen zu kürzen. Wenn man dadurch Geld spart, dass man Menschen wieder ins Erwerbsleben, in ein geregeltes Leben zurückführt – die Mittel, die man dafür ausgibt, spart man anschließend bei erfolgreicher Qualifizierung wieder ein –, dann ist das eine christliche, eine humane und soziale Politik, für die wir uns nicht entschuldigen müssen, sondern für die wir nachhaltig werben können.

(Beifall)

Ich sagte, dass wir Bayern bescheiden sind. Aber die Wahrheit können wir nicht unterdrücken: Wir stellen jetzt zum sechsten und siebten Mal für die Jahre 2011 und 2012 einen Haushalt auf, der ohne 1 Euro Neuverschuldung auskommt. Das ist nachhaltige Politik.

(Beifall)

Liebe Angela, wir unterstützen deshalb auch uneingeschränkt den Weg deiner Regierung, dieses Ziel so schnell wie möglich auch für den Bundeshaushalt zu erreichen. Wir glauben, dass wir intelligent sparen. Man kann nämlich Sparen und Zukunftsinvestitionen miteinander verbinden. Wir versuchen, in der Bürokratie und in der Verwaltung, bei denen man durchaus einmal auslütten kann, Einsparpotenziale zu finden. Sie glauben gar nicht, was man erfährt, wenn man sich als Ministerpräsident selbst der Frage zuwendet, für welche Zwecke bei welchem Empfang zu welchem Anlass die Staatskanzlei Geld ausgibt. Sie glauben gar nicht, welche Posten man da einsparen kann, ohne dass es irgendjemand merkt.

Man kann Sparen mit kluger Investition in die Zukunft verbinden. Deshalb machen wir zwei Dinge: Wir versuchen, die Ausgaben nach den Einnahmen auszurichten. Das ist auch der Weg der Bundesregierung. Gleichzeitig versuchen wir, Schwerpunkte zu setzen. Wir sparen nicht an der Zukunft, sondern für die Zukunft. Ich nenne den Bereich der Familie. Ich denke, dass den jungen Menschen in den Familien das Rüstzeug für das weitere Leben mitgegeben wird. Deshalb darf man an vielen Stellen sparen, aber in die Zukunft unserer Jugend, in die Bildung und in die Familien müssen wir investieren.

(Beifall)

Wir müssen auf beiden Seiten investieren. Wir in Bayern respektieren die Lebensentwürfe und Lebensbiografien, die junge Eltern für sich selbst wählen. In Bayern hatten wir da einen gewissen Nachholbedarf. Wir haben den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze jetzt mit großer Dynamik vorangetrieben, liebe Ursula. Ich denke, dass wir in Bayern bereits 2012 das bundesweit ausgerufen Ziel erreichen werden.

Liebe Freunde, es gehört aber auch zur Wahrheit – und nichts ist so überzeugend wie die Realität – dass in meiner Heimat Bayern zwei Drittel der Kinder in den ersten Lebensmonaten oder gar Lebensjahren zu Hause großgezogen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich werbe dafür, dass wir als Politiker, so wie ihr gerade eine hervorragende, hoch anspruchsvolle Diskussion zur PID geführt habt, in der Frage der Lebensführung nicht als Vormund auftreten und den Menschen vorschreiben wollen, wie sie zu leben haben, sondern dass wir für beide Lebensentwürfe, für die Verbindung von Kindererziehung und Berufstätigkeit sowie Unterbrechung der Berufstätigkeit für Kindererziehung und den anschließenden Wiedereintritt in den Beruf, die richtigen Antworten geben. Deswegen darf sich unsere Förderung nie darauf reduzieren, nur die Kinderbetreuungseinrichtungen zu sehen. Vielmehr müssen wir auch jene Väter und Mütter unterstützen, die sich für die Erziehung der Kinder in den ersten Lebensmonaten zu Hause entscheiden. Auch das gehört dazu.

(Beifall)

Das ist der erste Schwerpunkt: die Familie. Trotz Sparens brauchen wir zusätzliche Investitionen für die Familie. Das macht der Bund, diese Regierung.

Die Bildung ist ein weiterer Schwerpunkt der Bundesregierung. Liebe Freunde, diesen Schwerpunkt setzen wir auch in Bayern. Man muss aber die ganze Breite der Bildung sehen. Ich habe es vorhin angeführt: Wir brauchen die Akademiker, wir brauchen die Abiturienten und wir brauchen die Eliten. Wir brauchen aber auch Frauen und Männer, die mit den Händen arbeiten können, die handwerklich, die praktisch begabt sind. Auch darauf müssen wir beim Thema Bildung achten.

(Beifall)

Lieber Stefan Mappus, du hast einen wunderschönen Werbespruch für deine Heimat: Die Baden-Württemberger können alles außer Hochdeutsch. Vor kurzem wurde ein bundesweiter Vergleich darüber veröffentlicht, welche Schüler deutsch besonders gut beherrschen; dabei wurden die Neuntklässler aller Schularten berücksichtigt, der Wirtschaftsschulen, Realschulen und Gymnasien. Darin wurde festgestellt: Die Neuntklässler in Bayern können alles sogar Deutsch, liebe Freunde. Das Vorurteil, das wir alles können außer Deutsch, möchte ich damit ausräumen. Wir können alles. Unsere Kinder sind ganz vorne dabei.

(Beifall)

Bildung ist wichtig, liebe Freunde. Wir können über vieles in der deutschen Gesellschaftspolitik reden. Eines aber hat sich fundamental geändert. In meiner politischen Jugendzeit war die Verteilungsgerechtigkeit noch eine Kernfrage in unserer Gesellschaft. Man hat die Qualität unseres Staates, des Sozialstaates danach beurteilt, wie viel ein Staat für soziale Zwecke verteilt, und ist dem Irrtum unterlegen, je mehr er verteilt, desto gerechter ginge es in dem Land zu. Wir wissen mittlerweile, dass dieser Maßstab unzureichend ist; denn allein das Verteilungsvolumen zu betrachten, kann auch bedeuten, dass man übersieht, welche Ungerechtigkeiten man in einer Gesellschaft auslöst, wenn der Kompass, den wir haben, nämlich die christliche Soziallehre, bei der Eigenverantwortung und Solidarität ein Geschwisterpaar bilden, verlassen wird.

Ich habe immer die Position vertreten: Bei uns in Deutschland darf niemand am Wegesrand bleiben, der sich selbst helfen will, dies aber wegen Krankheit, Pflegebedürftigkeit, unverschuldeter Arbeitslosigkeit und dergleichen nicht kann. Aber, liebe Freunde, wir müssen deutlich sagen, dass es nicht zur Solidarität gehört, Menschen zu unterstützen, die sich selbst helfen könnten, dies aber nicht wollen. Das hat mit Solidarität nichts zu tun.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, definieren wir heute Gerechtigkeit nicht mehr über Verteilungsgerechtigkeit – ganz am Anfang stand die Fürsorge – sondern über die Teilhabegerechtigkeit. Den

Menschen Chancen zu eröffnen, ihr Leben eigenbestimmt, aus eigener Kraft und selbstbewusst zu gestalten, durch Bildung, Arbeit und Erzielung von eigenem Einkommen ein glückliches und zufriedenes Leben zu führen, und dafür die Talente, die einem der Schöpfer mitgegeben hat, individuell zu nutzen – das ist etwas ganz anderes als die Fürsorge alter Art, wo es darum ging, ein Dach über dem Kopf zu haben, wo es um die Sicherung der nackten Existenz ging. Heute gehört zu einer modernen Sozialpolitik die Eröffnung von Lebenschancen. Deshalb, liebe Freunde, ist die Bildung so wichtig. Auch die Bundeskanzlerin stellt die Bildungspolitik in den Mittelpunkt ihrer Politik. Bildungsland Bundesrepublik Deutschland – wir müssen den Menschen über die Bildung Chancen zu einem selbstbestimmten und selbstbewussten Leben eröffnen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb dürfen wir nicht an der Bildung sparen. Wir müssen für die Bildung auch in die Zukunft investieren.

(Vereinzelt Beifall)

Das Dritte ist die Innovation. Liebe Freunde, ich durfte gerade auf der A 8 wieder einen Anschauungsunterricht darüber nehmen, wie wichtig die Verkehrsinfrastrukturpolitik und ihr Ausbau bei uns in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor sind. Lieber Stefan, das kann ich beim Notar beglaubigen lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich darf euch sagen: die Bayern waren nach dem Zweiten Weltkrieg ein ärmeres Bundesland. Ich weiß noch, dass wir, als ich 1980 in den Deutschen Bundestag kam, Empfänger von Finanzausgleichsleistungen waren. Bayern zählt heute ohne Zweifel, bezogen auf die Wirtschaftskraft, zu den führenden Bundesländern in der Bundesrepublik Deutschland. Ich habe miterlebt, welche Weichenstellungen notwendig sind, um aus einem ärmeren Bundesland zu einem Premiumland zu werden. Neben der Bildung zählen hier eine moderne Infrastruktur und auch das Bekenntnis zum technologischen Fortschritt, wenn er ethisch verantwortlich ist.

(Vereinzelt Beifall)

Alle meine Vorgänger haben sich davon leiten lassen, eine moderne, zukunftsgerichtete, individuelle Bildungspolitik zu betreiben, auf der anderen Seite aber auch eine Energiepolitik, die uns wettbewerbsfähig hält und gleichzeitig schonend mit der Umwelt umgeht. Wir in Bayern stehen zu unseren Kernkraftwerken. Wir stehen zur Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke. Wir brauchen diese Verlängerung, liebe Freunde, um endlich die Tür in eine Epoche der Nutzung regenerativer Energien aufzuschlagen. Es macht keinen Sinn, jetzt die Kernkraftwerke abzuschalten und den Strom aus dem Ausland zu beziehen und nicht mehr in der Lage zu sein, die regenerativen Energien auszubauen. Das ist unser Weg, liebe Freunde.

(Beifall)

Eine Firma in Bayern möchte die Karbonfaser – ein wichtiger Werkstoff für die Automobilindustrie und für die Luft- und Raumfahrt – nicht nur verarbeiten. Sie möchten sie auch in Bayern produzieren. Dieser Konzern hat mir klipp und klar gesagt: Wir stehen in einem ganz harten internationalen Wettbewerb, insbesondere was die Energiekosten anbetrifft. Die Frage an mich war – wir beschäftigen uns im Moment damit – wenn Sie uns für die Produktion der Karbonfaser in Bayern eine Energieversorgung gewährleisten können, die gegenüber Kalifornien und Asien annähernd wettbewerbsfähig ist, dann werden wir in Bayern investieren. – Liebe Freunde, das sind keine Einzelfälle. Die Höhe der Energiepreise hat heute für viele Betriebe mindestens die gleiche Bedeutung wie die so lange in Deutschland diskutierte Frage der Lohnzusatzkosten.

(Beifall)

Deshalb müssen wir uns damit beschäftigen, eine kostengünstige, sichere und umweltfreundliche Energie in Deutschland zu organisieren. Was wir als Energiekonzept verabschiedet haben, wird genau diesem Ziel gerecht. Wir müssen noch viel mehr als bisher die tatsächlichen Inhalte dieses Konzeptes der Öffentlichkeit vermitteln. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Rot-Grün ab dem Jahr 2002 auch nur ein einziges Programm für die Erhöhung der Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke aufgelegt hat. Wir fordern von den Konzernen für jedes Kraftwerk zusätzliche Sicherheitsaufwendungen in einem Umfang bis zu 500 Millionen Euro. Rot-Grün ist im Jahre 2002 nicht nur aus der Kernenergie ausgestiegen, sondern auch aus der Aufrüstung der Sicherheit.

(Beifall)

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Rot-Grün den Energiekonzernen eine Brennelementesteuer abgefordert hat. Bei uns müssen die Konzerne in den ersten Jahren über 1 Milliarde Euro in einen Topf für die regenerativen Energien einzahlen. Nach Ablauf der Gültigkeitsdauer der Brennelementesteuer müssen sie weitere Milliarden für Energieeffizienz, Energieeinsparung und regenerative Energien bereitstellen. Das ist der Inhalt unserer Politik. Mit der Union wird das Zeitalter der regenerativen Energien eröffnet und zu einem positiven Abschluss gebracht. Das ist eine christliche Politik, die Wirtschaft und Wahrung der Schöpfung miteinander verbindet.

(Beifall)

Auch was die Innovation angeht, gibt es einen signifikanten Unterschied gegenüber den Grünen. Bei den Grünen steht immer das Verbot im Mittelpunkt: Kauft keine deutschen Autos, sondern japanische Autos! Esst kein Fleisch, sondern Grünfutter! Ich könnte noch vieles andere mehr anführen. Das war nie unser Ansatz, liebe Freunde. Wir haben die Schöpfung immer dadurch bewahrt, indem wir zu grünen Technologien und zu neuen Technologien Ja gesagt haben.

Eine der ersten Maßnahmen, die ich als Bundestagsabgeordneter miterleben durfte, war die Einführung des Katalysators für Motoren, die mit bleifreiem Benzin betrieben werden. Ich komme aus der Audi-Stadt Ingolstadt. Was hat mir der Vorstand nicht alles erzählt! Er hat beispielsweise gesagt: Wenn Sie dieser Maßnahme im Deutschen Bundestag zustimmen, dann ist es mit der Vorherrschaft der deutschen Automobilindustrie vorbei.

Ich habe zugestimmt. Es war eine technologische Neuerung. Wir haben die Einführung des Katalysators über mehrere Jahre verteilt, indem wir die alten Stinker im Laufe der Jahre höher besteuert und die moderne Technologie steuerlich privilegiert haben. Heute kann sich niemand mehr vorstellen, dass dies über weite Strecken der 80er-Jahre eine große innenpolitische Auseinandersetzung über die Zukunft der Mobilität war. Wir haben es geschafft, aber nicht indem wir den Leuten Verbote und Bevormundungen aufs Auge gedrückt haben, sondern indem wir zu neuen Technologien Ja gesagt und ihre Anwendung konsequent gefördert haben. Das ist unsere Politik.

(Beifall)

Deswegen verbinden wir das Sparen sowohl in Berlin als auch in München mit klugen Investitionen in die Zukunft, insbesondere in die Bereiche Familie, Bildung und Innovation. Wir sind mit unserer Sparpolitik erfolgreich. Ich bin Dir, liebe Angela, sehr dankbar, dass wir in dieser Woche in der Koalition im Zusammenhang mit dem Haushalt auch über die Kommunalfinanzen reden. Liebe Freunde, als Union waren wir in ganz Deutschland immer die Partei für unsere Städte, Landkreise und Gemeinden. Wir wollen dies auch bleiben. Was die Familie für die Gesellschaft ist, das sind die Kommunen an Rückgrat für unseren Staatsaufbau.

(Beifall)

Deshalb dürfen wir die Kommunen in dieser Frage nicht alleine lassen. Das gilt sowohl für die Einnahmeseite wie auch für die Ausgabeseite.

Ich möchte mit Blick darauf, dass wir am Donnerstag zu positiven Ergebnissen kommen, heute nicht mehr dazu sagen. Aber ich bin Dir, Angela, dankbar, dass wir dieses Thema in der Koalition ernsthaft vorbereitet besprechen und dass wir uns auch darüber unterhalten – das ist auch in der Gemeindefinanzkommission von Wolfgang Schäuble Beratungsgegenstand – was wir auf der Einnahmeseite tun können. Außerdem müssen wir auch die Frage beantworten, wie wir die Ausgabendynamik, die nicht selten durch Bund und Länder zulasten der Kommunen ausgelöst worden ist, begrenzen und somit die Gemeinden entlasten können.

(Teilweise Beifall)

Ich sage Ihnen: Auch wir haben entsprechende Beschlüsse, die zu dieser Dynamik geführt haben, gefasst. Daran war auch ich beteiligt. Wir haben beispielsweise in der Bundesrepublik

Deutschland eine Jugendhilfe beschlossen, die zu folgendem Ergebnis führt: Wenn jemand stationäre Jugendhilfe für seinen Sohn oder für seine Tochter braucht, dann beteiligt sich der Vater an den Kosten der Jugendhilfe, die im Monat oft einige Tausend Euro beträgt, nach der geltenden Rechtslage – ich bin bestimmt kein Neidpolitiker – mit nur 25 Euro im Monat. Das gilt auch für den Fall, dass der Vater sehr gut verdient. Es kann auf Dauer nicht so bleiben, dass wir die Erziehungskompetenz auf den Staat übertragen, sie in den stationären Heimen zur Anwendung bringen und anschließend den verantwortlichen Eltern sagen, dass sie mit 25 Euro Selbstbeteiligung im Monat dabei sind. Das ist keine gerechte Gesellschaft.

(Beifall)

Ich hoffe, wir kommen in der Koalitionsrunde am Donnerstag oder in einer der nächsten Koalitionsrunden auf beiden Seiten zu einem guten Ergebnis. Wir müssen einerseits die Dynamik bei den Kosten für die Kommunen abschwächen – das betrifft die Sozialausgaben und die Kosten für die Einhaltung der Standards im Umweltbereich und im Bereich des Baurechts; da müssen die Bundesländer allerdings auch selbst einiges leisten –, und wir müssen den Kommunen andererseits in verantwortlicher Weise auch auf der Einnahmeseite helfen.

Liebe Angela, ich möchte es Dir heute noch einmal sagen: Wir teilen Deine Meinung in der Frage der Einkommensteuer. Wir erleben gerade, was es auch für ein finanzkräftiges Land wie Bayern nach der Wirtschaftskrise bedeutet, einen Haushalt 2011/2012 ohne Neuverschuldung aufzustellen. Deshalb ist der Weg richtig, das Gesamtgebilde im Auge zu haben, aber nach den Prioritäten die einzelnen Maßnahmen umzusetzen.

Die erste Priorität muss die Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik haben. Das heißt, wir dürfen in der Gegenwart nicht über die Verhältnisse leben. Liebe Freunde, wir dürfen schlicht und einfach wie eine schwäbische Hausfrau nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Diesen Weg müssen wir weitergehen. Wir haben dies in Bayern jetzt zum sechsten bzw. siebten Mal geschafft. Für den Bundeshaushalt wird dies wohl in den nächsten Jahren erreicht werden.

Auch hier gibt es eine Widersprüchlichkeit. Die Sozialdemokraten hatten der Schuldenbremse zugestimmt; dafür musste ja das Grundgesetz geändert werden. Aber wenn es konkret wird, dann schlagen sie sich in die Büsche. Von konkreten Sparvorschlägen wollen sie nichts wissen. Deswegen muss die Union diesen Weg gemeinsam mit den Freidemokraten wieder einmal alleine gehen. Die Sozialdemokraten sind zwar theoretisch für die Schuldenbremse, aber praktisch tun sie wie in Nordrhein-Westfalen genau das Gegenteil. Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik muss der Markenkern der Union bleiben, liebe Freunde. Nachhaltigkeit gibt es nicht nur in der Umweltpolitik, sondern auch in der Finanzpolitik.

(Beifall)

Deshalb ist es die erste Priorität, Neuverschuldung zu vermeiden.

Die zweite Priorität ist, dass wir einmal überlegen, wie wir durch Umschichtungen den Kommunen helfen können und gleichzeitig einen Weg gehen können – auch dafür werden wir mehrere Schritte brauchen – das Steuerrecht zu vereinfachen. Auch da ist die Bundesregierung auf einem sehr guten Wege und hat unsere volle Unterstützung, zumal die erste Tranche vom Bund bezahlt wird. Angesichts dieser großen Barmherzigkeit gegenüber den Ländern können wir nicht dagegen sein.

Die dritte Priorität. Trotz allem sollten wir das große politische Ziel mit Blick auf die Leistungsträger, die Tüchtigen und Rechtschaffenden in unserer Gesellschaft nicht aus dem Auge verlieren. Wir sollten als Union immer daran denken, dass ein Kernproblem unseres Steuerrechts die Progression ist. Wir sollten daher neben einer Vereinfachung auch zu einer Begrädigung des Steuertarifs kommen. Wenn es hier und da aufgrund der besseren wirtschaftlichen Lage vorgezogene Lohnerhöhungen gibt, wird bei den kleinen und mittleren Einkommen ein Großteil der Erhöhung durch die Progression im Steuerrecht sozusagen weggefressen. Ich halte ein Steuerrecht, das in nicht wenigen Fällen zu dem Ergebnis führt, dass man von 1 Euro, den man brutto mehr bekommt, durch die Wirkung der Steuern und Abgaben weniger als die Hälfte netto herausbekommt, für ungerecht.

Liebe Freunde, ein solches Steuerrecht, das mehr Brutto verspricht und weniger Netto zur Wirkung hat, ein solches Steuerrecht, bei dem der Staat mehr als die Hälfte für seine Zwecke abzockt, ist ein unmoralisches Steuerrecht. Deshalb muss das auf unserer Agenda bleiben.

(Beifall)

Weil ich ja nicht weiß, was in den nächsten Monaten geschrieben und gesendet wird, sage ich: Unser bayerischer Finanzminister arbeitet an einem Steuerkonzept. Aber, liebe Freunde, wir werden keine Jahreszahldiskussion führen. Angela, wir werden uns immer über die Frage abstimmen, wann was möglich ist.

(Vereinzelt Beifall)

Aber wir wollen uns als CSU inhaltlich und konzeptionell so rüsten, dass wir dann, wenn es die gesamtwirtschaftliche Lage hergibt – je länger wir regieren, desto früher wird dies der Fall sein –, auch die Leistungsträger in unserer Gesellschaft entlasten. Das gehört dazu.

(Beifall)

Jetzt möchte ich noch ein Wort zur Gesundheit sagen, nicht zu meiner, sondern zu der Gesundheitsreform, die gerade verabschiedet worden ist. Ich habe viele Gesundheitsreformen miterlebt, aber zwei Entwicklungen, die jetzt stattfinden, halte ich für sehr bemerkenswert. Darüber sollten wir auch viel selbstbewusster reden.

Erstens. Ausnahmslos alle Gesundheitsreformen der letzten 30 Jahre hatten im Gegensatz zu der, die jetzt verabschiedet worden ist, eine Steigerung der Lohnnebenkosten und Beitragserhöhungen zur Folge. Anschließend kamen dann Spar- bzw. Kostendämpfungsprogramme. Betroffen davon waren immer die kranken Menschen, die Patienten. Jede Gesundheitsreform – in Deutschland war immer Gesundheitsreform – hatte Leistungseinschränkungen für die Patienten zum Inhalt. Angela, dies ist die erste Gesundheitsreform, bei der es nicht zu solchen Leistungseinschränkungen für Patienten kommt.

Das Zweite – das habe ich immer vertreten, und dazu stehe ich – ist: Kein System auf dieser Erde kann die unvermeidlichen und unabwiesbaren Ausgaben, die aufgrund der demografischen Entwicklung und aufgrund des medizinischen Fortschritts entstehen, allein tragen. Zu den Zielen einer christlichen Partei muss es jedoch immer gehören, den medizinischen Fortschritt nicht nur einem Teil der Gesellschaft vorzubehalten, sondern alle, ganz gleich, welches Lebensalter und welches Einkommen sie haben, müssen an ihm teilhaben können. Das ist ein hoher christlicher und humaner Anspruch. Dem muss ich gerecht werden, auch wenn ich weiß, dass die Menschen jetzt nicht mehr drei oder fünf Jahre Rente beziehen, wie es bei meinem Vater, dem Bauarbeiter Lorenz Seehofer, der Fall war, sondern die durchschnittliche Bezugszeit allmählich auf 20 Jahre zugeht, weil wir den Segen einer steigenden Lebenserwartung haben. Übrigens diskutiert kaum eine andere Nation, liebe Freunde, über steigende Lebenserwartung so defätistisch wie wir in der Bundesrepublik Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Dabei ist die Tatsache, dass unsere Frauen und Männer im Durchschnitt älter werden, doch ein Segen für unsere Gesellschaft. Darüber sollten wir uns freuen.

(Beifall)

Nun liegt es in der Natur der Sache, dass, wenn man älter wird, die Wahrscheinlichkeit steigt, medizinische oder Pflegeleistungen in Anspruch nehmen zu müssen. Wir haben uns im Grundsatz entschieden, dass wir den Menschen all dies finanzieren wollen, ohne die Lohnnebenkosten zu belasten. Ich kenne kein System auf dieser Erde, das steigende Kosten aufgrund der demografischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts über Lohnzusatzkosten finanziert. Das hält niemand aus. Deshalb sage ich auch den Gewerkschaften: Ich halte es schon für einen Fortschritt, dass wir jetzt einen Lösungsmechanismus für die ansteigenden Kosten mit sozialem Ausgleich gefunden haben, damit wir trotz der demografischen Entwicklung den medizinischen Fortschritt für alle in dieser Gesellschaft ohne soziale Härten zur Verfügung stellen können.

Ich sage euch, liebe Freunde: Erstens ist der Zusatzbeitrag von 1 Prozent von den Sozialdemokraten unter Ulla Schmidt eingeführt worden. Es wäre einmal gut, wenn das auch in der Öffentlichkeit gesagt würde. Zweitens ist noch nie zuvor aus dem Bundeshaushalt ein so hoher Steuer-

betrag an das deutsche Krankenwesen gezahlt worden. Damit werden die Lohnnebenkosten geschont und die Gesamtbevölkerung an der Finanzierung beteiligt. Das ist christlich-demokratische und christlich-soziale Politik, liebe Freunde,

(Beifall)

den hohen Anspruch zu erfüllen, erstklassige Medizin für alle in der Gesellschaft sicherzustellen. Ich glaube, wir haben jetzt die Voraussetzungen dafür geschaffen.

Deshalb: Nachhaltige Finanzpolitik unter Hinweis auf Bayern. Für Leistung und Solidarität. Mit beiden Lungenflügeln atmen. All das haben wir immer getan, wenn wir ein hohes Maß an sozialer Empfindlichkeit und Balance gezeigt und auf der anderen Seite für eine starke Wirtschaft gesorgt haben. Dazu, dass wir, wie ich eingangs sagte, am besten von allen Ländern in Europa aus der Wirtschaftskrise gekommen sind, haben die deutsche Wirtschaft, aber auch die Arbeitnehmerschaft einen ganz großen Beitrag geleistet, insbesondere da wiederum der Mittelstand. Grund dafür waren aber auch richtige politische Entscheidungen; und daran waren die Union und Angela Merkel immer beteiligt. Denken Sie nur an das Kurzarbeitergeld. Ich habe vor zehn Jahren noch den Satz gelernt: Diejenigen, die etwas zu entscheiden haben, werden nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden. Nein, liebe Freunde, es ist nicht egal, wer in Deutschland regiert. Politik kann mit klugen und richtigen Entscheidungen viel Segensreiches für die Wirtschaft und die Sozialhaushalte auslösen. Das haben wir in den letzten zwei, drei Jahren bewiesen.

(Beifall)

Für Leistung und Solidarität. Das ist die eine geistige Grundlage unseres Tuns. Man kann das auch mit Sozialer Marktwirtschaft übersetzen. Das ist übrigens viel stärker als die sozialistische Ideologie. Meine Lebenserfahrung, liebe Freunde, ist zwar, dass es nicht immer unanstrengend ist, Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft zu vermitteln, aber eines weiß ich: Die Soziale Marktwirtschaft und unser Kompass der christlichen Soziallehre, nämlich die Ausrichtung an Personalität, Solidarität und Eigenverantwortung, haben alle sozialistischen Ideologien überdauert. Der Sozialismus hat verwüstete Gesellschaften, verwüstete Umwelt, verwüstete Werte hinterlassen. Die Soziale Marktwirtschaft und die christliche Soziallehre haben Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Geborgenheit für die Menschen zur Folge gehabt. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

Das weitere große Prinzip – das hat die Bundeskanzlerin ja gestern sehr eindrucksvoll dargestellt – lautet: Für Wertorientierung und gegen Ideologien. Die Wertorientierung ergibt sich für uns als Union aus dem Grundgesetz; und das Grundgesetz, liebe Freunde, ist eine Antwort auf ein ganz dunkles Kapitel unserer Geschichte. Wir haben die größte Katastrophe in unserer

Geschichte aufgrund der Abwendung von Werten und insbesondere von christlicher Wertorientierung erlebt. Schon in der Präambel des Grundgesetzes findet sich deshalb die Rückbesinnung: „In Verantwortung vor Gott“. Und auch das übrige Grundgesetz atmet unsere christlich-abendländische mit jüdischen Wurzeln ausgestattete Wertorientierung. Aufklärung und Humanismus haben ihr Übriges dazu beigetragen.

Liebe Freunde, das ist unsere deutsche Leitkultur: christlich orientiert und auch patriotisch orientiert. Ich habe nicht die Absicht, mich dafür, dass ich mein Land liebe, dafür, dass ich für dieses Vaterland einen Dienst tue, dafür, dass ich eine deutsche Leitkultur vertrete, in der Öffentlichkeit zu entschuldigen. Ich bin ein überzeugter Patriot dieser Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Wir müssen uns auch, was die Integration betrifft, nicht verstecken, weder die Bundesregierung, noch diese Koalition noch wir in München. Ich darf einmal daran erinnern: In München haben wir in der Bevölkerung einen Migrationsanteil von 35 Prozent, in Nürnberg von 38 Prozent, in Augsburg von 39 Prozent, in Berlin von 25 Prozent. Auch wir wissen also, worum es geht. Wir haben aber einen ganz klaren Kompass, der auch der Kompass der ganzen Union ist: Integration setzt ein Bekenntnis zur Sprache voraus. Was ist Michel Glos, als er dies vor einigen Jahren als erster deutscher Politik gesagt hat, noch verhöhnt worden! Von Zwangsgermanisierung und Ähnlichem war die Rede. Heute würde niemand mehr ernsthaft bestreiten, dass die erste und wichtigste Voraussetzung für gelungene Integration das Beherrschen der deutschen Sprache ist. Liebe Freunde, niemand würde das mehr bezweifeln!

(Beifall)

Das Zweite ist die Arbeit, das Dritte ist das Bekenntnis zu einer Wertorientierung. Jetzt zähle ich Ihnen nicht alles auf, was wir gemacht haben, auch in meiner Verantwortung, aber, liebe Freunde, eine der wichtigsten Maßnahmen der letzten zwei Jahre war, dass wir zusätzliche Lehrer in all den Gebieten Bayerns eingestellt haben, in denen der Migrationsanteil in einer Klasse größer als die Hälfte ist. Da haben wir in Bayern keine Klassen mit einer Stärke über 25 mehr. Das war eine tolle Angelegenheit. Wir mussten viele Lehrer einstellen. Aber das ist auf dem Gebiet der Bildung ein sehr, sehr wirksamer Beitrag zur Integration.

Wir testen vor der Einschulung die Beherrschung der deutschen Sprache. Es gilt, dass niemand in eine Regelschule kommt, ohne die deutsche Sprache einigermaßen zu beherrschen. Das sind Dinge, die in der Integration zu 80 oder 90 Prozent gelingen, in manchen Gebieten sogar zu einem höheren Anteil. Aber wir müssen auch die Kehrseite sehen: Da und dort gibt es Integrationsdefizite, und es gibt auch Integrationsverweigerer.

Liebe Freunde, ich hatte ein Schlüsselerlebnis, und das ist die Botschaft von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß: Es ist der geschichtliche Auftrag der Union, alles zu tun, damit sich rechts von uns keine demokratisch legitimierte Partei bildet.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, wir haben das in unserer 60-jährigen Nachkriegsgeschichte im Großen und Ganzen erreicht, weil wir uns auch mit den Rechtsradikalen inhaltlich auseinandergesetzt haben. Wenn sich die Linken, die SPD, in gleicher Weise auch inhaltlich mit den Linksradikalen auseinandergesetzt hätten, wäre uns möglicherweise in Deutschland einiges erspart geblieben.

(Beifall)

Es wäre uns möglicherweise einiges erspart geblieben!

Nun sage ich eines gerade auf baden-württembergischem Boden: Ich habe 1989 erlebt, wie die Republikaner wie ein Spuk, beginnend mit der Abgeordnetenhauswahl in Berlin, plötzlich auf der politischen Bildfläche waren. Wir haben damals sehr, sehr viel darüber diskutiert; es gibt dazu außerordentlich kluge Analysen. Das war eine Lehre für mein ganzes weiteres politisches Leben. Der Spuk hat ja einige Jahre angehalten, übrigens auch sehr stark in Bayern und auch in Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, Sie vermeiden rechtsradikale politische Kräfte nicht dadurch, dass Sie in eine Olympiade der Parolen eintreten oder dass Sie sie einfach verschweigen, sondern die beste Prävention gegen politischen Radikalismus ist, die Ursachen und Ängste, die unseren gesellschaftspolitischen Problemen zugrunde liegen oder die Folge solcher Probleme sind, zu beseitigen. Der Spuk der Republikaner in Deutschland war vorbei, als wir 1994 unser Grundgesetz geändert haben und den massenhaften Missbrauch des Asylrechts in Deutschland beendet haben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben gesagt, wir wollen keine Zuwanderung in die Sozialsysteme, aber als Christen und Demokraten und Humanisten sind wir überzeugt, dass wir Verfolgten, die wegen ihres Glaubens oder wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden, Geborgenheit und Schutz geben müssen. Das war immer die Position der Union.

Kurt Biedenkopf hat das damals vor der Bundestagsfraktion wunderschön analysiert. Er hat uns gesagt: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was die Republikaner hier als Volksverführer ab-saugen, hat mit dem unteren Drittel der Einkommenspyramide zu tun, mit Menschen, die um ihre Wohnung, um die sozialen Sicherungssysteme, um ihre Arbeit Angst haben. Wir müssen die zugrunde liegenden Ursachen beseitigen, damit diese Volksverführer politisch keine Gewinne haben.

Liebe Freunde, wenn das, was wir vertreten oder was mir gelegentlich zugeschrieben wird, rechtsradikal ist, dann ist die überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung rechtsradikal. Ich bin alles andere als ein Rechtspopulist. Ich möchte, dass wir diesen großen Auftrag er-

füllen durch eine Politik, die auf die Leistungsträger dieser Gesellschaft schaut, auf die Rechtschaffenen und Tüchtigen, und dazu zählen auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die früh um 4 Uhr ihren Wecker stellen, zur Arbeit fahren, rund um die Uhr Dienst tun, dann noch im Ehrenamt tätig sind, ihre Familien versorgen, ihre Steuern und Beiträge zahlen. An die, liebe Freunde, müssen wir bei diesen Dingen auch denken!

(Beifall)

Wer bei uns leben will, muss auch mit uns leben wollen. Wir wollen kein Gegeneinander, kein Nebeneinander, keine Parallelgesellschaften. Wir wollen ein Miteinander in dieser Gesellschaft. Deshalb ist es für eine politische Kraft erlaubt und notwendig, zu sagen, was Voraussetzung für Integration ist. Da müssen wir sehr darauf achten – wir haben da noch eine ganze Menge zu tun – dass wir bei Integration, Beschäftigung und Qualifikation die Probleme in der Bundesrepublik Deutschland vollständig lösen. Wir sind da aber auf einem sehr guten Weg.

Zukunft gewinnt man nicht durch Ideologien, sondern durch Wertorientierung und durch ein klares Aussprechen dieser Wertorientierung. Das ist das, was uns Identität gibt. Identität schafft Vertrauen bei den Menschen. Menschen, die Vertrauen haben, schöpfen Zuversicht und leisten auch etwas für die Gemeinschaft im Beruf und im Ehrenamt. Ich bin froh, dass wir uns auf ein für die Union ganz großes gesellschaftliches Projekt verständigt haben und es gemeinsam entwickelt haben, nämlich – Karl-Theodor und Frau Schröder haben es gestern hier vorgebracht – das freiwillige Engagement der Menschen hinsichtlich dessen zu fördern, was sie für ihr Land tun können. Dieses Engagement sollten wir fördern, anreizen und motivieren, damit es in großer Zahl in Deutschland stattfindet.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, das hat etwas mit der Union zu tun: eine aktive Bürgergesellschaft zu formen, die Menschen nicht alleine zu lassen, die sich in dieser Gemeinschaft aktivieren wollen. Dazu gehört die Identität, gehört Vertrauen, gehört Motivation in der Bevölkerung, und dazu gehört auch die richtige Wertorientierung der Union. Das ist der Zusammenhang!

(Beifall)

Liebe Freunde, ich spreche ja öfter mit Stefan Mappus. Lieber Stefan, ich muss sagen, wie du arbeitest, wie du dein Nervenkostüm einbringst, klar im Kompass, stark in den Nerven, das nötigt mir Respekt ab, und ich kann nur meine Lebenserfahrung wiedergeben, dass, lieber Stefan, das Leben die Anstrengung belohnt, nicht die Ausreden. Du strengst dich an wie die ganze Bevölkerung in Baden-Württemberg, und deshalb gibt es für uns alle miteinander in den nächsten Monaten nur einen Auftrag, nur eine Pflicht: sich in den Wahlkämpfen, die jetzt vor uns stehen, in den Dienst der Union zu stellen und insbesondere jene zu unterstützen, die es besonders schwer haben. Ich kann euch sagen: Alle in der Christlich-Sozialen Union werden an der Seite

der CDU stehen, und, lieber Stefan, weil wir in Baden-Württemberg sind: Du kannst dich auf die volle Unterstützung deines Nachbarn Bayern und der CSU verlassen.

(Beifall)

Wir hatten gestern Parteivorstand in der CSU, und da möchte ich auch festhalten: Ausnahmslos alle in unserem Parteivorstand haben sich unterstützend und solidarisch zu Wolfgang Schäuble geäußert.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, Wolfgang Schäuble hat eine Lebensbiografie, bei der wir alle Anlass haben, mit Dankbarkeit und Respekt auf seine historischen Leistungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu schauen. Er hat sich bei mir entschuldigt, weil er wegen des Euros unterwegs ist, und ich sage auch in seiner Abwesenheit: Wir haben Anlass, in Dank und Respekt auf sein Lebenswerk zu schauen. Ich habe auch als junger Staatssekretär oder Abgeordneter viel von ihm gelernt.

Liebe Freunde, was alles hat er in den letzten zwölf Monaten für uns in der Koalition in Berlin und beim Haushalt geleistet? Stellt euch doch einmal die letzten Tage vor: Da ist die Kanzlerin hoch erfolgreich auf der internationalen Bühne, in der Außenpolitik unterwegs und verschafft uns Deutschen mit ihrem Auftreten ein hohes Maß an Respekt in der ganzen Welt

Auf der anderen Seite haben die Haushälter und der Bundesfinanzminister die ursprünglich vorgesehene Neuverschuldung in Höhe von 80 Milliarden Euro auf 50 Milliarden Euro gedrückt. Nichtsdestotrotz diskutieren wir über den Finanzminister. Liebe Freunde, wir müssen wieder mehr darüber diskutieren, was unsere Leute Positives für die Welt und für Deutschland tun. Wolfgang Schäuble gehört ganz vorne dazu.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben als Union den richtigen Gesellschaftsentwurf: Leistung und Solidarität. Wir haben die richtigen Grundüberzeugungen: deutsche und christliche Leitkultur und Wertorientierung. Ich sage euch, dass der Satz stimmt: Es gibt niemanden, der moderner als die Konservativen ist. Wir stehen fest im Leben. Wir sind keine Flachwurzler wie mancher unserer Wettbewerber, sondern Tiefwurzler. Tiefwurzler entwickeln sich besonders stark und kräftig. Liebe Freunde, wir schätzen das Gestern, wir handeln im Heute, und wir denken an das Morgen. Das hat die Union immer ausgezeichnet. Deshalb gilt der Satz: Wir stehen als Union, als Konservative bei aller Verankerung in unserer Geschichte, in unserer Tradition und in unserem Brauchtum an der Spitze des Fortschritts. Überall, wo Zukunft stattfindet, sind die Konservativen vorne: in der Bildung, bei der Konsolidierung des Haushalts, bei Innovationen, bei der Integration und der Herstellung der Sicherheit für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir arbeiten für die Zukunft. Wir stehen für die Zukunft. CDU und CSU sind Zukunft. – Glückauf der Union und unserem Vaterland Deutschland!

(Anhaltender Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsident: Vielen Dank, lieber Horst Seehofer, für diese tolle Rede, die viele Punkte enthalten hat, die die Menschen bewegen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit – das sage ich nicht als Tagungspräsident, sondern als Ministerpräsident von Baden-Württemberg – herzlichen Dank für die tolle Zusammenarbeit auf der Südschiene sagen. Das ist mit Sicherheit nicht zum Nachteil Deutschlands. Ich freue mich, wenn wir das auch in Zukunft weiterhin so praktizieren. Vielen Dank, dass du am heutigen Tag bei der CDU in Karlsruhe warst. Danke sehr.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor ich dem nachfolgenden Redner Volker Kauder das Wort gebe, teile ich das Ergebnis der schriftlichen Abstimmung zum Thema PID mit: abgegebene Stimmen 814, Enthaltungen 15, ungültige Stimmen keine. Damit waren 799 Stimmen gültig. Die Mehrheit liegt damit logischerweise bei 400 Stimmen. Auf die Alternative 1 – deshalb hält die CDU wie im Grundsatzprogramm verankert am Verbot der PID fest – entfielen 408 Stimmen. Das entspricht 51,06 Prozent.

(Teilweise Beifall)

Die Alternativposition – deshalb setzt sich die CDU für die Möglichkeit der PID in engen Grenzen für Paare mit schwerer genetischer Vorbelastung ein – hat 391 Stimmen bekommen. Das sind 48,94 Prozent.

Ich will dazu anmerken, dass die vorangegangene Debatte für mich eine der Sternstunden dieser Partei war. Das darf man bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen.

(Beifall)

Das zeigt einmal mehr, dass man in der CDU Deutschlands über Positionen im richtig verstandenen Sinne streitet, aber auch entscheidet und nicht – um in der Sprache von Horst Seehofer zu bleiben – wie ein paar Flachwurzler die Diskussion über das Thema einfach verschiebt. Das war insofern ein sehr guter Tag. Vielen herzlichen Dank für die Teilnahme an der Debatte.

(Beifall)

Jetzt kommt Volker Kauder, unser Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Die Debatte, die wir heute Morgen erlebt haben, war eine Sternstunde dieser Partei. Wir sind stolz, Mitglied dieser CDU Deutschlands zu sein, die solche Vormittage gestaltet und solche Diskussionen führt. Dann folgte die Rede von Horst Seehofer. Vor diesem

Hintergrund kann man, wie mir Norbert Lammert gerade sagte, auf einen weiteren Höhepunkt mit Sicherheit verzichten. Wir haben einen schriftlichen Rechenschaftsbericht abgeliefert, den ich Ihnen zur Lektüre empfehle. Wir haben in einer Reihe von Materialien unsere Positionen dargelegt. Wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wissen, dass wir den Erfolg dieser Koalition wollen und brauchen, und zwar im Interesse unseres Landes. Daran arbeiten wir. Niemand kann besser in der jetzigen Situation die Interessen unseres Landes wahrnehmen und die Erwartungen der Menschen erfüllen als wir. Rot-Grün kann es gar nicht, erst recht nicht Rot-Rot-Grün. Wir wissen um die Verantwortung und wollen unserem Land dienen. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Auf dem nächsten Bundesparteitag wird es nicht eine solch lange und intensive Diskussion geben. Dann werde ich wieder einen mündlichen Rechenschaftsbericht abgeben. Es gibt noch Leiteträge, die wir zu verabschieden haben. Wir alle müssen auch noch nach Hause. Deshalb sage ich Danke schön für das, was Sie uns – auch schriftlich – mitgeteilt haben. Das geht nicht unter, sondern das greifen wir auf. Wir wissen bei unserer Arbeit in Berlin, dass die Partei stolz auf die Regierungsbeteiligung von CDU/CSU sein will. Danach werden wir uns richten. Der Bundeskanzlerin sagen wir zu, dass wir die Regierung und ihre Arbeit unterstützen, immer in dem Bewusstsein einer Fraktion, die um ihren Wert weiß. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Volker Kauder, für diesen prägnanten Kurzbericht und für die Bereitschaft, zu helfen, den Parteitag gut und ordnungsgemäß zu beenden. Das Tagungspräsidium macht Ihnen folgenden Vorschlag: Es liegen noch über Hundert sonstige Anträge aus diversen Kategorien vor. Zudem gibt es zwei Leiteträge zum Kind und zur Zukunft der Bundeswehr. Wir schlagen Ihnen vor, sich kompakt mit den beiden Leiteträgen zu befassen. Über diese Anträge wurde bereits im Vorfeld viel diskutiert. Frau Lieberknecht wird gleich die diesbezüglichen Beratungen leiten. Der gesamte andere Antragsblock soll an den Bundesvorstand überwiesen werden, damit wir den Parteitag – die Letzten sind immer die Treuesten – in einem einigermaßen ordnungsgemäßen Verfahren beenden können. Wir glauben, diesen Vorschlag machen zu können, weil wir spontan die richtige Entscheidung getroffen haben, uns für die Diskussion über das große und wichtige Thema PID mehrere Stunden Zeit zu lassen; das war gut. Diese Entscheidung haben wir getroffen, um der Diskussion darüber tiefen und breiten Raum zu geben.

Ich finde, jetzt sollten wir uns in kompakter Form mit den beiden Leiteträgen beschäftigen und den Parteitag danach geordnet schließen. Gibt es dazu eine Gegenrede? – Das ist nicht der Fall. Wer stimmt dem Geschäftsordnungsantrag des Präsidiums zu? – Wer stimmt dagegen? – Bei fünf Gegenstimmen ist das so beschlossen. Ich danke Ihnen und bitte Frau Kollegin Lieberknecht, zu übernehmen. Wir beginnen mit dem Antrag „Faire Chancen – für jedes Kind!“.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte! Wir kommen jetzt zu dem LEIT-ANTRAG „FAIRE CHANCEN – FÜR JEDES KIND!“. Es gibt eine Berichterstattung durch unsere Bundesministerin, Frau Dr. Kristina Schröder. Ich gebe ihr das Wort zur Berichterstattung.

Kristina Schöder, Bundesministerin: Liebe Parteifreunde! Die Zeit ist fortgeschritten. Deswegen mache ich es kurz. Außerdem haben Sie sich ja alle intensiv mit diesem Antrag beschäftigt. Dafür danke ich Ihnen. Die vielen Änderungsanträge, die uns vorliegen, belegen, wie intensiv Sie sich mit diesem Thema befasst haben.

Dieser Antrag macht zwei Dinge deutlich: Zum einen verdeutlicht er das familienpolitische Verständnis der CDU. Unser familienpolitisches Verständnis ist eindeutig: Es geht nicht ohne die Eltern. Familie ist keine Wohngemeinschaft, sondern Familie ist eine Verantwortungsgemeinschaft. Wenn wir Kinder aus Familien stärken wollen, in denen die Eltern es schwer haben, ihrer Verantwortung nachzukommen, dann ist das nur möglich, indem wir die Eltern besser befähigen.

Das Zweite, das unser Antrag zeigt, ist unser sozialpolitisches Verständnis. In diesem Antrag geht es um den Begriff Armut. Mit dem Armutsbegriff ist das so eine Sache. Es ist die Rede davon, dass 2,5 Millionen Kinder arm sind. Wir müssen aber schon fragen, was das für ein Armutsbegriff ist. Gemessen wird die relative Armut. Relative Armut bemisst sich am Durchschnittseinkommen der Familien in Deutschland. Das heißt aber auch: Wenn über Nacht alle das Doppelte verdienen würden, dann gäbe es am nächsten Tag immer noch genauso viele Arme in Deutschland. Das macht deutlich, dass der Begriff „relative Armut“ ein problematischer Armutsbegriff ist. Deswegen haben wir in diesem Antrag den Begriff der relativen Armut zwar referiert, weil er in der Wissenschaft verwendet wird, aber wir haben in diesem Antrag auch ganz bewusst deutlich gemacht: Die wahre Kinderarmut in Deutschland ist nicht in erster Linie materieller Art, sondern dabei geht es um eine Armut an Bildung, Perspektiven und Ehrgeiz. Darum geht es in diesem Antrag.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb müssen wir bei den Eltern und der frühkindlichen Bildung der Kinder ansetzen. Darüber wollen wir im Zusammenhang mit den vielen Anträgen, die Sie gestellt haben, beraten. Damit sollten wir jetzt beginnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Dr. Kristina Schröder. – Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass Sie die Anträge allesamt in der Antragsbroschüre finden. Konkret handelt es sich um die Seiten 1 bis 243. Sie tragen den Kennbuchstaben A. Wir kommen zunächst zur allgemeinen Aussprache und danach zu den Einzelanträgen. Für die allgemeine Aussprache liegt uns bisher eine Wortmeldung vor. – Das Wort hat Frau Annegret Kramp-Karrenbauer.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir haben gerade in einer sehr beeindruckenden Art und Weise über das Thema Lebensschutz und, damit verbunden, über die Würde des Menschen gesprochen. Der Leitantrag, der jetzt zur Diskussion und Verabschiedung ansteht, behandelt in einem nicht geringeren Maße das Thema „Würde des Menschen“. Bei den Themen Chancengerechtigkeit und Armut von Kindern geht es natürlich auch um wirtschaftliche Aspekte – natürlich geht es um die Frage, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt – zu allererst geht es dabei aber um die Würde des Menschen. Es geht um die Frage, wie wir mit den Kindern in unserer Gesellschaft umgehen.

Ich glaube, dass das ein urchristdemokratisches Thema ist. Ein Blick in die Bibel sei erlaubt: Jesus hat gesagt: Lasset die Kinder zu mir kommen. Damit hat er sicherlich nicht gemeint, dass fast jedes sechste Kind auf der Strecke bleibt. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass Kinder in unserem Land Chancen haben. Sie müssen mehr sein als die Reduzierung auf ihre Lebensumstände bzw. auf die Lebensumstände ihrer Eltern.

Es kommt darauf an, dass wir in dieser Debatte eigenständige, christdemokratische Antworten geben. Die Antwort kann nicht darin bestehen, dass man mehr Geld in das System gibt, um alle Probleme zu beseitigen. Die Antwort muss lauten: Es geht nicht in erster Linie um die materielle Ausstattung, sondern um die Themen Teilhabe, Erziehung und Begleitung dieser Kinder. Da müssen wir ansetzen. Das ist ein ganz schwieriger Punkt. Aber wir dürfen uns an dieser Stelle nicht wegducken. Insbesondere geht es um die Frage, wie wir Eltern aktivieren und unterstützen können. Es geht nicht darum, die Kinder quasi zwangszuverstaatlichen und die Eltern zu entmündigen. Eltern wollen das Beste für ihre Kinder. Wenn sie nicht in der Lage sind, ihnen das Beste zu bieten, müssen wir staatlicherseits Unterstützung bieten.

Ich glaube, dass der vorgelegte Leitantrag mit den vielen dazugehörigen Anträgen eine wirklich gute Handlungsanleitung ist, wie wir es erreichen können, dass Kinder in unserer Gesellschaft alle Chancen haben, ihr Potenzial auszuschöpfen. Wir wollen kein Kind zurücklassen. Diesem Auftrag müssen wir uns stellen. Diesem Auftrag werden wir mit diesem Leitantrag gerecht. Ich bitte um Zustimmung für diesen Leitantrag.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Annegret Kramp-Karrenbauer. – Jetzt lasse ich blockweise über die Ziffern abstimmen. Ich mache immer dann eine Zäsur, wenn zu einzelnen Ziffern Wortmeldungen vorliegen.

Daher kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Ziffern 1 und 2 sowie die dazugehörigen Anträge; das sind die Anträge A 1 bis A 68. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer mit den Empfehlungen der Antragskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Ziffer 3 des Leitantrages. Dazu gehören die Anträge A 69 bis A 91. Es gibt eine Wortmeldung des Delegierten Georg-Ludwig von Breitenbuch zum Antrag A 76. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Georg-Ludwig Breitenbuch: Im Kreisverband Leipzig haben wir uns sehr intensiv mit dem Antrag beschäftigt, weil es uns störte, dass die normale Familie kaum vorkam. Anscheinend ging es hier vor allem um arme Familien und um arme Kinder in schwierigen Verhältnissen. Uns war es aber wichtig, dass die normale Familie vorkommt und die Ehe als Institution genannt wird. Wir können uns nicht vorstellen, dass es gewollt ist, dass die Ehe in dem Antrag nicht genannt wird. Wir wollen, dass in dem Antrag die Ehe als Institution genannt wird. Ich bitte um Zustimmung.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Diese Wortmeldung haben wir gehört. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Ziffer 3. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Empfehlung der Antragskommission wurde mehrheitlich gefolgt.

Wir kommen jetzt zu den Ziffern 4 bis 6 und den dazugehörigen Anträgen A 92 bis A 151. Es gibt keine Wortmeldung dazu. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 7. Dazu gehören die Anträge A 152 bis A 172. Zum Antrag A 163 gibt es eine Wortmeldung des Delegierten Christian Aegerter. – Bitte schön.

Christian Aegerter: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben heute viel über die Voraussetzungen von Wohlstand und sozialer Stabilität in unserem Land gehört. Die Bundeskanzlerin hat gestern zwei bemerkenswerte Zahlen genannt. Wir haben 40 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland, es gibt aber 800 Millionen Arbeitnehmer in China. Wir müssen uns fragen, was die Grundlage unseres Wohlstands ist. Es ist der Ideenreichtum unserer Menschen, vor allen Dingen die Arbeit unserer Ingenieure, unser Techniker und Naturwissenschaftler. Das sage ich ausdrücklich als Naturwissenschaftler im Beruf. Wir müssen sehen, dass wir die Innovationsfreudigkeit in unserem Land erhalten; denn diese war bislang die Grundlage für unseren Wohlstand. Wir möchten diesen Aspekt in der Bildungspolitik stärker verankern. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die ingenieurtechnische und naturwissenschaftliche Ausbildung eine stärkere Position in unserem Land bekommt. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Danke. – Wünscht die Antragskommission das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung über die Empfehlung

der Antragskommission. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist die Empfehlung der Antragskommission mit Mehrheit beschlossen.

Wir können jetzt einen großen Sprung von der Ziffer 8 bis zur Ziffer 22 machen. Dazu gehören die Anträge A 173 bis A 554. Es liegt eine Wortmeldung zu den Anträgen A 545 und A 548 vor. Ich erteile Herrn Hüppe das Wort.

Hubert Hüppe: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte für unsere Anträge A 545 und A 548 werben. Beide Anträge sind von der Antragskommission abgelehnt worden. Der Antrag A 545 behandelt das Thema Alkoholembryopathie. Das hat auch etwas mit dem Thema zu tun, das wir vorhin behandelt haben. Jedes Jahr werden zwischen 2.000 und 3.000 Kinder mit dem Vollbild Alkoholembryopathie geboren, weil die Mütter während der Schwangerschaft Alkohol konsumiert haben. Wenn wir über die Gesundheit von Kindern oder Menschen allgemein sprechen, dann sollten wir auch über die Gefahren des Alkohols aufklären. Wir sollten vor Alkohol warnen; denn inzwischen weiß die Wissenschaft, dass selbst ein geringer Konsum von Alkohol während der Schwangerschaft ein Kind schädigen kann. Mir geht es nicht darum, alles zu verbieten oder überall Warnhinweise anzubringen. Aber es gibt immer noch viele Menschen, die meinen, es sei kein Problem, ein wenig Alkohol zu sich zu nehmen. Oft wird ein Glas Alkohol darüber entscheiden, ob ein Kind behindert geboren wird oder nicht. Deswegen fordern wir eine Aufklärungskampagne. Ich würde mich freuen, wenn die Partei unsere Forderung unterstützen könnte.

(Vereinzelt Beifall)

Der Antrag A 548 geht auf die Frühförderung von Kindern ein. In diesem Bereich haben wir eine sogenannte Komplexleistung. Das heißt, dass ein Teil der Frühförderung für behinderte Kinder von der Krankenkasse gezahlt wird, während ein anderer Teil von den Sozialhilfeträgern gezahlt wird. Es kommt immer wieder zu Streitigkeiten zwischen diesen Institutionen, worunter die Kinder und die Eltern leiden, die von einem zum anderen geschickt werden, ohne eine vernünftige Förderung zu erhalten. Ich fordere, dass wir eine gesetzliche Klarstellung vornehmen, damit die Leute nicht von einer Stelle zur anderen laufen müssen. Sie sollen vielmehr die Hilfe bekommen, die ihre Kinder brauchen. Wenn wir in einem frühen Stadium nicht helfen, dann müssen wir später umso mehr zahlen, und vor allem werden die Kinder dafür bezahlen.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hüppe. – Ich erteile Michaela Noll für die Antragskommission das Wort.

Michaela Noll, Antragskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Lieber Hubert, ich muss dir sagen, dass wir in diesem Punkt den Antragstellern nur mitteilen

können, dass wir den Antrag abgelehnt haben. Das heißt aber nicht, dass wir nicht in der Sache einer Meinung sind. Es geht uns vielmehr darum, dass das Thema, das angesprochen worden ist, den Antrag, wie wir ihn formuliert haben, sprengt. Wir haben die Situation der behinderten Kinder in Ziffer 30 und darüber hinaus im Bildungsbereich behandelt. Ich bitte um Verständnis. Ich kann aber sagen, dass insbesondere das Anliegen, das im Antrag A 545 genannt wurde, nämlich Schwangerschaft und Alkohol, auf der Tagesordnung der Bundestagsfraktion steht. Wir setzen uns verstärkt für eine Schutzkampagne ein. Aber es würde den Rahmen des Antrags, über den wir jetzt diskutieren, sprengen, wenn wir in die Details gehen würden. Ich bitte um Verständnis. Wir haben uns auf den Bereich der Bildung konzentriert und müssen deshalb diese beiden Anträge ablehnen. – Danke schön.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Noll. – Wir werden zunächst über die Ziffern 8 bis 21 abstimmen, weil die davon nicht berührt sind. Anschließend stimmen wir über Ziffer 22 ab, über die gerade diskutiert worden ist.

Wer den Ziffern 8 bis 21 in der Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Dann ist die Fassung der Antragskommission angenommen.

Wir stimmen nun über die Ziffer 22 ab. Wer der Ziffer 22 in der Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist die Fassung der Antragskommission bei einigen Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Ziffern 23 bis 28. Dazu gehören die Anträge A 555 bis A 725. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Dann ist die Fassung der Antragskommission angenommen.

Ich komme jetzt zur Ziffer 29. Dazu gehören die Anträge A 290 und A 726 bis A 771. Es liegt die Wortmeldung des Delegierten Gerd Meyer zu den Anträgen A 741 und A 769 vor. – Bitte, Herr Delegierter Meyer.

Gerd Meyer: Verehrte Tagungspräsidentin! Liebe Mitglieder! Liebe Delegierte! „Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung verbessern“ – so lautet die Überschrift. Defizite und Fehlentwicklungen sind wesentlich im Wegfall funktionierender Familiensysteme und in mangelnder oder fehlender Erziehungskompetenz begründet. Im Antrag des Bundesvorstands werden nur staatliche Einrichtungen und Maßnahmen beschrieben bzw. gefordert. Sie allein sind für uns aber nicht zielführend, sondern sie sollen Unterstützung und in Ausnahmefällen Ersatz sein. In diesem Zusammenhang auf Artikel 6 des Grundgesetzes hinzuweisen, ist doch folge-

richtig. Der besondere Schutz der Familie und die Pflicht zur Erziehung werden hier explizit genannt. Ich freue mich darüber, dass Frau Bundesministerin Schröder dazu ausgeführt hat, dass es nicht ohne Eltern geht. Wie ich Herrn Seehofer verstanden habe, steht auch die CSU in dieser Hinsicht an unserer Seite. Der Kreisverband Vechta und der Landesverband Oldenburg haben mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen, dass die Antragskommission eine Ergänzung zur Zeile 9 – Antrag A 769 und A 741 – ablehnt.

Wir bedauern dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die CDU immer für die Familien eingesetzt und die Verantwortung der Familie hervorgehoben hat. Es geht um Fördern und Fordern. Dazu liegt aktuell der Antrag D 40 des Bundesvorstandes vor: „Förderung der Familien – Wertvollster Schatz statt Vergangenheit.“ Ich darf Sie bitten, den erwähnten Grundgesetzartikel aufzunehmen und der Ergänzung in der vorliegenden Form zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Ich danke dem Delegierten Meyer. – Das Wort für Antragskommission hat Frau Noll.

Michaela Noll, Antragskommission: Sehr geehrter Herr Delegierter Meyer! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte kurz erläutern, warum wir diese beiden Anträge ablehnen. Wir lehnen nicht ab, was Sie gesagt haben; wir lehnen ab, wie die Anträge formuliert sind. Wir haben die Idee, dass die Familie wirklich gestärkt werden muss, in Ziffer 18 aufgegriffen. Dort heißt es:

Der erste und wichtigste Bildungsort ist deshalb die Familie. Hier entwickeln und erwerben Kinder grundlegende soziale, kognitive und sprachliche Fähigkeiten und Fertigkeiten. Wie Familienmitglieder miteinander umgehen, was Eltern ihren Kindern vorleben, welche Strukturen, Gewohnheiten und Werte das Familienleben prägen, entscheidet in erheblichem Maße über die Chancen und Entwicklungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen.

Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Ausbildungsbetriebe allein können diese umfassende Bildung der Persönlichkeit nicht ermöglichen. Darum muss der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Familie als kleinster und wichtigster Baustein unserer Gesellschaft gestärkt werden.

Ich denke, das ist in Ihrem Sinne. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank an die Antragskommission. – Ich komme jetzt zur Abstimmung über die Ziffer 29 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Form. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Eine Reihe von Gegenstimmen. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Fassung der Antragskommission bei einer Reihe von Gegenstimmen mehrheitlich angenommen. Die Ziffer 29 ist dann in dieser Fassung verabschiedet.

Wir kommen jetzt zur Beratung der Ziffern 30 bis 41 und der dazugehörigen Anträge A 295, A 649, A 685, A 727, A 731 sowie A 772 bis A 840 und A 1030 bis A 1035. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Ich lasse auch hier über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dem die Zustimmung gibt, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann ist die Fassung der Antragskommission einstimmig beschlossen.

Ich darf jetzt alle Anträge zur Antragsberatung aufrufen, die ohne Ziffernbezug gestellt worden sind. Das sind die Anträge A 1036 bis A 1039. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor, so dass wir unmittelbar über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen können. Wer den Anträgen gemäß der Empfehlung der Antragskommission die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann ist auch das einstimmig so beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist die Einzelberatung über den Antrag „Faire Chancen für jedes Kind“ abgeschlossen. Wir kommen nunmehr zur Schlussabstimmung. Ich darf deshalb fragen, wer dem Antrag des Bundesvorstandes in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zustimmt. Ich bitte dafür um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist der Antrag „Faire Chancen für jedes Kind“ einstimmig vom Bundesparteitag beschlossen. Ich danke für die Konzentration bei der Beratung.

(Beifall)

Ehe wir zum nächsten Antrag kommen, möchte ich eine schöne Mitteilung machen. Die Parlamentarische Versammlung der NATO hat auf ihrer Herbsttagung in Warschau einen neuen Präsidenten gewählt. Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO ist mit dem heutigen Tag Dr. Karl Lamers, Abgeordneter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von dieser Stelle aus herzlichen Glückwunsch an Herrn Lamers!

(Beifall)

Damit kommen wir jetzt zur Beschlussfassung zum ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES „VERANTWORTUNG ZUKUNFT“. Ich darf dazu dem Generalsekretär unserer Partei, Hermann Gröhe, das Wort zur Berichterstattung erteilen.

Hermann Gröhe: Frau Präsidentin! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Ich sehe Ihren Blicken an, dass Sie eine ausgiebige Einführung in alle Einzelheiten dieses Antrages erwarten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich nenne drei Gedanken. Erstens. Dieser Antrag beschreibt die Haltung, mit der wir als christliche Demokraten in die Zukunft gehen: Verantwortung. Zweitens. Dieser Antrag beschreibt die Perspektive, mit der wir das tun: Zukunft. Drittens. Dieser Antrag beschreibt die Motivation:

Deutschland. In der Präambel kommt eine Leidenschaft für unser Land zum Ausdruck, unser Bild von Deutschland in Europa als ein Land, das Chancen bietet. Diese Prinzipien deklinieren wir für verschiedene politische Herausforderungen der aktuellen und zukünftigen Bundespolitik durch, von der Steuer- bis zur Integrationspolitik, die gestern und heute schon Gegenstand unserer Beratungen waren.

Wir geben uns selbst Hausaufgaben für die weitere programmatische Arbeit. Wir sprechen von der Bildungsrepublik Deutschland. Unsere Vorsitzende hat gestern gesagt, dass der nächste Bundesparteitag im Zeichen der Bildungspolitik stehen soll. Wir geben uns Aufgaben, wenn wir unter der Überschrift „Freiheit im Internetzeitalter – Chancen und Risiken“ unseren neu eingerichteten Expertenkreis Netzpolitik auffordern, diese Fragen konkret zu bearbeiten und Ihnen davon auf dem nächsten Bundesparteitag zu berichten.

Schließlich greifen wir – Stefan Mappus hat es in seinem Grußwort angesprochen – ein zentrales Thema im Hinblick auf ein nachhaltiges Wirtschaften in einer modernen Industriegesellschaft auf: moderne Mobilität. Auch dazu wollen wir eine Kommission einsetzen.

Wir bitten um Ihre Beschlussfassung, um die Prinzipien, die in diesen zwei Tagen vielfach angeklungen sind, zu bekräftigen. Zugleich geben Sie dem neu gewählten Bundesvorstand Hausaufgaben für die weitere programmatische Arbeit mit auf den Weg. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. – Danke.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Ich danke unserem Generalsekretär, Hermann Gröhe, für die Berichterstattung. – Ich darf darauf hinweisen, dass Sie den Antrag und die dazu gestellten Änderungsanträge nebst Empfehlung der Antragskommission im Band 2 der Sammlung der Anträge und Empfehlungen finden. Sie alle tragen den Kennbuchstaben D.

Es liegen uns Wortmeldungen zu einzelnen Ziffern vor, aber nicht zur allgemeinen Aussprache. – Das ist richtig. Wir haben keinen übersehen. Dann können wir unmittelbar in die Beratung zu den einzelnen Ziffern eintreten. Ich halte es so, wie wir es eben gemacht haben: Ich rufe alle Ziffern, zu denen es keine Wortmeldung gibt, im Block auf. Danach rufe ich die Ziffern, zu denen Wortmeldungen vorliegen, einzeln auf.

Wir kommen damit zur Beratung über die Ziffern 1 bis 9 des Antrages. Die dazugehörigen Anträge D 1 bis D 26 werden mitberaten. Auch hier frage ich, wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt. Ich bitte dafür um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir die Ziffern 1 bis 9 und die dazugehörigen Anträge D 1 bis D 26 so beschlossen.

Ich komme zur Ziffer 10 des Antrages. Dazu gehören die Anträge D 27 bis D 29. Zum Antrag D 29 hat sich der Delegierte Albert Rathjen gemeldet. Ich bitte Herrn Rathjen um das Wort.

Albert Rathjen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir bedauern natürlich, dass von der Antragskommission empfohlen worden ist, den Antrag D 29 abzulehnen. Im Abschnitt „Nachhaltige Energiepolitik“ des Antrages des Bundesvorstandes fallen einige Besonderheiten auf. Das ist die starke Ausrichtung der Energiepolitik auf die erneuerbaren Energien – das ist natürlich grundsätzlich in Ordnung – und das Ziel, den Energiebedarf langfristig zu mehr als 50 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken. Bis 2050 soll er sogar einen Wert von 80 Prozent des Bruttostromverbrauchs erreichen. Das Dritte in diesem Zusammenhang ist, dass die Fragen der Wettbewerbsfähigkeit und der Wirtschaftlichkeit nur begrenzt gestellt und in den Vordergrund gerückt werden. Nur in Zeile 213/214 des Antrags wird von bezahlbaren Energien gesprochen.

Wenn die Fragen nach Wettbewerb und nach der Wirtschaftlichkeit nur marginal am Rande Erwähnung finden, dann hilft uns das bei der Suche nach einem nachhaltigen, ökologisch und sozial verantwortlichen Energiemix der Zukunft nicht oder nur begrenzt weiter.

Unsere politischen Weichenstellungen brauchen Sinn für Realität und weniger für das Wunschenken. 80 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien – das halten wir schon für etwas gewagt, um es diplomatisch auszudrücken.

Die auch im internationalen Vergleich recht hohen deutschen Strompreise schaden unserer Industrie, dem gewerblichen und dem landwirtschaftlichen Mittelstand sowie auch den privaten Haushalten. Manche leiden jetzt schon erheblich darunter. Es ist ohne Zweifel richtig, wenn wir die Treibhausgasemissionen stark senken, es ist jedoch nicht in Ordnung, wenn wir Wirtschaftlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit und bezahlbare Energiepreise zu sehr in den Hintergrund rücken.

(Vereinzelt Beifall)

Momentan stammen etwa 16 Prozent des Stromes aus regenerativen Quellen, und wir wollen im Jahr 2050 auf 80 Prozent kommen. Ich möchte ein Beispiel aus meinem Heimatkreis nennen. Mit 3.070 Quadratkilometern und 165.000 Einwohnern haben wir 112 Biogasanlagen. Das ist natürlich ökonomisch in Ordnung. Die Wirtschaftskraft, die dadurch entwickelt wird, bleibt ebenso wie die Gewinne in der Region. Die Menschen müssen jedoch mitgenommen werden. Wenn das weiter ausgebaut wird, bekommen wir Akzeptanzprobleme. Von Wettbewerb bei der Solarenergie kann man im Moment überhaupt nicht sprechen. Alle Verwerfungen, die durch zusätzliche Biogasanlagen entstehen, wie hohe Pachtpreise, gespaltene Märkte und Verärgerung eines Teils der Bauern, die nicht mithalten können, dürfen wir nicht vergessen und müssen sie in unsere politischen Überlegungen mit einbeziehen.

Aus diesem Grund haben wir einen Text entworfen, der vielleicht als Kompromiss dienen kann und der auch geeignet ist, den grundsätzlichen Weg, den die CDU, den der Bundesvorstand ein-

schlagen will, nicht zu verbauen, aber Wirtschaftlichkeit, Wettbewerb und Förderpolitik etwas stärker in den Fokus unserer Überlegungen zu stellen. In diesem Sinne bitte ich in aller Bescheidenheit um Zustimmung für unseren Änderungsantrag. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Albert Rathjen. Während Ihrer Rede, lieber Herr Rathjen, hat das Tagungspräsidium die frohe Kunde Ihres heutigen Geburtstages erreicht. Deswegen gratuliere ich von hier aus ganz herzlich. Gottes Segen für Sie.

(Beifall)

Für die Antragskommission nimmt jetzt Tanja Gönner das Wort.

Tanja Gönner, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde! Wir teilen mit dem, was der Antrag des Bundesvorstandes in der geänderten Fassung enthält, durchaus das, was gerade vorgetragen wurde. Natürlich soll das Energiekonzept beinhalten, dass Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit zusammenkommen. Ich glaube allerdings – davon sind wir auch als Antragskommission überzeugt –, dass diese vermeintliche Kompromissformulierung eine sehr starke Verkürzung darstellt. Ich mache es insbesondere an dem Satz fest: „Auch die Treibhausgasemissionen sollen in den nächsten zehn Jahren stark reduziert werden.“ Sie sagen dabei nicht, wie es gemacht werden soll und welche Wege eingeschlagen werden sollen. Es gehört aber dazu, dass wir bereit sind, deutlicher ausformuliert vorzugehen, und klar erkennen, dass die erneuerbaren Energien für uns wichtig sind.

Auf der anderen Seite gilt der Satz, dass die CDU immer dafür eintritt, dass erneuerbare Energien zur Wirtschaftlichkeit geführt werden. Deswegen wollen wir ja auch den starken Ausbau, und deswegen werbe ich dafür, dass wir dabei bleiben, den Antrag in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Wir sind der Auffassung, dass er deutlicher ist. Er ist in den einzelnen Punkten klarer formuliert. Deshalb werbe ich dafür, den Antrag in der Form der Antragskommission anzunehmen und D 29 abzulehnen. – Herzlichen Dank.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Danke, Tanja Gönner. – Wir können damit zur Abstimmung über die Ziffer 10 kommen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission in diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es gegenteilige Auffassungen? – Gibt es Enthaltungen? – Die Empfehlung der Antragskommission ist bei einigen Gegenstimmen in Ziffer 10 beschlossen.

Ich rufe jetzt die Ziffern 11 bis 18 auf. Dazu gehören die Anträge D 30 bis D 50. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Empfehlungen der Antragskommission sind angenommen.

Wir kommen zu den Ziffern 19 und 20 des Antrags. Hierzu liegt eine Wortmeldung vor, und zwar zu Ziffer 20 und dem Antrag D 56. Uwe Becker hat das Wort.

Uwe Becker: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Unser Land steht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor großen demografischen Herausforderungen, deswegen ist es gut, richtig und wichtig, dass der Bundesvorstand in seinem Antrag auch das klare Bekenntnis dafür abgibt, dass wir insbesondere die Situation der Städte, Kreise und Gemeinden, auf die sich die demografische Entwicklung massiv auswirken wird, im Blick haben und ein klares Bekenntnis dazu abgeben, die Infrastrukturvoraussetzungen in den Städten, Kreisen und Gemeinden zu fördern.

Im Leitantrag ist zu Recht der Fokus sehr stark auf die Situation der ländlichen Gebiete gerichtet, wo insbesondere die Frage der ärztlichen Versorgung, aber ebenso die Frage der Breitbandversorgung für die Ansiedlung von Unternehmen von Interesse ist. Genauso wichtig ist allerdings auch die Situation im Wettbewerb der Metropolregionen. Die Infrastruktur der Metropolregionen unseres Landes, die mit den übrigen Regionen in Europa und in der Welt im Wettbewerb stehen, müssen in den nächsten Jahren ebenso gefördert werden.

Gestern und heute wurde das Thema „Stuttgart 21“ angesprochen. Wir sprechen ebenso den Ausbau des Frankfurter Flughafens für die Region Frankfurt – Rhein – Main an. Ich erinnere an die großen Zukunftsprojekte in Rhein-Ruhr, in Hamburg, in Berlin, Dresden und Leipzig. In Anbetracht dessen ist es wichtig, dass sich die Situation der Metropolregionen in Deutschland im Leitantrag wiederfindet und dass auch hierfür ein klares Bekenntnis ausgesprochen wird.

Deshalb bitte ich Sie, an dieser Stelle nicht der Empfehlung der Antragskommission zu folgen, dieses als erledigt zu betrachten. Wir als Union sind es doch, die ein klares Bekenntnis zu den Infrastrukturprojekten in den Metropolen, für „Stuttgart 21“, für den Ausbau des Frankfurter Flughafens, für Berlin-Schönefeld und viele andere Themen, ablegen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag des Kreisverbandes Frankfurt am Main an dieser Stelle zu unterstützen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Becker. – Für die Antragskommission hat Hermann Kues das Wort.

Dr. Hermann Kues, Antragskommission: Meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, weil dieser spezielle Antrag zu den Metropolregionen von der Sache her weder in Ziffer 21 noch in Ziffer 20 – Folgen demografischer Wandel für Kommunen im ländlichen Raum – passt. Im Übrigen glauben wir, dass es keinen Grund gibt, hier besonders auf die Metropolregionen abzuheben. Vielmehr ist das, was hier aufgelistet ist, völlig ausreichend. Insofern ist der besondere Hinweis auf die Metropolregionen unseres Erachtens absolut entbehrlich.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Das war das Wort der Antragskommission. Ich lasse jetzt über die Empfehlung der Antragskommission zu den Ziffern 19 und 20 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist anderer Auffassung? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist die Empfehlung der Antragskommission mit wenigen Gegenstimmen angenommen.

Wir kommen jetzt zur Beratung über die Ziffern 21 bis 32 des Antrags. Dazu gehören die Anträge D 53 bis D 55 sowie D 57 bis D 80. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Ich lasse deshalb über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer den Empfehlungen die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind auch diese Ziffern und die dazugehörigen Anträge in Fassung der Antragskommission vom Parteitag beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Delegierte, damit ist auch die Einzelberatung über den Antrag „Verantwortung Zukunft“ abgeschlossen. Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag des Bundesvorstandes in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist auch der Antrag „Verantwortung Zukunft“ einstimmig von unserem Parteitag beschlossen.

(Beifall)

Ich danke für die gute und konzentrierte Beratung. Wir haben doch einiges an Zeit gutgemacht, sodass wir gut in der Zeit liegen und unsere Bundesvorsitzende Angela Merkel in wenigen Minuten das Schlusswort an uns richten wird.

Zuvor dürfen wir uns aber noch einige Impressionen unseres Parteitages per Videoeinspielung ansehen, damit wir gut eingestimmt unseren Nachhauseweg antreten können.

(Videoeinspielung – Beifall)

Stefan Mappus, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das war ein toller Trailer am Ende eines tollen Parteitages. Ich darf jetzt die Bundeskanzlerin Angela Merkel um ihr Schlusswort bitten.

(Beifall)

Bundeskanzlerin Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Lieber Stefan Mappus! Liebe Freunde! Liebe Delegierte! Ganz herzlichen Dank an die, die noch bleiben konnten. Wir hatten einen, wie ich finde, sehr intensiven und sehr erfolgreichen Parteitag. Wir haben einen neuen Bundesvorstand gewählt. Wir können also mit Tatkraft an die vor uns liegenden Ziele gehen. Wir haben inhaltlich sehr wichtige Diskussionen geführt, die auch, so denke ich, Volker Kauder, als Orientierung für unsere Entscheidungen in der Bundestagsfraktion gelten können. Wir haben Argumente ausgetauscht, sowohl was den Antrag „Verantwortung Zukunft“ anbelangt, aber auch

was den Antrag anbelangt, der sich mit Kinderarmut beschäftigt hat. Dann haben wir eine sehr, sehr intensive – Stefan Mappus hat es mit Recht als Sternstunde des Parteitages bezeichnet – Debatte über die Präimplantationsdiagnostik geführt.

(Beifall)

Ich möchte mich bei allen, die daran teilgenommen haben, ganz herzlich bedanken. Das hat gezeigt, wie wir uns verstehen. Wir werden einmal überlegen, ob wir diese Redebeiträge gesondert zusammenfassen und der Öffentlichkeit zugänglich machen können;

(Beifall)

denn es hat sich gezeigt, dass hier wirklich viele, viele neue Argumente sichtbar wurden. Vielen Menschen, die in dieser schwierigen Frage nach Orientierung suchen, wird es sicherlich Freude machen, das, was wir miteinander besprochen haben, nachzulesen.

Vor uns liegen jetzt wieder arbeitsreiche Monate. Ich fühle mich als Vorsitzende zusammen mit dem Generalsekretär, dem Präsidium und dem ganzen Bundesvorstand dafür verantwortlich, denjenigen von uns, die jetzt in die Wahlkämpfe gehen, alle denkbare Unterstützung zu geben. Das ist zunächst Sachsen-Anhalt. Dann folgen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Neben diesen Wahlen in vielen Bundesländern im nächsten Jahr gibt es auch noch Kommunalwahlen. Es wird darauf ankommen, dass wir den Schwung von diesem Parteitag weitergeben und dass wir alles tun, damit unsere Mitglieder zu Hause stolz auf uns sind.

(Beifall)

Das gibt Kraft für die anstehende Arbeit und schafft die Möglichkeit, vor Ort für unsere Politik zu werben und den Menschen deutlich zu machen: Wir arbeiten gemeinsam für ein starkes Deutschland.

Ein solcher Parteitag wäre ohne die Unterstützung von vielen nicht möglich. Deshalb möchte ich mich als Erstes ganz herzlich bei unseren Gastgebern und Freunden aus Baden-Württemberg bedanken. Ich danke dem Landesvorsitzenden, dem Ministerpräsidenten und dem Generalsekretär. Ihr wart tolle Gastgeber. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir hatten hier hervorragende Tagungsbedingungen und haben am gestrigen Tage einen tollen baden-württembergischen Abend erlebt. Es war wunderbar, dass Helmut Kohl unter uns war. Dies war ein sehr schönes und besonderes Erlebnis.

(Beifall)

Ich möchte mich bei den Ausstellern und Sponsoren ganz herzlich bedanken. Auch bei der Messe Karlsruhe und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich um unser leibliches Wohl gekümmert haben, möchte ich mich herzlich bedanken. Sie waren immer freundlich und aufmerksam. Danke schön dafür!

(Beifall)

Ein herzliches Dankeschön an die Polizei, die Sicherheitskräfte, die Feuerwehr, die Sanitäter und die Ärzte. Ein herzlicher Dank geht auch an die Vertreter der Medien.

(Beifall)

Es war schön, dass wir wieder viele Gäste hatten. Daran sehen wir, dass das, was wir miteinander besprechen, in die Gesellschaft hineinwirkt.

Ich möchte mich natürlich auch bei den Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses, beim Bundesgeschäftsführer und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. Beim Thema Kinderarmut waren über 1.000 Anträge zu bearbeiten. Damit die Antragsberatung so verlaufen konnte, wie es unter dem Vorsitz von Christine Lieberknecht der Fall war, war viel Vorarbeit notwendig. Deshalb auch ein herzliches Dankeschön an die Antragskommission, die ganz hervorragend mitgearbeitet hat.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben gezeigt, dass wir diskutieren und im wahrsten Sinne des Wortes disputieren können. Wir haben einen guten und intellektuellen Streit ausgetragen. Auf dieser Basis können wir entscheiden. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten zeigen, dass wir kämpfen können. Wir kämpfen um Mehrheiten, damit unsere Politik nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch Wirklichkeit wird.

(Beifall)

Ich wünsche allen, die in den nächsten Monaten Wahlen vor sich haben – ich nenne Herrn Haseloff, Julia Klöckner und Stefan Mappus –, alles Gute. Wir sind bei Euch. Darauf könnt Ihr Euch verlassen. Allen anderen ein herzliches Dankeschön für diesen Parteitag. – Zum Abschluss singen wir wie immer die Nationalhymne.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Anhaltender Beifall)

(Schluss: 14.43 Uhr)

ANHANG

Beschlussprotokoll des 23. Parteitags der CDU Deutschlands am 15./16. November 2010 in Karlsruhe

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
- 8 a) Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
- 8 b) Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
- 9 a) Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
- 9 b) Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
12. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands;
Vorlage der Rechenschaftsberichte 2007 und 2008 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
13. Bericht der Rechnungsprüfer
14. Bericht der Mandatsprüfungskommission
15. Entlastung des Bundesvorstandes

16. Wahl des Bundesvorstandes
- 16.1 Wahl des Vorsitzenden
- 16.2 Wahl des Generalsekretärs
- 16.3 Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden
- 16.4 Wahl des Bundesschatzmeisters
- 16.5 Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums
- 16.6 Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes
17. Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)
18. Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für EVP-Kongresse
19. Nachwahl zum Bundesparteigericht der CDU
20. Wahl der Rechnungsprüfer
- 21 a) Antrag des Bundesvorstandes „Zukunft der Bundeswehr“
- 21 b) Beratung und Beschlussfassung
- 22a) Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Faire Chancen – für jedes Kind!“
- 22 b) Beratung und Beschlussfassung
- 23 a) Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Verantwortung Zukunft“
- 23 b) Beratung und Beschlussfassung
- 24 a) Anträge zum Statut der CDU Deutschlands
- 24 b) Beratung und Beschlussfassung
25. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge
26. Schlusswort

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 23. Parteitags der CDU Deutschlands am 15. November 2010 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Tagungspräsident: Stefan Mappus MdL

Beisitzer: Lorenz Caffier MdL

Dr. Reiner Haseloff

Frank Henkel MdA

Peter Hintze MdB

Julia Klöckner MdB

Christine Lieberknecht MdL

Thomas Röwekamp MdBB

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 23. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Hermann Gröhe MdB

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Klaus Schüler

Weitere Mitglieder:

Baden-Württemberg: Thomas Strobl MdB

Tanja Gönner

Berlin:	Prof. Monika Grütters MdB
Brandenburg:	Katherina Reiche MdB
Bremen:	Dr. Rita Mohr-Lüllmann MdBB
Hamburg:	Marcus Weinberg MdB
Hessen:	Peter Beuth MdL Andreas Storm
Mecklenburg-Vorpommern:	Vincent Kokert MdL
Niedersachsen:	Ewa Klamt MdB Dr. Hermann Kues MdB Dr. Gero von Daniels
Nordrhein-Westfalen:	Michaela Noll MdB Karl Schiewerling MdB
Rheinland-Pfalz:	Dr. Josef Rosenbauer MdL
Saar:	Jörg Kohl
Sachsen:	Michael Kretschmer MdB
Sachsen-Anhalt:	Jürgen Scharf MdL
Schleswig-Holstein:	Dr. Arne Wulff
Thüringen:	Mario Voigt MdL
JU:	Philipp Mißfelder MdB
FU:	Ingrid Fischbach MdB
MIT:	Jürgen Presser
OMV:	Helmut Sauer
CDA:	Dr. Ralf Brauksiepe MdB
KPV:	Peter Götz MdB
SU:	Leonhard Kuckart
EAK:	Thomas Rachel MdB

Wirtschaftsrat:	Wolfgang Steiger
RCDS:	Alexander Krey
EVP:	Dr. Werner Langen MdEP
	Elmar Brok MdEP

Zu TOP 5:

Die vom Bundesvorstand für den 23. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Ulf Leisner Stellvertretender Bundesgeschäftsführer, Bereichsleiter Eventmanagement & Logistik der CDU-Bundesgeschäftsstelle
Weitere Mitglieder:	Klaus-Dieter Götz Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern Christian Meyer Geschäftsführer der CDU in Niedersachsen Florian Weller Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Baden-Württemberg

Zu TOP 6:

Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender:	Wolfgang Blum CDU-Bundesgeschäftsstelle
Stellv. Vorsitzende:	Bernhard Albrecht Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Bonn
Weitere Mitglieder:	Auer Anton ehem. KGF Konstanz Bartels Waldemar KGF Gifhorn

Bauder Yvonne	KGF	Esslingen
Brill Hubert	KGF	Olpe/Südsauerland
Dettmar-Müller Claudia	KGF	Celle
Dönninghaus Jürgen	KGF	Heidenheim
Fischer Richard	KGF	Rems-Murr
Gatzka Wilma	KGF	Wetterau
Göttlicher Heike	KGF	Ludwigsburg
Grotjahn Henrik	KGF	Braunschweig
Haas Markus	KGF	Neckar-Odenwald
Hanser Brigitte	KGF	Breisgau- Hochschwarzwald
Hecker Johann G.	KGF	Gießen
Hennemann Heribert	CDU-Bundesgeschäftsstelle	
Hermann Astrid	Bez.-GF	Südbaden
Hilgenberg Manuela	KGF	Odenwaldkreis
Holsträter Christoph	KGF	Bottrop
Hopp Gabriele	CDU-Bundesgeschäftsstelle	
Janssen Jan Christian	KGF	Herford
Jeske-Werner Imke	KGF	Peine
Kasper Detlef	KGF	Salzland
Kerber Gaby	KGF	Fulda
Kinkal Michael	KGF	Harz
Kirchfeld Heinz	KGF	Soltau-Fallingbostel
Kirsch Ursula	KGF	Sigmaringen
Kleinemeier Hubert	KGF	Gütersloh
Klemme Walter	KGF	Hamel-Pyrmont

Kohl Jörg	LGF	Saar
Kuon Angela	KGF	Biberach
Kuß Klaus	KGF	Main-Tauber
Lehe Jürgen	KGF	Rhein-Lahn
Leinenbach Christof	KGF	Trier-Saarburg
Lübke Andy	KGF	Börde
Lüttgens Hanswalther	KGF	Paderborn
Machel Roswitha	KGF	Uelzen u. Bez.-GF NO-NS
Machill Johannes	KGF	Steinfurt
Mannheims Carsten	KGF	Kreis Aachen
Matyja Magdalena	KGF	Hannover-Stadt
Mielken Arne	GF	CDU Brüssel-Belgien
Mies Harro	KGF	Aachen-Stadt
Möller Elke	KGF	Lüchow-Dannenberg
Müller Werner	KGF	Siegen-Wittgenstein
Nies Fritz	KGF	Hochsauerland
Orthey Harald	KGF	Westerwald u. Bez.-GF Koblenz-Montabaur
Oys Sebastian	KGF	Göttingen
Pfrommer Ursula	KGF	Calw
Pick-Gobs Christl	KGF	Ravensburg
Pöppel Jochen	KGF	Mark
Ramakers Bernd	KGF	Düren-Jülich
Reiss Waltraud	KGF	Karlsruhe-Land
Reupke Astrid	AP KV	Salzgitter
Ripperda Johannes	KGF	Lingen

Robanus Ute	KGF	Offenbach-Stadt
Rodestock Karola	KGF	Böblingen
Roth Thomas	KGF	Freudenstadt
Samson Ludger	KGF	Recklinghausen
Schenk Roger	KGF	Stuttgart
Schley Michael	KGF	Neunkirchen
Schlüter Susanne	KGF	Nienburg
Schwaderer Susanne	Bez.-GF	Württ.-Hohenzollern
Schwarz Hagen	KGF	Rhein-Pfalz-Kreis, Ludwigshafen, Frankenthal
Schweizer Thomas	KGF	Alb-Donau-Ulm
Servos Karl-Heinz	KGF	Leverkusen
Siemers Svenja	MA	Bez.-V. Nordbaden
Solberg Norbert	KGF	Essen
Sperling Irina	KGF	Hochtaunus
Spittler Martin	KGF	Ennepe-Ruhr
Stein Martin	KGF	Schwäbisch Hall
Thies Werner	KGF	Hamm
Timmermann-Fechter Astrid	KGF	Mülheim-Ruhr
Touché Dr. Vera-Anna	CDU-Bundesgeschäftsstelle	
Treuer Hans-Jürgen	Bez.-GF	Nordbaden
Wernet Christian	KGF	Frankfurt am Main
Westeppe Paul	KGF	Wuppertal
Wiemann Franz	KGF	Warendorf-Beckum
Wießel Bernd	KGF	Altmarkkreis

Zu TOP 7: Grüßworte

Zu TOP 8a/8b): Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9a/b): Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlich vorgelegten **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Dr. Werner Langen MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12: Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Eckart von Klaeden MdB**, und die gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz schriftlich vorgelegten **Rechenschaftsberichte 2007 und 2008** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14: Die **Mandatsprüfungskommission** des 23. Parteitags der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 23. Parteitag 1001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1001 Delegierten waren um 13:15 Uhr 980 Delegierte anwesend.

Der 23. Parteitag ist beschlussfähig.

gez. Ulf Leisner
– Vorsitzender –

gez. Klaus-Dieter Götz

gez. Christian Meyer

gez. Florian Weller“

Zu TOP 15: Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands erteilt dem Bundesvorstand für die Kalenderjahre 2008 und 2009 Entlastung. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu TOP 16: **Wahl des Bundesvorstandes**

Zu TOP 16.1: **Wahl des Vorsitzenden**

Es wurde gewählt:
Dr. Angela Merkel MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 952

Ungültig: 3

Enthaltungen: 18

Gültige Stimmen:	931
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	466
Ja:	842
Nein:	89

Zu TOP 16.2: Wahl des Generalsekretärs

Es wurde gewählt: Hermann Gröhe MdB	
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	924
Ungültig:	0
Enthaltungen:	27
Gültige Stimmen:	897
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	449
Ja:	810
Nein:	87

Zu TOP 16.3: Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	907
Ungültig:	0
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	907
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	454

Es wurde gewählt:	
Dr. Norbert Röttgen MdB	800
Volker Bouffier MdL	772

Dr. Ursula von der Leyen MdB	772
------------------------------	-----

Dr. Annette Schavan MdB	582
-------------------------	-----

Danach wurden im ersten Wahlgang vier Stellvertretende Vorsitzende gewählt, darunter zwei Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Zu TOP 16.4: Wahl des Bundesschatzmeisters

Es wurde gewählt:

Dr. Helmut Linssen

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	791
-------------------------------------	-----

Ungültig:	1
-----------	---

Enthaltungen:	10
---------------	----

Gültige Stimmen:	780
------------------	-----

Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	391
----------------------------------	-----

Ja:	758
-----	-----

Nein:	22
-------	----

Zu TOP 16.5: Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	935
-------------------------------------	-----

Ungültig:	2
-----------	---

Enthaltungen:	0
---------------	---

Gültige Stimmen:	933
------------------	-----

Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	467
----------------------------------	-----

Es wurden gewählt:

Julia Klöckner MdB	881
--------------------	-----

Dr. Wolfgang Schäuble MdB	799
---------------------------	-----

Stanislaw Tillich MdL	735
-----------------------	-----

Karl-Josef Laumann MdL	714
Eckart von Klaeden MdB	609
Annegret Kramp-Karrenbauer MdL	536
Philipp Mißfelder MdB	535

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt 7 weitere Mitglieder des Präsidiums, darunter 2 Frauen gewählt. Damit ist das Frauenquorum erfüllt.

Zu TOP 16.6: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	947
Ungültig:	15
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	932
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	467

Es wurden gewählt:

Tanja Gönner	816
Christian Baldauf MdL	809
Dr. Franz Josef Jung MdB	781
Arnold Vaatz MdB	779
Dr. Michael Meister MdB	769
Armin Laschet MdL	750
Dr. Reiner Haseloff	749
Ingrid Fischbach MdB	747
Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP	744
Elmar Brok MdEP	741
Prof. Dagmar Schipanski	723

Prof. Dr. Otto Wulff	719
Emine Demirbüken-Wegner MdA	712
Maria Michalk MdB	708
Thomas Strobl MdB	701
Dr. Johann David Wadephul MdB	698
Dr. Michael Fuchs MdB	660
Ingrid Sehrbrock	656
Mike Mohring MdL	651
Ursula Heinen-Esser MdB	624
Hendrik Wüst MdL	622
Dr. Regina Görner	614
Lorenz Caffier MdL	610
Hubert Hüppe	600
Axel E. Fischer MdB	592
Peter Jacoby MdB	588

Danach wurden im 1. Wahlgang 26 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes gewählt, darunter 9 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Es wurden nicht gewählt:

Dieter Dombrowski MdL	586
Frank Gotthardt	505
Peter Wichtel MdB	440

Zu TOP 17:

Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen **für die Zeit vom 1.1.2011 bis 31.12.2012 als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der CDU im EVP-Vorstand:**

Ordentliche Mitglieder:

Michael Boddenberg MdL
 Dr. Christian von Bötticher MdL
 Elmar Brok MdEP
 Daniel Caspary MdEP
 Claudia Crawford
 Michael Gahler MdEP
 Ursula Heinen-Esser MdB
 Werner Jostmeier MdL
 Dr. Gunther Krichbaum MdB
 Armin Laschet MdL
 Henning Otte MdB
 Prof. Dr. Friedbert Pflüger MdA
 Katherina Reiche MdB
 Herbert Reul MdEP

Stellvertretende Mitglieder:

Cathrin Gräber
 Dr. Christoph Konrad
 Bettina Kudla MdB
 Dr. Werner Langen MdEP
 Klaus-Heiner Lehne MdEP
 Patricia Lips MdB
 Philipp Missfelder MdB
 Dr. Eva Möllring MdB
 Barbara Richstein MdL
 Dr. Horst Schnellhardt MdEP
 Michael Stübgen MdB
 Sabine Verheyen MdEP
 Dr. Peter Weilemann
 Bertil Wenger

Zu TOP 18:

Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands wählte auf Vorschlag der CDU-Landesverbände in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen **für die Zeit vom 1.1.2011 bis 31.12.2012 zu Delegierten und stellvertretenden Delegierten von EVP-Kongressen:**

Delegierte:

Gustav Bergemann MdL
 Dr. Stefan Berger MdL
 Thomas Blenke MdL
 Ilka von Boeselager MdL
 Dr. Christian von Boetticher MdL

Ersatzdelegierte:

Knut Abraham
 Silke Adam
 Christian Anders
 Markus Arens
 Christian Baldauf MdL

Dr. Ralf Brauksiepe MdB	Rolf Berend
Birgit Collin-Langen	Peter Beyer MdB
Claudia Crawford	Friedhelm Biestmann
Edith Grupp	Michael Boddenberg MdL
Lothar Hegemann MdL	Siegfried Borgwardt MdL
Ursula Heinen-Esser MdB	Karin Brückert
Niclas Herbst MdL	Christophe Darley
Bernd Heynemann	Dr. Adelheid Gliedner-Simon
Elke Holzapfel MdL	Cathrin Gräber
Werner Jostmeier MdL	Roland Heintze MdHB
Andreas Jung MdB	Martin Herkommer
Steffen Kampeter MdB	Carl Kau MdBB
Julia Klöckner MdB	Dr. Annette Koewius
Vincent Kokert MdL	Dr. Christoph Konrad
Andreas Krautscheid MdL	Bettina Kudla MdB
Gunther Krichbaum MdB	Helma Kuhn-Theis MdL
Armin Laschet MdL	Patricia Lips MdB
Aloys Lenz MdL	Ulrich Lusche MdL
Bettina Machaczek MdHB	Dr. Beatrice Marnetté-Kühl
Philipp Mißfelder MdB	Günter Nooke
Dr. Eva Möllring	Josef Offele
Gudrun Osterburg MdL	Ronald Pofalla MdB
Henning Otte MdB	Ruprecht Polenz MdB
Katherina Reiche MdB	Barbara Richstein MdL
Dr. med. Josef Rosenbauer MdL	Sonja Rothe
Thomas Röwekamp MdBB	Günther Scharz

Helmut Sauer	Prof. Dr. Günther Schneider
Uwe Schäfer	Martina Schrage
Dr. Klaus Schüler	Dr. Ole Schröder MdB
Jochen Steinkamp	Fritz Schröter MdL
Dr. Bärbel Steinkemper	Michael Stübgen MdB
Stanislaw Tillich MdL	Roland Theis MdL
Hedi Thelen MdL	Tobias Utter MdL
Stephan Toscani MdL	Dr. Peter Weilemann
Dr. Johann David Wadehul MdB	Bertil Wenger
Karl-Georg Wellmann MdB	Barbara Woltmann
Karin Wolff MdL	Eva-Maria Wybrands

Zu TOP 19: Nachwahl zum Bundesparteigericht der CDU

Es wurden in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen zum Bundesparteigericht der CDU gewählt:

als ordentliches Mitglied:	Frau Rechtsanwältin Petra Kansy (Bad Honnef)
als stellvertretende Mitglieder:	Frau Richterin am Bundessozialgericht Dr. Elke Roos (Kassel)
	Herr Universitätsprofessor Dr. iur. Michael Brenner (Jena)

Zu TOP 20: Wahl der Rechnungsprüfer

Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen zu **Rechnungsprüfern für die Jahre 2010 bis 2014:**

Peter Rzepka MdB

Dorothea Störr-Ritter

Ferdinand Tillmann

Zu TOP 21 a/21 b): Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Antrag E des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „**Zukunft der Bundeswehr**“ nach **Aussprache und Beratung** in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

(Der Wortlaut des Antrags E ist in der „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 22 a/22 b): Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „**Faire Chancen – für jedes Kind!**“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

A	1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	5	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	6	Ablehnung
A	7	Ablehnung
A	8	Ablehnung
A	9	Ablehnung
A	10	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	11	Ablehnung
A	12	Ablehnung

A	13	Ablehnung
A	14	Ablehnung
A	15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	16	Ablehnung
A	17	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	18	Ablehnung
A	19	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	20	Ablehnung
A	21	Ablehnung
A	22	Ablehnung
A	23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	24	Ablehnung
A	25	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	26	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	27	Ablehnung
A	28	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	29	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	31	Ablehnung
A	32	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	33	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	34	Ablehnung
A	35	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	36	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	37	Ablehnung
A	38	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	39	Ablehnung
A	40	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	41	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	42	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	43	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	44	Ablehnung
A	45	Ablehnung
A	46	Ablehnung
A	47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	48	Ablehnung
A	49	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	50	Ablehnung
A	51	Ablehnung
A	52	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	53	Ablehnung
A	54	Ablehnung
A	55	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	56	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	57	Ablehnung
A	58	Ablehnung
A	59	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	60	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	61	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	62	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	63	Ablehnung
A	64	Ablehnung

A	65	Ablehnung
A	66	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	67	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	68	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	69	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	70	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	71	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	72	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	73	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	74	Ablehnung
A	75	Ablehnung
A	76	Ablehnung
A	77	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	78	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	79	Ablehnung
A	80	Ablehnung
A	81	Ablehnung
A	82	Ablehnung
A	83	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	84	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	85	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	86	Ablehnung
A	87	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	88	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	89	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	90	Ablehnung

A	91	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	92	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	93	Ablehnung
A	94	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	95	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	96	Ablehnung
A	97	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	98	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	99	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	100	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	101	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	102	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	103	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	104	Ablehnung
A	105	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	106	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	107	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	108	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	109	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	110	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	111	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	112	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	113	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	114	Ablehnung
A	115	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	116	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	117	Ablehnung
A	118	Ablehnung
A	119	Ablehnung
A	120	Ablehnung
A	121	Ablehnung
A	122	Ablehnung
A	123	Ablehnung
A	124	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	125	Ablehnung
A	126	Ablehnung
A	127	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	128	Ablehnung
A	129	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	130	Ablehnung
A	131	Ablehnung
A	132	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	133	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	134	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	135	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	136	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	137	Ablehnung
A	138	Ablehnung
A	139	Ablehnung
A	140	Ablehnung
A	141	Ablehnung
A	142	Ablehnung

A	143	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	144	Ablehnung
A	145	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	146	Ablehnung
A	147	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	148	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	149	Ablehnung
A	150	Ablehnung
A	151	Ablehnung
A	152	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	153	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	154	Ablehnung
A	155	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	156	Ablehnung
A	157	Ablehnung
A	158	Ablehnung
A	159	Ablehnung
A	160	Ablehnung
A	161	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	162	Ablehnung
A	163	Ablehnung
A	164	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	165	Ablehnung
A	166	Ablehnung
A	167	Ablehnung
A	168	Ablehnung

A	169	Ablehnung
A	170	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	171	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	172	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	173	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	174	Ablehnung
A	175	Ablehnung
A	176	Ablehnung
A	177	Ablehnung
A	178	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	179	Ablehnung
A	180	Ablehnung
A	181	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	182	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	183	Ablehnung
A	184	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	185	Ablehnung
A	186	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	187	Ablehnung
A	188	Ablehnung
A	189	Ablehnung
A	190	Ablehnung
A	191	Ablehnung
A	192	Ablehnung
A	193	Ablehnung
A	194	Ablehnung

A	195	Ablehnung
A	196	Ablehnung
A	197	Ablehnung
A	198	Erledigung
A	199	Ablehnung
A	200	Ablehnung
A	201	Ablehnung
A	202	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	203	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	204	Ablehnung
A	205	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	206	Ablehnung
A	207	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	208	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	209	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	210	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	211	Ablehnung
A	212	Ablehnung
A	213	Ablehnung
A	214	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	215	Ablehnung
A	216	Ablehnung
A	217	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	218	Ablehnung
A	219	Ablehnung
A	220	Ablehnung

A	221	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	222	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	223	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	224	Ablehnung
A	225	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	226	Ablehnung
A	227	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	228	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	229	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	230	Ablehnung
A	231	Ablehnung
A	232	Ablehnung
A	233	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	234	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	235	Ablehnung
A	236	Ablehnung
A	237	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	238	Ablehnung
A	239	Ablehnung
A	240	Ablehnung
A	241	Ablehnung
A	242	Ablehnung
A	243	Ablehnung
A	244	Ablehnung
A	245	Ablehnung
A	246	Ablehnung

A	247	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	248	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	249	Ablehnung
A	250	Ablehnung
A	251	Ablehnung
A	252	Ablehnung
A	253	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	254	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	255	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	256	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	257	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	258	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	259	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	260	Ablehnung
A	261	Ablehnung
A	262	Ablehnung
A	263	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	264	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	265	Ablehnung
A	266	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	267	Ablehnung
A	268	Ablehnung
A	269	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	270	Ablehnung
A	271	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	272	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	273	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	274	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	275	Ablehnung
A	276	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	277	Ablehnung
A	278	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	279	Ablehnung
A	280	Ablehnung
A	281	Ablehnung
A	282	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	283	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	284	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	285	Ablehnung
A	286	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	287	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	288	Ablehnung
A	289	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	290	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	291	Ablehnung
A	292	Ablehnung
A	293	Ablehnung
A	294	Ablehnung
A	295	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	296	Ablehnung
A	297	Ablehnung
A	298	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	299	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	300	Ablehnung
A	301	Ablehnung
A	302	Ablehnung
A	303	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	304	Ablehnung
A	305	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	306	Ablehnung
A	307	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	308	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	309	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	310	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	311	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	312	Ablehnung
A	313	Ablehnung
A	314	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	315	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	316	Ablehnung
A	317	Ablehnung
A	318	Ablehnung
A	319	Ablehnung
A	320	Ablehnung
A	321	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	322	Ablehnung
A	323	Ablehnung
A	324	Ablehnung

A	325	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	326	Ablehnung
A	327	Ablehnung
A	328	Ablehnung
A	329	Ablehnung
A	330	Ablehnung
A	331	Ablehnung
A	332	Ablehnung
A	333	Ablehnung
A	334	Ablehnung
A	335	Ablehnung
A	336	Ablehnung
A	337	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	338	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	339	Ablehnung
A	340	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	341	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	342	Ablehnung
A	343	Ablehnung
A	344	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	345	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	346	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	347	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	348	Ablehnung
A	349	Ablehnung
A	350	Ablehnung

A	351	Ablehnung
A	352	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	353	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	354	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	355	Ablehnung
A	356	Ablehnung
A	357	Ablehnung
A	358	Ablehnung
A	359	Ablehnung
A	360	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	361	Ablehnung
A	362	Ablehnung
A	363	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	364	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	365	Ablehnung
A	366	Ablehnung
A	367	Ablehnung
A	368	Ablehnung
A	369	Ablehnung
A	370	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	371	Ablehnung
A	372	Ablehnung
A	373	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	374	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	375	Ablehnung
A	376	Ablehnung

A	377	Ablehnung
A	378	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	379	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	380	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	381	Ablehnung
A	382	Erledigung
A	383	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	384	Ablehnung
A	385	Ablehnung
A	386	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	387	Ablehnung
A	388	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	389	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	390	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	391	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	392	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	393	Ablehnung
A	394	Ablehnung
A	395	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	396	Ablehnung
A	397	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	398	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	399	Ablehnung
A	400	Ablehnung
A	401	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	402	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	403	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	404	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	405	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	406	Ablehnung
A	407	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	408	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	409	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	410	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	411	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	412	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	413	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	414	Ablehnung
A	415	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	416	Ablehnung
A	417	Ablehnung
A	418	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	419	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	420	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	421	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	422	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	423	Ablehnung
A	424	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	425	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	426	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	427	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	428	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	429	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	430	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	431	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	432	Ablehnung
A	433	Ablehnung
A	434	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	435	Ablehnung
A	436	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	437	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	438	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	439	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	440	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	441	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	442	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	443	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	444	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	445	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	446	Ablehnung
A	447	Ablehnung
A	448	Ablehnung
A	449	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	450	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	451	Ablehnung
A	452	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	453	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	454	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	455	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	456	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	457	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	458	Ablehnung
A	459	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	460	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	461	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	462	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	463	Ablehnung
A	464	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	465	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	466	Ablehnung
A	467	Ablehnung
A	468	Ablehnung
A	469	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	470	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	471	Ablehnung
A	472	Ablehnung
A	473	Ablehnung
A	474	Ablehnung
A	475	Ablehnung
A	476	Ablehnung
A	477	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	478	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	479	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	480	Ablehnung

A	481	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	482	Ablehnung
A	483	Ablehnung
A	484	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	485	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	486	Ablehnung
A	487	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	488	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	489	Ablehnung
A	490	Ablehnung
A	491	Ablehnung
A	492	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	493	Ablehnung
A	494	Ablehnung
A	495	Ablehnung
A	496	Ablehnung
A	497	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	498	Ablehnung
A	499	Ablehnung
A	500	Ablehnung
A	501	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	502	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	503	Ablehnung
A	504	Ablehnung
A	505	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	506	Ablehnung

A	507	Ablehnung
A	508	Ablehnung
A	509	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	510	Ablehnung
A	511	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	512	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	513	Ablehnung
A	514	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	515	Ablehnung
A	516	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	517	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	518	Ablehnung
A	519	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	520	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	521	Ablehnung
A	522	Ablehnung
A	523	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	524	Ablehnung
A	525	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	526	Ablehnung
A	527	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	528	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	529	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	530	Ablehnung
A	531	Ablehnung
A	532	Ablehnung

A	533	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	534	Ablehnung
A	535	Ablehnung
A	536	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	537	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	538	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	539	Ablehnung
A	540	Ablehnung
A	541	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	542	Ablehnung
A	543	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	544	Ablehnung
A	545	Ablehnung
A	546	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	547	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	548	Ablehnung
A	549	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	550	Ablehnung
A	551	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	552	Ablehnung
A	553	Ablehnung
A	554	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	555	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	556	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	557	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	558	Ablehnung

A	559	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	560	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	561	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	562	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	563	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	564	Ablehnung
A	565	Ablehnung
A	566	Ablehnung
A	567	Ablehnung
A	568	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	569	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	570	Erledigung
A	571	Ablehnung
A	572	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	573	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	574	Ablehnung
A	575	Ablehnung
A	576	Ablehnung
A	577	Ablehnung
A	578	Ablehnung
A	579	Ablehnung
A	580	Ablehnung
A	581	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	582	Ablehnung
A	583	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	584	Ablehnung

A	585	Ablehnung
A	586	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	587	Ablehnung
A	588	Ablehnung
A	589	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	590	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	591	Ablehnung
A	592	Ablehnung
A	593	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	594	Ablehnung
A	595	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	596	Ablehnung
A	597	Ablehnung
A	598	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	599	Ablehnung
A	600	Erledigung
A	601	Ablehnung
A	602	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	603	Ablehnung
A	604	Ablehnung
A	605	Ablehnung
A	606	Ablehnung
A	607	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	608	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	609	Ablehnung
A	610	Ablehnung

A	611	Ablehnung
A	612	Ablehnung
A	613	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	614	Ablehnung
A	615	Ablehnung
A	616	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	617	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	618	Ablehnung
A	619	Ablehnung
A	620	Ablehnung
A	621	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	622	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	623	Ablehnung
A	624	Ablehnung
A	625	Ablehnung
A	626	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	627	Ablehnung
A	628	Ablehnung
A	629	Ablehnung
A	630	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	631	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	632	Ablehnung
A	633	Ablehnung
A	634	Ablehnung
A	635	Ablehnung
A	636	Ablehnung

A	637	Ablehnung
A	638	Ablehnung
A	639	Ablehnung
A	640	Ablehnung
A	641	Ablehnung
A	642	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	643	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	644	Ablehnung
A	645	Ablehnung
A	646	Ablehnung
A	647	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	648	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	649	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	650	Ablehnung
A	651	Ablehnung
A	652	Ablehnung
A	653	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	654	Ablehnung
A	655	Ablehnung
A	656	Ablehnung
A	657	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	658	Ablehnung
A	659	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	660	Ablehnung
A	661	Ablehnung
A	662	Ablehnung

A	663	Ablehnung
A	664	Annahme
A	665	Ablehnung
A	666	Ablehnung
A	667	Ablehnung
A	668	Ablehnung
A	669	Ablehnung
A	670	Erledigung
A	671	Ablehnung
A	672	Ablehnung
A	673	Ablehnung
A	674	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	675	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	676	Ablehnung
A	677	Ablehnung
A	678	Ablehnung
A	679	Ablehnung
A	680	Ablehnung
A	681	Ablehnung
A	682	Ablehnung
A	683	Ablehnung
A	684	Ablehnung
A	685	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	686	Ablehnung
A	687	Ablehnung
A	688	Ablehnung

A	689	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	690	Ablehnung
A	691	Ablehnung
A	692	Ablehnung
A	693	Ablehnung
A	694	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	695	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	696	Ablehnung
A	697	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	698	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	699	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	700	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	701	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	702	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	703	Ablehnung
A	704	Ablehnung
A	705	Ablehnung
A	706	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	707	Ablehnung
A	708	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	709	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	710	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	711	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	712	Ablehnung
A	713	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	714	Ablehnung

A	715	Ablehnung
A	716	Ablehnung
A	717	Ablehnung
A	718	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	719	Ablehnung
A	720	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	721	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	722	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	723	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	724	Ablehnung
A	725	Ablehnung
A	726	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	727	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	728	Ablehnung
A	729	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	730	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	731	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	732	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	733	Ablehnung
A	734	Ablehnung
A	735	Ablehnung
A	736	Ablehnung
A	737	Ablehnung
A	738	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	739	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	740	Ablehnung

A	741	Ablehnung
A	742	Ablehnung
A	743	Ablehnung
A	744	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	745	Ablehnung
A	746	Erledigung
A	747	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	748	Ablehnung
A	749	Ablehnung
A	750	Ablehnung
A	751	Ablehnung
A	752	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	753	Ablehnung
A	754	Ablehnung
A	755	Ablehnung
A	756	Ablehnung
A	757	Ablehnung
A	758	Ablehnung
A	759	Ablehnung
A	760	Ablehnung
A	761	Ablehnung
A	762	Ablehnung
A	763	Ablehnung
A	764	Ablehnung
A	765	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	766	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	767	Ablehnung
A	768	Ablehnung
A	769	Ablehnung
A	770	Ablehnung
A	771	Ablehnung
A	772	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	773	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	774	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	775	Ablehnung
A	776	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	777	Ablehnung
A	778	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	779	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	780	Ablehnung
A	781	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	782	Ablehnung
A	783	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	784	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	785	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	786	Ablehnung
A	787	Ablehnung
A	788	Ablehnung
A	789	Ablehnung
A	790	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	791	Ablehnung
A	792	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	793	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	794	Ablehnung
A	795	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	796	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	797	Ablehnung
A	798	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	799	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	800	Ablehnung
A	801	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	802	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	803	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	804	Ablehnung
A	805	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	806	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	807	Ablehnung
A	808	Ablehnung
A	809	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	810	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	811	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	812	Ablehnung
A	813	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	814	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	815	Ablehnung
A	816	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	817	Ablehnung
A	818	Ablehnung

A	819	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	820	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	821	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	822	Ablehnung
A	823	Ablehnung
A	824	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	825	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	826	Ablehnung
A	827	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	828	Ablehnung
A	829	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	830	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	831	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	832	Ablehnung
A	833	Ablehnung
A	834	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	835	Erledigung
A	836	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	837	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	838	Erledigung
A	839	Ablehnung
A	840	Ablehnung
A	841	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	842	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	843	Ablehnung
A	844	Erledigung

A	845	Ablehnung
A	846	Ablehnung
A	847	Erledigung
A	848	Ablehnung
A	849	Erledigung
A	850	Ablehnung
A	851	Ablehnung
A	852	Ablehnung
A	853	Erledigung
A	854	Ablehnung
A	855	Ablehnung
A	856	Ablehnung
A	857	Ablehnung
A	858	Ablehnung
A	859	Ablehnung
A	860	Ablehnung
A	861	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	862	Ablehnung
A	863	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	864	Ablehnung
A	865	Ablehnung
A	866	Ablehnung
A	867	Ablehnung
A	868	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	869	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	870	Ablehnung

A	871	Ablehnung
A	872	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	873	Ablehnung
A	874	Erledigung
A	875	Ablehnung
A	876	Ablehnung
A	877	Ablehnung
A	878	Ablehnung
A	879	Ablehnung
A	880	Ablehnung
A	881	Erledigung
A	882	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	883	Ablehnung
A	884	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	885	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	886	Ablehnung
A	887	Ablehnung
A	888	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	889	Ablehnung
A	890	Ablehnung
A	891	Ablehnung
A	892	Ablehnung
A	893	Erledigung
A	894	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	895	Ablehnung
A	896	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	897	Ablehnung
A	898	Ablehnung
A	899	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	900	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	901	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	902	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	903	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	904	Ablehnung
A	905	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	906	Ablehnung
A	907	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	908	Erledigung
A	909	Ablehnung
A	910	Ablehnung
A	911	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	912	Ablehnung
A	913	Ablehnung
A	914	Ablehnung
A	915	Ablehnung
A	916	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	917	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	918	Ablehnung
A	919	Ablehnung
A	920	Erledigung
A	921	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	922	Ablehnung

A	923	Ablehnung
A	924	Ablehnung
A	925	Ablehnung
A	926	Ablehnung
A	927	Ablehnung
A	928	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	929	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	930	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	931	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	932	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	933	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	934	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	935	Ablehnung
A	936	Ablehnung
A	937	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	938	Ablehnung
A	939	Ablehnung
A	940	Ablehnung
A	941	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	942	Ablehnung
A	943	Ablehnung
A	944	Ablehnung
A	945	Ablehnung
A	946	Ablehnung
A	947	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	948	Erledigung

A	949	Ablehnung
A	950	Ablehnung
A	951	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	952	Ablehnung
A	953	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	954	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	955	Ablehnung
A	956	Ablehnung
A	957	Ablehnung
A	958	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	959	Ablehnung
A	960	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	961	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	962	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	963	Ablehnung
A	964	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	965	Ablehnung
A	966	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	967	Ablehnung
A	968	Ablehnung
A	969	Ablehnung
A	970	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	971	Ablehnung
A	972	Ablehnung
A	973	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	974	Ablehnung

A	975	Ablehnung
A	976	Ablehnung
A	977	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	978	Ablehnung
A	979	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	980	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	981	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	982	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	983	Ablehnung
A	984	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	985	Ablehnung
A	986	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	987	Ablehnung
A	988	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	989	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	990	Ablehnung
A	991	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	992	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	993	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	994	Ablehnung
A	995	Ablehnung
A	996	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	997	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	998	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	999	Ablehnung
A	1000	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1001	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1002	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1003	Ablehnung
A	1004	Ablehnung
A	1005	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1006	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1007	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1008	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1009	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1010	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1011	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1012	Ablehnung
A	1013	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1014	Ablehnung
A	1015	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1016	Ablehnung
A	1017	Ablehnung
A	1018	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1019	Ablehnung
A	1020	Ablehnung
A	1021	Ablehnung
A	1022	Ablehnung
A	1023	Ablehnung
A	1024	Ablehnung
A	1025	Ablehnung
A	1026	Ablehnung

A	1027	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1028	Ablehnung
A	1029	Ablehnung
A	1030	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1031	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	1032	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1033	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	1034	Ablehnung
A	1035	Ablehnung
A	1036	Erledigung
A	1037	Erledigung
A	1038	Erledigung
A	1039	Ablehnung
A	1040	Annahme i.d.F. der Antragskommission

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 1039 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut des Antrags A 1040 ist in der Broschüre „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 23 a/23 b): Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „**Verantwortung Zukunft**“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

D	1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	5	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D	6	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	7	Erledigung
D	8	Ablehnung
D	9	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	10	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	11	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	12	Erledigung
D	13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	16	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	17	Ablehnung
D	18	Erledigung
D	19	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	20	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	21	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	22	Annahme
D	23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	24	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	25	Annahme
D	26	Ablehnung
D	27	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	28	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	29	Ablehnung
D	30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	31	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D	32	Ablehnung
D	33	Annahme
D	34	Annahme
D	35	Erledigung
D	36	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	37	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	38	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	39	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	40	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	41	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	42	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	43	Ablehnung
D	44	Erledigung
D	45	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	46	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	48	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	49	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	50	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	51	Annahme
D	52	Annahme
D	53	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	54	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	55	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	56	Erledigung
D	57	Ablehnung

D	58	Annahme
D	59	Ablehnung
D	60	Annahme
D	61	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	62	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	63	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	64	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	65	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	66	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	67	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	68	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	69	Ablehnung
D	70	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	71	Annahme
D	72	Annahme
D	73	Annahme
D	74	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	75	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	76	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	77	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	78	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	79	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	80	Annahme

(Der Wortlaut der Anträge D 1 bis D 80 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 24 a/24 b): Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung zu den **Anträgen zum Statut der CDU Deutschlands** folgende Beschlüsse:

- | | | |
|---|---|-----------------------------------|
| B | 1 | Überweisung an den Bundesvorstand |
| B | 2 | Überweisung an den Bundesvorstand |
| B | 3 | Überweisung an den Bundesvorstand |
| B | 4 | Überweisung an den Bundesvorstand |

(Der Wortlaut der Anträge B1 bis B 4 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 25: Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** in offener Abstimmung über **die sonstigen Anträge** folgende Beschlüsse:

- | | | |
|---|----|---|
| C | 1 | Annahme |
| C | 2 | Annahme |
| C | 3 | Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion |
| C | 4 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| C | 5 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| C | 6 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| C | 7 | Annahme |
| C | 8 | Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament |
| C | 9 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| C | 10 | Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion |
| C | 11 | Überweisung an den Generalsekretär |
| C | 12 | Annahme i.d.F. der Antragskommission |
| C | 13 | Überweisung an den Bundesvorstand |

C	14	Überweisung an den Bundesvorstand
C	15	Überweisung an den Bundesvorstand
C	16	Überweisung an den Bundesvorstand
C	17	Überweisung an den Bundesvorstand
C	18	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	19	Überweisung an den Bundesvorstand
C	20	Überweisung an den Bundesvorstand
C	21	Überweisung an den Bundesvorstand
C	22	Überweisung an den Bundesvorstand
C	23	Überweisung an den Bundesvorstand
C	24	Überweisung an den Bundesvorstand
C	25	Überweisung an den Bundesvorstand
C	26	Überweisung an den Bundesvorstand
C	27	Überweisung an den Bundesvorstand
C	28	Überweisung an den Bundesvorstand
C	29	Überweisung an den Bundesvorstand
C	30	Überweisung an den Bundesvorstand
C	31	Überweisung an den Bundesvorstand
C	32	Überweisung an den Bundesvorstand
C	33	Überweisung an den Bundesvorstand
C	34	Überweisung an den Bundesvorstand
C	35	Überweisung an den Bundesvorstand
C	36	Überweisung an den Bundesvorstand
C	37	Erledigung
C	38	Überweisung an den Bundesvorstand
C	39	Überweisung an den Bundesvorstand

C	40	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	41	Überweisung an den Bundesvorstand
C	42	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	43	Überweisung an den Bundesvorstand
C	44	Überweisung an den Bundesvorstand
C	45	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	46	Überweisung an den Bundesvorstand
C	47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	48	Überweisung an den Bundesvorstand
C	49	Überweisung an den Bundesvorstand
C	50	Überweisung an den Bundesvorstand
C	51	Überweisung an den Bundesvorstand
C	52	Überweisung an den Bundesvorstand
C	53	Überweisung an den Bundesvorstand
C	54	Überweisung an den Bundesvorstand
C	55	Überweisung an den Bundesvorstand
C	56	Überweisung an den Bundesvorstand
C	57	Überweisung an den Bundesvorstand
C	58	Überweisung an den Bundesvorstand
C	59	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	60	Erledigung
C	61	Überweisung an den Bundesvorstand
C	62	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	63	Erledigung
C	64	Überweisung an den Bundesvorstand
C	65	Überweisung an den Bundesvorstand

C	66	Überweisung an den Bundesvorstand
C	67	Überweisung an den Bundesvorstand
C	68	Überweisung an den Bundesvorstand
C	69	Überweisung an den Bundesvorstand
C	70	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	71	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	72	Überweisung an den Bundesvorstand
C	73	Überweisung an den Bundesvorstand
C	74	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	75	Überweisung an den Bundesvorstand
C	76	Erledigung
C	77	Überweisung an den Bundesvorstand
C	78	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	79	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	80	Erledigung
C	81	Erledigung
C	82	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	83	Überweisung an den Bundesvorstand
C	84	Überweisung an den Bundesvorstand
C	85	Überweisung an den Bundesvorstand
C	86	Überweisung an den Bundesvorstand
C	87	Überweisung an den Bundesvorstand
C	88	Überweisung an den Bundesvorstand
C	89	Überweisung an den Bundesvorstand
C	90	Überweisung an den Bundesvorstand
C	91	Überweisung an den Bundesvorstand

C	92	Überweisung an den Bundesvorstand
C	93	Überweisung an den Bundesvorstand
C	94	Überweisung an den Bundesvorstand
C	95	Überweisung an den Bundesvorstand
C	96	Überweisung an den Bundesvorstand
C	97	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	98	Überweisung an den Bundesvorstand
C	99	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
C	100	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	101	Überweisung an den Bundesvorstand
C	102	Überweisung an den Bundesvorstand
C	103	Überweisung an den Bundesvorstand
C	104	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	105	Überweisung an den Bundesvorstand
C	106	Überweisung an den Bundesvorstand
C	107	Überweisung an den Bundesvorstand

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 97 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge C 98 bis C 107 ist in der „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Die Anträge zum Thema „**Präimplantationsdiagnostik (PID)**“ C 9, C 70, C 71, C 79 und die Initiativanträge C 100 und C 104 fasste die Antragskommission zu einem eigenen Antrag mit folgendem Wortlaut zusammen:

1. Das Urteil des Bundesgerichtshofes vom 6. Juli 2010, die Präimplantationsdiagnostik (PID) zur Entdeckung schwerer genetischer Schäden straffrei zu lassen, wirft die Frage auf, ob ein PID-

Verbot oder eine PID-Zulassung für die vom BGH genannten Situationen die angemessene Antwort der Politik ist. Die mit dieser ethischen Grundsatzfrage verbundenen rechtlichen Regelungen hat die Politik zu entscheiden.

2. Die unantastbare Würde des Menschen als Geschöpf Gottes ist menschlicher Verfügung nicht zugänglich. Unsere, von diesem Grundwert geprägte, Rechtsordnung muss deshalb gewissenhaft abwägen, wie dem Schutz des Lebens am besten entsprochen werden kann.
3. Für uns gilt: Jeder Mensch ist gleich wertvoll. Für uns gibt es keine Unterscheidung zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben. Wir stehen dafür, dass Behinderte an unserer Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben. Das Miteinander von Menschen mit Behinderungen und Nichtbehinderten, Förderung und helfende Begleitung sind für uns ein zentrales politisches Anliegen. Wir wissen, dass hier noch viel getan werden muss.
4. Für den Schutz des Lebens ungeborener Kinder nach Feststellung einer Behinderung haben wir mit der Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes deutliche Verbesserungen erreicht. Das neue Gesetz beinhaltet eine Beratungspflicht für Ärzte und Hilfe und Unterstützung für Schwangere in existenziellen Konfliktsituationen, um das Ja zum Kind zu erleichtern.
5. Zugleich ist uns das menschliche Leid von Paaren bewusst, die ein hohes Risiko zur Vererbung schwerwiegender Erbkrankheiten tragen. Wir wollen sie nicht alleine lassen, sondern nach besten Kräften unterstützen.
6. Wir anerkennen den Wunsch jedes Menschen auf ein Kind und wissen um die schwere seelische und körperliche Belastung für die Frauen, die sich für eine extrakorporale Befruchtung entscheiden.
7. Wir tragen Verantwortung für den politischen Prozess, für eine verfassungsfeste mehrheitsfähige Lösung. Wir fordern daher alle Bundestagsabgeordneten, insbesondere die Angehörigen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auf, alle ethischen, menschlichen und rechtlichen Aspekte sehr gründlich abzuwägen und sich bei

ihrer Entscheidung an den obigen Prinzipien zu orientieren.

8. **Variante 1**

Geleitet von den hier festgestellten Grundüberzeugungen sind wir der Auffassung, dass es vor einer gesetzlichen Regelung der PID einer ausführlichen Analyse und Diskussion bedarf, um den vielfältigen Anforderungen gerecht werden zu können, die eine solch komplexe Frage des Lebensschutzes aufwirft.

8. **Variante 2**

Deshalb hält die CDU, wie im Grundsatzprogramm verankert, am Verbot der PID fest.

8. **Variante 3**

Deshalb setzt sich die CDU für die Möglichkeit der PID in engen Grenzen für Paare mit schwerer genetischer Vorbelastung ein.

9. Die Entscheidung zur Präimplantationsdiagnostik ist eine persönliche Gewissensentscheidung jedes einzelnen Abgeordneten. Uns eint der Wille, dem Lebensschutz und der Würde allen menschlichen Lebens bestmöglich gerecht zu werden. Im persönlichen Ringen kann dies aber zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Gerade unter Christen dürfen wir uns gegenseitig nicht den Respekt vor einer persönlichen Gewissensentscheidung absprechen.

Der 23. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** zu vorstehendem Antrag folgenden Beschluss:

1. Das Urteil des Bundesgerichtshofes vom 6. Juli 2010, die Präimplantationsdiagnostik (PID) zur Entdeckung schwerer genetischer Schäden straffrei zu lassen, wirft die Frage auf, ob ein PID-Verbot oder eine PID-Zulassung für die vom BGH genannten Situationen die angemessene Antwort der Politik ist. Die mit dieser ethischen Grundsatzfrage verbundenen rechtlichen Regelungen hat die Politik zu entscheiden.
2. Die unantastbare Würde des Menschen als Geschöpf Gottes ist menschlicher Verfügung nicht zugänglich. Unsere, von diesem

Grundwert geprägte, Rechtsordnung muss deshalb gewissenhaft abwägen, wie dem Schutz des Lebens am besten entsprochen werden kann.

3. Für uns gilt: Jeder Mensch ist gleich wertvoll. Für uns gibt es keine Unterscheidung zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben. Wir stehen dafür, dass Behinderte an unserer Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben. Das Miteinander von Menschen mit Behinderungen und Nichtbehinderten, Förderung und helfende Begleitung sind für uns ein zentrales politisches Anliegen. Wir wissen, dass hier noch viel getan werden muss.
4. Für den Schutz des Lebens ungeborener Kinder nach Feststellung einer Behinderung haben wir mit der Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes deutliche Verbesserungen erreicht. Das neue Gesetz beinhaltet eine Beratungspflicht für Ärzte und Hilfe und Unterstützung für Schwangere in existenziellen Konfliktsituationen, um das Ja zum Kind zu erleichtern.
5. Zugleich ist uns das menschliche Leid von Paaren bewusst, die ein hohes Risiko zur Vererbung schwerwiegender Erbkrankheiten tragen. Wir wollen sie nicht alleine lassen, sondern nach besten Kräften unterstützen.
6. Wir anerkennen den Wunsch jedes Menschen auf ein Kind und wissen um die schwere seelische und körperliche Belastung für die Frauen, die sich für eine extrakorporale Befruchtung entscheiden.
7. Wir tragen Verantwortung für den politischen Prozess, für eine verfassungsfeste mehrheitsfähige Lösung. Wir fordern daher alle Bundestagsabgeordneten, insbesondere die Angehörigen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auf, alle ethischen, menschlichen und rechtlichen Aspekte sehr gründlich abzuwägen und sich bei ihrer Entscheidung an den obigen Prinzipien zu orientieren.
8. Deshalb hält die CDU, wie im Grundsatzprogramm verankert, am Verbot der PID fest.
9. Die Entscheidung zur Präimplantationsdiagnostik ist eine persönliche Gewissensentscheidung jedes einzelnen Abgeordneten. Uns eint der Wille, dem Lebensschutz und der Würde allen

menschlichen Lebens bestmöglich gerecht zu werden. Im persönlichen Ringen kann dies aber zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Gerade unter Christen dürfen wir uns gegenseitig nicht den Respekt vor einer persönlichen Gewissensentscheidung absprechen.

Die Beschlussfassung der Ziffern 1 – 7 und der Ziffer 9 erfolgte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen.

Die Ablehnung der Ziffer 8 Variante 1 des Antrags erfolgte in offener Abstimmung bei mehreren Gegenstimmungen und Enthaltungen.

Die Abstimmung zwischen Ziffer 8 Variante 2 und Variante 3 des Antrags erfolgte geheim mittels Stimmzettel mit folgendem Ergebnis:

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	814
Ungültig:	0
Enthaltungen:	15
Ziffer 8 Variante 2 des Antrags:	408 (51,06 %)
Ziffer 8 Variante 3 des Antrags:	391 (48,94 %)

Damit wurde Ziffer 8 Variante 2 des Antrags (= Ziffer 8 des Beschlusses) angenommen.

Zu TOP 26:

Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

REDNERVERZEICHNIS	Seite
Abler, Eugen	45ff.
Aegerter, Christian	256
Ahlhaus, Christoph	75
Althaus, Dieter	75
Baldauf, Christian	100f.
Beck, Ernst-Reinhard	149ff.
Becker, Uwe	264
Böhmer, Maria	214ff.
Bouffier, Volker	82ff.
Brand, Michael	213
Breitenbuch, Georg-Ludwig	256
Brok, Elmar	101, 155ff.
Caffier, Lorenz	47ff., 101f.
de Maizière, Thomas	160f.
Demirbüken-Wegner, Emine	102
Dörflinger, Thomas	207ff.
Dombrowski, Dieter	102f.
Fenrich, Heinz	19ff.
Fischbach, Ingrid	103
Fischer, Axel E.	104
Flachsbarth, Maria	187f.
Fuchs, Michael	104
Gönner, Tanja	105, 263
Gomez, Eduardo	51
Görner, Regina	105f., 168f., 191ff.

Gotthardt, Frank	106f.
Gröhe, Hermann	56ff., 81, 174ff., 260f.
Hardt, Jürgen	65f.
Haseloff, Reiner	70ff., 78, 107
Heilmann, Thomas	211
Heinen-Esser, Ursula	108, 189
Henke, Rudolf	201ff.
Henkel, Frank	100ff.
Hintze, Peter	17f., 122ff., 181ff.
Hüppe, Hubert	108f., 203ff., 257
Jacoby, Peter	110f.
Jung, Franz Josef	111
Kauder, Volker	221, 223, 252
Klößner, Julia	13, 48f., 92f., 109, 184ff.
Knolle, Karsten	47f.
Koch, Friedhelm	49ff.
Koch, Roland	77
Korte, Niels	145f.
Koschorrek, Rolf	197ff.
Kramp-Karrenbauer, Annegret	93f., 110, 216f., 255
Kretschmer, Michael	66f., 217ff.
Krings, Günter	179ff.
Kues, Hermann	222f., 264
Lammert, Norbert	229f.
Lanig, Urban	224f.
Laschet, Armin	111

Laumann, Karl-Josef	94, 110, 169f.
Lieberknecht, Christine	82ff., 254ff.
Liese, Peter	193ff.
Linssen, Helmut	90f.
Mappus, Stefan	11ff., 19, 44ff., 78ff., 220ff., 252ff., 265
Martens, Wilfried	17f.
Meister, Michael	112f.
Merkel, Angela	7ff., 22ff., 72ff., 80, 90, 164, 174, 265ff.
Metzger, Oswald	63ff.
Meyer, Gerd	258f.
Michalk, Maria	113
Mißfelder, Philipp	94ff., 110, 121, 212
Mohring, Mike	114
Müller, Peter	227f.
Murmann, Philipp	152
Niedergesäß, Fritz	51ff.
Noack, Harald	54f.
Noll, Michaela	257f., 259
Otte, Hennig	159f.
Quisthoudt-Rowohl, Godelieve	114f.
Rachel, Thomas	219f.
Rathjen, Albert	262f.
Reiche, Katherina	62f., 177ff.
Röttgen, Norbert	85ff.
Röwekamp, Thomas	109ff., 162ff.
Schäuble, Wolfgang	96f., 110

Schavan, Annette	87ff.
Schipanski, Dagmar	115f.
Schlarmann, Josef	55f.
Schockenhoff, Andreas	157f.
Schröder, Kristina	141ff., 206f., 254
Seehofer, Horst	233ff.
Sehrbrock, Ingrid	116f.
Sensburg, Patrick	191f.
Spahn, Jens	199ff.
Störr-Ritter, Dorothea	70f.
Storm, Andreas	170f.
Stritzl, Thomas	158f.
Strobl, Thomas	117f.
Tillich, Stanislaw	97f., 110
Vaatz, Arnold	118
von Boetticher, Christian	146ff.
von der Leyen, Ursula	84f., 225ff.
von Klaeden, Eckart	67ff., 92f., 110
von Weichs, Georg	165f.
Wadepuhl, Johann David	118f.
Weinberg, Marcus	153ff.
Weller, Florian	72
Wichtel, Peter	120
Widmann-Mauz, Annette	209ff.
Wüst, Hendrik	120f.
zu Guttenberg, Karl-Theodor	125ff., 138ff.

Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | www.cdu.de

23. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS
15. – 16. NOVEMBER 2010 | MESSE KARLSRUHE